



Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Wertpapierbeschreibung

gemäß §§ 5, 12 Absatz 1 Satz 4 Wertpapierprospektgesetz

für das öffentliche Angebot

sowie

für die Zulassung zum regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des regulierten Markts mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie für die Zulassung zum regulierten Markt der Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart

von

308.640.625 neuen, auf den Namen lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien)

aus der vom Vorstand am 20. September 2010 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom selben Tag beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen aus genehmigtem Kapital mit mittelbarem Bezugsrecht mit Ausnahme eines Spitzenbetrages

– jeweils mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von 2,56 €
je Stückaktie und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2010 –

der

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main

International Securities Identification Number (ISIN): DE0005140008

Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN): 514000

Global Coordinator und Bookrunner

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Joint Bookrunners

UBS Investment Bank	Banco Santander	BofA Merrill Lynch	COMMERZBANK
HSBC Trinkaus	ING	Morgan Stanley	Société Générale Corporate & Investment Banking

Co-Bookrunners

Banca IMI	Barclays Capital	BBVA	Citi
Crédit Agricole CIB	DZ BANK	Landesbank Baden- Württemberg	Lloyds TSB Corporate Markets
Mediobanca – Banca di Credito Finanziario S.p.A.	Standard Chartered		The Royal Bank of Scotland

Co-Lead Managers

BayernLB	Daiwa Capital Markets Europe	DANSKE MARKETS	KBC Securities
Mizuho International plc	MPS Capital Services S.p.A.	NATIONAL BANK OF GREECE	Natixis
Nordea	Rabobank International	Raiffeisen CENTROBANK Member of RZB Group	UniCredit Bank AG
VTB Capital	Wells Fargo Securities		WestLB AG

INHALTSVERZEICHNIS

VERANTWORTLICHE PERSONEN UND GEGENSTAND DER WERTPAPIERBESCHREIBUNG	1
Verantwortliche Personen	1
Gegenstand der Wertpapierbeschreibung und des Prospekts	1
Wichtige Hinweise	1
RISIKOFAKTOREN	3
Risiken im Zusammenhang mit dem Angebot und den Neuen Aktien	3
Risiken im Zusammenhang mit dem Übernahmeangebot an die Aktionäre der Deutsche Postbank AG	4
DAS ANGEBOT	8
Gegenstand des Angebots	8
Voraussichtlicher Zeitplan	8
Bezugsangebot	9
Bezugspreis	12
Zuteilung der Bezugsrechte	12
Ausübung der Bezugsrechte	12
Verwertung der Bezugsrechte	12
Nicht ausgeübte Bezugsrechte	12
Konsortialbanken und Aktienübernahmevertrag	12
Marktschutzvereinbarung	14
Verkaufsbeschränkungen	14
Interessen beteiligter Personen an dem Angebot	15
GRÜNDE FÜR DAS ANGEBOT UND VERWENDUNG DES EMISSIONSERLÖSES	16
Emissionserlös und Kosten der Emission	16
Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissionserlöses	16
Geplantes Übernahmeangebot an die Aktionäre der Deutsche Postbank AG	17
INFORMATIONEN ÜBER DIE ANGEBOTENEN NEUEN AKTIEN	31
Form, Stimmrecht	31
Gewinnanteilberechtigung, Anteil am Liquidationserlös	31
Börsenzulassung, Verbriefung, Lieferung	31
Übertragbarkeit, Veräußerungsverbote	32
ISIN / WKN / Börsenkürzel	32
Bekanntmachungen	32
Zahlstelle	32
VERWÄSSERUNG	33
KAPITALAUSSTATTUNG UND VERSCHULDUNG	34
Kapitalausstattung	34
Nettofinanzverbindlichkeiten	35
Zusagen und Eventualverbindlichkeiten	36
Erklärung zum Geschäftskapital	36
BESTEuerung IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	37
Besteuerung der Gesellschaft	37
Besteuerung der Aktionäre	38
BESTEuerung IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH	44
ALLGEMEINE ANGABEN	45
Zukunftsgerichtete Aussagen, Angaben von Seiten Dritter	45
Hinweise zu Währungs- und Finanzangaben	45
Hinweise zu nicht nach IFRS ermittelten Zielgrößen	46
AKTUALISIERUNG DES REGISTRIERUNGSFORMULARS	50
Risikofaktoren	50
Allgemeine Angaben	50
Dividendenpolitik und Ergebnis je Aktie	50
Geschäftstätigkeit	51
Ausgewählte Unternehmens- und Finanzdaten	59
Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	63
Risikomanagement	88
Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter	93
Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen	97
Hauptaktionäre	98
Angaben über das Kapital der Deutsche Bank Aktiengesellschaft	98
Glossar	100
Finanzteil	100
FINANZTEIL	F-1
UNTERSCHRIFTEN	U-1

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

VERANTWORTLICHE PERSONEN UND GEGENSTAND DER WERTPAPIERBESCHREIBUNG

Verantwortliche Personen

Diese Wertpapierbeschreibung (die „Wertpapierbeschreibung“) bildet zusammen mit dem Registrierungsformular der Deutsche Bank Aktiengesellschaft vom 7. Mai 2010 (das „Registrierungsformular“) und der Zusammenfassung vom 21. September 2010 (die „Zusammenfassung“) einen Prospekt (der „Prospekt“) gemäß § 12 Absatz 1 Satz 2 des Wertpapierprospektgesetzes („WpPG“).

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, (die „Deutsche Bank AG“, die „Bank“ oder die „Gesellschaft“ und zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften der „Deutsche Bank-Konzern“, die „Deutsche Bank“ oder der „Konzern“) sowie UBS Limited, London, Großbritannien, Banco Santander S.A., Santander, Spanien, COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, ING Bank N.V., Amsterdam, Niederlande, Merrill Lynch International, London, Großbritannien, Morgan Stanley Bank AG, Frankfurt am Main, und SOCIETE GENERALE, Paris, Frankreich, (zusammen die „Joint Bookrunners“) sowie Banca IMI S.p.A., Mailand, Italien, Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, S.A., Bilbao, Spanien, Barclays Bank PLC, London, Großbritannien, Citigroup Global Markets Limited, London, Großbritannien, CREDIT AGRICOLE CORPORATE & INVESTMENT BANK, Paris, Frankreich, DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Lloyds TSB Bank plc, London, Großbritannien, Mediobanca – Banca di Credito Finanziario S.p.A., Mailand, Italien, Standard Chartered Bank, London, Großbritannien, und The Royal Bank of Scotland N.V. (London Branch), London, Großbritannien, (zusammen die „Co-Bookrunners“) sowie Bayerische Landesbank, München, Coöperatieve Centrale Raiffeisen-Boerenleenbank B.A., Utrecht, Niederlande, Daiwa Capital Markets Europe Limited, London, Großbritannien, DANSKE BANK A/S, Kopenhagen, Dänemark, KBC SECURITIES NV, Brüssel, Belgien, Mizuho International plc, London, Großbritannien, MPS Capital Services S.p.A., Florenz, Italien, National Bank of Greece S.A., Athen, Griechenland, Natixis, Paris, Frankreich, Nordea Bank AB (publ), Stockholm, Schweden, Raiffeisen Centrobank AG, Wien, Österreich, UniCredit Bank AG, München, VTB Capital Plc, London, Großbritannien, Wells Fargo Securities International Limited, London, Großbritannien, und WestLB AG, Düsseldorf, (zusammen die „Co-Lead Managers“ und zusammen mit den Joint Bookrunners und den Co-Bookrunners die „Konsortialbanken“) übernehmen gemäß § 5 Absatz 4 WpPG die Verantwortung für den Inhalt des Prospekts, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, und erklären, dass ihres Wissens die Angaben im Prospekt, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen worden sind, sowie dass sie die erforderliche Sorgfalt haben walten lassen, um sicherzustellen, dass die im Prospekt, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, wahrscheinlich verändern können. Unbeschadet einer eventuellen Nachtragspflicht nach § 16 WpPG sind weder die Deutsche Bank AG noch die Konsortialbanken nach Maßgabe gesetzlicher Bestimmungen verpflichtet, den Prospekt oder diese Wertpapierbeschreibung zu aktualisieren.

Gegenstand der Wertpapierbeschreibung und des Prospekts

Gegenstand der Wertpapierbeschreibung und des Prospekts ist ein öffentliches Angebot (das „Angebot“) von 308.640.625 neuen, auf den Namen lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) der Deutsche Bank AG (die „Neuen Aktien“), jeweils mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von 2,56 € und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2010, sowie die Zulassung der Neuen Aktien zum regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie zum regulierten Markt der Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart. Die Neuen Aktien werden auf Grund der am 20. September 2010 vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom selben Tag beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen aus genehmigtem Kapital ausgegeben.

Wichtige Hinweise

Diese Wertpapierbeschreibung, die Zusammenfassung vom 21. September 2010 und das Registrierungsformular der Gesellschaft vom 7. Mai 2010 wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) nach Abschluss einer Vollständigkeitsprüfung, einschließlich einer Prüfung der Kohärenz und Verständlichkeit der vorgelegten Informationen, gebilligt. Nach der Billigung wird der Prospekt durch die BaFin an die zuständige Wertpapieraufsichtsbehörde im Vereinigten Königreich gemäß § 18 WpPG notifiziert. Das Registrierungsformular ist auf der Internetseite der Bank (www.deutsche-bank.de) veröffentlicht. Nach ihrer Billigung durch die BaFin werden diese Wertpapierbeschreibung und die Zusammenfassung ebenfalls auf der angegebenen Internetseite der Bank veröffentlicht. Gedruckte Exemplare von Registrierungsformular, Wertpapierbeschreibung und Zusammenfassung werden bei der Deutsche Bank AG, Große Gallusstraße 10-14, 60311 Frankfurt am Main, zur kostenlosen Ausgabe während der üblichen Geschäftszeiten bereitgehalten.

Diese Wertpapierbeschreibung sollte in Zusammenhang mit den Angaben im Registrierungsformular und der Zusammenfassung gelesen werden. Jede Entscheidung hinsichtlich eines Erwerbs von Neuen Aktien sollte auf Grundlage des gesamten Prospekts getroffen werden.

Anleger, die in den Vereinigten Staaten von Amerika („Vereinigte Staaten“) ansässig sind, werden auf den gesonderten Prospekt und den Prospektnachtrag hingewiesen, aufgrund derer das Angebot der Neuen Aktien in den Vereinigten Staaten erfolgt. Der Prospektnachtrag für das Angebot in den Vereinigten Staaten wird bei der U.S. Securities and Exchange Commission („SEC“) am 21. September 2010 eingereicht und beschreibt die Bedingungen des Angebots in den Vereinigten Staaten.

RISIKOFAKTOREN

Anleger sollten sich sorgfältig mit den nachfolgenden spezifischen Risikofaktoren, die für das Angebot und die Neuen Aktien von wesentlicher Bedeutung sind, sowie den anderen in dem Prospekt – bestehend aus dieser Wertpapierbeschreibung, dem Registrierungsformular vom 7. Mai 2010 sowie der Zusammenfassung vom 21. September 2010 – enthaltenen Informationen befassen, bevor sie ihre Entscheidung über den Erwerb von Aktien der Gesellschaft treffen. Eine Beschreibung der spezifischen Risiken im Hinblick auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank enthält der Abschnitt „Risikofaktoren“ im Registrierungsformular vom 7. Mai 2010; eine Aktualisierung ist in dieser Wertpapierbeschreibung im Abschnitt „Aktualisierung des Registrierungsformulars“ enthalten. Wenn sich eines oder mehrere der in dem Prospekt beschriebenen Risiken verwirklichen, könnte dies wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank oder auf den Börsenpreis der Aktien der Deutsche Bank AG haben. Der Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft könnte auf Grund der Realisierung jedes einzelnen dieser Risiken erheblich fallen, und Anleger könnten ihr investiertes Kapital teilweise oder vollständig verlieren. Die beschriebenen Risiken sind nicht die einzigen Risiken, denen die Deutsche Bank ausgesetzt ist. Weitere Risiken, die der Gesellschaft gegenwärtig nicht bekannt sind, könnten ebenfalls den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft oder des Deutsche Bank-Konzerns beeinträchtigen und wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft oder des Deutsche Bank-Konzerns haben. Die Reihenfolge, in der die Risiken aufgeführt werden, enthält keine Aussage über die Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts oder über das Ausmaß der wirtschaftlichen Auswirkungen oder die Bedeutung der genannten Risiken.

Risiken im Zusammenhang mit dem Angebot und den Neuen Aktien

Der Aktienkurs der Gesellschaft war und kann weiterhin volatil sein.

Der Aktienkurs der Gesellschaft war in der Vergangenheit volatil. Dies war teilweise auf die hohe Volatilität an den Wertpapiermärkten im Allgemeinen und bei den Aktien von Finanzinstituten im Besonderen, vor allem im Zusammenhang mit der vom U.S.-Immobilienmarkt ausgegangenen weltweiten Finanzmarktkrise, zurückzuführen und auf Entwicklungen, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank beeinflusst haben. Außerdem können unter anderem folgende Faktoren den Aktienkurs der Gesellschaft beeinflussen: die Strategie der Deutschen Bank; die Einschätzung der Investoren hinsichtlich des Erfolgs und der Auswirkungen des beabsichtigten Übernahmeangebots an die Aktionäre der Deutsche Postbank AG und der damit zusammenhängenden Kapitalerhöhung; mögliche Rechtsstreitigkeiten, Änderungen von rechtlichen Rahmenbedingungen oder regulatorische Maßnahmen, welche die Deutsche Bank oder die Branchen betreffen, in denen die Deutsche Bank wesentliche Kreditengagements hat; das Verfehlen von Analystenschätzungen; Erwartungen des Marktes über die Wertentwicklung und angemessene Kapitalausstattung von Finanzinstituten im Allgemeinen; die Einschätzung von Anlegern sowie die tatsächliche Wertentwicklung anderer Finanzinstitute; öffentliche Bekanntmachungen über Insolvenzen oder ähnliche Restrukturierungsmaßnahmen sowie Untersuchungen über die Rechnungslegungspraxis von anderen Banken und die Volatilität des Marktes im Allgemeinen.

Der Aktienbesitz von Aktionären, die nicht an diesem Angebot teilnehmen, wird erheblich verwässert.

Bezugsrechte für Neue Aktien, die nicht bis zum Ende der Bezugsfrist ausgeübt wurden, verfallen. Soweit ein Aktionär die ihm aufgrund seiner Aktionärsstellung eingeräumten Bezugsrechte nicht ausübt, wird die Beteiligungsquote und das Stimmrecht dieses Aktionärs verwässert. Dementsprechend wird der Prozentsatz der von diesem Aktionär gehaltenen Aktien am erhöhten Grundkapital der Gesellschaft proportional zu dem Prozentsatz sinken, um den das Grundkapital der Gesellschaft erhöht wird und zu dem dieser Aktionär nicht an der Kapitalerhöhung teilnimmt.

Die Beteiligung der Aktionäre könnte bei zukünftigen Kapitalmaßnahmen verwässert werden.

Zur Deckung ihres Kapitalbedarfs könnte die Gesellschaft in der Zukunft Aktien sowie Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen emittieren, etwa zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit oder aufgrund einer Erhöhung aufsichtsrechtlicher Eigenmittelanforderungen. Die zukünftige Ausgabe von Aktien beziehungsweise die Ausübung von Wandlungs- oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft, die durch zukünftig ausgegebene Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen gewährt werden, könnte den Anteil der bisherigen Aktien am Grundkapital der Gesellschaft und an den Stimmrechten verwässern, wenn die Ausgabe ohne die Einräumung von Bezugsrechten oder sonstigen Zeichnungsrechten erfolgt oder wenn derartige Rechte nicht ausgeübt werden.

Wenn das Angebot nicht durchgeführt wird, oder wenn der Aktienkurs der Gesellschaft stark fällt, können die Bezugsrechte entfallen oder wertlos werden.

Die Neuen Aktien werden von den Konsortialbanken mit der Verpflichtung übernommen, sie den Aktionären mit Ausnahme eines Spitzenbetrages zum Bezug anzubieten. Die Übernahme der Neuen Aktien erfolgt auf

Basis eines Aktienübernahmevertrags, von dem die Konsortialbanken unter bestimmten Bedingungen zurücktreten können. Wenn der Aktienübernahmevertrag vor Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister beendet wird, findet das Angebot nicht statt und die Bezugsrechte entfallen und werden wertlos. Ein Anspruch des Anlegers auf Lieferung von Aktien der Gesellschaft besteht in diesem Fall nicht. Sollte ein Anleger sogenannte Leerverkäufe vorgenommen haben, so trägt er das Risiko, diese Verpflichtung nicht durch Lieferung Neuer Aktien erfüllen zu können. Eine Rückabwicklung von Bezugsrechtsgeschäften durch die die Bezugsrechtsgeschäfte vermittelnden Stellen findet in einem solchen Fall ebenfalls nicht statt. Anleger, die Bezugsrechte über eine Börse erworben haben, werden dementsprechend einen Verlust erleiden. Sofern die Konsortialbanken nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister vom Aktienübernahmevertrag zurücktreten, können die Aktionäre, die ihr Bezugsrecht ausgeübt haben, die Neuen Aktien zum Bezugspreis erwerben.

Des Weiteren hängt der Wert der Bezugsrechte maßgeblich vom Kurs der Aktien der Gesellschaft ab. Ein erheblicher Verfall des Kurses der Aktien kann daher auch den Wert der Bezugsrechte nachteilig beeinflussen.

Es ist nicht sicher, dass sich ein Bezugsrechtshandel entwickelt oder dass die Bezugsrechte nicht höheren Kursschwankungen unterliegen als die Aktien der Gesellschaft.

Die Gesellschaft beabsichtigt, die Bezugsrechte im Zeitraum vom 22. September 2010 bis zum 1. Oktober 2010 an der Frankfurter Wertpapierbörse im regulierten Markt (Parketthandel und XETRA) handeln zu lassen. Ein Handel der Bezugsrechte wird voraussichtlich auch an der New York Stock Exchange erfolgen. Es ist nicht beabsichtigt, einen Antrag auf Bezugsrechtshandel bei einer anderen Wertpapierbörse zu stellen. Die Gesellschaft kann keine Gewähr dafür übernehmen, dass sich in diesem Zeitraum ein aktiver börslicher Bezugsrechtshandel entwickelt und dass während des Zeitraums des Bezugsrechtshandels genügend Liquidität hinsichtlich der Bezugsrechte vorhanden sein wird. Der Börsenkurs der Bezugsrechte hängt unter anderem von der Kursentwicklung der Aktie der Gesellschaft ab, kann jedoch auch deutlich stärkeren Preisschwankungen als die Aktie unterliegen.

Es kann sein, dass die Gesellschaft in künftigen Geschäftsjahren keine Dividendenzahlungen leistet, sei es, dass sie keinen ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn erzielt, oder sei es aus anderen Gründen.

Eine Dividende kann nur ausgeschüttet werden, wenn die Gesellschaft in ihrem HGB-Einzelabschluss einen ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn ausweist. Sollte sich die gegenwärtige Marktsituation verschlechtern oder länger fort dauern, kann es sein, dass sich die Ertragssituation der Deutschen Bank nicht nachhaltig verbessert oder sogar verschlechtert. Dies könnte dazu führen, dass für zukünftige Geschäftsjahre keine Dividendenzahlungen erfolgen können oder dass ausschüttungsfähige Gewinne zur Stärkung der Eigenkapitalbasis den Rücklagen zugeführt und damit nicht ausgeschüttet werden. Die Gesellschaft beabsichtigt derzeit, einen Großteil ihrer künftigen Jahresüberschüsse zu thesaurieren. Die Ausschüttung von Dividenden auf dem höheren Niveau früherer Jahre kommt allenfalls dann in Betracht, wenn aus Sicht der Gesellschaft größere Klarheit über die zukünftigen regulatorischen Eigenkapitalanforderungen besteht, die auf die Deutsche Bank Anwendung finden.

Risiken im Zusammenhang mit dem Übernahmeangebot an die Aktionäre der Deutsche Postbank AG

Die Deutsche Bank hatte bei der Vorbereitung des Übernahmeangebots keinen Zugang zu nicht-öffentlichen Unterlagen der Deutsche Postbank AG. Die Deutsche Bank kann infolge der Übernahme daher unbekanntes Risiken ausgesetzt sein, die sich erheblich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank auswirken können.

Am 12. September 2010 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft beschlossen, ein freiwilliges öffentliches Bar-Übernahmeangebot (das „Übernahmeangebot“) an die Aktionäre der Deutsche Postbank AG („Postbank“ und zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften die „Postbank-Gruppe“) abzugeben. Bei der Vorbereitung des Übernahmeangebots und seiner Konditionen hat die Deutsche Bank auf öffentlich zugängliche Informationen über die Postbank, einschließlich periodischer und anderer Berichte auf der Internet-Webseite der Postbank, vertraut. Die Deutsche Bank hatte im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Übernahmeangebots keinen Zugang zu nicht-öffentlichen Unterlagen der Postbank und keine Gelegenheit, eine Unternehmensprüfung (Due Diligence) der Postbank-Gruppe durchzuführen. Dementsprechend hat die Deutsche Bank die in dieser Wertpapierbeschreibung enthaltenen Informationen über die Postbank-Gruppe insbesondere dem Geschäftsbericht der Postbank-Gruppe für das Jahr 2009, dem Zwischenbericht der Postbank-Gruppe zum 30. Juni 2010 sowie weiteren auf der Internet-Webseite der Postbank erhältlichen Dokumenten entnommen. Die Deutsche Bank ist daher nicht in der Lage, die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Informationen zu bestätigen. Die Deutsche Bank kann daher infolge der Übernahme unbekanntes Risiken ausgesetzt sein, die sich erheblich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank auswirken können.

Die Auswirkungen der Durchführung des Übernahmeangebots und einer nachfolgenden Konsolidierung der Postbank-Gruppe auf die Deutsche Bank können wesentlich von den derzeitigen Erwartungen der Deutschen Bank abweichen. Sie kann daher nach erfolgreichem Übernahmeangebot und Konsolidierung der Postbank Risiken ausgesetzt sein, die sie nicht vorhergesehen oder nicht oder anders quantifiziert hat und die sich in erheblicher Weise nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank auswirken können.

Die Auswirkungen der Durchführung des Übernahmeangebots und einer nachfolgenden Konsolidierung der Postbank-Gruppe auf die Deutsche Bank können wesentlich von den derzeitigen Erwartungen der Deutschen Bank abweichen. Die Annahmen der Deutschen Bank, die ihren Erwartungen an die Vorteile und Kosten einer Übernahme und die in dieser Wertpapierbeschreibung beschriebenen Effekte einer späteren Konsolidierung der Postbank-Gruppe zugrunde liegen, können insbesondere aus dem Grund, dass bei der Vorbereitung des Übernahmeangebots nicht auf interne Informationen der Postbank zurückgegriffen werden konnte, unzutreffend oder unvollständig sein. Die Einschätzung der Synergien und anderer Vorteile, welche die Deutsche Bank infolge einer Übernahme und Konsolidierung der Postbank-Gruppe und bei der Umsetzung ihrer strategischen Zielsetzungen, wie beispielsweise der Stärkung ihres Privatkundengeschäfts und dem Einsatz frei werdenden Kapitals in ihren anderen Geschäftsbereichen, erwartet zu realisieren, sowie der Kosten, die sich für die Deutsche Bank ergeben könnten, schließt subjektive Annahmen und Beurteilungen ein, die erheblichen Ungewissheiten unterliegen. Hierzu zählen unter anderem Annahmen und Beurteilungen in Bezug auf die Kreditqualität, die Qualität sonstiger Vermögenswerte wie insbesondere Wertpapierportfolien, die Liquiditäts- und Kapitalplanung, das Risikomanagement und die internen Kontrollen der Postbank. So umfasst etwa das Wertpapierportfolio der Postbank in wesentlichem Umfang teilweise illiquide oder wenig liquide strukturierte Produkte, die auch nach der Übernahme der Postbank durch die Deutsche Bank dem Risiko weiterer Wertminderungen unterliegen.

Daneben könnten sich auch im Zusammenhang mit der Integration des Geschäfts der Postbank-Gruppe in das Deutsche Bank-Konzerns unvorhergesehene Schwierigkeiten ergeben. Dazu zählen beispielsweise mögliche Schwierigkeiten aufgrund unterschiedlicher Risikomanagement-Strukturen und IT-Systeme, Schwierigkeiten bei der Integration der Mitarbeiter, unterschiedliche interne Standards und Geschäftsprozesse, die Bindung von Managementressourcen durch den Integrationsprozess sowie der mögliche Verlust wichtiger Mitarbeiter bei der Postbank oder bei der Deutschen Bank selbst. Jeder einzelne dieser Faktoren könnte sich nachteilig auf die von der Deutschen Bank erwarteten Vorteile und Synergien auswirken oder die Integrationskosten erhöhen. Darüber hinaus könnte auch eine Reihe von Faktoren, die teilweise oder gänzlich außerhalb des Einflusses der Deutschen Bank und der Postbank liegen, wie beispielsweise negative Marktentwicklungen, dazu führen, dass sich die von der Deutschen Bank erwarteten Vorteile und Synergien nicht in dem erwarteten Umfang oder innerhalb des erwarteten Zeitrahmens realisieren lassen oder dass ihre Kosten steigen.

Schlägt das Übernahmeangebot fehl oder verzögert sich die Konsolidierung der Postbank-Gruppe, kann dies zu reduzierten Synergieeffekten führen.

Die Deutsche Bank könnte das Übernahmeangebot möglicherweise nicht zum Erfolg führen, wenn ein oder mehrere weitere Interessenten ein öffentliches Angebot für die Postbank unterbreiten, andere Bedingungen des Übernahmeangebots nicht eintreten oder das Übernahmeangebot aus anderen Gründen nicht möglich ist. Selbst wenn das Übernahmeangebot erfolgreich ist, könnte sich die Konsolidierung der Postbank-Gruppe oder ihre Integration in den Deutsche Bank-Konzern verzögern, etwa wenn Genehmigungen, die für die Durchführung des Übernahmeangebots, die nachfolgende Konsolidierung oder die Integration erforderlich sind, nicht, nicht im dafür vorgesehenen Zeitraum oder nur unter erheblichen Auflagen erteilt werden. Jede solche Nichterteilung oder Verzögerung kann sich nachteilig auf die Fähigkeit der Deutschen Bank auswirken, die von der Deutschen Bank erwarteten Synergien und anderweitigen Vorteile einer Konsolidierung der Postbank-Gruppe zu erzielen, und/oder die von ihr zu tragenden Kosten einer Konsolidierung oder Integration erhöhen.

Die Postbank-Gruppe hat für die Jahre 2009 und 2008 jeweils ein negatives Ergebnis vor Steuern ausgewiesen. Obwohl die Postbank-Gruppe in der ersten Hälfte des Jahres 2010 ein positives Ergebnis vor Steuern auswies, ist dies kein Indiz dafür, dass die Postbank-Gruppe künftig profitabel sein wird. Es ist ungewiss, ob es der Postbank-Gruppe gelingen wird, ihr Ergebnis nachhaltig zu verbessern.

Die Postbank-Gruppe wies in ihrem Geschäftsjahr 2008 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von minus 1.064 Mio € und in ihrem Geschäftsjahr 2009 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von minus 398 Mio € aus. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2010 verbuchte die Postbank-Gruppe dagegen ein positives Ergebnis vor Steuern in Höhe von 225 Mio €. Dies ist jedoch kein Indiz dafür, dass die Postbank-Gruppe künftig profitabel sein wird. Auch könnte eine Reihe von Faktoren, die teilweise oder gänzlich außerhalb des Einflusses der Deutschen Bank und der Postbank-Gruppe liegen, wie beispielsweise Bewertungsrisiken im Investmentportfolio der Postbank-Gruppe, einen nachteiligen Einfluss auf die Ertragslage der Postbank-Gruppe haben. Sollte es der Postbank-Gruppe nicht gelingen, ihr Ergebnis nachhaltig zu verbessern, könnte sich dies nach der Konsolidierung der Postbank-Gruppe in erheblicher Weise nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank auswirken.

Die Konsolidierung der Postbank-Gruppe kann sich erheblich nachteilig auf die aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote der Deutschen Bank auswirken, und die Annahmen und Schätzungen der Deutschen Bank im Hinblick auf die Auswirkungen der Konsolidierung auf ihre aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote könnten sich als zu optimistisch erweisen.

Zum 30. Juni 2010 lag die aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote (Tier 1) des Deutsche Bank-Konzerns bei 11,3 %. Die Konsolidierung der Postbank-Gruppe durch die Deutsche Bank hätte voraussichtlich eine erheblich nachteilige Auswirkung auf das Kernkapital und insbesondere die Kernkapitalquote der Deutschen Bank auf konsolidierter Basis, auch wenn dieser Effekt teilweise oder vollständig durch die Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, ausgeglichen würde, sofern die Kapitalerhöhung vollumfänglich durchgeführt wird. Auf der Basis der veröffentlichten Konzernzwischenabschlüsse der Deutschen Bank und der Postbank-Gruppe zum 30. Juni 2010 würde sich bei einem unterstellten Erwerb von rund 66,8 Millionen Postbank-Aktien im Rahmen des Übernahmeangebots für den Deutsche Bank-Konzern zum Stand 30. Juni 2010 voraussichtlich eine Verminderung des gesamten Tier-1-Kapitals in Höhe von ca. 2,4 Mrd € und eine Erhöhung der risikogewichteten Aktiva um 58,3 Mrd € ergeben. Infolgedessen würde sich die Tier-1-Kapitalquote des Deutsche Bank-Konzerns ohne Berücksichtigung der Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, auf ca. 8,8 % reduzieren. Basierend auf den Annahmen, dass das Übernahmeangebot zu einem Angebotspreis von 25,00 € vollzogen wird, die Gesellschaft infolge des Übernahmeangebots weitere 21,0 % des Grundkapitals der Postbank erwirbt und sich der Nettoemissionserlös nach Steuern der Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, auf 10,0 Mrd € beläuft, würde sich aufgrund einer von der Gesellschaft auf Basis des veröffentlichten Zwischenberichts der Postbank-Gruppe zum 30. Juni 2010 berechneten zusätzlichen Tier-1-Kapital-Belastung in Höhe von 7,7 Mrd € die angepasste konsolidierte Tier-1-Kapitalquote der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 auf ca 11,7 % belaufen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich bis zum Zeitpunkt der beabsichtigten Vollkonsolidierung und der dann im Detail durchzuführenden Kaufpreisallokation noch wesentliche Abweichungen zu den zuvor genannten Auswirkungen auf die Tier-1-Kapitalquote ergeben können. Diese können im Wesentlichen daraus entstehen, dass die Deutsche Bank bei der Vorbereitung des Übernahmeangebots keinen Zugang zu internen Informationen der Postbank hat und sich bestimmte Bewertungsparameter für eine Kaufpreisallokation bis zum Zeitpunkt der Vollkonsolidierung möglicherweise ändern. Sollte die Deutsche Bank nach Konsolidierung der Postbank-Gruppe nicht in der Lage sein, ihre aufsichtsrechtlichen Kernkapitalquoten auf oder nahe dem aktuellen Niveau aufrechtzuerhalten, etwa weil die Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, nicht in dem erwarteten Umfang durchgeführt werden kann, könnte dies insbesondere zu einer Herabstufung ihrer Ratings und/oder der Notwendigkeit zukünftiger Kapitalerhöhungen führen und in den Ländern, in denen die Deutsche Bank tätig ist, zu einem Rückgang ihrer Geschäftstätigkeit führen. Ähnliche Konsequenzen könnten eintreten, wenn sich die Annahmen und Schätzungen der Deutschen Bank im Hinblick auf die Auswirkungen der Konsolidierung der Postbank-Gruppe auf ihre aufsichtsrechtliche Kernkapitalquote als zu optimistisch erweisen. All dies könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank haben.

Der Emissionserlös aus dem Angebot der Neuen Aktien reicht möglicherweise nicht aus, um das erforderliche Kernkapitalniveau für die Geschäftsaktivitäten der Deutschen Bank aufrechtzuerhalten.

Die Deutsche Bank beabsichtigt, das zusätzliche Kernkapital, das ihr nach Durchführung des Angebots zur Verfügung stehen wird, in erster Linie zur Deckung der Kapitalanforderungen infolge der geplanten Konsolidierung der Postbank-Gruppe zu verwenden. Auch nach der Durchführung des Angebots kann es für die Deutsche Bank jedoch schwierig sein, aufsichtsrechtliches Kernkapital in dem Umfang aufrechtzuerhalten, wie es für ein Finanzinstitut mit der Größe, dem Risikoprofil und der Strategie der Deutschen Bank erforderlich ist.

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht arbeitet derzeit an Vorschlägen für neue Eigenkapitalstandards, die voraussichtlich erheblich strenger als die bisher geltenden Standards sein werden. Neue Regelungen in Bezug auf Handelsaktivitäten, die kurz vor ihrem Abschluss stehen und auch als „Basel II.5“ bezeichnet werden, werden wesentliche Auswirkungen auf die Kapitalanforderungen im Zusammenhang mit dem Handelsbuch der Deutschen Bank (Correlation Trading, Verbriefungen, Value at Risk unter Stress-Annahmen und Incremental Risk Charge) haben. Weitergehende Änderungen der Regelungen zu den Kapitalanforderungen wurden darüber hinaus unter der Bezeichnung „Basel III“ im September 2010 vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht vorgeschlagen. Die Umsetzung von „Basel III“ wird voraussichtlich neue Anforderungen hinsichtlich des aufsichtsrechtlichen Kapitals, der Liquidität/Finanzierung und der Leverage Ratio auf konsolidierter Basis und in einzelnen Ländern mit sich bringen. Außerdem könnten sich abzeichnende Änderungen der Rechnungslegungsstandards, wie zum Beispiel strengere und umfangreichere Vorschriften zum Ausweis des Vermögens zu beizulegenden Zeitwerten, den Kapitalbedarf der Deutschen Bank beeinflussen.

Jede dieser Entwicklungen, sowie jede andere Entwicklung mit Auswirkungen auf die Kernkapitalquote der Deutschen Bank, könnte dazu führen, dass die Kernkapitalquote der Deutschen Bank unter das Niveau sinkt, das nach Verwendung des Emissionserlöses, Thesaurierung zukünftiger Gewinne und Nutzung anderer Finanzierungsquellen angestrebt wird. Dies wiederum könnte nachteilige Auswirkungen insbesondere auf die Bonität, den Zugang zu Finanzierungen und die Finanzierungskosten und folglich für die Profitabilität der

Deutschen Bank haben und zu erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank führen.

Die Absicht zur Konsolidierung der Postbank-Gruppe wird voraussichtlich zu einer Ergebnisbelastung in erheblicher Höhe im Zusammenhang mit der bereits bestehenden Beteiligung der Deutschen Bank an der Postbank führen.

Infolge der durch die Veröffentlichung des Übernahmeangebots dokumentierten Absicht der Konsolidierung der Postbank-Gruppe wird die Deutsche Bank nach IFRS 3 verpflichtet sein, den Nutzungswert der bestehenden Beteiligung an der Postbank sowie der Pflichtumtauschleihe bereits vor dem Zeitpunkt der Erstkonsolidierung auf Basis ihres beizulegenden Zeitwertes (Fair Value) neu zu bestimmen. Sofern die Kapitalerhöhung der Deutschen Bank plangemäß durchgeführt wird und das Übernahmeangebot wie von der Gesellschaft erwartet Anfang Oktober 2010 abgegeben wird, wird die Deutsche Bank daher bereits im dritten Quartal 2010 insofern eine Wertminderung in wesentlicher Höhe verbuchen müssen. Basierend auf Buchwerten zum 30. Juni 2010 und eines unterstellten Fair Value der Postbank-Aktien von 25 € je Aktie würde sich im dritten Quartal 2010 daraus eine Belastung für den Gewinn nach Steuern (und somit für die Gewinnrücklagen und das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital) des Deutsche Bank-Konzerns in Höhe von voraussichtlich ca. 2,3 Mrd € ergeben. Eine solche Wertminderung wird sich wesentlich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz und Ertragslage der Deutschen Bank auswirken.

Infolge einer Konsolidierung der Postbank-Gruppe werden sich voraussichtlich ein Geschäfts- und Firmenwert (Goodwill) und andere immaterielle Vermögenswerte in zusammengenommen erheblicher Höhe ergeben, die planmäßig und außerplanmäßig auf Wertminderungen überprüft werden müssen.

Das von der Gesellschaft angekündigte Übernahmeangebot sieht einen Angebotspreis von 25,00 € je Postbank-Stammaktie und damit einen Gesamtpreis von rund 1,7 Mrd € für sämtliche derzeit ausstehenden Aktien der Postbank vor. Die Deutsche Bank wird bei einer erfolgreichen Übernahme bei der Erstkonsolidierung der Postbank-Gruppe nach Allokation des Kaufpreises voraussichtlich einen Goodwill und andere immaterielle Vermögenswerte in zusammengenommen erheblicher Höhe verbuchen.

Im Rahmen der Kaufpreisallokation sind zudem die Vermögenswerte und Schulden der Postbank-Gruppe zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Da die Deutsche Bank derzeit keinen Zugang zu internen Informationen der Postbank-Gruppe hat, und die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte zum Erstkonsolidierungszeitpunkt unter Berücksichtigung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Deutsche Bank erfolgen wird, die von denjenigen der Postbank abweichen können, kann der im Rahmen der Kaufpreisallokation ermittelte Nettovermögenswert der Postbank und damit der zu verbuchende Goodwill von den derzeit angenommenen Beträgen deutlich abweichen.

Für den Fall, dass die Integration der Postbank-Gruppe in den Deutsche Bank-Konzern auf unerwartete Schwierigkeiten stößt, sich das Geschäft der Postbank-Gruppe nicht wie erwartet entwickelt, aber auch in allen anderen Fällen einer unerwarteten Geschäftsentwicklung in dem bzw. in den die Geschäftsaktivitäten der Postbank aufnehmenden Unternehmensbereich bzw. Unternehmensbereichen der Deutschen Bank, kann es notwendig werden, Wertminderungen gemäß IFRS auf den Goodwill und/oder die anderen immateriellen Vermögenswerte zu berücksichtigen, die sich wesentlich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz und Ertragslage der Deutschen Bank auswirken können.

DAS ANGEBOT

Gegenstand des Angebots

Gegenstand des Angebots sind 308.640.625 neue, auf den Namen lautende Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) der Deutsche Bank AG (die „Neuen Aktien“), jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 2,56 € je Aktie und mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2010.

Die Neuen Aktien werden aus der am 20. September 2010 vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom selben Tag beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen aus genehmigtem Kapital stammen. Unter Ausnutzung der Ermächtigungen in § 4 Absatz 3, 4, 6, 7 und 8 der Satzung der Deutsche Bank AG (Genehmigte Kapitalia) hat der Vorstand der Deutsche Bank AG am 20. September 2010 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom selben Tag beschlossen, das Grundkapital von 1.589.399.078,40 € um 790.120.000,00 € auf 2.379.519.078,40 € durch die Ausgabe von 308.640.625 Neuen Aktien gegen Bareinlagen zu erhöhen. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen. Hinsichtlich eines Spitzenbetrages von bis zu 500.000 Neuen Aktien wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Dabei ergibt sich die endgültige Anzahl Neuer Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wurde (der „Spitzenbetrag“), aus dem Bestand an eigenen Aktien am 21. September 2010 abends (Trennungstermin). Der Spitzenbetrag entspricht derjenigen Anzahl Neuer Aktien, die für existierende eigene Aktien bezogen werden könnten, deren Bezug aber aufgrund des fehlenden Bezugsrechts der Gesellschaft den Aktionären zustünde, soweit der Bestand der Gesellschaft an eigenen Aktien am 21. September 2010 abends (Trennungstermin) die Anzahl von 3.577.765 Stück übersteigt. Das Bezugsrecht, das auf diejenige Stückzahl eigener Aktien entfallen würde, um die der Bestand der Gesellschaft die Zahl von 3.577.765 eigenen Aktien übersteigt, und welches den Aktionären zustünde, wurde ausgeschlossen. Um ein Bezugsverhältnis von 2 : 1 zu ermöglichen, erwarb die Gesellschaft im Zeitraum zwischen dem 13. und 16. September 2010 über die Börse insgesamt 3.100.000 eigene Aktien, auf die - wie auf die übrigen eigenen Aktien - kein Bezugsrecht entfällt.

Die Konsortialbanken haben sich auf Grundlage eines am 12. September 2010 abgeschlossenen Aktienübernahmevertrags (der „Aktienübernahmevertrag“) unter bestimmten Bedingungen verpflichtet, die Neuen Aktien zu zeichnen, zu übernehmen und sie (mit Ausnahme des Spitzenbetrags) den Aktionären der Bank im Rahmen eines mittelbaren Bezugsrechts entsprechend dem Bezugsverhältnis zum Bezugspreis je Neuer Aktie im Wege öffentlicher Angebote in der Bundesrepublik Deutschland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten zum Bezug anzubieten. Die Neuen Aktien, die nicht aufgrund des Bezugsangebots bezogen worden sind, sowie der vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgenommene Spitzenbetrag werden im Wege eines öffentlichen Angebots in den Vereinigten Staaten und im Rahmen von Privatplatzierungen Anlegern in der Bundesrepublik Deutschland und bestimmten anderen Ländern (ausgenommen Japan) zum Erwerb angeboten.

Das Angebot kann unter bestimmten Umständen abgebrochen werden, siehe auch „—Bezugsangebot— Wichtige Hinweise“.

Voraussichtlicher Zeitplan

Dem Angebot liegt der folgende voraussichtliche Zeitplan zugrunde:

21. September 2010	Billigung des Prospekts durch die BaFin; Notifizierung des Prospekts an die zuständige Wertpapieraufsichtsbehörde im Vereinigten Königreich; Veröffentlichung des Prospekts auf der Internetseite der Deutsche Bank AG (www.deutsche-bank.de). Veröffentlichung des Bezugsangebots im elektronischen Bundesanzeiger. Einbuchung der Bezugsrechte der Aktionäre der Deutsche Bank AG nach dem Stand des 21. September 2010 (abends).
22. September 2010	Veröffentlichung des Bezugsangebots in der Frankfurter Allgemeine Zeitung und der Börsen-Zeitung. Beginn der Bezugsfrist und des Bezugsrechtshandels an der Frankfurter Wertpapierbörse und der New York Stock Exchange.
29. September 2010	Ende des Bezugsrechtshandels an der New York Stock Exchange.
1. Oktober 2010	Ende des Bezugsrechtshandels an der Frankfurter Wertpapierbörse.
5. Oktober 2010	Ende der Bezugsfrist; spätestester Zeitpunkt für die Zahlung des Bezugspreises.

Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital in das Handelsregister.

Zulassungsbeschluss der Frankfurter Wertpapierbörse und der Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

6. Oktober 2010

Lieferung der bezogenen Neuen Aktien im Girosammelverkehr und Einbeziehung der Neuen Aktien in die bestehende Notierung an der Frankfurter Wertpapierbörse und den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart sowie an der New York Stock Exchange.

8. Oktober 2010

Lieferung der nicht während der Bezugsfrist bezogenen bzw. vom Bezugsrecht ausgeschlossenen, bei Anlegern in den Vereinigten Staaten und im Rahmen von Privatplatzierungen platzierten Neuen Aktien.

Bezugsangebot

Nachfolgend wird das voraussichtlich am 21. September 2010 im elektronischen Bundesanzeiger und am 22. September 2010 in der Frankfurter Allgemeine Zeitung und der Börsen-Zeitung zu veröffentlichende Bezugsangebot wiedergegeben:

„Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Frankfurt am Main

ISIN DE0005140008 / Wertpapier-Kenn-Nummer 514 000

Bezugsangebot

Der Vorstand der Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat am 20. September 2010 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom selben Tag beschlossen, von den Ermächtigungen in § 4 Abs. 3, 4, 6, 7 und 8 der Satzung der Deutsche Bank Aktiengesellschaft (Genehmigte Kapitalia) Gebrauch zu machen und das Grundkapital von 1.589.399.078,40 € um 790.120.000,00 € auf 2.379.519.078,40 € durch die Ausgabe von 308.640.625 neuen auf den Namen lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) (die „Neuen Aktien“) gegen Bareinlagen zu erhöhen. Die Neuen Aktien werden zum Ausgabebetrag von 2,56 € je Neue Aktie ausgegeben und sind ab dem 1. Januar 2010 voll gewinnanteilberechtigt.

Im Rahmen der Kapitalerhöhung wird den Aktionären der Deutsche Bank Aktiengesellschaft das gesetzliche Bezugsrecht als mittelbares Bezugsrecht gemäß § 186 Abs. 5 AktG eingeräumt. Hinsichtlich eines Spitzenbetrages von bis zu 500.000 Neuen Aktien wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Dabei ergibt sich die endgültige Anzahl Neuer Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wurde (der „Spitzenbetrag“), aus dem Bestand an eigenen Aktien am 21. September 2010 abends (Trennungstermin). Der Spitzenbetrag entspricht derjenigen Anzahl Neuer Aktien, die für existierende eigene Aktien bezogen werden könnten, deren Bezug aber aufgrund des fehlenden Bezugsrechts der Gesellschaft den Aktionären zustünde, soweit der Bestand der Gesellschaft an eigenen Aktien am 21. September 2010 abends (Trennungstermin) die Anzahl von 3.577.765 Stück übersteigt. Das Bezugsrecht, das auf diejenige Stückzahl eigener Aktien entfallen würde, um die der Bestand der Gesellschaft die Zahl von 3.577.765 eigenen Aktien übersteigt, und welches den Aktionären zustünde, wurde ausgeschlossen.

Ein Konsortium von 34 Finanzinstituten (zusammen die „Konsortialbanken“) unter der Führung von UBS Limited, Banco Santander S.A., COMMERZBANK Aktiengesellschaft, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, ING Bank N.V., Merrill Lynch International, Morgan Stanley Bank AG und SOCIETE GENERALE hat sich aufgrund eines Aktienübernahmevertrages vom 12. September 2010 („Aktienübernahmevertrag“) unter bestimmten Bedingungen verpflichtet, (i) die Neuen Aktien zu zeichnen und zu übernehmen und (ii) die Neuen Aktien mit Ausnahme des Spitzenbetrages den Aktionären im Rahmen eines mittelbaren Bezugsrechts während der Bezugsfrist entsprechend dem Bezugsverhältnis zum Bezugspreis je Neuer Aktie zum Bezug anzubieten („Bezugsangebot“). Die Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main wird voraussichtlich am 5. Oktober 2010 erfolgen.

Die Bezugsrechte (ISIN DE000A1E8H87, WKN A1E 8H8), die auf die bestehenden Aktien der Gesellschaft (ISIN DE0005140008, WKN 514 000) entfallen, werden, soweit sie sich in Girosammelverwahrung befinden, am 21. September 2010, abends, durch die Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, Deutschland, den Depotbanken automatisch eingebucht.

Wir bitten unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht auf die Neuen Aktien in der Zeit

vom 22. September 2010 bis 5. Oktober 2010 (jeweils einschließlich)

über ihre jeweilige Depotbank bei einer der unten genannten Bezugsstellen während der üblichen Schalterstunden auszuüben. Nicht fristgemäß ausgeübte Bezugsrechte verfallen wertlos. Ein Ausgleich für nicht ausgeübte Bezugsrechte erfolgt nicht.

Bezugsstellen sind die deutschen Niederlassungen der

Deutsche Bank Aktiengesellschaft.

Entsprechend dem Bezugsverhältnis von 2 : 1 kann auf jeweils zwei alte Aktien der Deutsche Bank Aktiengesellschaft eine Neue Aktie zum Bezugspreis bezogen werden. Die Ausübung der Bezugsrechte steht unter dem Vorbehalt der Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister und unterliegt den weiteren im Abschnitt „Wichtige Hinweise“ dargestellten Beschränkungen.

Bezugspreis

Der Bezugspreis je bezogener Neuer Aktie beträgt 33,00€. Der Bezugspreis ist spätestens am letzten Tag der Bezugsfrist (5. Oktober 2010) zu entrichten. Für den Bezug wird von den Depotbanken die jeweils bankübliche Provision berechnet.

Bezugsrechtshandel

Im Zusammenhang mit dem Angebot der Neuen Aktien findet ein börslicher Handel der Bezugsrechte statt. Die Bezugsrechte (ISIN DE000A1E8H87) für die Neuen Aktien werden in der Zeit vom 22. September 2010 bis einschließlich 1. Oktober 2010 im regulierten Markt (Parketthandel und Xetra) an der Frankfurter Wertpapierbörse gehandelt. Die Bezugsrechte werden auch an der New York Stock Exchange gehandelt. Darüber hinaus soll kein Antrag auf Bezugsrechtshandel an einer anderen Wertpapierbörse gestellt werden. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln. Ein Ausgleich für nicht ausgeübte Bezugsrechte findet nicht statt. Nach Ablauf der Bezugsfrist verfallen die nicht ausgeübten Bezugsrechte wertlos.

Vom 22. September 2010 an werden die alten Aktien der Deutsche Bank Aktiengesellschaft (ISIN DE0005140008) im regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse und an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart sowie an der New York Stock Exchange „ex Bezugsrecht“ notiert.

Die UBS Limited kann geeignete Maßnahmen ergreifen, um für einen geordneten Bezugsrechtshandel Liquidität zur Verfügung zu stellen, wie den Kauf und Verkauf von Bezugsrechten auf Neue Aktien. Eine entsprechende Verpflichtung besteht jedoch nicht. Dabei behält sich die UBS Limited vor, Absicherungsgeschäfte in Aktien der Deutsche Bank Aktiengesellschaft oder entsprechenden Derivaten vorzunehmen.

Wichtige Hinweise

Aktionären und Anlegern wird empfohlen, vor der Entscheidung über die Ausübung, den Erwerb oder die Veräußerung von Bezugsrechten bzw. den Erwerb von Aktien den Prospekt vom 21. September 2010 – bestehend aus Registrierungsformular, Wertpapierbeschreibung und Zusammenfassung – aufmerksam zu lesen, die jeweils auf der Internetseite der Deutsche Bank Aktiengesellschaft (www.deutsche-bank.de) abrufbar sind.

Die Konsortialbanken sind berechtigt, unter bestimmten Bedingungen vom Aktienübernahmevertrag zurückzutreten oder die Durchführung des Bezugsangebots zu verlängern. Zu diesen Umständen zählen wesentliche nachteilige Veränderungen in der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Deutsche Bank Aktiengesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften, wesentliche Einschränkungen des Börsenhandels oder des Bankgeschäfts, der Ausbruch oder die Eskalation von Feindseligkeiten, die Erklärung eines nationalen Notstands durch die Bundesrepublik Deutschland oder andere Katastrophen oder Krisen, die wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Finanzmärkte zur Folge haben oder erwarten lassen. Die Verpflichtung der Konsortialbanken endet ferner, wenn die Durchführung der Kapitalerhöhung nicht bis zum 5. Oktober 2010, 24:00 Uhr MEZ, in das Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main eingetragen ist und sich die Deutsche Bank Aktiengesellschaft und die Konsortialbanken nicht auf einen späteren Termin einigen können. Sollte die Zulassung der Neuen Aktien zum Börsenhandel nicht bis einschließlich 6. Oktober 2010 erfolgt sein, besteht ebenfalls ein Rücktrittsrecht.

Im Falle des Rücktritts vom Aktienübernahmevertrag vor Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister entfällt das Bezugsrecht der Aktionäre ersatzlos. Eine Rückabwicklung von Bezugsrechtshandelsgeschäften durch die die Bezugsrechtsgeschäfte vermittelnden Stellen findet in einem solchen Fall nicht statt. Anleger, die Bezugsrechte über eine Börse erworben haben, würden dementsprechend in diesem Fall einen Verlust erleiden. Sofern die Konsortialbanken nach Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister vom Aktienübernahmevertrag zurücktreten, können die Aktionäre, die ihr Bezugsrecht ausgeübt haben, die Neuen Aktien zum Bezugspreis erwerben.

Sollte der Aktienübernahmevertrag nach Abwicklung des Bezugsangebots durch die Konsortialbanken beendet werden, was auch nach Lieferung und Abrechnung der im Bezugsangebot bezogenen Neuen Aktien und Notierungsaufnahme möglich ist, würde sich dies nur auf die nicht bezogenen Neuen Aktien beziehen. Aktienkaufverträge über nicht bezogene Neue Aktien stehen daher unter Vorbehalt. Sollten zu dem Zeitpunkt der Stornierung von Aktieneinbuchungen bereits Leerverkäufe erfolgt sein, trägt allein der Verkäufer dieser Aktien das Risiko, seine Lieferverpflichtung nicht durch Lieferung Neuer Aktien erfüllen zu können.

Verwertung nicht bezogener Neuer Aktien

Die Neuen Aktien, die nicht auf Grund des Bezugsangebots bezogen worden sind, sowie der vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgenommene Spitzenbetrag werden im Wege eines öffentlichen Angebots in den Vereinigten Staaten und im Rahmen von Privatplatzierungen Anlegern in der Bundesrepublik Deutschland und bestimmten anderen Ländern (mit Ausnahme von Japan) zum Erwerb angeboten.

Verbriefung und Lieferung der Neuen Aktien

Die Neuen Aktien werden in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG und bei dem unter der Global Share-Struktur von der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für die USA ernannten Sub-Agent hinterlegt wird. Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Anteile sowie etwaiger Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine ist satzungsgemäß ausgeschlossen, soweit seine Gewährung nicht nach den Regeln erforderlich ist, die an einer Börse gelten, an der die Aktien zugelassen sind. Die Neuen Aktien sind mit den gleichen Rechten ausgestattet wie alle anderen Aktien der Gesellschaft und vermitteln keine darüber hinausgehenden Rechte oder Vorteile. Die im Rahmen des Bezugsangebots bezogenen Neuen Aktien werden voraussichtlich ab 6. Oktober 2010, und die im Rahmen der Privatplatzierungen erworbenen Neuen Aktien werden nach Abschluss der Privatplatzierungen, voraussichtlich ab 8. Oktober 2010, durch Girosammeldepotgutschrift zur Verfügung gestellt, es sei denn, die Bezugsfrist wurde verlängert.

Börsenzulassung und Börsenhandel der Neuen Aktien

Die Zulassung der Neuen Aktien zum regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des regulierten Markts mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie zum regulierten Markt der Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart wird voraussichtlich am 22. September 2010 beantragt werden. Der Zulassungsbeschluss wird für den 5. Oktober 2010 erwartet. Die Aufnahme des Börsenhandels und die Einbeziehung der Neuen Aktien in die bestehende Notierung an den deutschen Wertpapierbörsen ist für den 6. Oktober 2010 vorgesehen. Zeitgleich soll die Einbeziehung der Neuen Aktien in die bestehende Notierung an der New York Stock Exchange erfolgen.

Veröffentlichung des Prospekts

Im Zusammenhang mit dem Bezugsangebot wurde ein Wertpapierprospekt, bestehend aus dem Registrierungsformular der Deutsche Bank Aktiengesellschaft vom 7. Mai 2010 sowie einer Wertpapierbeschreibung und einer Zusammenfassung, jeweils vom 21. September 2010, auf der Internetseite der Deutsche Bank Aktiengesellschaft (www.deutsche-bank.de) veröffentlicht (der „Prospekt“). Gedruckte Exemplare des Prospekts werden bei der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Große Gallusstraße 10-14, 60311 Frankfurt am Main, zur kostenlosen Ausgabe während der üblichen Geschäftszeiten bereitgehalten.

Verkaufsbeschränkungen

Dieses Dokument stellt kein Angebot zum Verkauf von Wertpapieren in den Vereinigten Staaten von Amerika („Vereinigte Staaten“) dar. Wertpapiere dürfen in den Vereinigten Staaten nicht ohne Registrierung oder eine Ausnahme von der Registrierungspflicht angeboten oder verkauft werden. Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat ein Registrierungsformular bei der U.S.-amerikanischen Wertpapieraufsichtsbehörde (U.S. Securities and Exchange Commission) („SEC“) eingereicht, um die bzw. einen Teil der angebotenen Wertpapiere in den Vereinigten Staaten zu registrieren. Das öffentliche Angebot der Wertpapiere in den Vereinigten Staaten erfolgt auf der Grundlage eines Wertpapierprospekts, der bei der Deutsche Bank Aktiengesellschaft angefordert oder auf der Website der SEC abgerufen werden kann und der detaillierte Angaben über die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, deren Verwaltungs- und Geschäftsführungsorgane sowie Finanzangaben zur Deutsche Bank Aktiengesellschaft enthält.

Die Annahme dieses Angebots außerhalb der Bundesrepublik Deutschland kann Beschränkungen unterliegen. Personen, die das Angebot außerhalb der Bundesrepublik Deutschland annehmen wollen, werden aufgefordert, sich über außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bestehende Beschränkungen zu informieren und diese zu beachten.

Stabilisierung

Im Zusammenhang mit dem Angebot der Neuen Aktien handelt die UBS Limited als Stabilisierungsmanager und kann, auch durch mit ihr verbundene Unternehmen, Maßnahmen ergreifen, die auf die Stützung des Börsen- oder Marktpreises der Aktien der Deutsche Bank Aktiengesellschaft abzielen, um einen bestehenden Verkaufsdruck auszugleichen (Stabilisierungsmaßnahmen).

Es besteht keine Verpflichtung des Stabilisierungsmanagers, Stabilisierungsmaßnahmen zu ergreifen. Daher wird nicht garantiert, dass Stabilisierungsmaßnahmen überhaupt durchgeführt werden. Sofern Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen werden, können diese jederzeit ohne vorherige Bekanntgabe beendet werden.

Solche Stabilisierungsmaßnahmen können ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Bezugsangebots vorgenommen werden und müssen spätestens am 30. Kalendertag nach Ablauf der Bezugsfrist, d.h. voraussichtlich am 4. November 2010, beendet sein (Stabilisierungszeitraum).

Stabilisierungsmaßnahmen können zu einem höheren Börsenkurs bzw. Marktpreis der Aktien der Gesellschaft führen, als es ohne diese Maßnahmen der Fall wäre. Darüber hinaus kann sich vorübergehend ein Börsenkurs bzw. Marktpreis auf einem Niveau ergeben, das nicht dauerhaft ist.

Nach Ende des Stabilisierungszeitraums wird innerhalb einer Woche durch Pressemitteilung bekannt gegeben, ob eine Stabilisierungsmaßnahme durchgeführt wurde oder nicht, zu welchem Termin mit der Kursstabilisierung begonnen wurde, zu welchem Termin die letzte Kursstabilisierungsmaßnahme erfolgte sowie innerhalb welcher Kursspanne die Stabilisierung erfolgte, und zwar für jeden Termin, zu dem eine Kursstabilisierungsmaßnahme durchgeführt wurde.

*Frankfurt am Main, im September 2010
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Der Vorstand“*

Bezugspreis

Der Bezugspreis je bezogener Neuer Aktie beträgt 33,00 €.

Zuteilung der Bezugsrechte

Auf jede alte Aktie der Gesellschaft (ISIN DE0005140008), mit Ausnahme der von der Gesellschaft selbst gehaltenen Aktien sowie des Spitzenbetrags an Aktien, für den das Bezugsrecht ausgeschlossen wurde, entfällt ein Bezugsrecht. Die Bezugsrechte werden für Aktien der Gesellschaft nach dem Stand vom 21. September 2010, abends, durch die Clearstream Banking AG den Depotbanken automatisch zugebucht. Vom 22. September 2010 an werden die alten Aktien im regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse und an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart sowie an der New York Stock Exchange „ex Bezugsrecht“ notiert.

Ausübung der Bezugsrechte

Entsprechend dem Bezugsverhältnis von 2 : 1 kann auf jeweils zwei alte Aktien der Gesellschaft eine Neue Aktie zum Bezugspreis bezogen werden. Bezugsrechte müssen gegenüber den Bezugsstellen in der Zeit vom 22. September 2010 bis 5. Oktober 2010 (jeweils einschließlich) ausgeübt werden. Weisungen von Anlegern im Hinblick auf die Ausübung von Bezugsrechten sind an ihre jeweilige Depotbank zu richten. Anlegern wird empfohlen, den diesbezüglichen Weisungen ihrer Depotbank zu folgen.

Verwertung der Bezugsrechte

Die Bezugsrechte sind frei übertragbar. Sofern die Bedingungen der Depotbanken es vorsehen, werden diese versuchen, die Bezugsrechte bestmöglich zu verwerten, sofern der Bezugsberechtigte keine Weisung zur Ausübung des Bezugsrechts erteilt.

Nicht ausgeübte Bezugsrechte

Nicht fristgemäß ausgeübte Bezugsrechte verfallen wertlos.

Konsortialbanken und Aktienübernahmevertrag

Die das Angebot begleitenden Konsortialbanken sind UBS Limited, Banco Santander S.A., COMMERZBANK Aktiengesellschaft, HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, ING Bank N.V., Merrill Lynch International, Morgan Stanley Bank AG und SOCIETE GENERALE, (zusammen die „Joint Bookrunners“) sowie Banca IMI S.p.A., Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, S.A., Barclays Bank PLC, Citigroup Global Markets Limited, CREDIT AGRICOLE CORPORATE & INVESTMENT BANK, DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Landesbank Baden-Württemberg, Lloyds TSB Bank plc, Mediobanca – Banca di Credito Finanziario S.p.A., Standard

Chartered Bank und The Royal Bank of Scotland N.V. (London Branch) (zusammen die "Co-Bookrunners") sowie Bayerische Landesbank, Coöperatieve Centrale Raiffeisen-Boerenleenbank B.A., Daiwa Capital Markets Europe Limited, DANSKE BANK A/S, KBC SECURITIES NV, Mizuho International plc, MPS Capital Services S.p.A., National Bank of Greece S.A., Natixis, Nordea Bank AB (publ), Raiffeisen Centrobank AG, UniCredit Bank AG, VTB Capital Plc, Wells Fargo Securities International Limited und WestLB AG (zusammen die "Co-Lead Managers"). Die Gesellschaft und die Konsortialbanken haben am 12. September 2010 einen Aktienübernahmevertrag abgeschlossen. In diesem Aktienübernahmevertrag haben sich die Konsortialbanken unter bestimmten Bedingungen verpflichtet, sämtliche Neuen Aktien zu zeichnen und zu übernehmen und (mit Ausnahme des Spitzenbetrags) den Aktionären der Gesellschaft zum Bezug anzubieten.

Die nachfolgende Tabelle stellt die prozentuale Quote der Neuen Aktien dar, für deren Übernahme sich die jeweilige Konsortialbank in dem Aktienübernahmevertrag verpflichtet hat:

Konsortialbank	Übernahmequote
UBS Limited, 1 Finsbury Avenue, London EC2M 2PP, Großbritannien	9,20 %
Banco Santander S.A., Paseo de Pereda 9-12, 39004 Santander, Spanien	7,75 %
COMMERZBANK Aktiengesellschaft, Kaiserstrasse 16 (Kaiserplatz), 60311 Frankfurt am Main	7,75 %
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Königsallee 21/23, 40212 Düsseldorf	7,75 %
ING Bank N.V., Bijlmerplein 888, 1102 MG Amsterdam, Niederlande	7,75 %
Merrill Lynch International, 2 King Edward Street, London EC1A 1HQ, Großbritannien	7,75 %
Morgan Stanley Bank AG, Junghofstrasse 13-15, 60311 Frankfurt am Main	7,75 %
SOCIETE GENERALE, 29 boulevard Haussmann, 75009 Paris, Frankreich	7,75 %
Banca IMI S.p.A., Largo Mattioli, 3, 20121 Mailand, Italien	2,30 %
Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, S.A., Plaza de San Nicolas, 4, 48005 Bilbao, Spanien	2,30 %
Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London E14 5HP, Großbritannien	2,30 %
Citigroup Global Markets Limited, Citigroup Centre, Canada Square, Canary Wharf, London E14 5LB, Großbritannien	2,30 %
CREDIT AGRICOLE CORPORATE & INVESTMENT BANK, 9, quai du Président Paul Doumer, 92920 Paris La Défense cedex, Frankreich	2,30 %
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Platz der Republik, 60311 Frankfurt am Main	2,30 %
Landesbank Baden-Württemberg, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart	2,30 %
Lloyds TSB Bank plc, 25 Gresham Street, London EC2V 7HN, Großbritannien	2,30 %
Mediobanca – Banca di Credito Finanziario S.p.A., Piazzetta Enrico Cuccia 1, 20121 Mailand, Italien	2,30 %
Standard Chartered Bank, 1 Aldermanbury Square, London EC2V 7SB, Großbritannien	2,30 %
The Royal Bank of Scotland N.V. (London Branch), 250 Bishopsgate, London EC2M 4AA, Großbritannien	2,30 %
Bayerische Landesbank, Brienner Str. 18, 80333 München	0,75 %
Coöperatieve Centrale Raiffeisen-Boerenleenbank B.A., Croeselaan 18, 3521 CB Utrecht, Niederlande	0,75 %
Daiwa Capital Markets Europe Limited, 5 King William Street, London EC4N 7AX, Großbritannien	0,75 %
DANSKE BANK A/S, Holmens Kanal 2-12, 1092 Kopenhagen, Dänemark	0,75 %
KBC SECURITIES NV, Havenlaan 12 Avenue du Port, 1080 Brüssel, Belgien	0,75 %
Mizuho International plc, Bracken House One Friday Street, London EC4M 9JA, Großbritannien	0,75 %
MPS Capital Services S.p.A., Via Leone Pancaldo n. 4, 50127 Florenz, Italien	0,75 %
National Bank of Greece S.A., Eolou 86, 10232 Athen, Griechenland	0,75 %
Natixis, 30 avenue Pierre Mendès, 75013 Paris, Frankreich	0,75 %
Nordea Bank AB (publ), Smålandsgatan 17, 10571 Stockholm, Schweden	0,75 %
Raiffeisen Centrobank AG, Tegetthoffstraße 1, 1015 Wien, Österreich	0,75 %
UniCredit Bank AG, Kardinal-Faulhaber-Str. 1, 80333 München	0,75 %
VTB Capital Plc, 14 Cornhill, London EC3V 3ND, Großbritannien	0,75 %
Wells Fargo Securities International Limited, 1 Plantation Place, 30 Fenchurch Street, London EC3M 3BD, Großbritannien	0,75 %
WestLB AG, Herzogstr. 15, 40217 Düsseldorf	0,75 %

Etwaige aufgrund des Bezugsangebots nicht bezogene Aktien und der Spitzenbetrag, für den das Bezugsrecht ausgeschlossen wurde, werden von den begleitenden Banken im Wege eines öffentlichen Angebots in den Vereinigten Staaten und im Rahmen von Privatplatzierungen Anlegern in der Bundesrepublik Deutschland und bestimmten anderen Ländern (mit Ausnahme von Japan) zum Erwerb angeboten und bestmöglich verwertet.

Nach dem Aktienübernahmevertrag ist die Deutsche Bank AG verpflichtet, eine Übernahme- und Platzierungsprovision in Höhe von maximal ca. 229 Mio € an die Konsortialbanken zu zahlen. Im Aktienübernahmevertrag hat sich die Gesellschaft verpflichtet, die Konsortialbanken von bestimmten Haftungsverbindlichkeiten freizustellen.

Der Aktienübernahmevertrag sieht zudem vor, dass die Verpflichtung der Konsortialbanken unter dem Vorbehalt der Erfüllung bestimmter Bedingungen, etwa dem Erhalt üblicher, den Anforderungen der Konsortialbanken genügender Bestätigungen und Rechtsgutachten, stehen.

Für weitere Angaben zur Möglichkeit des Rücktritts der Konsortialbanken vom Aktienübernahmevertrag siehe „—*Bezugsangebot—Wichtige Hinweise*“.

Marktschutzvereinbarung

In einem Zeitraum vom 12. September 2010 bis sechs Monate nach dem ersten Handelstag der Neuen Aktien an der Frankfurter Wertpapierbörse, den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart sowie der New York Stock Exchange wird die Gesellschaft ohne vorherige schriftliche Zustimmung der UBS Limited, die nicht unbillig verweigert oder verzögert werden darf, und im Rahmen des aktienrechtlich Zulässigen:

- (i) keine satzungsmäßige Ermächtigung zur Kapitalerhöhung ausüben;
- (ii) der Hauptversammlung keinen Vorschlag für eine Kapitalerhöhung oder die Begebung von Finanzinstrumenten, die in Aktien der Gesellschaft umgewandelt werden können oder mit Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft ausgestattet sind, zum Beschluss vorlegen (wobei Ermächtigungen gemäß § 202 oder § 221 Abs. 2 AktG und die Schaffung eines damit verbundenen bedingten Kapitals ausgenommen sind);
- (iii) keine Aktien der Gesellschaft oder Wertpapiere, die in solche Aktien umgewandelt, für die solche Aktien bezogen oder die in solche Aktien umgetauscht werden können, direkt oder indirekt anbieten, verpfänden, zuteilen, ausgeben (sofern nicht durch anwendbares Recht vorgeschrieben), verkaufen, sich zu deren Verkauf verpflichten, keine Option für deren Kauf verkaufen, sich zu deren Kauf verpflichten, keine Option für deren Verkauf kaufen, keine Option, kein Recht und keinen Optionsschein zu deren Kauf gewähren oder anderweitig übertragen oder veräußern und keine Swaps oder sonstigen Vereinbarungen eingehen, durch die das wirtschaftliche Risiko des Eigentums an solchen Aktien ganz oder teilweise an eine andere Partei übertragen wird, unabhängig davon, ob die Abwicklung einer solchen vorstehend beschriebenen Transaktion durch Lieferung von Aktien oder solchen anderen Wertpapieren, in bar oder auf sonstige Weise erfolgen soll.

Die vorstehenden Beschränkungen gelten nicht für (i) die auf der Grundlage des Prospekts verkauften Neuen Aktien, (ii) von der Gesellschaft ausgegebene bedingte Kapitalinstrumente, die zwingend oder freiwillig in Aktien der Gesellschaft oder andere damit verbundene Instrumente umgewandelt werden können, (iii) die Ausgabe oder anderweitige Verteilung oder Zuteilung von Aktien der Gesellschaft oder Optionen auf Aktien der Gesellschaft oder anderen Instrumenten in Bezug auf Aktien der Gesellschaft an Führungskräfte (einschließlich Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern) oder Mitarbeiter der Gesellschaft oder einer ihrer Tochtergesellschaften im Rahmen eines üblichen Aktienoptions-, Aktienbeteiligungs- oder sonstigen Mitarbeiteranreizplans für Führungskräfte (einschließlich Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern) und/oder Mitarbeiter oder anderweitig in Bezug auf die Aktienvergütung von Führungskräften (einschließlich Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern) oder Mitarbeitern der Gesellschaft, (iv) Verkäufe eigener Aktien (oder Derivate-Transaktionen in Bezug darauf), die in Übereinstimmung mit den üblichen Treasury-Aktivitäten der Gesellschaft durchgeführt werden, (v) Absicherungs-, Marketmaking- und Makleraktivitäten im üblichen Verlauf der Handelsaktivitäten der Gesellschaft oder ihrer verbundenen Unternehmen und (vi) Transaktionen der Gesellschaft oder ihrer verbundenen Unternehmen zur Ausführung von Kundenaufträgen.

Verkaufsbeschränkungen

Dieses Dokument stellt kein Angebot zum Verkauf von Wertpapieren in den Vereinigten Staaten dar. Wertpapiere dürfen in den Vereinigten Staaten nicht ohne Registrierung oder eine Ausnahme von der Registrierungspflicht angeboten oder verkauft werden. Die Deutsche Bank AG hat ein Registrierungsformular bei der SEC eingereicht, um die bzw. einen Teil der angebotenen Wertpapiere in den Vereinigten Staaten zu registrieren. Das öffentliche Angebot der Wertpapiere in den Vereinigten Staaten erfolgt auf der Grundlage eines gesonderten Prospekts und eines Prospektnachtrags, der bei der Gesellschaft angefordert oder auf der

Website der SEC abgerufen werden kann und der detaillierte Angaben über die Gesellschaft, deren Verwaltungs- und Geschäftsführungsorgane sowie Finanzangaben zur Gesellschaft enthält.

Die Annahme dieses Angebots außerhalb der Bundesrepublik Deutschland kann Beschränkungen unterliegen. Personen, die das Angebot außerhalb der Bundesrepublik Deutschland annehmen wollen, werden aufgefordert, sich über außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bestehende Beschränkungen zu informieren und diese zu beachten.

Der Verkauf im Vereinigten Königreich unterliegt ebenfalls Beschränkungen. Die Konsortialbanken haben jeweils einzeln gegenüber der Gesellschaft in Form eines verschuldensunabhängigen Garantieversprechens gewährleistet, dass

- (i) sie (selbst oder durch Dritte) im Zusammenhang mit der Ausgabe oder dem Verkauf der Neuen Aktien zu Investmentaktivitäten im Sinne von § 21 des Financial Services and Markets Act 2000 („FSMA“) nur eingeladen haben oder einladen werden bzw. solche Investmentaktivitäten nur veranlasst haben oder veranlassen werden, soweit § 21 (1) FSMA auf die Gesellschaft keine Anwendung findet; und
- (ii) sie alle anwendbaren Bestimmungen des FSMA eingehalten haben und einhalten werden, und zwar in Bezug auf alle Tätigkeiten, die von ihnen im Zusammenhang mit den Neuen Aktien im Vereinigten Königreich oder vom Vereinigten Königreich aus oder in sonstiger Weise das Vereinigte Königreich betreffend ausgeführt wurden bzw. werden.

Die Konsortialbanken haben des Weiteren in dem Aktienübernahmevertrag gewährleistet, dass sie die Neuen Aktien in keinem Mitgliedsstaat des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), der die Prospektrichtlinie (Richtlinie 2003/71/EC) umgesetzt hat (jeweils ein „Relevanter Mitgliedsstaat“), außer in Deutschland und dem Vereinigten Königreich, im Einklang mit der Prospektrichtlinie, ab dem Tag der Umsetzung der Prospektrichtlinie in dem betreffenden Relevanten Mitgliedsstaat („Relevanter Umsetzungszeitpunkt“) öffentlich angeboten haben oder anbieten werden, mit Ausnahme von Angeboten in einem Relevanten Mitgliedsstaat ab dem Relevanten Umsetzungszeitpunkt (i) an juristische Personen, die in Bezug auf ihre Tätigkeit auf den Finanzmärkten zugelassen sind bzw. beaufsichtigt werden oder, falls diese nicht zugelassen oder beaufsichtigt werden, deren einziger Geschäftszweck in der Wertpapieranlage besteht; (ii) an Unternehmen, die laut ihrem letzten Jahresabschluss bzw. konsolidierten Abschluss zumindest zwei der nachfolgenden drei Kriterien erfüllen: (a) eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl im letzten Geschäftsjahr von wenigstens 250 (b) eine Gesamtbilanzsumme von mehr als 43.000.000 € und (c) ein Jahresnettoumsatz von mehr als 50.000.000 €; oder (iii) unter sonstigen Umständen, in denen nach Artikel 3 der Prospektrichtlinie die Veröffentlichung eines Prospekts durch die Gesellschaft nicht erforderlich ist.

In Japan werden die Neuen Aktien nicht angeboten.

Interessen beteiligter Personen an dem Angebot

Die Konsortialbanken stehen im Zusammenhang mit dem Angebot in einem vertraglichen Verhältnis mit der Gesellschaft. Bei erfolgreicher Durchführung der Transaktionen erhalten die Konsortialbanken eine Provision von der Gesellschaft.

Einige Konsortialbanken und ihre verbundenen Unternehmen, die in Geschäftsbeziehung mit der Deutschen Bank stehen, haben in der Vergangenheit Beratungs- oder andere Dienstleistungen für die Deutsche Bank gegen marktübliche Provisionen und Entgelte erbracht und werden dies wahrscheinlich auch in Zukunft tun. Auch die Gesellschaft hat für einige Konsortialbanken und ihre verbundenen Unternehmen Beratungs- oder andere Dienstleistungen gegen marktübliche Provisionen und Entgelte erbracht und wird dies wahrscheinlich auch in Zukunft tun.

Sofern Konsortialbanken und ihre verbundenen Unternehmen, die als Anleger für eigene Rechnung handeln, Aktionäre der Gesellschaft sind, können sie im Zusammenhang mit dem Bezugsangebot Bezugsrechte erhalten und durch Ausübung dieser Bezugsrechte Neue Aktien erwerben. Zudem können sie etwaige nicht im Bezugsangebot bezogene Aktien erwerben und in dieser Funktion Bezugsrechte, Aktien (einschließlich Neuer Aktien) oder andere Wertpapiere der Gesellschaft für eigene Rechnung halten, kaufen oder verkaufen. Sie können solche Wertpapiere auch anderweitig als im Zusammenhang mit dem Angebot anbieten und/oder verkaufen. Bezugnahmen in dieser Wertpapierbeschreibung auf Aktien, die nicht während der Bezugsfrist bezogen oder zugeteilt wurden, sind dahingehend zu verstehen, dass sie jedes Angebot und jede Zuteilung von Neuen Aktien an die Konsortialbanken und jedes ihrer verbundenen Unternehmen in dieser Eigenschaft einschließen. Die Konsortialbanken beabsichtigen nicht, den Umfang solcher Investitionen oder Transaktionen offenzulegen, soweit sie hierzu nicht aus rechtlichen oder regulatorischen Gründen verpflichtet sind.

GRÜNDE FÜR DAS ANGEBOT UND VERWENDUNG DES EMISSIONSERLÖSES

Emissionserlös und Kosten der Emission

Soweit sämtliche Neuen Aktien zum Bezugspreis bezogen werden, beträgt der Bruttoemissionserlös vor Kosten und Provisionen bzw. Gebühren 10.185 Mio €. Der Gesellschaft fallen Bankenprovisionen sowie sonstige Kosten im Rahmen der Emission in Höhe von voraussichtlich maximal insgesamt ca. 234 Mio € an, wobei ein Betrag von maximal ca. 229 Mio € auf die Übernahme- und Platzierungsprovision der Konsortialbanken entfällt. Der der Gesellschaft zufließende Nettoemissionserlös vor Steuern beträgt daher voraussichtlich ca. 9.952 Mio €.

Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissionserlöses

Die Gesellschaft beabsichtigt, ein freiwilliges öffentliches Bar-Übernahmeangebot (das „Übernahmeangebot“) an die Aktionäre der Deutsche Postbank AG („Postbank“ und zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften die „Postbank-Gruppe“) abzugeben, mit dem Ziel, möglichst frühzeitig ihre derzeitige (indirekte) Beteiligung in Höhe von ca. 29,95 % an der Postbank auf eine Mehrheitsbeteiligung aufzustocken und die Postbank-Gruppe zu konsolidieren, wenn möglich noch im Jahr 2010; siehe „—Geplantes Übernahmeangebot an die Aktionäre der Deutsche Postbank AG“.

Der Nettoemissionserlös aus dem Angebot der Neuen Aktien soll in erster Linie zur Deckung der Kapitalanforderungen infolge der geplanten Konsolidierung der Postbank-Gruppe dienen und darüber hinaus auch die Kapitalbasis der Deutschen Bank stärken. Dies trägt auch regulatorischen Änderungen Rechnung und soll künftiges Wachstum stärken.

Die Deutsche Bank beabsichtigt mit dem Mehrheitserwerb und der Konsolidierung der Postbank-Gruppe ihre führende Marktposition im deutschen Heimatmarkt zu festigen und auszubauen. Insbesondere im Privatkundengeschäft des Konzernbereichs Private Clients and Asset Management (PCAM) bietet die Kombination der Deutschen Bank und der Postbank nach Ansicht der Gesellschaft erhebliche Synergiepotentiale und Wachstumschancen. Durch die Verbindung von Deutscher Bank und Postbank soll der Anteil des Privatkundengeschäfts am Konzernergebnis erhöht und die Refinanzierungsbasis des Konzerns durch den wesentlich vergrößerten Umfang an Privatkundeneinlagen weiter gestärkt und diversifiziert werden. Zugleich strebt die Deutsche Bank an, die Postbank mit ihrer Expertise beim Management ihrer nicht-kundenbezogenen Vermögensanlagen zu unterstützen und das so im Deutsche Bank-Konzern frei werdende Kapital in Geschäftsbereichen mit höherem Ergebnisbeitrag einzusetzen. Für ihren Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) hat die Deutsche Bank unter Einbeziehung der Postbank und der Annahme des Ausbleibens weiterer wesentlicher Effekte aus den nicht-kundenbezogenen Vermögensanlagen und der vollständigen Amortisation der Wertanpassungen aus der Kaufpreisallokation ein jährliches Ergebnisziel vor Steuern in Höhe von über 3 Mrd € definiert, vorausgesetzt, dass es gelingt, das identifizierte Synergiepotenzial nach den damit verbundenen Kosten im Zusammenhang mit einer Konsolidierung der Postbank voll zu realisieren und die erwarteten Wachstumsmöglichkeiten im deutschen Markt auszuschöpfen. Die Deutsche Bank hat eine jährliche Zielgröße von insgesamt ca. 1,0 Mrd € an Synergien identifiziert. Es wird angestrebt, diese Synergien bis 2014/15 maßgeblich zu realisieren. Davon wird nach Einschätzung der Deutschen Bank ein Anteil von rund einem Viertel auf Ertragssynergien und ein Anteil von rund drei Vierteln auf Kostensynergien (vorwiegend in den Bereichen IT und Operations) entfallen. Hierzu gehören zu hebende Kostensynergien aus dem bestehenden PBC-Geschäft, mögliche Ertrags- und Kostensynergien im Falle der Zusammenführung der beiden Retailbereiche sowie Synergieeffekte aus bereits heute begonnenen Kooperationen zwischen der Postbank und der Deutschen Bank. Die Gesellschaft erwartet, dass sie im Zusammenhang mit der Erzielung dieser Synergien bis einschließlich 2015 einen Gesamtbetrag in Höhe von ca. 1,4 Mrd € (ebenfalls vorwiegend in den Bereichen IT und Operations) aufwenden wird.

Das Übernahmeangebot soll die Deutsche Bank ferner von der Verpflichtung zur Abgabe eines späteren öffentlichen Pflichtangebots infolge eines Erwerbs von Postbank-Aktien bei Tilgung der Pflichtumtauschleihe der Deutsche Post AG („Deutsche Post“) im Jahr 2012 befreien (siehe „—Geplantes Übernahmeangebot an die Aktionäre der Deutsche Postbank AG—Beschreibung des Übernahmeangebots“) und damit die Kosten des Erwerbs der Kontrolle über die Postbank reduzieren. In einem späteren öffentlichen Pflichtangebot würde sich die mindestens anzubietende Gegenleistung zumindest nach dem Preis der Pflichtumtauschleihe, wahrscheinlich aber nach dem darüber liegenden Ausübungspreis der unten unter „—Geplantes Übernahmeangebot an die Aktionäre der Deutsche Postbank AG—Derzeitige Beteiligung der Deutschen Bank an der Postbank—Erwerbsvereinbarung mit der Deutschen Post“ beschriebenen Verkaufsoption der Deutschen Post bemessen. Nach Einschätzung der Gesellschaft dürften im Falle einer vollständigen Annahme des geplanten Übernahmeangebots die entsprechenden Akquisitionskosten für den gesamten Aktienstreubesitz an der Postbank (30,55 %) um rund 1,6 Mrd € unter denjenigen Kosten liegen, die entstehen würden, wenn die Gesellschaft den gesamten Aktienstreubesitz aufgrund eines öffentlichen Pflichtangebots erwirbt, bei dem die Gegenleistung dem Ausübungspreis der vorgenannten Verkaufsoption entspricht.

Der Vollzug des Übernahmeangebots und die nachfolgende Konsolidierung der Postbank-Gruppe hätten ohne Berücksichtigung der Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Tier-1-Kapitalquote der Deutschen Bank. Die Durchführung der Kapitalerhöhung ist dementsprechend darauf gerichtet, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital der Deutschen Bank zu stärken. Dies trägt auch regulatorischen Änderungen Rechnung und soll künftiges Wachstum stärken. Basierend auf den Annahmen, dass das Übernahmeangebot zu einem Angebotspreis von 25,00 € vollzogen wird, die Gesellschaft infolge des Übernahmeangebots in der unten beschriebenen Transaktionsstruktur weitere 30,55 % des Grundkapitals der Postbank erwirbt und sich der Nettoemissionserlös nach Steuern aus dem Angebot der Neuen Aktien auf 10,0 Mrd € beläuft, sowie einer von der Gesellschaft im Wesentlichen auf Basis des veröffentlichten Zwischenberichts der Postbank-Gruppe zum 30. Juni 2010 berechneten zusätzlichen Tier-1-Kapital-Belastung in Höhe von 8,2 Mrd € würde die angepasste konsolidierte Tier-1-Kapitalquote der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 ca. 11,6 % betragen. Bei Zugrundelegung der Annahme, dass die Gesellschaft im Übernahmeangebot lediglich weitere 21,0 % des Grundkapitals der Postbank erwirbt, würde sich, bei ansonsten unveränderten Annahmen, aufgrund einer von der Gesellschaft im Wesentlichen auf Basis des veröffentlichten Zwischenberichts der Postbank-Gruppe zum 30. Juni 2010 berechneten zusätzlichen Tier-1-Kapital-Belastung in Höhe von 7,7 Mrd € die angepasste konsolidierte Tier-1-Kapitalquote der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 auf ca. 11,7 % belaufen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich bis zum Zeitpunkt der beabsichtigten Vollkonsolidierung und der dann im Detail durchzuführenden Kaufpreisallokation noch wesentliche Abweichungen zu den zuvor genannten Auswirkungen auf die Tier-1-Kapitalquote ergeben können. Diese können im Wesentlichen daraus entstehen, dass die Deutsche Bank bei der Vorbereitung des Übernahmeangebots keinen Zugang zu internen Informationen der Postbank hat und sich bestimmte Bewertungsparameter für eine Kaufpreisallokation bis zur Vollkonsolidierung möglicherweise ändern.

Geplantes Übernahmeangebot an die Aktionäre der Deutsche Postbank AG

Beschreibung des Übernahmeangebots

Die Deutsche Bank AG hat am 12. September 2010 ihre Entscheidung zur Abgabe eines freiwilligen öffentlichen Bar-Übernahmeangebots zum Erwerb aller Aktien der Postbank veröffentlicht. Diese Veröffentlichung ist auf der Webseite der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de) einsehbar. Das Übernahmeangebot, welches sich an alle Aktionäre der Postbank richten wird, soll entsprechend den Regelungen des deutschen Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (WpÜG) durchgeführt werden.

Die den Postbank-Aktionären im Übernahmeangebot angebotene Gegenleistung soll 25,00 € je Postbank-Aktie betragen und der nach Maßgabe des WpÜG anzubietenden Mindestgegenleistung entsprechen.

Ziel des Übernahmeangebots ist es, möglichst frühzeitig die Mehrheit der Stimmrechte an der Postbank zu erwerben und die Postbank-Gruppe zu konsolidieren, wenn möglich noch im Jahr 2010.

Würde die Deutsche Bank hingegen das Übernahmeangebot nicht abgeben, ihre derzeitige Beteiligung an der Postbank nicht reduzieren und die von ihr im Februar 2009 gezeichnete Pflichtumtauschleihe der Post (siehe dazu unten „—*Derzeitige Beteiligung der Deutschen Bank an der Postbank—Erwerbsvereinbarung mit der Deutschen Post*“) nicht vor Fälligkeit veräußern, würde sie spätestens im Februar 2012 mit Tilgung der Pflichtumtauschleihe und der damit verbundenen Übertragung von 60 Millionen Stück Postbank-Aktien durch die Deutsche Post an die Deutsche Bank eine Mehrheitsbeteiligung an der Postbank erwerben. Bei Ausübung der Verkaufsoption (siehe dazu unten „—*Derzeitige Beteiligung der Deutschen Bank an der Postbank—Erwerbsvereinbarung mit der Deutschen Post*“) durch die Deutsche Post würde die Deutsche Bank weitere 26.417.432 Stück Postbank-Aktien (entsprechend einer Beteiligungsquote von ca. 12,1 % am Grundkapital der Postbank) erwerben. Nach den Regelungen des WpÜG wäre die Deutsche Bank bei Erreichen einer Beteiligung von 30 % an der Postbank zur Abgabe eines öffentlichen Pflichtangebots an die Postbank-Aktionäre zu einer dann zu bestimmenden Mindestgegenleistung verpflichtet. Sofern jedoch das derzeit von der Gesellschaft geplante Übernahmeangebot zum Erreichen einer Beteiligung von mindestens 30 % der ausgegebenen Postbank-Aktien führt, ist die Deutsche Bank AG nach den Regelungen des WpÜG nicht zur Abgabe eines Pflichtangebots verpflichtet.

Das Übernahmeangebot wird voraussichtlich unter den Bedingungen stehen, dass während des Übernahmeangebots kein konkurrierendes öffentliches Angebot zum Erwerb von Aktien der Postbank abgegeben wird, die Postbank keinen Beschluss über die Erhöhung ihres Grundkapitals fasst und während der Angebotsfrist der Tages-Endstand des Bankenindex „EURO STOXX® Banks“ sich an keinem Tag dieser Frist über eine noch zu bestimmende Wesentlichkeitsschwelle hinaus verschlechtert.

Falls die Deutsche Bank infolge des Übernahmeangebots nicht nur vorübergehend eine Beteiligung von 50 % oder mehr an der Postbank erwirbt, wäre die Transaktion nach dem U.S.-amerikanischen Hart-Scott-Rodino Antitrust Improvement Act von 1976 („HSR Act“) zur Fusionskontrolle in den Vereinigten Staaten anzumelden und dürfte bis zum Ablauf der anwendbaren Wartefristen nach dem HSR Act nicht vollzogen werden. Um die mit diesem Fusionskontrollverfahren möglicherweise verbundene signifikante Verzögerung des Vollzugs des Übernahmeangebots zu vermeiden, beabsichtigt die Gesellschaft bis zum Ablauf der anwendbaren Wartefristen ihren Anteil an der Postbank vorläufig wieder unter die Schwelle von 50 % der Stimmrechte zu

reduzieren. Zu diesem Zweck kann die Deutsche Bank bestimmte Vereinbarungen nutzen, die sie bereits abgeschlossen hat, beziehungsweise abzuschließen beabsichtigt. Die betreffenden Vereinbarungen werden nachfolgend unter „—Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Übernahmeangebot“ beschrieben.

Die Gesellschaft geht davon aus, dass ihr aufgrund einer zwischen ihr und der Deutschen Post bestehenden Vereinbarung keine Postbank-Aktien der Deutschen Post, die derzeit als größte Postbank-Aktionärin einen Anteil von rund 39,5 % hält, im Rahmen des Übernahmeangebots angedient werden. Die DB Equity S.à.r.l. („DB Equity“), eine luxemburgische Tochtergesellschaft der Deutsche Bank AG, hat sich ihrerseits vertraglich gegenüber der Deutsche Bank AG verpflichtet, das Übernahmeangebot für die von ihr gehaltenen Postbank-Aktien nicht anzunehmen (siehe dazu unten „—Derzeitige Beteiligung der Deutschen Bank an der Postbank—Erwerbe der DB Equity“)

Die Gesellschaft rechnet damit, dass die von der BaFin zu gestattende Veröffentlichung der Angebotsunterlage, welche die endgültigen Bestimmungen des Übernahmeangebots enthalten wird, Anfang Oktober 2010 im Internet unter www.deutsche-bank.de erfolgt.

Beschreibung der Postbank

Im Hinblick auf die nachfolgenden Angaben zur Postbank und zur Postbank-Gruppe konnte nicht auf interne Informationen der Postbank zurückgegriffen werden. Die Angaben beruhen insbesondere auf dem Geschäftsbericht der Postbank-Gruppe für das Jahr 2009, dem Zwischenbericht der Postbank-Gruppe zum 30. Juni 2010 sowie weiteren Dokumenten auf der Internet-Webseite der Postbank. Sie wurden von der Gesellschaft nicht auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft.

Die Postbank ist eine börsennotierte deutsche Aktiengesellschaft mit Sitz in Bonn, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Bonn unter HRB 6793. Die Geschäftsanschrift der Postbank ist Friedrich-Ebert-Allee 114-126, 53113 Bonn. Die Postbank ist durch die Teilung der Deutschen Bundespost in die drei Unternehmen Deutsche Bundespost POSTDIENST, Deutsche Bundespost TELEKOM und Deutsche Bundespost POST-BANK nach dem Poststrukturgesetz im Jahr 1989 entstanden. Seit Januar 1995 ist die Postbank eine Aktiengesellschaft. Am 23. Juli 2004 wurde die Postbank-Aktie an der Börse eingeführt. Nach ihrer Satzung besteht der Unternehmensgegenstand der Postbank im Betrieb von Bankgeschäften aller Art, dem Erbringen von Finanz- und sonstigen Dienstleistungen sowie damit im Zusammenhang stehender Tätigkeiten.

Zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung beträgt das eingetragene Grundkapital der Postbank 547.000.000 €, eingeteilt in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien. Die Postbank-Aktien sind zum Börsenhandel im regulierten Markt (Prime Standard) der Frankfurter Wertpapierbörse sowie im regulierten Markt an den übrigen deutschen Wertpapierbörsen zugelassen und können im elektronischen Handelssystem XETRA gehandelt werden. Sie sind Bestandteil des Aktienindex MDAX.

Nach Kenntnis der Gesellschaft sind derzeit am Grundkapital der Postbank die Deutsche Post mit 39,50 %, die Deutsche Bank AG (mittelbar) mit 29,95 % sowie weitere private und institutionelle Investoren mit insgesamt 30,55 % beteiligt.

Die Postbank-Gruppe ist einer der großen Anbieter von Bank- und sonstigen Finanzdienstleistungen in Deutschland. Ihr Schwerpunkt ist das Geschäft mit Privatkunden. Daneben ist sie im Firmenkundengeschäft aktiv. In ihrem Geschäftsfeld Transaction Banking erbringt sie Abwicklungs- und andere Back-Office-Dienstleistungen für andere Finanzdienstleistungsunternehmen. Nach dem gemäß IFRS erstellten Konzernabschluss der Postbank für das Geschäftsjahr 2009 betrug die Bilanzsumme der Postbank-Gruppe zum 31. Dezember 2009 226.609 Mio €, und das Ergebnis vor Steuern der Postbank-Gruppe belief sich im Geschäftsjahr 2009 auf -398 Mio €. Ausweislich des nach IFRS erstellten Konzernzwischenabschlusses der Postbank-Gruppe für das erste Halbjahr 2010 betrug die Bilanzsumme der Postbank-Gruppe zum 30. Juni 2010 241.675 Mio €, und das Ergebnis vor Steuern betrug im ersten Halbjahr 2010 225 Mio €. Zum 30. Juni 2010 verfügte die Postbank-Gruppe über mehr als 1.100 eigenbetriebene Filialen und beschäftigte weltweit insgesamt 20.748 Mitarbeiter, davon etwa 33 % Beamte.

Die Geschäftstätigkeit der Postbank-Gruppe umfasst das Geschäft mit Privatkunden und Firmenkunden, Geld- und Kapitalmarktaktivitäten sowie (durch die zur Postbank-Gruppe gehörende BHW-Gruppe) Bausparfinanzierungen. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt in Deutschland und wird ergänzt durch ausgewählte Geschäftsaktivitäten in Westeuropa und Nordamerika.

Organisatorisch wird die Geschäftstätigkeit der Postbank-Gruppe in den folgenden Geschäftsfeldern abgebildet:

- Im Geschäftsfeld Retail Banking bietet die Postbank ihren Privat- und Geschäftskunden unter anderem Girokonten, Sparprodukte, Privatkredite, Investmentfonds, Versicherungen, private Immobilienfinanzierungen und Bausparprodukte an. Ihren Privatkunden bietet die Postbank einfache, preiswerte Produkte für den alltäglichen Bedarf. Das Angebot reicht vom Zahlungsverkehr über das Einlagen- und Kreditgeschäft bis hin zu Anleihen, Investmentfonds, Versicherungen und Bausparverträgen. Die Postbank verfügt über ein dichtes Filialnetz in Deutschland. In ihren eigenen rund 1.100 Filialen bietet sie neben

Finanzdienstleistungen auch Postdienstleistungen sowie Beratung an. Hinzu kommen mehrere tausend Filialen der Deutschen Post, in denen ausgewählte Finanzdienstleistungen der Postbank erhältlich sind, sowie rund tausend Beratungscenter der Postbank Finanzberatung.

- Das Geschäftsfeld Firmenkunden umfasst das Geschäft mit den rund 30.000 Firmenkunden der Postbank in Deutschland sowie den Bereich der nationalen und internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierung. Die Postbank bietet Lösungen rund um den Zahlungsverkehr, gewerbliche Immobilienfinanzierung, klassische Unternehmensfinanzierungen für den Mittelstand, Factoring und Leasing sowie ein umfassendes Anlagemanagement an.
- Das Geschäftsfeld Transaction Banking beinhaltet organisatorische und technische Abwicklungs- und Bearbeitungsleistungen im Bereich des inländischen und des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs, wie etwa Zahlungsverkehrsabwicklung, Kontoführung und Kreditverarbeitung, die konzernintern, aber auch für andere Banken erbracht werden.
- Im Geschäftsfeld Financial Markets sind die Eigenhandelsaktivitäten, die Fondsverwaltung und das Fondsmanagement verschiedener Publikums- und Spezialfonds sowie die Geschäfte der Postbank International S.A., Luxemburg, außerhalb des Firmenkundengeschäfts gebündelt.

Derzeitige Beteiligung der Deutschen Bank an der Postbank

Die Deutsche Bank hält zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung über die DB Equity 65.541.000 Postbank-Aktien. Dies entspricht einem Anteil von ca. 29,95 % der Aktien und Stimmrechte der Postbank. Diese Aktien wurden im Rahmen der nachfolgend dargestellten Transaktionen erworben.

Erwerbsvereinbarung mit der Deutschen Post

Die Deutsche Bank AG hat mit der Deutschen Post am 12. September 2008 eine Vereinbarung über die von der Deutschen Post an der Postbank gehaltene Beteiligung geschlossen (später geändert durch Vereinbarung vom 14. Januar 2009). Diese Vereinbarung in ihrer derzeitigen Fassung wird nachfolgend als „Erwerbsvereinbarung“ bezeichnet.

Die Erwerbsvereinbarung sieht drei Schritte vor, die zum Erwerb der gesamten von der Deutschen Post an der Postbank gehaltenen Beteiligung durch die Gesellschaft und damit zu einer Mehrheitsbeteiligung der Deutschen Bank an der Postbank führen können, aber nicht müssen.

- Im ersten Schritt regelt die Erwerbsvereinbarung den Erwerb von 50 Millionen Stück Postbank-Aktien (entsprechend einer Beteiligungsquote von ca. 22,9 % am Grundkapital der Postbank) durch die Gesellschaft im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital der Deutsche Bank AG unter Ausschluss von Bezugsrechten gegen Ausgabe von 50 Millionen Stück Deutsche Bank-Aktien und Übernahme zusätzlicher Wertsicherungsleistungen durch die Deutsche Bank AG. Der Erwerb dieser Postbank-Aktien wurde mit Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung im Handelsregister am 6. März 2009 wirksam.
- Zur Ermöglichung des zweiten Schritts regelt die Erwerbsvereinbarung die Zeichnung einer von der Deutschen Post begebenen Pflichtumtauschanleihe durch die Deutsche Bank AG, die am 25. Februar 2012 fällig ist und am 27. Februar 2012 von der Deutschen Post zwingend durch Übertragung weiterer 60 Millionen Stück Postbank-Aktien (entsprechend einer Beteiligungsquote von ca. 27,4 % am Grundkapital der Postbank) sowie der Zahlung einer Barkomponente zu tilgen ist. Die Deutsche Bank AG hat die Pflichtumtauschanleihe am 25. Februar 2009 gezeichnet. Die Pflichtumtauschanleihe kann mit vorheriger Zustimmung der Deutschen Post auf Dritte übertragen werden. Die Zustimmung darf nicht unbillig versagt werden und ist jedenfalls bei Übertragung auf verbundene Unternehmen der Deutschen Bank oder auf in der EU ansässige Dritte zu erteilen.
- Als Vorbereitung des dritten Schritts begründet die Erwerbsvereinbarung hinsichtlich weiterer 26.417.432 Stück Postbank-Aktien (entsprechend einer Beteiligungsquote von ca. 12,1 % am Grundkapital der Postbank) eine Kaufoption zu Gunsten der Deutschen Bank und eine Verkaufsoption zu Gunsten der Deutschen Post. Sowohl die Kaufoption als auch die Verkaufsoption können in der Zeit zwischen dem 28. Februar 2012 und dem 25. Februar 2013 jederzeit ausgeübt werden. Hinsichtlich der Verkaufsoption kann die Deutsche Bank AG verlangen, dass die Deutsche Post die Ausübung der Verkaufsoption um bis zu ein Jahr nach dem frühesten möglichen Ausübungszeitpunkt verschiebt, nicht jedoch über den 25. Februar 2013 hinaus.

Die Erwerbsvereinbarung verpflichtet die Deutsche Post, die von ihr gehaltenen Postbank-Aktien im Falle eines Übernahmeangebots der Deutschen Bank für die Postbank nicht anzudienen. Die Deutsche Post ist also vertraglich gehindert, das Übernahmeangebot der Deutschen Bank für ihre Postbank-Aktien anzunehmen.

Erwerbe der DB Equity

Die Gesellschaft hat die im ersten Schritt am 6. März 2009 erworbene Beteiligung an der Postbank in Höhe von ca. 22,9 % anschließend auf die DB Equity übertragen. Aufgrund der Übertragungsvereinbarung stehen zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung auch alle Rechte und Pflichten aus der Erwerbsvereinbarung und aus der Pflichtumtauschleihe der DB Equity zu.

Die DB Equity hielt am 6. März 2009 bereits 4.700.001 Stück Postbank-Aktien (entsprechend einer Beteiligungsquote von ca. 2,1 % am Grundkapital der Postbank), die sie im Markt erworben hatte. Damit hielt die Deutsche Bank ab dem 6. März 2009 insgesamt eine Beteiligungsquote von 25 % plus 1 Aktie am Grundkapital der Postbank. Seit dem 6. März 2009 hat die DB Equity weitere Postbank-Aktien im Markt erworben (letztmals am 12. Januar 2010), so dass die DB Equity gegenwärtig 65.541.000 Stück Postbank-Aktien hält. Dies entspricht einer Beteiligung von ca. 29,95 % des Grundkapitals der Postbank.

Die Deutsche Bank AG hat am 2. Februar 2010 von Dritten Optionen auf den Erwerb (durch effektive Lieferung, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß den Kontraktspezifikationen für Optionskontrakte an der Eurex) von 100.000 Postbank-Aktien erworben, die bis zum 15. Juni 2012 ausgeübt werden können. Eine entsprechende Anzahl von Optionen gleichen Inhalts hat die DB Equity am 2. Februar 2010 von der Deutsche Bank AG erworben. Für den Erwerb dieser Optionen wurde am 4. Februar 2010 eine Optionsprämie in Höhe von 6,70 € je Postbank-Aktie gezahlt. Die Optionsbedingungen sehen einen Basispreis in Höhe von 20 € je Postbank-Aktie vor, der im Falle der Ausübung der Optionen als Gegenleistung für die Lieferung der entsprechenden Anzahl von Postbank-Aktien zu zahlen ist.

Die DB Equity hat sich vertraglich gegenüber der Deutsche Bank AG verpflichtet, das Übernahmeangebot für die von ihr gehaltenen Postbank-Aktien nicht anzunehmen.

Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Übernahmeangebot

Sollte die Annahme des Übernahmeangebots dazu führen, dass die Beteiligung der Deutschen Bank an der Postbank – die derzeit ca. 29,95 % beträgt – nicht nur vorübergehend 50 % oder mehr der ausübaren Stimmrechte vermittelt, wäre die Transaktion nach dem HSR Act zur Fusionskontrolle in den Vereinigten Staaten anzumelden und dürfte bis zum Ablauf der anwendbaren Wartefristen nach dem HSR Act nicht vollzogen werden. Um die mit diesem Fusionskontrollverfahren möglicherweise verbundene signifikante Verzögerung des Vollzugs des Übernahmeangebots zu vermeiden, beabsichtigt die Gesellschaft, aus den im Übernahmeangebot angedienten Postbank-Aktien, welche die Deutsche Bank AG aufgrund des Vollzugs des Übernahmeangebots kaufen und erwerben wird, zunächst nur diejenige Zahl von Aktien zu behalten, die einer Beteiligung von 20 % am Grundkapital der Postbank entspricht, womit die Beteiligung der Deutschen Bank an der Postbank dann zunächst bei maximal ca. 49,95 % liegen würde.

Die Deutsche Bank AG hat daher mit der Société Générale S.A. („SG“) vorab vereinbart, dass die Deutsche Bank AG auf ihr Verlangen im Übernahmeangebot angediente Postbank-Aktien, soweit ihre Zahl eine Beteiligung von 20 % am Grundkapital der Postbank übersteigt, unmittelbar nach Vollzug des Übernahmeangebots ganz oder teilweise an SG verkauft und SG diese erwirbt (die „SG-Postbank-Aktien“). Daneben beabsichtigt die Deutsche Bank AG, an einen weiteren Käufer („Drittkäufer“) eine bestimmte Anzahl von Postbank-Aktien, die ihr im Übernahmeangebot angedient wurden, zu verkaufen. Hinsichtlich der SG-Postbank-Aktien wird dadurch nur ein kurzer Zwischenerwerb durch die Deutsche Bank AG vorliegen, der nicht der Fusionskontrolle in den Vereinigten Staaten bedarf. Für den Fall eines entsprechenden Verlangens der Deutsche Bank AG hat die Deutsche Bank AG mit SG vereinbart, dass (i) SG die SG-Postbank-Aktien unabhängig von der Deutsche Bank AG im eigenen Namen und für eigene Rechnung hält, (ii) SG nach eigenem Belieben entscheidet, ob und wie sie die Stimmrechte aus den SG-Postbank-Aktien ausübt, (iii) der Deutsche Bank AG hinsichtlich der SG-Postbank-Aktien auch sonst keinerlei Weisungsrechte gegenüber SG zustehen und (iv) SG nach eigenem Belieben jederzeit über die SG-Postbank-Aktien verfügen kann.

Die Deutsche Bank AG hat darüber hinaus für den Fall des Erwerbs der SG-Postbank-Aktien durch SG in Bezug auf eine gleiche nominelle Anzahl von Postbank-Aktien (die „Postbank-Swap-Aktien“) am 10. September 2010 ein Aktienderivatgeschäft („Share Swap-Geschäft“) mit SG abgeschlossen, das zum Zeitpunkt des Erwerbs der SG-Postbank-Aktien durch SG wirksam wird. Das Share Swap-Geschäft sieht eine Abwicklung ausschließlich durch Geldleistung (*cash settlement*) vor. Am Ende der Laufzeit des Share Swap-Geschäfts, spätestens am 23. Dezember 2012, erhält entweder SG von der Deutsche Bank AG einen Betrag, der den zwischenzeitlichen Wertverlusten der Postbank-Swap-Aktien entspricht, oder die Deutsche Bank AG erhält von SG einen Betrag, der den zwischenzeitlichen Wertgewinnen der Postbank-Swap-Aktien entspricht. SG erhält von der Deutsche Bank AG als Gegenleistung einen bestimmten Zins für die Laufzeit des Geschäfts. SG ist zum Ausgleich von Dividenden auf Postbank-Swap-Aktien gegenüber der Deutsche Bank AG verpflichtet. Das Share Swap-Geschäft verpflichtet SG nicht zum Halten einer bestimmten Anzahl von Postbank-Aktien; die Entscheidung, ob und in welcher Weise SG die Stimmrechte aus den von ihr gehaltenen Postbank-Aktien ausübt, liegt ausschließlich bei SG. Eine Lieferung von Postbank-Aktien an die Gesellschaft sieht das Share Swap-Geschäft zu keinem Zeitpunkt vor.

Die Deutsche Bank AG beabsichtigt, aus den im Übernahmeangebot angedienten Postbank-Aktien, welche die Deutsche Bank AG beim Vollzug des Übernahmeangebots gekauft und erworben hat, und die einen Anteil von 20 % am Grundkapital der Postbank übersteigen, umgehend nach dem Vollzug des Übernahmeangebots eine von ihr bestimmte Zahl von Aktien (mindestens aber 0,05 %) an den Drittkäufer zu veräußern (die „Drittkäufer-Aktien“ und die von den Drittkäufer-Aktien vermittelte Beteiligung die „Drittkäufer-Beteiligung“). Auch hinsichtlich dieser Drittkäufer-Aktien läge daher bei der Deutsche Bank AG nur ein kurzer Zwischenerwerb vor. Die Deutsche Bank AG beabsichtigt, mit dem Drittkäufer zu vereinbaren, dass dieser der Gesellschaft die Drittkäufer-Aktien verkauft und, vorbehaltlich des Ablaufs der Wartefristen nach dem HSR Act, zu einem späteren Termin überträgt, so dass die Deutsche Bank AG mit dem Erwerb dieser Aktien eine Mehrheitsbeteiligung an der Postbank erreichen oder überschreiten würde. Die Deutsche Bank AG beabsichtigt, unmittelbar nach Vollzug des Übernahmeangebots und Abschluss der Vereinbarung mit dem Drittkäufer diesen Erwerb zur Fusionskontrolle in den Vereinigten Staaten nach dem HSR Act anzumelden.

Absichten der Deutschen Bank im Hinblick auf die zukünftige Geschäftstätigkeit der Postbank

Sollte die Deutsche Bank nach Vollzug des Übernahmeangebots auf eine Beteiligung von über 50 % kommen, wird die Gesellschaft gegebenenfalls mit Hilfe der oben unter „—Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Übernahmeangebot“ dargestellten bestehenden und/oder angestrebten Vereinbarungen die Beteiligung kurz nach Vollzug des Übernahmeangebots zunächst auf maximal ca. 49,95 % des Grundkapitals der Postbank reduzieren. Aus den unter „—Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissionserlöses“ genannten Gründen strebt die Gesellschaft nach dem Vollzug des Übernahmeangebots und dem Ablauf der Wartefristen nach dem HSR Act eine Mehrheitsbeteiligung am Grundkapital der Postbank und eine möglichst frühzeitige Konsolidierung der Postbank an, möglicherweise schon zum Ende des Jahres 2010.

Die Gesellschaft erwartet und wünscht, dass die Postbank als selbständige Aktiengesellschaft erhalten und im Markt mit eigener Marke sichtbar bleibt.

Die Gesellschaft sieht im Zusammenhang mit der Einbindung der Postbank in den Deutsche Bank-Konzern und ihrer Vernetzung insbesondere mit dem bereits bestehenden Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) erhebliche Synergiepotenziale sowohl auf der Kosten- als auch der Ertragsseite. Die jeweils bei der Postbank-Gruppe und der Deutschen Bank in Gang gesetzten Effizienzsteigerungsprogramme bilden hierfür eine gute Grundlage, die fortentwickelt werden soll. Die Gesellschaft beabsichtigt, mit dem Vorstand der Postbank über die Entwicklung der operativen Geschäftstätigkeit der Postbank und Möglichkeiten der Integration zu diskutieren. Die Gespräche sollen mit dem Ziel der Optimierung der geschäftlichen Ausrichtung und der Realisierung von Synergien für beide Seiten geführt werden. Aufgrund der positiven Erfahrungen aus den bereits bestehenden Kooperationsprojekten geht die Gesellschaft davon aus, dass zügig ein gemeinsames Verständnis gefunden werden kann und konkrete Schritte eingeleitet werden können.

Darüber hinaus beabsichtigt die Deutsche Bank, die Postbank mit ihrer Expertise beim Management ihrer nicht kundengeschäftsbezogenen Vermögensanlagen zu unterstützen. Maßnahmen in Bezug auf die Verwendung des Vermögens oder die Begründung zukünftiger Verpflichtungen der Postbank oder der Gesellschaft sind derzeit nicht geplant.

Derzeit gehören dem Aufsichtsrat der Postbank zwei Mitglieder an, die der Deutschen Bank verbunden sind, nämlich Dr. Tessen von Heydebreck und Werner Steinmüller. Die Gesellschaft prüft für die Zeit nach Durchführung des Übernahmeangebots eine Erhöhung der Zahl der der Deutschen Bank verbundenen Mitglieder im Aufsichtsrat der Postbank mit Blick auf die dann erhöhte Beteiligungsquote. Die Gesellschaft beabsichtigt den konstruktiven Dialog mit dem Vorstand der Postbank wie oben beschrieben zu intensivieren und sieht aufgrund der positiven bisherigen Erfahrungen bei den Kooperationsgesprächen derzeit keinen Anlass, nach Durchführung des Übernahmeangebots auf Veränderungen im Vorstand der Postbank hinzuwirken.

Die Deutsche Bank beabsichtigt, im Zusammenwirken mit der Postbank Synergien zu realisieren. Ohne dass hierzu schon konkrete und detaillierte Planungen vorliegen, ist zu erwarten, dass in diesem Zusammenhang auch Personalreduzierungen - voraussichtlich auf beiden Seiten - stattfinden werden. Veränderungen über die bereits bestehenden Effizienzsteigerungsprogramme hinaus sind zwar nicht konkret geplant und benennbar, aber zu erwarten.

Aktuelle Planungen für den Abschluss eines Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrages mit Postbank bestehen bei der Deutschen Bank nicht. Für die optimale Realisierung von Kostensynergien kann der Abschluss eines Unternehmensvertrages insbesondere auch aus steuerlichen Gründen zweckmäßig werden.

Erwartete Auswirkungen der Kapitalerhöhung sowie eines erfolgreichen Übernahmeangebots auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie auf das aufsichtsrechtliche Kernkapital der Deutschen Bank (Erläuternde Finanzinformationen)

Im nachfolgenden Abschnitt werden bestimmte erläuternde Finanzinformationen (die „Erläuternden Finanzinformationen“) dargestellt, um eine Indikation der voraussichtlichen Auswirkungen der Durchführung der Kapitalerhöhung sowie des Übernahmeangebots auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

beispielhaft anhand ihres HGB-Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009 sowie ihres IFRS-Konzernzwischenabschlusses zum 30. Juni 2010 zu geben. Ferner werden die voraussichtlichen Auswirkungen auf das aufsichtsrechtliche Kernkapital der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 erläutert.

Die Erläuternden Finanzinformationen wurden keiner prüferischen Durchsicht oder Prüfung unterzogen. Sie stellen weder Pro-Forma-Finanzinformationen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Europäischen Kommission vom 29. April 2004 („EU-Prospektverordnung“) noch gemäß der U.S.-amerikanischen Regulation S-X, Rule 11-02 dar und wurden nicht entsprechend dem IDW Rechnungslegungshinweis zur Erstellung von Pro-Forma-Finanzinformationen (IDW RH HFA 1.004) erstellt. Die in dieser Wertpapierbeschreibung enthaltenen Erläuternden Finanzinformationen weichen wesentlich von Pro-Forma-Finanzinformationen im Sinne der EU-Prospektverordnung und dem IDW Rechnungslegungshinweis zur Erstellung von Pro-Forma-Finanzinformationen ab.

Die Angaben in diesem Abschnitt enthalten in die Zukunft gerichtete Aussagen der Gesellschaft. Diese geben die gegenwärtige Einschätzung der Gesellschaft im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen wieder und basieren ausschließlich auf der Gesellschaft zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung vorliegenden Informationen sowie einer Reihe von Annahmen der Gesellschaft, die sich als zutreffend oder unzutreffend herausstellen können.

Ausgangslage und Annahmen

Die in diesem Abschnitt enthaltenen Erläuternden Finanzinformationen beruhen insbesondere auf folgender Ausgangslage und folgenden Annahmen:

- Die Deutsche Bank AG führt eine Kapitalerhöhung durch Ausgabe von 308.640.625 neuen, auf den Namen lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag gegen Bareinlagen durch. Der Bruttoemissionserlös beträgt 10.185 Mio €.
- Die Deutsche Bank AG hält über die DB Equity bereits 65.541.000 Postbank-Aktien. Diese Aktien werden nicht im Rahmen des Übernahmeangebots angedient.
- Weitere 86.417.432 Postbank-Aktien werden von der Deutschen Post gehalten und werden gemäß einer Vereinbarung zwischen der Deutschen Bank und der Deutschen Post im Rahmen des Übernahmeangebots nicht angedient.
- Mit Ausnahme der von der Gesellschaft (mittelbar über die DB Equity) und der Deutschen Post gehaltenen Postbank-Aktien können alle sonstigen gegenwärtig ausgegebenen 66.841.568 Postbank-Aktien (entspricht ca. 30,55 % der insgesamt ausgegebenen 218.800.000 Postbank-Aktien) im Rahmen des Übernahmeangebots angedient werden. Den Berechnungen liegt der Angebotspreis von 25,00 € je Postbank-Aktie zugrunde, woraus sich eine maximale Gesamtsumme der Gegenleistung von insgesamt 1.671.039.200 € ergibt.
- Annahmen: Die Gesellschaft erwirbt insgesamt 66.841.568 Postbank-Aktien im Rahmen des Übernahmeangebots, das heißt alle gegenwärtig ausgegebenen Postbank-Aktien, die nicht von der DB Equity oder der Deutschen Post gehalten werden. Aufgrund der oben unter „—Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Übernahmeangebot“ dargestellten Vereinbarungen wird die Deutsche Bank AG alle Postbank-Aktien weiterveräußern, die zu einer höheren Beteiligung der Gesellschaft und der DB Equity am Grundkapital der Postbank als zusammen ca. 49,95 % führen würden. Dabei wird die Gesellschaft mindestens so viele Postbank-Aktien an den Drittkäufer veräußern, dass sie und die DB Equity zusammen bei Einbeziehung dieser Drittkäufer-Aktien mehr als 50 % der Stimmrechte an der Postbank auf sich vereinen würde. Hinsichtlich der Drittkäufer-Aktien, die einen Anteil am Grundkapital der Postbank von 0,05 % oder mehr darstellen können, wird die Gesellschaft mit dem Drittkäufer eine Vereinbarung treffen, dass dieser ihr – vorbehaltlich der Freigabe ihres Erwerbs durch die Gesellschaft nach dem HSR Act – eine Zahl von Postbank-Aktien, welche der Zahl der Drittkäufer-Aktien entspricht, verkauft und zum Termin der Freigabe überträgt, so dass die Gesellschaft zu diesem Termin eine Mehrheitsbeteiligung erreichen wird. Es wird für die Zwecke der Darstellung auf Drittkäufer-Aktien in Höhe von 0,05 % der gesamten ausgegebenen Postbank-Aktien abgestellt. Da der Deutsche Bank-Konzern mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgeht, die Freigabe des Erwerbs nach dem HSR Act zu erhalten, ergibt sich aus dem anfänglichen Kauf und der Vereinbarung mit dem Drittkäufer eine Verpflichtung zur Vollkonsolidierung der Postbank-Gruppe im Konzernabschluss der Deutschen Bank bereits vor Übertragung der Drittkäufer-Aktien auf die Deutsche Bank. Die Erstkonsolidierung erfolgt zum Zeitpunkt des Erwerbs der Postbank-Aktien im Rahmen des Übernahmeangebots.
- Postbank-Aktien, die nach dem Datum dieser Wertpapierbeschreibung ausgegeben werden sollten, bleiben unberücksichtigt.
- Die Deutsche Bank AG erstellt einen Jahreseinzelsabschluss nach den Regeln des HGB jeweils zum Ende ihres Geschäftsjahres am 31. Dezember. Vierteljährliche oder halbjährliche Finanzinformationen oder sonstige Zwischenfinanzinformationen der Deutsche Bank AG (unkonsolidiert) nach dem 31. Dezember

2009 wurden nicht erstellt. Die sich aus dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz ergebenden Regeln und Regeländerungen werden von der Gesellschaft erstmalig für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 angewendet. Die Umsetzung dieser Regeln und Regeländerungen ist noch nicht abgeschlossen. Nach dem derzeitigen Stand der Umsetzung dieser Regeln und Regeländerungen sind daraus keine materiell negativen Auswirkungen auf das Eigenkapital der Gesellschaft und ihre Fähigkeit, den aus dem Übernahmeangebot resultierenden Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, zu erwarten. Die voraussichtlichen Auswirkungen des Übernahmeangebots auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG werden nachfolgend anhand des Jahreseinzelschlusses zum 31. Dezember 2009 dargestellt. Darüber hinaus werden die voraussichtlichen Auswirkungen des Übernahmeangebots auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Deutsche Bank-Konzerns anhand des IFRS-Konzernzwischenabschlusses der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 dargestellt.

- Die Deutsche Bank AG verfügt über verzinsliche Einlagen bei der Deutschen Bundesbank in ausreichender Höhe (7.716 Mio €, Stand 31. August 2010), um daraus die Gegenleistung für alle zum Verkauf eingereichten Postbank-Aktien nach Maßgabe des Übernahmeangebots und die voraussichtlichen Transaktionskosten zu begleichen. Unabhängig von der Umsetzung der Regeln und Regeländerungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes haben sich seit dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 unter Berücksichtigung des Geschäftsverlaufs im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 2010 keine materiell negativen Auswirkungen auf das Eigenkapital und die Liquiditätssituation der Gesellschaft ergeben. Die Auswirkungen des Kontrollerwerbs auf das Eigenkapital des Deutsche Bank-Konzerns werden unter „—*Erwartete Auswirkungen auf das aufsichtsrechtliche Kernkapital des Deutsche Bank-Konzerns*“ dargestellt.
- Abgesehen von (a) der Kapitalerhöhung der Deutsche Bank AG durch Ausgabe von 308.640.625 neuen Stammaktien gegen Bareinlage, (b) dem unterstellten Erwerb von 66.841.568 Postbank-Aktien durch die Gesellschaft, (c) der unterstellten Weiterveräußerung von insgesamt 23.081.568 Postbank-Aktien sowie (d) den zugehörigen Vereinbarungen (siehe dazu „—*Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Übernahmeangebot*“) werden in der nachstehenden Darstellung keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und des Deutsche Bank-Konzerns berücksichtigt, die sich seit dem 31. Dezember 2009 bzw. seit dem 30. Juni 2010 für die Deutsche Bank ergeben haben oder in Zukunft noch ergeben könnten.

Darstellung der erwarteten Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2009 (auf Basis des HGB-Abschlusses zum 31. Dezember 2009)

Methodisches Vorgehen und Vorbehalte

Zur Abschätzung der voraussichtlichen Auswirkungen der Kapitalerhöhung sowie des Übernahmeangebots auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG hat die Gesellschaft eine vorläufige und ungeprüfte Einschätzung der bilanziellen Situation vorgenommen, die sich im Falle der Andienung von 66.841.568 Postbank-Aktien bei der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2009 ergeben würde.

Im Folgenden werden für die Darstellung der Auswirkungen auf die Deutsche Bank AG die Auswirkungen der Kapitalerhöhung sowie des unterstellten Erwerbs von insgesamt 66.841.568 Postbank-Aktien bei Vollzug des Übernahmeangebots und die Auswirkungen der unterstellten Weiterveräußerung von insgesamt 23.081.568 dieser Postbank-Aktien sowie die Auswirkungen der zugehörigen Vereinbarungen (siehe „—*Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Übernahmeangebot*“) zusammenfassend dargestellt.

Dabei wird beschrieben, welche Auswirkungen von den dargestellten Maßnahmen auf den HGB-Jahresabschluss der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2009 zu erwarten gewesen wären.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die tatsächlichen Auswirkungen des Vollzugs des Übernahmeangebots auf die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nicht genau vorhersagen lassen. Dafür gibt es unter anderem folgende Gründe:

- Die endgültige Höhe der Anschaffungskosten hängt von der tatsächlichen Anzahl der Postbank-Aktien ab, für die das Übernahmeangebot angenommen werden wird. Diese kann geringer als 66.841.568 Stück ausfallen.
- Die Transaktionskosten, die im Zusammenhang mit dem Übernahmeangebot anfallen (z.B. Beraterkosten oder Kosten, die die Abwicklungsstelle in Rechnung stellt), werden nach dem derzeitigen Stand erbrachter Leistungen voraussichtlich ca. 12 Mio € betragen. In welchem Umfang diese Kosten als Anschaffungsnebenkosten aktivierbar sind, ist noch nicht bekannt. Aus diesem Grund werden diese Kosten bei der Darstellung der bilanziellen Situation der Gesellschaft nicht berücksichtigt.
- Die sich aus dem Übernahmeangebot ergebenden Auswirkungen auf die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängen von etwaigen Dividendenausschüttungen der Postbank sowie der Ausnutzung von Synergien und in diesem Zusammenhang anfallenden Kosten ab.

- Die zukünftige Vermögens-, Finanz und Ertragslage der Deutsche Bank AG wird von dem mit der SG abgeschlossenen Share Swap-Geschäft sowie von einem späteren Erwerb der Drittkäufer-Aktien und den dazu getroffenen Vereinbarungen beeinflusst (siehe „—Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Übernahmeangebot“). Der Bilanzwert des Share Swap-Geschäfts hängt überwiegend vom beizulegenden Zeitwert der Postbank-Aktie ab, welcher nicht prognostizierbar ist.

Erwartete Auswirkungen auf die veröffentlichte Bilanz der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2009

Die Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, der Erwerb von 66.841.568 Postbank-Aktien durch die Gesellschaft bei Vollzug des Übernahmeangebots sowie die Weiterveräußerung von 23.081.568 Postbank-Aktien aufgrund der dazu getroffenen Vereinbarungen würden sich auf die Vermögens- und Finanzlage der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2009 (unter Zugrundelegung der Rechnungslegungsvorschriften des HGB und der Regelungen des Aktiengesetzes) voraussichtlich im Wesentlichen wie folgt auswirken:

in Mio €	31. Dezember 2009				
	Deutsche Bank AG, vor Vollzug von Kapitalerhöhung und Übernahmeangebot	Voraussichtliche Veränderung durch Vollzug der Kapitalerhöhung	Deutsche Bank AG, angepasst nach Vollzug der Kapitalerhöhung	Voraussichtliche Veränderung durch Vollzug des Übernahmeangebots und Beginn der zugehörigen Vereinbarungen	Deutsche Bank AG, angepasst nach Vollzug der Kapitalerhöhung und des Übernahmeangebots sowie Beginn der zugehörigen Vereinbarungen
	(geprüft)		(ungeprüft)		
Aktivseite					
Barreserve	25.012	10.022	35.034	-1.094	33.940
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	1.660		1.660		1.660
Forderungen an Kreditinstitute	231.718		231.718		231.718
Forderungen an Kunden	357.558		357.558		357.558
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	144.815		144.815		144.815
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	82.175		82.175		82.175
Beteiligungen	3.128		3.128		3.128
Anteile an verbundenen Unternehmen	42.212		42.212	1.671	43.883
Treuhandvermögen	882		882		882
Immaterielle Anlagewerte	417		417		417
Sachanlagen	909		909		909
Eigene Aktien (rechnerischer Wert 2 Mio €)	28		28		28
Sonstige Vermögensgegenstände	644.287		644.287		644.287
Steuerabgrenzungsposten	2.380		2.380		2.380
Rechnungsabgrenzungsposten	1.442		1.442		1.442
Summe der Aktiva	1.538.623	10.022	1.548.645	577	1.549.222
Passivseite					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	346.856		346.856		346.856
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	331.239		331.239		331.239
Verbriefte Verbindlichkeiten	186.413		186.413		186.413
Treuhandverbindlichkeiten	882		882		882
Sonstige Verbindlichkeiten	622.125		622.125	577	622.702
Rechnungsabgrenzungsposten	889		889		889
Rückstellungen	9.773		9.773		9.773
Nachrangige Verbindlichkeiten	17.682		17.682		17.682
Fonds für allgemeine Bankrisiken	-		-		-
Eigenkapital	22.764	10.022	32.786		32.786
Summe der Passiva	1.538.623	10.022	1.548.645	577	1.549.222

Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen geringfügige Abweichungen ergeben.

Im Vergleich zur Vermögens- und Finanzlage der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2009 ergeben sich voraussichtlich im Wesentlichen folgende Veränderungen:

- Die Auswirkungen der Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, sind in der zweiten Spalte („Voraussichtliche Veränderung durch Vollzug der Kapitalerhöhung“) dargestellt. Das Eigenkapital erhöht sich um den Nettobetrag nach Steuern der Kapitalerhöhung von 22.764 Mio € um 10.022 Mio € auf 32.786 Mio €. Der Nettoemissionserlös der Kapitalerhöhung beinhaltet einen Bruttoemissionserlös von 10.185 Mio. € und geschätzte Emissionskosten von maximal ca. 234 Mio € vor Steuereffekten. Der Nettoerlös der Kapitalerhöhung unter Berücksichtigung gegenläufiger Steuereffekte erhöht in gleichem Umfang die Position Barreserve.
- Die Position Anteile an verbundenen Unternehmen wird unter Berücksichtigung des Vollzugs des Übernahmeangebots von 42.212 Mio € um 1.671 Mio € auf 43.883 Mio € ansteigen. Der Anstieg der Position Anteile an verbundenen Unternehmen entspricht dem Gegenwert der Postbank-Aktien, die im

Rahmen des Übernahmeangebots von der Gesellschaft erworben werden. Da die wirtschaftlichen Chancen und Risiken bei der Gesellschaft verbleiben, können die Aktien, die der Drittkäufer und SG von der Gesellschaft erwerben, nicht ausgebucht werden. In der Folge erhöht sich unter Anwendung der Regelungen des HGB zur Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten für die Aktien, die der Drittkäufer und SG von der Gesellschaft erwerben, die Position Sonstige Verbindlichkeiten um 577 Mio €.

- c) Zur Finanzierung des Erwerbs (ohne Berücksichtigung von Transaktionskosten) verwendet die Gesellschaft Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, die im Bilanzposten Barreserve enthalten sind. Dieser verringert sich demzufolge zunächst um 1.671 Mio €. Durch die Weiterveräußerung von 23.081.568 Postbank-Aktien erhöht sich der Bilanzposten wieder um 577 Mio €.
- d) Das Share Swap-Geschäft mit SG stellt aus Sicht der Gesellschaft bei Zugrundelegung der Rechnungslegungsvorschriften des HGB ein schwebendes Geschäft dar, mit der potentiellen Notwendigkeit, eine Rückstellung für unrealisierte Verluste zu bilden. Unrealisierte Verluste bestehen dann, wenn der beizulegende Zeitwert des Share Swap-Geschäfts mit SG, der sich aus den mit SG getroffenen vertraglichen Vereinbarungen ergibt, aus Sicht der Gesellschaft negativ ist. Zum Zeitpunkt der erstmaligen bilanziellen Erfassung ist dies voraussichtlich nicht der Fall. Der diesem Geschäft beizulegende Zeitwert wird überwiegend von Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts der Postbank-Aktie beeinflusst. Er erhöht sich unter sonst gleichen Bedingungen bei einem steigenden und reduziert sich bei einem fallenden Wert der Postbank-Aktie.

Erwartete Auswirkungen auf die Ertragslage

Der Erwerb von 66.841.568 Postbank-Aktien durch die Gesellschaft bei Vollzug des Übernahmeangebots sowie die gleichzeitige Weiterveräußerung von bis zu 23.081.568 dieser Postbank-Aktien an die SG und den Drittkäufer sowie die Auswirkungen der dazu getroffenen Vereinbarungen zwischen SG, dem Drittkäufer und der Deutsche Bank AG, werden sich auf die Ertragslage der Deutsche Bank AG (unter Zugrundelegung der Rechnungslegungsvorschriften des HGB und der Regelungen des Aktiengesetzes) voraussichtlich im Wesentlichen wie folgt auswirken:

- a) Die laufenden Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen werden sich im Wesentlichen durch zukünftige Dividendenausschüttungen der Postbank an die Deutsche Bank AG verändern. Die Höhe dieser Ausschüttungen lässt sich heute noch nicht prognostizieren. Für das vergangene Geschäftsjahr der Postbank wurde keine Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet. Künftige Dividendenzahlungen der Postbank werden davon abhängen, ob sie einen Bilanzgewinn ausweist sowie ob und in welcher Höhe die Hauptversammlung der Postbank einen Ausschüttungsbeschluss fasst. Dazu kann die Gesellschaft keine Aussage treffen. Aufgrund der im Geschäftsbericht der Postbank-Gruppe für das Jahr 2009 gemachten Angaben erwartet die Deutsche Bank AG derzeit, dass die Postbank für das Geschäftsjahr 2010 keine Dividende ausschütten wird.
- b) Der Vollzug des Übernahmeangebots kann durch reduzierte Einlagen bei der Deutschen Bundesbank zu korrespondierenden niedrigeren Zinserträgen führen. Beträge in der Mindestreserve werden derzeit mit 1,00 % verzinst, Guthaben in der Einlagenfazilität mit 0,25 %.
- c) Die mögliche Bildung oder spätere Neubewertung der oben unter „—Erwartete Auswirkungen auf die veröffentlichte Bilanz der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2009“, Ziffer d), genannten Rückstellung, die den beizulegenden Zeitwert des mit SG abgeschlossenen Share Swap-Geschäfts widerspiegelt, würde sich unmittelbar auf die Gewinn- und Verlustrechnung der Deutsche Bank AG auswirken.
- d) Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden regelmäßig auf die Notwendigkeit der Bildung einer Wertberichtigung hin überprüft. Eine Wertberichtigung hätte einen entsprechenden Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft zur Folge.
- e) Die oben unter „—Erwartete Auswirkungen auf die veröffentlichte Bilanz der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2009“, Ziffer a), genannten geschätzten Emissionskosten von maximal ca. 234 Mio € vor Steuern stellen einen Aufwand der laufenden Periode dar. Unter Berücksichtigung gegenläufiger Steuer-effekte ergibt sich ein Nettoaufwand von maximal ca. 164 Mio €.

Erläuternde Darstellung der erwarteten Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und das aufsichtsrechtliche Kernkapital des Deutsche Bank-Konzerns zum 30. Juni 2010 (auf Basis des IFRS-Konzernzwischenabschlusses zum 30. Juni 2010)

Methodisches Vorgehen und Vorbehalte

Zur Abschätzung der voraussichtlichen Auswirkungen der Kapitalerhöhung sowie des Übernahmeangebots auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Deutsche Bank-Konzerns hat die Gesellschaft eine vorläufige und ungeprüfte Einschätzung der bilanziellen Situation vorgenommen, die sich im Falle der Andienung von 66.841.568 Postbank-Aktien bei der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 ergeben würde.

Für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Deutsche Bank-Konzerns werden die Auswirkungen der Kapitalerhöhung sowie des unterstellten Erwerbs von insgesamt 66.841.568 Postbank-Aktien durch die Gesellschaft bei Vollzug des Übernahmeangebots und die Auswirkungen der unterstellten Weiterveräußerung von insgesamt 23.081.568 Postbank-Aktien sowie die Auswirkungen der zugehörigen Vereinbarungen (siehe „—Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Übernahmeangebot“) zusammenfassend dargestellt. Ein zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung der Postbank-Gruppe eventuell beim Deutsche Bank-Konzern vorhandener Handelsbestand wird nicht berücksichtigt.

Dabei wird beschrieben, welche Auswirkungen von den dargestellten Maßnahmen auf den Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 zu erwarten gewesen wären.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Auswirkungen des Vollzugs des Übernahmeangebots auf die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Deutsche Bank-Konzerns nicht genau vorhersagen lassen. Dafür gibt es im Wesentlichen folgende Gründe:

- Die endgültige Höhe der Anschaffungskosten hängt von der tatsächlichen Anzahl der Postbank-Aktien ab, für die das Übernahmeangebot angenommen werden wird. Diese kann geringer als 66.841.568 Stück ausfallen.
- Die Transaktionskosten, die im Zusammenhang mit dem Übernahmeangebot anfallen (z.B. Beraterkosten oder Kosten, die die Abwicklungsstelle in Rechnung stellt), werden nach dem derzeitigen Stand erbrachter Leistungen voraussichtlich ca. 12 Mio € betragen. Diese Kosten sind als Anschaffungsnebenkosten im Rahmen eines Unternehmenserwerbs unter IFRS nicht aktivierbar. Diese Kosten werden bei der Darstellung der bilanziellen Situation des Deutsche Bank-Konzerns nicht berücksichtigt.
- Die sich aus dem Übernahmeangebot ergebenden Auswirkungen auf die zukünftige Ertragslage des Deutsche Bank-Konzerns hängen vom zukünftigen Konzernergebnis der Postbank-Gruppe, den Auswirkungen der Bewertungsanpassungen im Rahmen der Kaufpreisallokation auf Folgeperioden, der Ausnutzung von Synergien und Geschäftschancen sowie dem etwaigen Anfall von Kosten in diesem Zusammenhang ab.
- Die zukünftige Vermögens-, Finanz und Ertragslage des Deutsche Bank-Konzerns wird von dem mit SG abgeschlossenen Share Swap-Geschäft beeinflusst. Der Bilanzwert des Geschäfts hängt überwiegend vom beizulegenden Zeitwert der Postbank-Aktie ab, welcher nicht prognostizierbar ist.
- Die Darstellung der sich aus dem unterstellten Erwerb der 66.841.568 Postbank-Aktien trotz der Weiterveräußerung von 23.081.568 Postbank-Aktien ergebenden Vollkonsolidierung der Postbank-Gruppe kann nur eingeschränkt erfolgen, da die Gesellschaft keinen Zugang zu internen Informationen der Postbank hat. Diese Informationslage spiegelt sich wie folgt bei der Darstellung der zukünftigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Deutsche Bank-Konzerns wider: (a) ohne eine genaue Kenntnis der zugrundeliegenden einzelnen Geschäftsvorfälle kann eine Zuordnung der Vermögenswerte und Schulden der Postbank-Gruppe zu den Bilanzpositionen des Deutsche Bank-Konzerns hinsichtlich Ansatz, Bewertung und Ausweis nur näherungsweise vorgenommen werden; eine den Bilanzierungsgrundsätzen des Deutsche Bank-Konzerns vollumfänglich entsprechende Zuordnung kann hiervon deutlich abweichen; (b) die Schuldenkonsolidierung ist aus den vorgenannten Gründen nicht durchführbar und wird daher für die Darstellung nicht vorgenommen; (c) die sich aus dem IFRS 3 ergebenden Regeln und Pflichten zur Erstkonsolidierung der Postbank-Gruppe im Konzernabschluss des Deutsche Bank-Konzerns können nur insoweit angewendet werden, wie dies auf Basis der verfügbaren Informationen möglich ist (dies betrifft in gleichem Umfang die bilanziell dargestellten steuerlichen Konsequenzen); (d) Ausgangspunkt für die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden der Postbank-Gruppe ist die im Zwischenbericht der Postbank-Gruppe zum 30. Juni 2010 veröffentlichte Anhangangabe „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“ unter Berücksichtigung bestimmter methodischer Anpassungen seitens der Deutschen Bank. Eine den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen des Deutsche Bank-Konzerns vollumfänglich entsprechende Bewertung basierend auf aktualisierten Bewertungsparametern zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung kann hiervon ebenfalls deutlich abweichen.

Erwartete Auswirkungen auf die veröffentlichte Konzernbilanz des Deutsche Bank-Konzerns zum 30. Juni 2010

Die Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, der Erwerb von 66.841.568 Postbank-Aktien durch die Deutsche Bank bei Vollzug des Übernahmeangebots sowie die Weiterveräußerung von 23.081.568 Postbank-Aktien aufgrund der dazu getroffenen Vereinbarungen würden sich auf der Grundlage des Konzernzwischenabschlusses des Deutsche Bank-Konzerns zum 30. Juni 2010 sowie des veröffentlichten

Konzernzwischenabschluss der Postbank-Gruppe zum 30. Juni 2010 voraussichtlich wie folgt auf die Vermögens- und Finanzlage des Deutsche Bank-Konzerns auswirken:

30. Juni 2010					
in Mio €	Deutsche Bank-Konzern, vor Vollzug von Kapitalerhöhung und Übernahmeangebot	Voraussichtliche Veränderung durch Vollzug der Kapitalerhöhung	Deutsche Bank-Konzern, nach Vollzug der Kapitalerhöhung	Voraussichtliche Veränderung durch Vollzug des Übernahmeangebots und Beginn der zugehörigen Vereinbarungen	Deutsche Bank-Konzern, konsolidiert nach Vollzug der Kapitalerhöhung und des Übernahmeangebots sowie Beginn der zugehörigen Vereinbarungen
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>		
Aktiva:					
Barreserve	13.437		13.437	4.893	18.330
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	66.410	10.022	76.432	23.601	100.033
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	12.781		12.781		12.781
Forderungen aus Wertpapierleihen	46.008		46.008		46.008
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.241.413		1.241.413	42.344	1.283.757
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	27.558		27.558		27.558
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	8.192		8.192	-6.136	2.056
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	288.141		288.141	167.134	455.275
Sachanlagen	3.356		3.356	816	4.172
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	12.531		12.531	2.445	14.976
Sonstige Aktiva	195.410		195.410	2.278	197.689
Ertragsteuerforderungen	10.418		10.418	767	11.185
Summe der Aktiva	1.925.655	10.022	1.935.676	238.142	2.173.819
Passiva:					
Einlagen	411.985		411.985	137.305	549.290
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	35.336		35.336		35.336
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	5.879		5.879		5.879
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	991.163		991.163	34.972	1.026.135
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	55.654		55.654	27.897	83.551
Sonstige Passiva	217.854		217.854	6.099	223.952
Rückstellungen	1.648		1.648	299	1.947
Ertragsteuerverbindlichkeiten	4.778		4.778	1.020	5.798
Langfristige Verbindlichkeiten	147.184		147.184	31.460	178.644
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	11.603		11.603	1.600	13.203
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-		-		-
Summe der Verbindlichkeiten	1.883.084		1.883.084	240.651	2.123.735
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	1.589	790	2.380		2.380
Kapitalrücklage	14.917	9.232	24.148	-193	23.956
Gewinnrücklagen	26.373		26.373	-2.221	24.151
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	-136		-136		-136
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-		-		-
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	-1.205		-1.205	-98	-1.304
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	41.538	10.022	51.559	-2.513	49.047
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1.033		1.033	4	1.037
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	42.571	10.022	52.593	-2.509	50.084
Summe der Passiva	1.925.655	10.022	1.935.676	238.142	2.173.819

Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen geringfügige Abweichungen ergeben.

Die in der vierten Spalte der obigen Tabelle („Voraussichtliche Veränderung durch Vollzug des Übernahmeangebots und Beginn der zugehörigen Vereinbarungen“) dargestellten Werte basieren insbesondere auf dem

Geschäftsbericht der Postbank-Gruppe für das Jahr 2009, dem Zwischenbericht der Postbank-Gruppe zum 30. Juni 2010 sowie weiteren Dokumenten auf der Internet-Webseite der Postbank. Anpassungen wurden auf Basis der Anhangangabe „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“, die von der Postbank in den Erläuterungen zum Zwischenbericht vom 30. Juni 2010 publiziert wurde, vorgenommen. In einem gewissen Umfang wurden die veröffentlichten beizulegenden Zeitwerte aufgrund bekannter Unterschiede zwischen den Bewertungsmethoden der Deutschen Bank und der Postbank zusätzlich angepasst. Darüber hinaus gibt diese Spalte die Auswirkung der Neubewertung der gegenwärtig von dem Deutsche Bank-Konzern gehaltenen und nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung von voraussichtlich –2,3 Mrd € wieder und beinhaltet eine bestmögliche Schätzung des Wertes der erworbenen identifizierbaren immateriellen Vermögenswerte. Außerdem wurden die dargestellten Werte vom originären Bilanzformat der Postbank umklassifiziert, um soweit möglich der Bilanzklassifikation des Deutsche Bank-Konzerns zu entsprechen.

Im Vergleich zur prüferisch durchgesehenen Bilanz des Deutsche Bank-Konzerns zum 30. Juni 2010 ergeben sich voraussichtlich im Wesentlichen folgende Veränderungen:

- a) Die Auswirkungen der Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, sind in der zweiten Spalte („Voraussichtliche Veränderung durch Vollzug der Kapitalerhöhung“) dargestellt. Die Position Stammaktien erhöht sich um 2,56 € pro neuer auf den Namen lautender Stammaktie ohne Nennbetrag, d.h. insgesamt von 1.589 Mio € um 790 Mio € auf 2.380 Mio €. Die Kapitalrücklagen erhöhen sich dementsprechend um den verbleibenden Nettobetrag nach Steuern der Kapitalerhöhung in Höhe von 9.232 Mio € von 14.917 Mio € auf 24.148 Mio €. Die Nettoerlöse nach Steuern der Kapitalerhöhung in Höhe von insgesamt 10.022 Mio € erhöhen in gleichem Umfang die Position Verzinliche Einlagen bei Kreditinstituten. Eine Schätzung anfallender Steuereffekte ist in dieser Zahl enthalten.
- b) Unter Zugrundelegung der Regelungen der IFRS zur Erstellung von Konzernabschlüssen ergibt sich unter den vorgenannten Annahmen die Notwendigkeit, die Postbank-Gruppe im Konzernabschluss der Deutschen Bank voll zu konsolidieren. Die Konzernbilanzsumme des Deutsche Bank-Konzerns wird sich dadurch (nach Durchführung der Kapitalerhöhung) voraussichtlich von 1.935.676 Mio € um ca. 238.142 Mio € auf ca. 2.173.819 Mio € erhöhen. Darin spiegelt sich unter anderem auch die Ausbuchung der bisherigen nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung sowie der Ansatz der Vermögenswerte und Schulden der Postbank-Gruppe zu angenommenen beizulegenden Zeitwerten wider. Des weiteren reflektiert die Erhöhung unter anderem eine Addition der Sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen der Postbank-Gruppe, wodurch sich die Position um insgesamt 27.897 Mio € erhöht.
- c) Zum Erwerbszeitpunkt werden die erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände mit ihrem beizulegenden Zeitwert erfasst. Der Geschäfts- und Firmenwert („Goodwill“) ergibt sich aus der Summe der übertragenen Gegenleistung (Kaufpreis der im Rahmen des Übernahmeangebots erworbenen Aktien zuzüglich des beizulegenden Zeitwerts der bereits gehaltenen Eigenkapitalanteile) sowie der nach IFRS 3 bewerteten Anteile ohne beherrschenden Einfluss an der Postbank abzüglich dem Saldo der zum Erwerbszeitpunkt bestehenden und gemäß IFRS 3 bewerteten Beträge der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Schulden.
- d) Unter Zugrundelegung der Regelungen der IFRS zur Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten sind die weiterveräußerten 23.081.568 Postbank-Aktien weiterhin zu berücksichtigen, da die wirtschaftlichen Chancen und Risiken bei dem Deutsche Bank-Konzern verbleiben. Daher sind sie Bestandteil des unterstellten Kaufpreises für den gesamten Anteil an der Postbank-Gruppe, nach Neubewertung der gegenwärtig von dem Deutsche Bank-Konzern gehaltenen und nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung, in Höhe von 4.810 Mio € und erhöhen den aus der Transaktion entstehenden Geschäfts- und Firmenwert. Eine korrespondierende Verbindlichkeit ist in der Position Sonstige Passiva erfasst.
- e) Zur Finanzierung des Erwerbs von 66.841.568 Postbank-Aktien durch die Deutsche Bank AG (ohne Berücksichtigung von Transaktionskosten) verwendet die Deutsche Bank AG annahmegemäß Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, die für den Konzernabschluss im Bilanzposten Verzinliche Einlagen bei Kreditinstituten gezeigt werden. Dieser verringert sich demzufolge zunächst um 1.671 Mio €. Durch die Weiterveräußerung von 23.081.568 Postbank-Aktien erhöht sich der Bilanzposten wieder um 577 Mio €.
- f) Das mit SG abgeschlossene Share Swap-Geschäft ist aus Sicht der Deutschen Bank ein in die mit der Nicht-Ausbuchung der zugrunde liegenden Aktien entstehende Verbindlichkeit eingebettetes derivatives Finanzinstrument, das zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wird. Insgesamt steigt der beizulegende Zeitwert dieses Finanzinstrumentes bei einem steigenden beizulegenden Zeitwert der Postbank-Aktie und fällt bei einem sinkenden beizulegenden Zeitwert der Postbank-Aktie. Das Share Swap-Geschäft hat zum Zeitpunkt der erstmaligen bilanziellen Erfassung voraussichtlich keinen beizulegenden Zeitwert.

Erwartete Auswirkungen auf die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Deutsche Bank-Konzerns

Der Erwerb von 66.841.568 Postbank-Aktien durch die Deutsche Bank bei Vollzug des Übernahmeangebots sowie die Weiterveräußerung von 23.081.568 Postbank-Aktien aufgrund der dazu getroffenen Vereinbarungen wird sich auf die zukünftige Ertragslage der Deutschen Bank voraussichtlich im Wesentlichen wie folgt auswirken:

- a) Der von der Deutschen Bank seit Beginn des Geschäftsjahres 2010 angewandte revidierte IFRS 3 erfordert bei sukzessiven Unternehmenserwerben im Rahmen der Erstkonsolidierung eine erfolgswirksame Neubewertung bereits gehaltener Eigenkapitalanteile (Beteiligung und Pflichtumtauschleihe) zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value). Dies unterstellt einen Verkauf der bestehenden Eigenkapitalanteile zum Marktwert sowie den gleichzeitigen Kauf eines beherrschenden Anteils. Mit einer dokumentierten Absicht zur Vollkonsolidierung besteht somit eine „Verkaufsabsicht“ für die gegenwärtig gehaltenen Eigenkapitalanteile im Sinne des IFRS 3. Damit muss der Nutzungswert der gegenwärtig gehaltenen Eigenkapitalanteile bereits vor dem Zeitpunkt der Erstkonsolidierung unter Berücksichtigung ihres Veräußerungswertes bestimmt werden. Die Neubewertung von voraussichtlich –2,3 Mrd. € wird in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung in der Position Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen erfasst und mindert in der obigen Darstellung die Position Gewinnrücklagen sowie die Position Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen.
- b) Das Konzernergebnis der Postbank-Gruppe geht zukünftig voll in das Konzernergebnis des Deutsche Bank-Konzerns ein. Das Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen beinhaltet von diesem Zeitpunkt an kein anteiliges Ergebnis der Postbank-Gruppe mehr. Die Ausnutzung von Synergien und in diesem Zusammenhang anfallenden Kosten beeinflussen das Ergebnis des Deutsche Bank-Konzerns ebenfalls unmittelbar.
- c) Die Veränderung des beizulegenden Zeitwertes des mit SG abgeschlossenen Share Swap-Geschäfts spiegelt sich unmittelbar in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung des Deutsche Bank-Konzerns wider.

Basierend auf der Gewinn- und Verlustrechnung des Deutsche Bank-Konzerns im Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2010 und der Gewinn- und Verlustrechnung der Postbank-Gruppe im veröffentlichten Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2010 hätte sich für die folgenden wesentlichen Ertragskennzahlen des Deutsche Bank-Konzerns exemplarisch folgendes Bild ergeben (Addition der Konzerngewinn- und Verlustrechnungen des Deutsche Bank-Konzerns und der Postbank-Gruppe des ersten Halbjahres 2010):

in Mio €	1. Halbjahr zum 30. Juni 2010		
	Deutsche Bank-Konzern <i>(prüferisch durchgesehen)</i>	Postbank-Gruppe <i>(prüferisch durchgesehen)</i>	Aggregiert <i>(ungeprüft)</i>
Erträge (insgesamt)	16.154	1.936	18.090
Ergebnis vor Steuern	4.317	225	4.542
Gewinn nach Steuern	2.943	154	3.097

Eine Aufwands- und Ertragskonsolidierung wurde für die Darstellung nicht vorgenommen. Die in der vorgenannten Tabelle dargestellten aggregierten, unkonsolidierten Erträge würden nach einer Konsolidierung des bestehenden Leistungsaustausches zwischen dem Deutsche Bank-Konzern und der Postbank-Gruppe geringer ausfallen. In den Erträgen des Deutsche Bank-Konzerns waren im ersten Halbjahr 2010 Ergebnisse aus der bestehenden Beteiligung an der Postbank inklusive der Pflichtumtauschleihe in Höhe von insgesamt 252 Mio € sowie Erträge von 29 Mio € aus der mit der Deutschen Post bestehenden Put / Call-Optionsstruktur im Zusammenhang mit der Postbank enthalten. Die aggregierte Darstellung von Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt darüber hinaus keine Auswirkungen, die sich aus Bewertungsanpassungen sowie möglichen Umklassifizierungen im Rahmen der Erstkonsolidierung von Vermögensgegenständen und Schulden auf Folgeperioden ergeben könnten. Hierzu zählt zum Beispiel auch die inkrementelle laufende Amortisierung von immateriellen Vermögenswerten mit begrenzter Nutzungsdauer.

Die Darstellung zeigt zudem nicht die Auswirkung der Neubewertung der gegenwärtig von der Deutschen Bank gehaltenen und nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung von voraussichtlich –2,3 Mrd €.

Erwartete Auswirkungen auf das aufsichtsrechtliche Kernkapital des Deutsche Bank-Konzerns

Der Erwerb der 66.841.568 Postbank-Aktien durch die Deutsche Bank aufgrund des Übernahmeangebots würde für den Deutsche Bank-Konzern zum Stand 30. Juni 2010 voraussichtlich eine Verminderung des gesamten Tier-1-Kapitals in Höhe von ca. 2,4 Mrd € und eine Erhöhung der risikogewichteten Aktiva um

58,3 Mrd € zur Folge haben. Die Weiterveräußerung von 23.081.568 Postbank-Aktien aufgrund der dazu getroffenen Vereinbarungen ist dafür unbeachtlich. Durch die Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, erhöht sich das Tier-1-Kapital hingegen um 10,0 Mrd €.

Infolgedessen würde sich die Tier-1-Kapitalquote des Deutsche Bank-Konzerns von ca. 11,3 % (Stand 30. Juni 2010) ohne Berücksichtigung der Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, auf ca. 8,8 % reduzieren. Inclusive der vorgenannten Kapitalerhöhung würde sich die Tier-1-Kapitalquote des Deutsche Bank-Konzerns insgesamt auf ca. 11,6 % erhöhen. Sofern weniger als 66.841.568 Postbank-Aktien durch die Deutsche Bank aufgrund des Übernahmeangebots erworben würden, würde sich eine entsprechend geringere Reduzierung bzw. stärkere Erhöhung der Tier-1-Kapitalquote des Deutsche Bank-Konzerns ergeben.

INFORMATIONEN ÜBER DIE ANGEBOTENEN NEUEN AKTIEN

Form, Stimmrecht

Sämtliche Aktien der Gesellschaft einschließlich der Neuen Aktien sind auf den Namen lautende Stückaktien ohne Nennbetrag mit einem auf die einzelne Aktie entfallenden rechnerischen Anteil am Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von 2,56 €. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung der Gesellschaft eine Stimme. Beschränkungen des Stimmrechts bestehen nicht.

Gewinnanteilberechtigung, Anteil am Liquidationserlös

Die Neuen Aktien sind mit voller Gewinnanteilberechtigung ab dem 1. Januar 2010 ausgestattet. Nach deutschem Recht basieren die Dividenden auf dem nicht konsolidierten Ergebnis der Deutsche Bank AG, das in Übereinstimmung mit deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelt wird. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist der Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag um Gewinn-/Verlustvorträge des Vorjahrs sowie um Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Bestimmte Rücklagen sind kraft Gesetzes zu bilden und müssen bei der Berechnung des zur Ausschüttung verfügbaren Bilanzgewinns abgezogen werden. Der verbleibende Betrag wird anschließend auf die anderen Gewinnrücklagen (oder einbehaltenen Gewinne) und den Bilanzgewinn (oder ausschüttbaren Gewinn) verteilt. Maximal die Hälfte dieses verbleibenden Betrags kann den Gewinnrücklagen, zumindest die Hälfte muss dem Bilanzgewinn zugewiesen werden. Der vollständige Betrag des Bilanzgewinns der Deutsche Bank AG wird anschließend ausgeschüttet, sofern die Hauptversammlung dies beschließt. Diese kann statt oder zusätzlich zu einer Bardividende eine Sachdividende beschließen. Soweit die Bank Genussscheine ausgegeben hat und sich aus den jeweiligen Genussrechtsbedingungen für die Inhaber der Genussscheine ein Anspruch auf Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn ergibt, ist der Anspruch der Aktionäre auf diesen Teil des Bilanzgewinns ausgeschlossen. Würde die Deutsche Bank die im Kreditwesengesetz festgelegten Kapitaladäquanzvorschriften oder Liquiditätsanforderungen nicht erfüllen, kann die BaFin die Dividendenzahlungen aussetzen oder einschränken. Der nicht konsolidierte Jahresabschluss der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 2009 ist im Abschnitt „Finanzteil“ des Registrierungsformulars enthalten. Dieser Einzelabschluss wird im Gegensatz zu dem nach IFRS aufgestellten Konzernabschluss nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) aufgestellt; die Rechnungslegungsregeln von HGB und IFRS weisen Unterschiede auf.

Die Dividende wird von der Hauptversammlung beschlossen und einmal im Jahr gezahlt. Sofern nicht anders beschlossen, ist die Dividende, die die Hauptversammlung beschlossen hat, am ersten Börsenhandelstag nach der Hauptversammlung zu zahlen. Gemäß deutschem Recht unterliegt der Dividendenanspruch der regelmäßigen Verjährungsfrist von drei Jahren. Im Falle der Verjährung der Dividendenberechtigung verfällt der Dividendenanspruch und die Dividende verbleibt bei der Gesellschaft. In Übereinstimmung mit dem deutschen Aktiengesetz gilt als Stichtag für die Festlegung, welche Inhaber der Stammaktien gegebenenfalls Anspruch auf Dividendenzahlungen oder sonstige Ausschüttungen, wie Bargeld, Aktien oder Sachwerte haben, das Datum der Hauptversammlung, auf der solche Dividendenzahlungen oder sonstige Gewinnausschüttungen beschlossen werden. Emittiert die Bank eine neue Aktiengattung, darf dafür gemäß der Satzung der Bank ein anderer Dividendenanspruch festgesetzt werden. Hinsichtlich der Ausübung von Dividendenansprüchen besteht nach deutschem Recht und der Satzung der Gesellschaft kein besonderes Verfahren für nicht in Deutschland ansässige Aktionäre der Gesellschaft.

An einem etwaigen Liquidationserlös nehmen die Neuen Aktien entsprechend ihrem rechnerischen Anteil am Grundkapital teil.

Börsenzulassung, Verbriefung, Lieferung

Die Zulassung der neuen Aktien zum regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des regulierten Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse sowie die Zulassung zum regulierten Markt der Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart wird voraussichtlich am 22. September 2010 beantragt. Der Beschluss der Wertpapierbörsen über die Zulassung der Neuen Aktien zum Börsenhandel wird für den 5. Oktober 2010 erwartet. Die Aufnahme des Börsenhandels und die Einbeziehung der Neuen Aktien in die bestehende Notierung an den deutschen Wertpapierbörsen ist für den 6. Oktober 2010 vorgesehen. Die Notierungsaufnahme der Neuen Aktien an der New York Stock Exchange wird ebenfalls für den 6. Oktober 2010 erwartet.

Die Neuen Aktien werden den Erwerbern als Miteigentumsanteile an einer bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsestrasse 1, 60457 Frankfurt am Main, hinterlegten Globalurkunde im Girosammelverkehr zur Verfügung gestellt und bei dem unter der Global Share-Struktur von der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für die USA ernannten Sub-Agent hinterlegt werden. Ein Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Neuen Aktien ist ausgeschlossen.

Die Lieferung der Neuen Aktien erfolgt durch Girosammeldepotgutschrift. Die im Rahmen des Bezugsangebots bezogenen Neuen Aktien werden, sofern die Bezugsfrist nicht verlängert wird, voraussichtlich ab 6. Oktober 2010 und die im Rahmen der Privatplatzierungen erworbenen Neuen Aktien werden nach Abschluss der Privatplatzierungen, voraussichtlich am 8. Oktober 2010, buchmäßig durch Clearstream Banking AG geliefert, wenn und soweit der Aktienübernahmevertrag nicht vorzeitig beendet wird (für weitere Details über die mögliche vorzeitige Beendigung des Aktienübernahmevertrags siehe „Das Angebot—Bezugsangebot—Wichtige Hinweise“).

Übertragbarkeit, Veräußerungsverbote

Die Übertragbarkeit der Aktien der Bank ist weder gesetzlich noch durch die Satzung der Bank eingeschränkt. Rechtliche Einschränkungen ihrer Handelbarkeit bestehen nicht, abgesehen von den Beschränkungen, die unter „Das Angebot—Verkaufsbeschränkungen“ genannt sind.

ISIN / WKN / Börsenkürzel

International Securities Identification Number (ISIN)	Neue Aktien:	DE0005140008
	Bezugsrechte:	DE000A1E8H87
Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN)	Neue Aktien:	514000
	Bezugsrechte:	A1E 8H8
Börsenkürzel	DBK (deutsche Wertpapierbörsen)	
	DB (New York Stock Exchange)	

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen satzungsgemäß im elektronischen Bundesanzeiger. Die Aktien der Gesellschaft betreffende Mitteilungen werden ebenfalls im elektronischen Bundesanzeiger und in einem überregionalen Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse und an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart veröffentlicht.

Die börsenrechtlichen Veröffentlichungen erfolgen in einem überregionalen Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse und an den Wertpapierbörsen Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart sowie, sofern erforderlich, in der gedruckten Ausgabe des Bundesanzeigers.

Zahlstelle

Zahlstelle für die Aktien der Gesellschaft ist die Deutsche Bank AG, Theodor-Heuss-Allee 70, 60486 Frankfurt am Main.

VERWÄSSERUNG

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung mit Ausnahme des Spitzenbetrags gewährleistet, dass jeder Aktionär, sofern er sein Bezugsrecht ausübt, nahezu unverändert mit seinem ursprünglichen prozentualen Anteil am Gesamtkapital der Gesellschaft beteiligt bleibt. Bei Nichtausübung des Bezugsrechts verwässert sich der prozentuale Anteil eines Aktionärs am Gesamtkapital der Gesellschaft um 33,21 %. Blicke der wirtschaftliche Wert des Bezugsrechts unberücksichtigt, ergäbe sich eine Kapitalverwässerung des Aktionärs von 11,43 € pro Aktie.

Der Buchwert des bilanziellen Eigenkapitals der Deutschen Bank nach IFRS betrug zum 30. Juni 2010 41.538 Mio € und damit 66,90 € pro Aktie der Gesellschaft berechnet auf Grundlage der Anzahl der vor Durchführung der Kapitalerhöhung ausgegebenen 620.859.015 Aktien der Gesellschaft.

Nach Durchführung der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats aufgrund der Ermächtigungen in § 4 Abs. 3, 4, 6, 7 und 8 der Satzung der Deutsche Bank Aktiengesellschaft (Genehmigte Kapitalia) am 20. September 2010 beschlossenen Kapitalerhöhung von 1.589.399.078,40 € um 790.120.000,00 € auf 2.379.519.078,40 € durch Ausgabe von 308.640.625 Neuen Aktien gegen Bareinlagen im Rahmen dieses Angebots, die voraussichtlich am 5. Oktober 2010 in das Handelsregister der Gesellschaft eingetragen wird, und bei einem Bezugs- bzw. Platzierungspreis von 33,00 € je Neuer Aktie, sowie nach Abzug der geschätzten Emissionskosten in Höhe von maximal 164 € Mio nach Steuern hätte der Buchwert des bilanziellen Eigenkapitals nach IFRS der Gesellschaft zum 30. Juni 2010 51.559 € Mio bzw. 55,47 € pro Aktie betragen (Konzernzwischenabschluss, berechnet auf Grundlage der nach Durchführung der Kapitalerhöhung im Rahmen des Angebots ausgegebenen 929.499.640 Aktien der Gesellschaft). Dies entspricht einer Verringerung des Eigenkapitals der Gesellschaft um 11,43 € bzw. 17,09 % pro Aktie für die bisherigen Aktionäre. Dies führt für die Erwerber der Neuen Aktien zu einem unmittelbaren Wertzuwachs von 22,47 € bzw. 68,09 % pro Aktie, da das angepasste Eigenkapital der Gesellschaft pro Aktie den Bezugs- bzw. Platzierungspreis von 33,00 € je Neuer Aktie um diesen Betrag bzw. Prozentsatz übersteigt.

KAPITALAUSSTATTUNG UND VERSCHULDUNG

Die nachfolgenden Tabellen zeigen auf der Grundlage des Konzernzwischenabschlusses der Gesellschaft zum 30. Juni 2010 einen Überblick über die Kapitalausstattung, die Nettofinanzverbindlichkeiten sowie die unwider-ruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten des Deutsche Bank-Konzerns nach IFRS zum 30. Juni 2010. Die Kapitalausstattung des Deutsche Bank-Konzerns wird sich nach Durchführung des Angebots verändern. Für Einzelheiten zu den Erlösen aus dem Angebot und ihre beabsichtigte Verwendung siehe „Emissionserlös und Kosten der Emission“ sowie „Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissions-erlöses“. Die Angaben in den nachfolgenden Tabellen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernzwischen-abschluss der Gesellschaft zum 30. Juni 2010 und den dazugehörigen Erläuterungen gelesen werden, die im „Finanzteil“ dieser Wertpapierbeschreibung abgedruckt sind. Auswirkungen des beabsichtigten Übernahme-angebots an die Aktionäre der Postbank sind nachfolgend nicht berücksichtigt.

Kapitalausstattung

Die nachfolgende Tabelle zeigt auf der Grundlage des Konzernzwischenabschlusses der Gesellschaft zum 30. Juni 2010 einen Überblick über die Kapitalausstattung des Deutsche Bank-Konzerns vor dem Angebot sowie nach unterstellter Durchführung des Angebots. Die in der rechten Spalte enthaltenen Informationen beruhen auf der Annahme, dass eine vollständige Platzierung der angebotenen Neuen Aktien zum Bezugspreis von 33,00 € erfolgt und der Gesellschaft ein Nettoemissionserlös in Höhe von insgesamt 10.021.628.210 € nach Steuern zufließt.

in Mio €	30. Juni 2010 (vor Durchführung des Angebots)	30. Juni 2010 (nach Durchführung des Angebots)
	<i>(ungeprüft, soweit nicht anders angegeben)</i>	<i>(ungeprüft)</i>
Verbindlichkeiten ⁽¹⁾	647.390	647.390
Kurzfristige Verbindlichkeiten ⁽²⁾	500.547	500.547
davon besichert	85.145	85.145
davon unbesichert	415.402	415.402
davon garantiert	–	–
davon nicht garantiert	500.547	500.547
Langfristige Verbindlichkeiten ⁽³⁾	146.843	146.843
davon besichert	14.833	14.833
davon unbesichert	132.010	132.010
davon garantiert	–	–
davon nicht garantiert	146.843	146.843
Nachrangige Verbindlichkeiten	8.648	8.648
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	11.603 ⁽⁵⁾	11.603
Zum Fair Value bewertete langfristige Verbindlichkeiten und zum Fair Value bewertete hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	17.108	17.108
Übrige Passiva ⁽⁴⁾	1.198.335	1.198.335
Summe der Verbindlichkeiten	1.883.084⁽⁵⁾	1.883.084
Stammaktien (ohne Nennwert)	1.589 ⁽⁵⁾	2.380
Kapitalrücklage	14.917 ⁽⁵⁾	24.148 ⁽⁶⁾
Gewinnrücklagen	26.373 ⁽⁵⁾	26.373
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	–136 ⁽⁵⁾	–136
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	– ⁽⁵⁾	–
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern	–1.205 ⁽⁵⁾	–1.205
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	41.538 ⁽⁵⁾	51.559
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1.033 ⁽⁵⁾	1.033
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss . .	42.571 ⁽⁵⁾	52.593
Summe der Passiva	1.925.655⁽⁵⁾	1.935.676

1 Summe aus kurzfristigen und langfristigen Verbindlichkeiten.

2 Summe aus (i) Einlagen mit Fälligkeiten von bis zu einem Jahr, (ii) Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen jeweils mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr, (iii) Sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten und (iv) langfristigen vorrangigen Verbindlichkeiten mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr.

3 Summe aus (i) Einlagen mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr, (ii) Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen jeweils mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr und (iii) langfristigen vorrangigen Verbindlichkeiten mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr.

4 Beinhaltet im Wesentlichen negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von 787 Mrd. €.

5 Prüferisch durchgesehen.

6 Nach Berücksichtigung der geschätzten Emissionskosten von ca. 164 Mio € nach Steuern.

Nettofinanzverbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle zeigt auf der Grundlage des Konzernzwischenabschlusses der Gesellschaft zum 30. Juni 2010 einen Überblick über die Nettofinanzverbindlichkeiten des Deutsche Bank-Konzerns vor dem Angebot sowie nach unterstellter Durchführung des Angebots. Die in der rechten Spalte enthaltenen Informationen beruhen auf der Annahme, dass eine vollständige Platzierung der angebotenen Neuen Aktien zum Bezugspreis von 33,00 € erfolgt und der Gesellschaft ein Nettoemissionserlös in Höhe von insgesamt 10.021.628.210 € nach Steuern zufließt.

in Mio €	30. Juni 2010 (vor Durchführung des Angebots) <i>(ungeprüft)</i>	30. Juni 2010 (nach Durchführung des Angebots) <i>(ungeprüft)</i>
Barreserve	13.437	13.437
Wertpapiere des Handelsbestands	241.966	241.966
Liquide Mittel⁽¹⁾	255.403	255.403
Kurzfristige finanzielle Forderungen ⁽²⁾	568.957	578.979 ⁽¹³⁾
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten ⁽³⁾	-768.660	-768.660
Kurzfristige Finanzschulden ⁽⁴⁾	-85.768	-85.768
Kurzfristige Nettofinanzverbindlichkeiten⁽⁵⁾	-30.068	-20.046
Langfristige Finanzverbindlichkeiten ⁽⁶⁾	-49.477	-49.477
Langfristige Finanzschulden ⁽⁷⁾	-128.673	-128.673
Langfristige Finanzverbindlichkeiten und -schulden⁽⁸⁾	-178.150	-178.150
Langfristige finanzielle Forderungen ⁽⁹⁾	201.288	201.288
Langfristige Nettofinanzverbindlichkeiten⁽¹⁰⁾	23.138	23.138
Finanzanlagen⁽¹¹⁾	35.749	35.749
Summe Nettofinanzverbindlichkeiten⁽¹²⁾	28.819	38.841

1 Summe aus Barreserve und Wertpapieren des Handelsbestands.

2 Summe aus (i) verzinslichen Einlagen bei Kreditinstituten mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr, (ii) Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie Forderungen aus Wertpapierleihen jeweils mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr, (iii) zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr (abzüglich Wertpapieren des Handelsbestands), (iv) Forderungen aus dem Kreditgeschäft mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr und (v) finanziellen Forderungen mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr (bilanziert als Sonstige Aktiva).

3 Summe aus (i) Einlagen mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr, (ii) Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) sowie Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen jeweils mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr, (iii) zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr und (iv) Finanzverbindlichkeiten mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr (bilanziert als Sonstige Passiva).

4 Summe aus (i) sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen, (ii) langfristigen Verbindlichkeiten mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr und (iii) hybriden Kapitalinstrumenten mit Fälligkeit von bis zu einem Jahr.

5 Summe aus (i) liquiden Mitteln, (ii) kurzfristigen finanziellen Forderungen, (iii) kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten und (iv) kurzfristigen Finanzschulden.

6 Summe aus (i) Einlagen mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr, (ii) Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) sowie Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen jeweils mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr und (iii) zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr.

7 Summe aus (i) sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten mit Fälligkeiten von mehr als einem Jahr und (ii) hybriden Kapitalinstrumenten mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr.

8 Summe aus langfristigen Finanzverbindlichkeiten und langfristigen Finanzschulden.

9 Summe aus (i) verzinslichen Einlagen bei Kreditinstituten mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr, (ii) Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie Forderungen aus Wertpapierleihen jeweils mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr, (iii) zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr und (iv) Forderungen aus dem Kreditgeschäft mit Fälligkeit von mehr als einem Jahr.

10 Summe aus langfristigen Finanzverbindlichkeiten und -schulden und langfristigen finanziellen Forderungen. Diese Position ist positiv, da die langfristigen finanziellen Forderungen die langfristigen Finanzverbindlichkeiten und -schulden übersteigen.

11 Summe aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

12 Summe aus (i) kurzfristigen Nettofinanzverbindlichkeiten, (ii) langfristigen Nettofinanzverbindlichkeiten und (iii) Finanzanlagen. Diese Position ist positiv, da die langfristigen Nettofinanzverbindlichkeiten und die Finanzanlagen die kurzfristigen Nettofinanzverbindlichkeiten übersteigen.

13 Nach Verrechnung des Steuereffektes aus den geschätzten Emissionskosten.

Zusagen und Eventualverbindlichkeiten

Die nachstehende Tabelle zeigt auf Grundlage des Konzernzwischenabschlusses der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 den Nominalwert der unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten des Deutsche Bank-Konzerns. Eventualverbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und Haftungsübernahmeerklärungen. Der Nominalwert dieser Verpflichtungen entspricht dem maximalen Ausfallrisiko des Konzerns für den Fall, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Wahrscheinliche Verluste im Rahmen dieser Verträge werden als Rückstellungen erfasst.

in Mio €	30. Juni 2010
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>
Unwiderrufliche Kreditzusagen	116.589
Eventualverbindlichkeiten.	<u>67.395</u>
Insgesamt	<u><u>183.984</u></u>

Erklärung zum Geschäftskapital

Die Gesellschaft ist der Ansicht, dass der Deutsche Bank-Konzern über ausreichend Geschäftskapital verfügt, um seinen Zahlungsverpflichtungen mindestens in den nächsten zwölf Monaten nachkommen zu können.

BESTEUERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Dieser Abschnitt enthält eine Darstellung wichtiger deutscher Besteuerungsgrundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten oder der Übertragung von Aktien und Bezugsrechten sowohl für einen Aktionär (eine natürliche Person oder Körperschaft), der in Deutschland steuerlich ansässig ist (d.h., dessen Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Satzungssitz oder Ort der Geschäftsleitung sich in Deutschland befindet), als auch für einen Aktionär, der außerhalb Deutschlands steuerlich ansässig ist, typischerweise von Bedeutung sind oder sein können. Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und enthält keine abschließende Erläuterung aller denkbaren steuerlichen Aspekte, die für Aktionäre relevant sein können. Grundlage der Darstellung sind die zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung geltenden Steuervorschriften (einschließlich Verwaltungsanweisungen) in Deutschland sowie Bestimmungen von Doppelbesteuerungsabkommen, wie sie Deutschland derzeit typischerweise mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Steuerrechtliche Vorschriften können sich – unter Umständen auch rückwirkend – ändern.

Dieser Abschnitt kann nicht die individuelle steuerliche Beratung des einzelnen Aktionärs ersetzen. Potenziellen Erwerbern der Aktien oder Bezugsrechte wird daher empfohlen, wegen der Steuerfolgen des Erwerbs, des Haltens sowie der Übertragung von Aktien oder Bezugsrechten und wegen des bei einer möglichen Erstattung deutscher Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) einzuhaltenden Verfahrens ihre steuerlichen Berater zu konsultieren. Nur diese sind in der Lage, auch die besonderen steuerlichen Verhältnisse des einzelnen Aktionärs angemessen zu berücksichtigen.

Besteuerung der Gesellschaft

Deutsche Kapitalgesellschaften unterliegen mit ihrem Gewinn grundsätzlich der Körperschaftsteuer. Der Körperschaftsteuersatz beträgt einheitlich 15 % für ausgeschüttete und einbehaltene Gewinne zuzüglich eines Solidaritätszuschlages in Höhe von 5,5 % auf die Körperschaftsteuerschuld (insgesamt also 15,825 %).

Dividenden oder andere Gewinnanteile, die die Gesellschaft von inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaften bezieht, sind grundsätzlich zu 95 % von der Körperschaftsteuer befreit, 5 % der jeweiligen Einnahmen gelten allerdings pauschal als nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Gleiches gilt für Gewinne der Gesellschaft aus der Veräußerung von Anteilen an einer inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaft.

Zusätzlich unterliegen deutsche Kapitalgesellschaften mit ihrem in inländischen Betriebsstätten erzielten Gewerbeertrag grundsätzlich der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer beträgt je nach Hebesatz der Gemeinde in der Regel ca. 7 bis 17 % des Gewerbeertrags. Die Gewerbesteuer darf bei der Ermittlung des körperschaftsteuerpflichtigen Einkommens der Kapitalgesellschaft nicht als Betriebsausgabe abgezogen werden. Für Zwecke der Gewerbesteuer werden von inländischen und ausländischen Kapitalgesellschaften bezogene Gewinnanteile sowie Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer anderen Kapitalgesellschaft grundsätzlich in gleicher Weise behandelt wie für Zwecke der Körperschaftsteuer. Allerdings sind von inländischen und ausländischen Kapitalgesellschaften bezogene Gewinnanteile grundsätzlich nur dann effektiv zu 95 % von der Gewerbesteuer befreit, wenn die Gesellschaft zu Beginn bzw. – im Fall von ausländischen Kapitalgesellschaften – seit Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraumes zu mindestens 15 % am Grund- oder Stammkapital der ausschüttenden Gesellschaft beteiligt war (gewerbesteuerliches Schachtelprivileg). Falls die Beteiligung an einer ausländischen Kapitalgesellschaft i. S. d. Art. 2 der Richtlinie 90/435/EWG vom 23. Juli 1990 (die „Mutter-Tochter-Richtlinie“) mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union besteht, greift das gewerbesteuerliche Schachtelprivileg schon bei einer Beteiligung von 10 % am Grund- oder Stammkapital der ausländischen Kapitalgesellschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums ein. Anderenfalls unterliegen die Gewinnanteile vollständig der Gewerbesteuer. Für Gewinnanteile, die von ausländischen Kapitalgesellschaften stammen und für die nicht die Mutter-Tochter-Richtlinie anwendbar ist, gelten zusätzliche Einschränkungen.

Ausnahmeregelungen gelten hinsichtlich der Dividenden- und Veräußerungsgewinnbesteuerung für Anteile, die dem Handelsbuch der Gesellschaft zuzurechnen sind (siehe unten unter „—Besteuerung der Aktionäre —Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds“)

Zinsaufwendungen sind nach den Regelungen der so genannten Zinsschranke gegebenenfalls nur beschränkt abziehbar. Danach ist der Nettozinsaufwand grundsätzlich in Höhe von 30 % des steuerlichen EBITDA im jeweiligen Wirtschaftsjahr abzugsfähig, wobei Ausnahmen von dieser Regelung bestehen. Nicht abzugsfähiger Zinsaufwand und nicht ausgeschöpftes EBITDA-Volumen können unter bestimmten Voraussetzungen in die Folgejahre vorgetragen werden.

Steuerliche Verlustvorträge können nur bis zur Höhe von € 1,0 Mio zum vollen Ausgleich positiver körperschaftsteuerpflichtiger Einkünfte bzw. Gewerbeerträge herangezogen werden. Übersteigen die Einkünfte bzw. Gewerbeerträge diesen Betrag, ist der Verlustausgleich auf 60 % des übersteigenden Betrags begrenzt. Die verbleibenden 40 % müssen versteuert werden (Mindestbesteuerung). Nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge können grundsätzlich ohne zeitliche Beschränkung vorgetragen und im Rahmen der dargestellten

Regelung von zukünftigen steuerpflichtigen Einkünften bzw. Gewerbeerträgen abgezogen werden. Werden allerdings innerhalb von fünf Jahren mittelbar oder unmittelbar mehr als 25 % bzw. mehr als 50 % des Grundkapitals oder der Stimmrechte an der Gesellschaft an einen Erwerber oder Erwerberkreis übertragen oder liegt ein vergleichbarer Sachverhalt vor (schädlicher Beteiligungserwerb), können bis zum schädlichen Beteiligungserwerb nicht genutzte Verlustvorträge der Gesellschaft sowie Zinsvorträge und nicht abziehbare Zinsaufwendungen sowie bis zur Übertragung aufgelaufene Verluste des laufenden Geschäftsjahres anteilig bzw. vollständig untergehen bzw. nicht mit späteren Gewinnen verrechenbar sein.

Besteuerung der Aktionäre

Bei der Besteuerung der Aktionäre ist zu unterscheiden zwischen der Besteuerung im Zusammenhang mit dem Halten der Aktien („—Besteuerung von Dividenden“), der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten („—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen“) und der unentgeltlichen Übertragung von Aktien oder Bezugsrechten („—Erb- und Schenkungssteuer“).

Besteuerung von Dividenden

Kapitalertragsteuer

Die Gesellschaft hat grundsätzlich für Rechnung der Aktionäre von den von ihr ausgeschütteten Dividenden eine Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) in Höhe von 25 % und einen auf die Kapitalertragsteuer erhobenen Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % (insgesamt also 26,375 %) einzubehalten und abzuführen. Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer ist die von der Hauptversammlung beschlossene Dividende.

Die Kapitalertragsteuer ist grundsätzlich unabhängig davon einzubehalten, ob und in welchem Umfang die Dividende auf Ebene des Aktionärs von der Steuer befreit ist und ob es sich um einen im Inland oder im Ausland ansässigen Aktionär handelt.

Bei Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässige Gesellschaft im Sinne des Art. 2 der Mutter-Tochter-Richtlinie ausgeschüttet werden, wird jedoch auf Antrag und bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen vom Einbehalt der Kapitalertragsteuer abgesehen (Freistellung im Steuerabzugsverfahren). Das gilt auch für Dividenden, die an eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gelegene Betriebsstätte einer solchen Muttergesellschaft oder einer in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen Muttergesellschaft ausgeschüttet werden, sofern die Beteiligung an der Gesellschaft tatsächlich zum Betriebsvermögen dieser Betriebsstätte gehört. Wesentliche Voraussetzung für die Freistellung im Steuerabzugsverfahren nach der Mutter-Tochter-Richtlinie ist, dass der Aktionär seit einem Jahr zu mindestens 10 % unmittelbar am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt ist.

Für Ausschüttungen an sonstige im Ausland steuerlich ansässige Aktionäre wird der Kapitalertragsteuersatz, wenn Deutschland mit dem Ansässigkeitsstaat des Aktionärs ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat und wenn der Aktionär seine Aktien weder im Vermögen einer Betriebsstätte oder festen Einrichtung in Deutschland noch in einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, hält, nach Maßgabe des Doppelbesteuerungsabkommens ermäßigt. Die Kapitalertragsteuerermäßigung wird grundsätzlich in der Weise gewährt, dass die Differenz zwischen dem einbehaltenen Gesamtbetrag einschließlich des Solidaritätszuschlages und der nach dem einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommen tatsächlich geschuldeten Kapitalertragsteuer (in der Regel 15 %) auf Antrag durch die deutsche Finanzverwaltung (Bundeszentralamt für Steuern, Hauptdienstszitz Bonn-Beuel, An der Kuppe 1, D-53225 Bonn) erstattet wird. Formulare für das Erstattungsverfahren sind beim Bundeszentralamt für Steuern (<http://www.bzst.bund.de>) sowie bei den deutschen Botschaften und Konsulaten erhältlich.

Fließen beschränkt steuerpflichtigen Körperschaften ohne Sitz und Geschäftsleitung in Deutschland Dividenden zu, können grundsätzlich zwei Fünftel der einbehaltenen und abgeführten Kapitalertragsteuer erstattet werden, ohne dass sämtliche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, unter denen eine Erstattung auf Grund der Mutter-Tochter-Richtlinie oder auf Grund von Doppelbesteuerungsabkommen verlangt werden kann. Entsprechende Antragsformulare sind beim Bundeszentralamt für Steuern (unter der o. g. Adresse) erhältlich.

Die Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug nach der Mutter-Tochter-Richtlinie sowie die vorgenannten Möglichkeiten zur Erstattung der Kapitalertragsteuer hängen davon ab, dass bestimmte weitere Bedingungen (insbesondere sog. Substanzerfordernisse) erfüllt werden.

Besteuerung von Dividenden bei in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären

Besteuerung von Dividendeneinkünften von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien im Privatvermögen halten

Dividenden, die ein in Deutschland steuerlich ansässiger Aktionär, der die Aktien im Privatvermögen hält, bezieht, gehören bei ihm zu den steuerpflichtigen Einkünften aus Kapitalvermögen, die einem besonderen, einheitlichen Einkommensteuersatz von 25 % zuzüglich eines Solidaritätszuschlages von 5,5 % (insgesamt also 26,375 %) unterliegen. Die Einkommensteuerschuld für diese Einkünfte aus den Dividenden wird

grundsätzlich mit dem Kapitalertragsteuerabzug durch die Gesellschaft abgegolten (sog. Abgeltungsteuer). Der Aktionär kann aber beantragen, dass seine Einkünfte aus Kapitalvermögen (einschließlich der Dividenden) zusammen mit seinen sonstigen Einkünften statt dem einheitlichen Steuersatz für Kapitaleinkünfte dem Satz der tariflichen, progressiven Einkommensteuer unterworfen werden, wenn dies für ihn zu einer niedrigeren Steuerbelastung führt. In diesem Fall wird die Kapitalertragsteuer auf die tarifliche Einkommensteuer angerechnet und ein sich etwa ergebender Überhang erstattet. Werbungskosten können in beiden Fällen bis auf einen jährlichen Sparer-Pauschbetrag in Höhe von 801 € (1.602 € bei zusammen veranlagten Ehegatten) nicht von Einkünften aus Kapitalvermögen abgezogen werden.

Ausnahmen von der Abgeltungsteuer bestehen bei Aktionären, die an der Gesellschaft zu mindestens 25 % beteiligt sind und bei Aktionären, die zu mindestens 1 % an der Gesellschaft beteiligt und für sie beruflich tätig sind.

Auf Antrag eines kirchensteuerpflichtigen Aktionärs, der die Aktien im Privatvermögen hält, und im Rahmen der anwendbaren Landeskirchensteuergesetze wird die Kirchensteuer auf die Dividende durch eine Inländische Zahlstelle (wie im Abschnitt „—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien oder Bezugsrechte im Privatvermögen halten“ definiert), die die Auszahlung der Dividende für die Rechnung der Gesellschaft an den Aktionär vornimmt, einbehalten und abgeführt. In diesem Fall wird mit dem Steuerabzug durch die Inländische Zahlstelle auch die Kirchensteuer für die Dividenden abgegolten. Ein Abzug der einbehaltenen Kirchensteuer als Sonderausgabe bei der Veranlagung ist nicht möglich, allerdings kann dafür die Inländische Zahlstelle die durch die Gesellschaft einbehaltene Kapitalertragsteuer (einschließlich des Solidaritätszuschlages) um 26,375 % der auf die Dividenden einzubehaltenden Kirchensteuer vermindern. Wird keine Kirchensteuer durch eine Inländische Zahlstelle einbehalten, ist ein kirchensteuerpflichtiger Aktionär verpflichtet, die Dividenden in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben. Die Kirchensteuer auf die Dividenden wird dann im Wege der Veranlagung erhoben.

Besteuerung von Dividendeneinkünften von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten

Für Dividenden aus Aktien, die im Betriebsvermögen eines in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionärs gehalten werden, gilt die Abgeltungsteuer nicht. Die Besteuerung richtet sich danach, ob der Aktionär eine Körperschaft, ein Einzelunternehmer oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist. Die durch die Gesellschaft einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) wird auf die jeweilige Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld des Aktionärs angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

Körperschaften Ist der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige Körperschaft, so sind die Dividenden – vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen für Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors (vgl. den Abschnitt „—Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds“) – grundsätzlich zu effektiv 95 % von der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag befreit. Eine Mindestbeteiligungsgrenze oder eine Mindesthaltezeit ist nicht zu beachten. 5 % der Dividenden gelten pauschal als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben und unterliegen daher der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) mit einem Steuersatz von insgesamt rd. 15,8 %. Im Übrigen dürfen tatsächlich anfallende Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in unmittelbarem Zusammenhang stehen, abgezogen werden. Die Dividenden unterliegen jedoch (nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben) in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, die Körperschaft ist zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt (gewerbsteuerliches Schachtelprivileg). Im letztgenannten Fall unterliegen die Dividenden nicht der Gewerbesteuer; auf den als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben geltenden Betrag (in Höhe von 5 % der Dividende) fällt allerdings Gewerbesteuer an. Die Gewerbesteuer beträgt je nach Hebesatz der Gemeinde in der Regel ca. 7 bis 17 % des Gewerbeertrags.

Einzelunternehmer Gehören die Aktien zum Betriebsvermögen eines in Deutschland steuerlich ansässigen Einzelunternehmers, so unterliegen nur 60 % der Dividenden der tariflichen, progressiven Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) mit einem Steuersatz von insgesamt bis zu rd. 47,5 % und ggf. der Kirchensteuer (Teileinkünfteverfahren). Betriebsausgaben, die mit den Dividenden in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, sind lediglich zu 60 % steuerlich abzugsfähig. Gehören die Aktien zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs des Aktionärs, so unterliegen die Dividendeneinkünfte (nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben) zusätzlich zur Einkommensteuer in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, der Aktionär war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt (gewerbsteuerliches Schachtelprivileg). Im letzteren Fall ist der Nettobetrag der Dividenden, d.h. abzüglich damit in unmittelbarem Zusammenhang stehender Aufwendungen, von der Gewerbesteuer ausgenommen. Die Gewerbesteuer ist grundsätzlich im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs anrechenbar.

Personengesellschaft Ist der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige gewerblich tätige oder gewerblich geprägte Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft), so wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nicht auf der Ebene der Personengesellschaft, sondern auf der Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben. Die Besteuerung eines jeden Gesellschafters hängt davon ab, ob der Gesellschafter eine Körperschaft oder eine natürliche Person ist. Ist der Gesellschafter eine Körperschaft, so werden die im Gewinnanteil des Gesellschafters enthaltenden Dividenden entsprechend den auf Körperschaften anwendbaren Grundsätzen besteuert, d.h. Dividenden sind zu effektiv 95 % steuerfrei (vgl. oben unter „—Körperschaften“). Ist der Gesellschafter eine natürliche Person, entspricht die Besteuerung den für den Einzelunternehmer dargestellten Grundsätzen, d.h. für die im Gewinnanteil des Gesellschafters enthaltenen Dividenden gilt das Teileinkünfteverfahren (vgl. oben unter „—Einzelunternehmer“). Auf Antrag und unter weiteren Voraussetzungen kann eine natürliche Person als Gesellschafterin für aus der Personengesellschaft nicht entnommene Gewinne eine Reduzierung des persönlichen Einkommensteuersatzes erzielen.

Zusätzlich unterliegen die Dividenden bei Zurechnung der Aktien zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs der Personengesellschaft bei der Personengesellschaft der Gewerbesteuer, und zwar grundsätzlich in voller Höhe. Wenn der Gesellschafter der Personengesellschaft eine natürliche Person ist, wird die von der Personengesellschaft gezahlte, auf seinen Gewinnanteil entfallende Gewerbesteuer grundsätzlich nach einem pauschalierten Verfahren – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf seine persönliche Einkommensteuer angerechnet. War die Personengesellschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15 % am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt (gewerbesteuerliches Schachtelprivileg), unterliegen die Dividenden nach Abzug der mit ihnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben nicht der Gewerbesteuer. Allerdings fällt in diesem Fall Gewerbesteuer auf 5 % der Dividenden an, die zum Gewinnanteil einer Körperschaft aus der Personengesellschaft gehören und als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben gelten.

Im Ausland ansässige Aktionäre

Nicht in Deutschland steuerlich ansässige Aktionäre, die ihre Aktien über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder ein Betriebsvermögen, für das im Inland ein ständiger Vertreter bestellt ist, halten, werden mit ihren Dividendeneinkünften in Deutschland steuerlich veranlagt. Insoweit gilt das oben in Bezug auf in Deutschland steuerlich ansässige Aktionäre, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten, Dargestellte entsprechend („—Besteuerung von Dividenden von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären—Besteuerung von Dividendeneinkünften von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten“). Die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) wird bei ihnen auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

In allen sonstigen Fällen ist eine etwaige deutsche Steuerschuld für die Dividenden mit Einbehalt der Kapitalertragsteuer durch die Gesellschaft abgegolten. Die Kapitalertragsteuer wird nur in den oben unter „—Kapitalertragsteuer“ beschriebenen Fällen erstattet.

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien oder Bezugsrechte im Privatvermögen halten

Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, die ein in Deutschland steuerlich ansässiger Aktionär nach dem 31. Dezember 2008 erworben hat und die der Aktionär im Privatvermögen hält, unterliegen in Deutschland – unabhängig von der Haltedauer – als Einkünfte aus Kapitalvermögen grundsätzlich der Einkommensteuer mit einem besonderen, einheitlichen Steuersatz für Einkünfte aus Kapitalvermögen von 25 % (zuzüglich eines Solidaritätszuschlages von 5,5 %, also insgesamt 26,375 %). Das Gleiche gilt für Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten, die für solche Aktien gewährt werden. Gewinne aus der Veräußerung von Aktien, die der Aktionär vor dem 1. Januar 2009 angeschafft hat, und Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten, die für solche Aktien gewährt werden, sind hingegen nicht steuerbar. Hat der Aktionär sowohl vor dem 1. Januar 2009 als auch nach dem bzw. am 1. Januar 2009 Aktien erworben und befinden sich diese Aktien in dem gleichen Depot, wird unterstellt, dass die zuerst angeschafften Aktien auch zuerst veräußert werden.

Der steuerbare Veräußerungsgewinn ergibt sich aus der Differenz zwischen (a) dem Veräußerungserlös und (b) den Anschaffungskosten der Aktien oder Bezugsrechte und den Aufwendungen, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung stehen. Die Anschaffungskosten von durch die Gesellschaft gewährten Bezugsrechten werden bei der Berechnung mit 0 € angesetzt.

Von den gesamten Einkünften aus Kapitalvermögen ist lediglich der Abzug eines jährlichen Sparer-Pauschbetrags in Höhe von 801 € (1.602 € bei zusammen veranlagten Ehegatten) möglich. Ein Abzug von

Werbungskosten im Zusammenhang mit Veräußerungsgewinnen ist nicht zulässig. Veräußerungsverluste aus Aktien dürfen nur mit Gewinnen, die aus der Veräußerung von Aktien entstehen, ausgeglichen werden. Verluste aus der Veräußerung von Bezugsrechten sind nur mit positiven Einkünften aus Kapitalvermögen verrechenbar.

Nach Ansicht der Finanzverwaltung ist die Ausübung des Bezugsrechts nicht der Veräußerung gleichgestellt. Durch Ausübung der Bezugsrechte erlangte Aktien gelten als zum Bezugspreis im Zeitpunkt der Ausübung des Bezugsrechts angeschafft (vgl. BMF v. 22. Dezember 2009, Az.: IV C 1 – S 2252/08/10004, Rn. 110).

Falls die Aktien oder die Bezugsrechte durch ein inländisches Kreditinstitut, inländisches Finanzdienstleistungsinstitut, inländisches Wertpapierhandelsunternehmen oder durch eine inländische Wertpapierhandelsbank (einschließlich inländischer Zweigstellen ausländischer Institute) verwahrt oder verwaltet werden oder ein solches Institut die Veräußerung der Aktien oder Bezugsrechte durchführt und den Veräußerungserlös auszahlt oder gutschreibt (eine „Inländische Zahlstelle“), wird die Steuer auf den Veräußerungsgewinn grundsätzlich damit abgegolten, dass die Inländische Zahlstelle eine Kapitalertragsteuer in Höhe von 26,375 % (einschließlich Solidaritätszuschlag) auf den Veräußerungsgewinn von dem Veräußerungserlös einbehält und an das Finanzamt abführt (Abgeltungsteuer).

Auf Antrag eines kirchensteuerpflichtigen Aktionärs und im Rahmen der anwendbaren Landeskirchensteuergesetze wird auch die Kirchensteuer auf den Veräußerungsgewinn durch die Inländische Zahlstelle einbehalten und gilt mit dem Steuerabzug als abgegolten. Ein Abzug der einbehaltenen Kirchensteuer als Sonderausgabe ist nicht zulässig, jedoch vermindert sich die einzubehaltende Kapitalertragsteuer (einschließlich des Solidaritätszuschlages) um 26,375 % der auf den Veräußerungsgewinn einzubehaltenden Kirchensteuer.

Falls die Kapitalertragsteuer oder ggf. die Kirchensteuer auf den Veräußerungsgewinn nicht durch eine Inländische Zahlstelle einbehalten wurde, ist der Aktionär verpflichtet, den Veräußerungsgewinn in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben. Die Einkommensteuer und ggf. die Kirchensteuer auf den Veräußerungsgewinn werden dann im Rahmen der Veranlagung festgesetzt.

Der Aktionär kann beantragen, dass seine gesamten Einkünfte aus Kapitalvermögen zusammen mit seinen sonstigen steuerpflichtigen Einkünften statt dem einheitlichen Steuersatz für Kapitaleinkünfte dem Satz der tariflichen, progressiven Einkommensteuer unterworfen werden, wenn dies für ihn zu einer niedrigeren Steuerbelastung führt. In diesem Fall wird die Kapitalertragsteuer auf die tarifliche Einkommensteuer angerechnet und ein sich etwa ergebender Überhang erstattet. Das Verbot des Abzugs von Werbungskosten und die Verlustverrechnungsbeschränkungen gelten aber auch bei der Veranlagung mit dem tariflichen Einkommensteuersatz.

Unabhängig von der Haltedauer und dem Erwerbszeitpunkt unterliegt ein Gewinn aus der Veräußerung von Aktien und Bezugsrechten nicht der Abgeltungsteuer, sondern der tariflichen, progressiven Einkommensteuer, wenn ein in Deutschland ansässiger Aktionär oder im Falle eines unentgeltlichen Erwerbes sein Rechtsvorgänger oder, wenn die Aktien mehrmals nacheinander unentgeltlich übertragen worden sind, einer seiner Rechtsvorgänger zu irgendeinem Zeitpunkt während der Veräußerung vorangegangenen fünf Jahre zu mindestens 1 % unmittelbar oder mittelbar am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt war (eine „Qualifizierte Beteiligung“). In diesem Fall gilt für Gewinne aus der Veräußerung von Aktien das Teileinkünfteverfahren, d.h. nur 60 % des Veräußerungsgewinns sind steuerpflichtig und nur 60 % eines Veräußerungsverlusts und mit solchen Veräußerungen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehende Aufwendungen sind steuerlich abzugsfähig. Für Veräußerungsgewinne oder -verluste aus Bezugsrechten sollte das Teileinkünfteverfahren entsprechend gelten (vgl. Bundesfinanzhof, Urteil vom 27. Oktober 2005, Az.: IX R 15/05). Der Kapitalertragsteuerabzug durch eine Inländische Zahlstelle wird auch im Fall einer Qualifizierten Beteiligung vorgenommen, er hat aber keine abgeltende Wirkung. Der Aktionär ist daher verpflichtet, den Veräußerungsgewinn in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben. Die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) wird bei der Veranlagung des Aktionärs auf die Einkommensteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet. Die Ausübung von Bezugsrechten sollte auch bei einer Qualifizierten Beteiligung nicht der Veräußerung gleichgestellt sein (vgl. Oberfinanzdirektion Hannover vom 5. Januar 2007, Az.: S 2244 81-StO 243).

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten

Für Veräußerungsgewinne aus Aktien oder Bezugsrechten, die zum Betriebsvermögen eines in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionärs gehören, gilt die Abgeltungsteuer nicht. Die Besteuerung der erzielten Veräußerungsgewinne richtet sich danach, ob der Aktionär eine Körperschaft, ein Einzelunternehmer oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist. Für Veräußerungsgewinne, die von Unternehmen des Finanz- und Versicherungssektors oder von Pensionsfonds erzielt werden, gelten Sonderregelungen, die weiter unten beschrieben sind (vgl. den Abschnitt „—Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds“).

Körperschaften Ist der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige Körperschaft, sind Gewinne aus der Veräußerung von Aktien grundsätzlich unabhängig von der Beteiligungshöhe und der Haltedauer zu 95 % von der Körperschaftsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) und der Gewerbesteuer befreit. 5 % der Gewinne gelten pauschal als nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) mit einem Steuersatz von insgesamt rd. 15,8 % sowie der Gewerbesteuer (je nach Gewerbesteuersatz der Gemeinde im Allgemeinen zwischen 7 bis 17 %). Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien stehen, dürfen grundsätzlich nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden.

Abweichend davon unterliegt der gesamte Gewinn aus der Veräußerung von Bezugsrechten der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) und der Gewerbesteuer (vgl. Bundesfinanzhof, Urteil vom 23. Januar 2008, Az.: I R 101/06). Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen im Zusammenhang mit den Bezugsrechten sind im Rahmen allgemeiner Beschränkungen als Betriebsausgaben abzugsfähig. Die Ausübung von Bezugsrechten sollte nicht als Veräußerung der Bezugsrechte zu behandeln sein (vgl. Oberfinanzdirektion Hannover vom 5. Januar 2007, Az.: S 2244 81-StO 243).

Einzelunternehmer Gehören die Aktien zum Betriebsvermögen eines in Deutschland steuerlich ansässigen Einzelunternehmers, so unterliegen nur 60 % der Gewinne aus der Veräußerung der Aktien der tariflichen, progressiven Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag) mit einem Steuersatz von insgesamt bis zu rd. 47,5 % und ggf. der Kirchensteuer (Teileinkünfteverfahren). Veräußerungsverluste und mit solchen Veräußerungen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehende Aufwendungen sind lediglich zu 60 % steuerlich abzugsfähig. Gehören die Aktien zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebes des Einzelunternehmers, so unterliegen 60 % der Gewinne aus der Veräußerung der Aktien zusätzlich der Gewerbesteuer.

Möglicherweise findet das Teileinkünfteverfahren auch auf Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von Bezugsrechten, die der Einzelunternehmer im Betriebsvermögen hält, Anwendung (vgl. Bundesfinanzhof, Urteil vom 27. Oktober 2005, Az.: IX R 15/05). Andernfalls würde der gesamte Veräußerungsgewinn der Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer) und der Gewerbesteuer unterliegen. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen im Zusammenhang mit den Bezugsrechten wären in diesem Fall im Rahmen allgemeiner Beschränkungen abzugsfähig. Die Ausübung von Bezugsrechten sollte nicht als Veräußerung der Bezugsrechte zu behandeln sein (vgl. Oberfinanzdirektion Hannover vom 5. Januar 2007, Az.: S 2244 81-StO 243).

Die Gewerbesteuer ist im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf die persönliche Einkommensteuer des Aktionärs anrechenbar.

Personengesellschaft Ist der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige gewerblich tätige oder gewerblich geprägte Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft), so wird die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer nicht auf der Ebene der Personengesellschaft, sondern auf Ebene des jeweiligen Gesellschafters erhoben. Die Besteuerung richtet sich dabei danach, ob der jeweilige Gesellschafter eine Körperschaft oder eine natürliche Person ist. Ist der Gesellschafter eine Körperschaft, so werden die im Gewinnanteil des Gesellschafters enthaltenen Veräußerungsgewinne aus Aktien und Bezugsrechten entsprechend den auf Körperschaften anwendbaren Grundsätzen besteuert (vgl. oben unter „—Körperschaften“). Für Veräußerungsgewinne im Gewinnanteil eines Gesellschafters, der eine natürliche Person ist, finden die für den Einzelunternehmer dargestellten Grundsätze entsprechende Anwendung (d.h., Teileinkünfteverfahren, siehe oben unter „—Einzelunternehmer“). Auf Antrag und unter weiteren Voraussetzungen kann eine natürliche Person als Gesellschafterin für aus der Personengesellschaft nicht entnommene Gewinne eine Reduzierung des persönlichen Einkommensteuersatzes erzielen.

Zusätzlich unterliegen die Gewinne aus der Veräußerung von Aktien bei Zurechnung zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs der Personengesellschaft der Gewerbesteuer auf der Ebene der Personengesellschaft, und zwar grundsätzlich zu 60 %, soweit sie auf den Gewinnanteil einer natürlichen Person als Gesellschafter der Personengesellschaft entfallen, und grundsätzlich zu 5 %, soweit sie auf den Gewinnanteil einer Körperschaft als Gesellschafter der Personengesellschaft entfallen. Veräußerungsverluste und andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien stehen, bleiben für Zwecke der Gewerbesteuer unberücksichtigt, wenn sie auf den Gewinnanteil einer Körperschaft entfallen, und werden im Rahmen allgemeiner Beschränkungen zu 60 % berücksichtigt, wenn sie auf den Gewinnanteil einer natürlichen Person entfallen. Bei der Veräußerung von Bezugsrechten wird der Gewinn oder Verlust aus der Veräußerung im Rahmen allgemeiner Beschränkungen für die Zwecke der Gewerbesteuer voll berücksichtigt, soweit er auf den Gewinnanteil einer Körperschaft entfällt. Soweit der Veräußerungsgewinn aus Bezugsrechten auf den Gewinnanteil einer natürlichen Person als Gesellschafter entfällt, unterliegt er möglicherweise nur zu 60 % der Gewerbesteuer; Verluste und Gewinnminderungen im Zusammenhang mit der Veräußerung der Bezugsrechte sollten in diesem Fall entsprechend im Rahmen allgemeiner Beschränkungen nur zu 60 % abzugsfähig sein. Die Ausübung von Bezugsrechten, die im Betriebsvermögen gehalten werden, sollte nicht

als Veräußerung der Bezugsrechte zu behandeln sein (vgl. Oberfinanzdirektion Hannover vom 5. Januar 2007, Az.: S 2244 81-StO 243).

Wenn der Gesellschafter der Personengesellschaft eine natürliche Person ist, wird die von der Personengesellschaft gezahlte, auf seinen Gewinnanteil entfallende Gewerbesteuer grundsätzlich nach einem pauschalierten Verfahren – abhängig von der Höhe des kommunalen Hebesatzes und den persönlichen Besteuerungsverhältnissen – vollständig oder teilweise auf seine persönliche Einkommensteuer angerechnet.

Kapitalertragsteuer Im Fall einer Inländischen Zahlstelle unterliegen Veräußerungsgewinne aus Aktien oder Bezugsrechten, die im Betriebsvermögen gehalten werden, grundsätzlich in gleicher Weise der Kapitalertragsteuer wie bei einem in Aktionär, der die Aktien oder Bezugsrechte im Privatvermögen hält (vgl. den Abschnitt „—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien oder Bezugsrechte im Privatvermögen halten“). Die Inländische Zahlstelle kann jedoch vom Kapitalertragsteuerabzug Abstand nehmen, wenn (i) der Aktionär eine in Deutschland steuerlich ansässige Körperschaft ist, oder (ii) der Aktionär die Aktien in einem inländischen Betriebsvermögen hält und dies gegenüber der auszahlenden Stelle nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck erklärt und bestimmte weitere Voraussetzungen erfüllt werden. Wird dennoch Kapitalertragsteuer durch eine Inländische Zahlstelle einbehalten, wird die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag) auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet bzw. in Höhe eines etwaigen Überhangs erstattet.

Im Ausland ansässige Aktionäre

Veräußerungsgewinne, die nicht von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären erzielt werden, unterliegen der deutschen Steuer nur, wenn der veräußernde Aktionär eine Qualifizierte Beteiligung an der Gesellschaft hält oder die Aktien oder Bezugsrechte über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, hält.

Im Fall einer Qualifizierten Beteiligung (wie im Abschnitt „—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien oder Bezugsrechte im Privatvermögen halten“ definiert) unterliegen grundsätzlich 5 % des Gewinns aus der Veräußerung von Aktien und der gesamte Gewinn aus der Veräußerung von Bezugsrechten der Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag, wenn der Aktionär eine Körperschaft ist. Wenn der Aktionär eine natürliche Person ist, unterliegen nur 60 % des Gewinns aus der Veräußerung von Aktien der tariflichen, progressiven Einkommensteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag (Teileinkünfteverfahren). Das Teileinkünfteverfahren findet möglicherweise auch für Gewinne aus der Veräußerung von Bezugsrechten durch eine natürliche Person Anwendung. Die meisten Doppelbesteuerungsabkommen sehen hierbei allerdings eine Befreiung von der deutschen Besteuerung vor und weisen das Besteuerungsrecht dem Ansässigkeitsstaat des Aktionärs zu. Nach Auffassung der Finanzverwaltung besteht im Fall einer Qualifizierten Beteiligung keine Pflicht zum Einbehalt von Kapitalertragsteuer (vgl. BMF v. 22. Dezember 2009, Az.: IV C 1 – S 2252/08/10004, Rn. 315).

Für Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten, die über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, gehalten werden, gilt das oben für in Deutschland steuerlich ansässige Aktionäre, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten, Dargestellte entsprechend (vgl. den Abschnitt „—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären—Besteuerung von Veräußerungsgewinnen von in Deutschland steuerlich ansässigen Aktionären, die ihre Aktien im Betriebsvermögen halten“). Eine Abstandnahme vom Kapitalertragsteuerabzug durch eine Inländische Zahlstelle setzt voraus, dass der Aktionär auf amtlich vorgeschriebenen Vordruck gegenüber der Inländischen Zahlstelle erklärt, dass die Aktien in einem inländischen Betriebsvermögen gehalten werden und bestimmte weitere Voraussetzungen erfüllt werden.

Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds

Soweit Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute Aktien halten oder veräußern, die nach § 1a des Gesetzes über das Kreditwesen dem Handelsbuch zuzurechnen sind, gelten weder für Dividenden noch für Veräußerungsgewinne das Teileinkünfteverfahren bzw. die effektiv 95 %-ige Befreiung von der Körperschaftsteuer und gegebenenfalls von der Gewerbesteuer; d.h., Dividendeneinnahmen und Veräußerungsgewinne unterliegen grundsätzlich in vollem Umfang der Besteuerung. Gleiches gilt für Aktien, die von Finanzunternehmen im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolges erworben werden. Für Aktien, die von Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens gehalten werden, sowie für Aktien, die bei Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen den Kapitalanlagen zuzurechnen sind oder die von Pensionsfonds gehalten werden, gilt das Vorstehende entsprechend. Auch das Teileinkünfteverfahren für Veräußerungsgewinne aus Bezugsrechten kann in diesen Fällen keine Anwendung finden.

Eine Ausnahme von dem Vorstehenden und somit die effektiv 95 %-ige Steuerbefreiung gilt jedoch für die von den vorgenannten Unternehmen bezogenen Dividenden, auf welche die Mutter-Tochter-Richtlinie (Richtlinie Nr. 90/435/EWG des Rates vom 23. Juli 1990) anwendbar ist.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Der Übergang von Aktien oder Bezugsrechten auf eine andere Person von Todes wegen oder durch Schenkung unterliegt grundsätzlich der deutschen Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer, wenn:

- (i) der Erblasser, der Schenker, der Erbe, der Beschenkte oder der sonstige Erwerber zur Zeit des Vermögensüberganges seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt, seine Geschäftsleitung oder seinen Sitz in Deutschland hatte oder sich als deutscher Staatsangehöriger nicht länger als fünf Jahre dauernd im Ausland aufgehalten hat, ohne im Inland einen Wohnsitz zu haben, oder
- (ii) die Aktien oder Bezugsrechte beim Erblasser oder Schenker zu einem Betriebsvermögen gehörten, für das in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten wurde oder ein ständiger Vertreter bestellt war, oder
- (iii) der Erblasser oder der Schenker zum Zeitpunkt des Erbfalls oder der Schenkung entweder allein oder zusammen mit anderen ihm nahestehenden Personen zu mindestens 10 % am Grund- oder Stammkapital der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar beteiligt war.

Die wenigen gegenwärtig in Kraft befindlichen deutschen Doppelbesteuerungsabkommen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer sehen üblicherweise vor, dass deutsche Erbschaft- oder Schenkungsteuer nur in der Fallgruppe (i) und mit gewissen Einschränkungen auch in der Fallgruppe (ii) erhoben werden kann. Sonderregelungen gelten für bestimmte außerhalb Deutschlands lebende deutsche Staatsangehörige und ehemalige deutsche Staatsangehörige.

Sonstige Steuern

Bei dem Erwerb, der Veräußerung oder anderen Formen der Übertragung von Aktien oder Bezugsrechten fallen keine deutsche Kapitalverkehrsteuer, Umsatzsteuer, Stempelsteuer oder ähnliche Steuer an. Ein Unternehmer kann jedoch zur Umsatzsteuerpflicht der grundsätzlich umsatzsteuerbefreiten Umsätze mit Aktien oder Bezugsrechten optieren, wenn der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird. Vermögensteuer wird in Deutschland gegenwärtig nicht erhoben.

BESTEuerung IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH

Potenziellen Erwerbenden von Aktien oder Bezugsrechten wird empfohlen, wegen der sich im Vereinigten Königreich ergebenden Steuerfolgen des Erwerbs, des Haltens sowie der Übertragung von Aktien oder Bezugsrechten ihre steuerlichen Berater zu konsultieren.

Nach dem im Vereinigten Königreich geltenden Steuerrecht wird auf Dividendenzahlungen der Gesellschaft keine Quellensteuer einbehalten oder abgezogen.

ALLGEMEINE ANGABEN

Zukunftsgerichtete Aussagen, Angaben von Seiten Dritter

Der Prospekt, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen. In die Zukunft gerichtete Aussagen sind alle Aussagen, die sich nicht auf historische Tatsachen oder Ereignisse beziehen und solche in die Zukunft gerichteten Formulierungen wie „glaubt“, „schätzt“, „geht davon aus“, „erwartet“, „nimmt an“, „prognostiziert“, „beabsichtigt“ oder „könnte“, oder Formulierungen ähnlicher Art enthalten. Dies gilt insbesondere für Angaben im Prospekt über Absichten, Überzeugungen oder gegenwärtige Erwartungen der Gesellschaft in Bezug auf ihre finanzielle Ertragsfähigkeit, Pläne, Liquidität, Aussichten, Wachstum, Strategie und Profitabilität sowie die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist.

Die in die Zukunft gerichteten Aussagen beruhen auf gegenwärtigen, nach bestem Wissen vorgenommenen Einschätzungen und Annahmen der Gesellschaft. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen jedoch Risiken und Ungewissheiten, da sie sich auf Ereignisse beziehen und auf Annahmen basieren, die gegebenenfalls in der Zukunft nicht eintreten werden. Die Gesellschaft weist darauf hin, dass solche zukunftsgerichteten Aussagen keine Garantie für die Zukunft sind; die tatsächlichen Ergebnisse, einschließlich der Finanz- und Ertragslage, der Gesellschaft bzw. des Deutsche Bank-Konzerns sowie die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können wesentlich von denjenigen abweichen (insbesondere negativer ausfallen), die in diesen Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen oder beschrieben werden. Selbst wenn die tatsächlichen Ergebnisse der Gesellschaft bzw. des Deutsche Bank-Konzerns, einschließlich der Finanz- und Ertragslage, sowie die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen mit den zukunftsgerichteten Aussagen in dieser Wertpapierbeschreibung übereinstimmen sollten, kann nicht gewährleistet werden, dass dies auch weiterhin in der Zukunft der Fall sein wird.

Weder die Gesellschaft noch die Konsortialbanken übernehmen die Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen, soweit sie hierzu nicht gesetzlich verpflichtet sind. Die Verpflichtung nach § 16 Abs. 1 WpPG, im Falle des Eintritts eines wichtigen neuen Umstands, der die Beurteilung der Neuen Aktien beeinflussen könnte, einen Nachtrag zum Prospekt zu veröffentlichen, bleibt unberührt.

Der Prospekt, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, enthält darüber hinaus branchen- und kundenbezogene Daten sowie Berechnungen, die aus von Dritten veröffentlichten Branchenberichten, Marktforschungsberichten, öffentlich erhältlichen Informationen und kommerziellen Veröffentlichungen entnommen oder abgeleitet wurden („externe Daten“). Kommerzielle Veröffentlichungen geben im Allgemeinen an, dass die Informationen, die sie enthalten, aus Quellen stammen, von denen man annimmt, dass sie verlässlich sind, dass jedoch die Genauigkeit und Vollständigkeit solcher Informationen nicht garantiert wird und die darin enthaltenen Berechnungen auf einer Reihe von Annahmen beruhen. Externe Daten wurden durch die Gesellschaft nicht auf ihre Richtigkeit überprüft. Die Gesellschaft kann daher keine Verantwortung für die Richtigkeit der öffentlichen Quellen entnommenen oder daraus abgeleiteten Daten übernehmen.

Zu beachten ist insbesondere, dass zur Bestimmung von Märkten und ihrer Größe auf externe Daten zurückgegriffen wurde. Dabei wurden bei der Bestimmung der Märkte und ihrer Größe auch die in den jeweiligen Quellen verwendeten Kategorien zugrunde gelegt. Diese Kategorien entsprechen in der Regel nicht den Kategorien, die von der Deutschen Bank bei der Bestimmung ihrer Finanz- und sonstigen Angaben verwendet werden. Die Vergleichbarkeit der externen Daten mit den Finanz- und sonstigen Angaben der Deutschen Bank ist deshalb eingeschränkt; insbesondere bei Aussagen zu Marktanteilen der Deutschen Bank ist diese eingeschränkte Vergleichbarkeit zu beachten. Viele Kunden der Deutschen Bank unterhalten Kundenbeziehungen zu mehreren Banken. Aus diesem Grund können Personen, welche die Deutsche Bank zu ihren Kunden zählt, auch von anderen Finanzinstituten zu deren Kunden gerechnet werden. Deshalb können Berechnungen von Marktanteilen oder Ähnlichem auf der Grundlage der Anzahl von Kunden dazu führen, dass ein einzelner Kunde von verschiedenen Instituten gezählt wird, somit mehrfach berücksichtigt wird.

Soweit Angaben von Seiten Dritter in diesen Prospekt übernommen wurden, bestätigt die Bank, dass diese Angaben korrekt wiedergegeben wurden und dass, soweit der Bank dies bekannt ist und sie es aus den von diesen Dritten veröffentlichten Informationen ableiten konnte, keine Tatsachen unterschlagen wurden, welche die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Hinweise zu Währungs- und Finanzangaben

Die in dem Prospekt, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, enthaltenen Beträge in „€“ oder „Euro“ beziehen sich auf die gesetzliche Währung der Bundesrepublik Deutschland seit dem 1. Januar 1999. Beträge in „\$“ oder „US-\$“ beziehen sich auf die gesetzliche Währung der Vereinigten Staaten von Amerika. Beträge in „RMB“ beziehen sich auf die gesetzliche Währung der Volksrepublik China.

Die in dieser Wertpapierbeschreibung enthaltenen Finanzdaten entstammen, soweit nicht anders angegeben, dem ungeprüften, einer prüferischen Durchsicht unterzogenen verkürzten IFRS-Konzernzwischenabschluss

der Gesellschaft zum 30. Juni 2010, dem geprüften HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 sowie den geprüften IFRS-Konzernabschlüssen der Gesellschaft zum 31. Dezember 2009, 2008 und 2007. Der HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 sowie der IFRS-Konzernabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2009 sind samt Bestätigungsvermerken im Abschnitt „Finanzteil“ des Registrierungsformulars der Gesellschaft vom 7. Mai 2010 abgedruckt. Die IFRS-Konzernabschlüsse der Gesellschaft zum 31. Dezember 2008 und 2007 sind samt den jeweiligen Bestätigungsvermerken in Form eines Verweises in das Registrierungsformular einbezogen, siehe den Abschnitt „Einbeziehung von Angaben in Form eines Verweises“ im Registrierungsformular. Der verkürzte IFRS-Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2010 ist samt der Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht im Abschnitt „Finanzteil“ dieser Wertpapierbeschreibung abgedruckt. Sofern in dem Prospekt Finanzdaten als „ungeprüft“ angegeben werden, bedeutet dies, dass sie keiner „Prüfung“ oder „prüferischen Durchsicht“ im Sinne von Ziffer 20.4.3 bzw. Ziffer 20.6.1 des Anhangs I zur Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Europäischen Kommission unterzogen wurden. Sofern dies ausdrücklich angegeben ist, wurden bestimmte ungeprüfte Finanzangaben dem bei der U.S. Securities and Exchange Commission eingereichten Jahresbericht der Deutschen Bank für 2009 (Annual Report 2009 on Form 20-F) entnommen, der auf der Internetseite der Deutschen Bank (www.db.com/ir) einsehbar ist.

Einzelne Zahlenangaben (darunter auch Prozentangaben) in dem Prospekt, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, wurden kaufmännisch gerundet. In den Tabellen enthaltene Gesamt- oder Zwischensummen weichen aufgrund kaufmännischer Rundungen unter Umständen von den an anderer Stelle in dem Prospekt angegebenen ungerundeten Werten ab. Ferner addieren sich solche kaufmännisch gerundeten Zahlenangaben unter Umständen nicht genau zu Zwischen- oder Gesamtsummen, die in Tabellen enthalten oder an anderer Stelle in dem Prospekt genannt sind.

Hinweise zu nicht nach IFRS ermittelten Zielgrößen

Der Prospekt, einschließlich dieser Wertpapierbeschreibung, sowie auch andere Dokumente, die der Deutsche Bank-Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlichen wird, beinhalten auch ausgewählte finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden.

Diese Messgrößen sind Größen des historischen oder zukünftigen Erfolgs, der Vermögenslage oder der Cashflows, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter Beträge im Vergleich zu gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst werden. Der Konzern bezeichnet die Definition von bestimmten Anpassungen als „Zielgrößendefinition“, da der Konzern in der Vergangenheit oder in der Zukunft solche nicht nach IFRS ermittelten Messgrößen angewandt hat oder anwenden wird, um seine finanziellen Ziele zu bemessen.

Die nicht nach IFRS ermittelten Messgrößen des Konzerns, die sich auf das Ergebnis beziehen, basieren auf Zielgrößendefinitionen. Auf IFRS basierende Finanzkennzahlen werden um bestimmte signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen, Geschäftsfeldern oder Gebäuden) oder bestimmte signifikante Aufwendungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Wertminderungen auf Immaterielle Vermögenswerte oder Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten) bereinigt, wenn diese Gewinne oder Aufwendungen nach Auffassung der Deutschen Bank keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg der Kerngeschäftsfelder des Konzerns haben.

Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern (gemäß Zielgrößendefinition):

Diese nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis vor Steuern (das heißt ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis vor Steuern), bereinigt um bestimmte signifikante Gewinne und Aufwendungen.

in Mio €	2. Quartal (1.4. – 30.6.)		1. Halbjahr (1.1. – 30.6.)	
	2010	2009	2010	2009
	<i>(ungeprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>		<i>(ungeprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	
Ergebnis vor Steuern	1.524⁽¹⁾	1.316⁽¹⁾	4.317⁽¹⁾	3.131⁽¹⁾
Abzüglich Anteile ohne beherrschenden Einfluss, vor Steuern	-7	17	-22	20
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis, vor Steuern	1.516	1.332	4.294	3.151
Zuzüglich/abzüglich (-):				
Bestimmter signifikanter Gewinne (abzüglich dazugehöriger Kosten)	-208 ⁽²⁾	-126 ⁽³⁾	-208 ⁽²⁾	-126 ⁽³⁾
Bestimmter signifikanter Belastungen	-	151 ⁽⁴⁾	-	429 ⁽⁵⁾
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis, vor Steuern (Zielgrößendefinition)	1.309	1.357	4.086	3.454

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

1 Prüferisch durchgesehen.

2 Gewinn aus der Vereinnahmung von negativem Goodwill im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. in Höhe von 208 Mio €.

3 Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio €.

4 Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände (Corporate Investments) in Höhe von 151 Mio €.

5 Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen und Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände (Corporate Investments) in Höhe von 151 Mio €.

Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity gemäß Zielgrößendefinition): Diese nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße basiert auf dem prozentualen Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern gemäß Zielgrößendefinition am durchschnittlichen Active Equity des Konzerns, das wie unten beschrieben definiert ist. Für Vergleichszwecke wird auch die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) dargestellt. Diese ist als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis vor Steuern) am den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren durchschnittlichen Eigenkapital definiert. Ebenfalls als Referenz wird die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) gezeigt, die als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis vor Steuern) am durchschnittlichen Active Equity berechnet wird.

Durchschnittliches Active Equity: Der Konzern berechnet das Active Equity, um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu ermöglichen, und verweist auf das Active Equity bei der Berechnung verschiedenster Kennziffern. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Unterschiede bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die der Konzern das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt, sind durchschnittliche unrealisierte Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und aus Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung ausgezahlt wird. Die in der Berechnung des Durchschnittlichen Active Equity verwendeten Steuersätze entsprechen denen, die auch für die jeweiligen Geschäftsvorfälle im Konzernabschluss verwendet wurden. Somit wird kein Durchschnittssteuersatz angewendet.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal (1.4. – 30.6.)		1. Halbjahr (1.1. – 30.6.)	
	2010 <i>(ungeprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	2009 <i>(ungeprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	2010 <i>(ungeprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	2009 <i>(ungeprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	40.328	34.254	39.121	33.165
Zuzüglich/abzüglich (–):				
Durchschnittlicher unrealisierter Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und aus Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern) ⁽¹⁾	49	899	151	1.100
Durchschnittlicher Dividendenabgrenzungen	– 407	– 272	– 449	– 299
Durchschnittliches Active Equity	39.969⁽²⁾	34.882⁽²⁾	38.823⁽²⁾	33.965⁽²⁾
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	15,0 %	15,6 %	22,0 %	19,0 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	15,2 %	15,3 %	22,1 %	18,6 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (Zielgrößendefinition)	13,1 %	15,6 %	21,1 %	20,3 %

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

1 Der auf unrealisierte Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten sowie aus Cash Flow Hedges resultierende Steuereffekt betrug im zweiten Quartal 2010 minus 404 Mio € (zweites Quartal 2009: minus 802 Mio €) und im Sechsmonatszeitraum 2010 minus 408 Mio € (Sechsmonatszeitraum 2009: minus 835 Mio €).

2 Prüferisch durchgesehen.

Ergebnis je Aktie (verwässert, gemäß Zielgrößendefinition): Die nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße für den Anstieg des Ergebnisses je Aktie basiert auf dem Ergebnis je Aktie (verwässert, gemäß Zielgrößendefinition), das als den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis (das heißt ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis), bereinigt um signifikante Gewinne/Aufwendungen nach Steuern und bestimmte signifikante Steuereffekte, geteilt durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der ausstehenden Aktien, definiert ist.

Zum Vergleich ist außerdem das Ergebnis je Aktie (verwässert) angegeben, das als den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Konzernergebnis (das heißt ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis), geteilt durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der ausstehenden Aktien, definiert ist.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt jeweils die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal (1.4. – 30.6.)		1. Halbjahr (1.1. – 30.6.)	
	2010 <i>(ungeprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	2009 ⁽¹⁾ <i>(ungeprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	2010 <i>(ungeprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	2009 ⁽¹⁾ <i>(ungeprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.160⁽²⁾	1.092⁽²⁾	2.922⁽²⁾	2.277⁽²⁾
Zuzüglich/abzüglich (–):				
Bestimmter signifikanter Gewinne/Belastungen, nach Steuern . . .	– 208 ⁽³⁾	– 28 ⁽⁴⁾	– 208 ⁽³⁾	193 ⁽⁵⁾
Bestimmter signifikanter Effekte aus Ertragsteuern	–	–	–	–
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis (Zielgrößendefinition für EPS)	952	1.064	2.714	2.470
Ergebnis je Aktie (verwässert)	1,75 € ⁽²⁾	1,64 € ⁽²⁾	4,35 € ⁽²⁾	3,53 € ⁽²⁾
Ergebnis je Aktie (verwässert, Zielgrößendefinition)	1,43 €	1,60 €	4,04 €	3,83 €

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

1 Die Vorjahreswerte für bestimmte signifikante Gewinne/Belastungen, nach Steuern sowie das Ergebnis je Aktie (verwässert, Zielgrößendefinition) wurden angepasst.

2 Prüferisch durchgesehen.

3 Gewinn aus der Vereinnahmung von negativem Goodwill im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. in Höhe von 208 Mio €.

4 Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio € und Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände (Corporate Investments) in Höhe von 98 Mio €.

- 5 Abschreibung in Höhe von 221 Mio € auf Industriebeteiligungen, Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio € und Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände (Corporate Investments) in Höhe von 98 Mio €.

Leverage Ratio (Zielgrößendefinition): Eine Leverage Ratio ergibt sich aus der Division der Bilanzsumme durch das Eigenkapital. Der Deutsche Bank-Konzern veröffentlicht eine bereinigte Leverage Ratio, die auf der Grundlage einer Zielgrößendefinition errechnet wird und für die die folgenden Bereinigungen für Bilanzsumme und Eigenkapital gemäß IFRS durchgeführt werden:

- (1) Die Bilanzsumme gemäß IFRS wird unter Anwendung von Nettingregeln zur Erreichung der bereinigten Bilanzsumme angepasst. Gemäß den Nettingbestimmungen nach IFRS wird eine Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen vorgenommen, wenn (1) für die Gesellschaft eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt rechtlich durchsetzbar ist und (2) die Gesellschaft beabsichtigt, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. Die IFRS konzentrieren sich insbesondere auf die Absicht, eine Abwicklung auf Nettobasis im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vorzunehmen, unabhängig von dem Recht auf Ausgleich im Fall eines Ausfalls. Da für die meisten derivativen Finanzinstrumente innerhalb von Master-Netting-Agreements im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit die Abwicklung nicht auf Nettobasis erfolgt, muss unter IFRS ein Bruttoausweis vorgenommen werden. Für Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft oder mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden, erfolgt ebenfalls ein Bruttoausweis, da sie im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nicht auf Nettobasis abgewickelt werden, auch wenn diese von bestehenden Master-Netting-Agreements abgedeckt werden. Es ist übliche amerikanische Branchenpraxis eine Aufrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften vorzunehmen. Dies ist nach IFRS nicht gestattet. Die Deutsche Bank führt die oben beschriebenen Bereinigungen bei der Berechnung der Zielgrößendefinition für das Leverage Ratio durch.
- (2) Das Eigenkapital gemäß IFRS wird so angepasst, dass die Gewinne und Verluste aus sämtlichen zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten (nach Steuern) berücksichtigt werden, um das bereinigte Eigenkapital zu erhalten. Diese Berechnung beruht auf einem Durchschnittssteuersatz von 35 %.

Ziel der Bereinigungen der Leverage Ratio der Deutschen Bank gemäß Zielgrößendefinition ist die Erhöhung der Vergleichbarkeit mit den Wettbewerbern der Deutschen Bank. Die Zielgrößendefinition für die Leverage Ratio wird durchgängig zur Steuerung der Geschäftsbereiche eingesetzt. Es wird dennoch Unterschiede bei der Ermittlung der Leverage Ratios der Wettbewerber der Deutschen Bank im Vergleich zur Berechnung der Leverage Ratio der Deutschen Bank gemäß Zielgrößendefinition geben. Deswegen sollte die bereinigte Leverage Ratio der Deutschen Bank nicht mit den Leverage Ratios von anderen Unternehmen verglichen werden, ohne die Unterschiede in den Berechnungen zu beachten.

Bilanzsumme und Eigenkapital
in Mrd €

	30.6.2010	31.12.2009
	<i>(ungeprüft, sofern nicht anders angegeben)</i>	
Bilanzsumme (IFRS)	1.926⁽¹⁾	1.501⁽²⁾
Bereinigung von Derivaten gemäß den beschriebenen Nettingregeln	-735	-533
Bereinigung von nicht termingerecht abgewickelten Geschäften gemäß den beschriebenen Nettingregeln	-139	-71
Bereinigung von Wertpapierpensionsgeschäften gemäß den beschriebenen Nettingregeln	-9	-5
Bereinigte Bilanzsumme	1.043	891
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (IFRS)	42,6⁽¹⁾	38,0⁽²⁾
Bereinigung von Gewinnen (Verlusten) aus sämtlichen zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten (nach Steuern) ⁽³⁾	3,4	1,3
Bereinigtes Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss (angepasst)	46,0	39,3
Leverage Ratio basierend auf dem Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss		
Gemäß IFRS	45	40
Gemäß Zielgrößendefinition	23	23

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

1 Prüferisch durchgesehen.

2 Geprüft.

3 Schätzung aufgrund der Annahme, dass sämtliche eigenen Verbindlichkeiten zum Fair Value bewertet wurden. Der kumulative Steuereffekt bezüglich der Gewinne (Verluste) aus sämtlichen zum Fair Value bewerteten eigenen Verbindlichkeiten belief sich zum 30. Juni 2010 auf minus 1,8 Mrd € und zum 31. Dezember 2009 auf minus 0,7 Mrd €.

AKTUALISIERUNG DES REGISTRIERUNGSFORMULARS

Die Angaben im Registrierungsformular der Deutschen Bank vom 7. Mai 2010 werden gemäß § 12 Absatz 3 Satz 1 WpPG im Hinblick auf erhebliche Veränderungen oder wesentliche neue Entwicklungen wie nachfolgend beschrieben aktualisiert.

Risikofaktoren

Die Angaben im Abschnitt „Risikofaktoren“ (siehe Registrierungsformular, S. 2 ff.) werden wie nachstehend beschrieben aktualisiert und ergänzt.

- Auf S. 8 ist nach dem letzten Absatz im Risikofaktor „Aufsichtsrechtliche Reformvorschläge infolge der Finanzkrise können das Geschäftsmodell und das Wettbewerbsumfeld der Deutschen Bank wesentlich beeinflussen“ folgender neuer Absatz einzufügen:

Zu den aufsichtsrechtlichen Reformen infolge der Finanzkrise zählt der *Dodd-Frank Act*, der im Juli 2010 in den Vereinigten Staaten in Kraft trat und zahlreiche Vorschriften beinhaltet, die für die Geschäftstätigkeit der Deutschen Bank relevant sind. Auch wenn im einzelnen noch nicht absehbar ist, auf welche Weise die Gesetzesänderungen regulatorisch umgesetzt werden, können viele Elemente des neuen Rechts zu Änderungen führen, die die Profitabilität der geschäftlichen Aktivitäten der Deutschen Bank beeinflussen, Anpassungen ihrer Geschäftspraktiken erfordern oder ihre Kosten (einschließlich der Compliance-Kosten) erhöhen. Die Implementierung notwendiger Änderungen kann zudem die Aufmerksamkeit und Ressourcen des Managements in erheblichem Maße binden.

Allgemeine Angaben

Abschlussprüfer

Die Angaben im Abschnitt „Abschlussprüfer“ (siehe Registrierungsformular, S. 12) werden wie folgt aktualisiert und ergänzt:

KPMG hat auch den verkürzten IFRS-Konzernzwischenabschluss der Deutsche Bank AG zum 30. Juni 2010 einer prüferischen Durchsicht unterzogen und mit einer Bescheinigung versehen. Die Bescheinigung der KPMG ist im Abschnitt „Finanzteil“ dieser Wertpapierbeschreibung wiedergegeben.

Einsehbare Dokumente

Die Angaben im Abschnitt „Einsehbare Dokumente“ (siehe Registrierungsformular, S. 12) werden wie folgt aktualisiert und ergänzt:

Für die Gültigkeitsdauer des Prospekts kann während der üblichen Geschäftszeiten bei der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Theodor-Heuss-Allee 70, 60486 Frankfurt am Main, auch der einer prüferischen Durchsicht unterzogene verkürzte IFRS-Konzernzwischenabschluss der Deutsche Bank AG für das am 30. Juni 2010 endende Halbjahr eingesehen werden. Dieses Dokument ist auch auf der Internetseite der Bank (www.deutsche-bank.de/ir) erhältlich.

Dividendenpolitik und Ergebnis je Aktie

Ergebnis je Aktie

Die Angaben im Abschnitt „Ergebnis je Aktie“ (siehe Registrierungsformular, S. 15) werden wie nachstehend beschrieben aktualisiert und ergänzt.

- Auf S. 15 sind der Text und die Tabelle unter der Überschrift „Ergebnis je Aktie“ zu ersetzen durch:

Die nachfolgende Übersicht stellt das Ergebnis je Aktie auf Konzernbasis (IFRS) für das zum 30. Juni 2010 endende Halbjahr (prüferisch durchgesehen) und die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 (geprüft) sowie die für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 ausgeschütteten Dividenden dar.

	1. Halbjahr zum 30. Juni		Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2010	2009	2009	2008	2007
Ergebnis je Aktie in €:					
Basic ⁽¹⁾	4,58	3,66	7,92	-7,61	13,65
Verwässert ⁽²⁾	4,35	3,53	7,59	-7,61	13,05
Dividende je Aktie in € :	-	-	0,75	0,50	4,50

1 Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im jeweiligen Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeteilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

2 Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Die in der Vergangenheit ausgeschütteten Dividenden sind kein geeigneter Maßstab, um auf künftige Dividendenzahlungen zu schließen.

Geschäftstätigkeit

Überblick

Die Angaben im Abschnitt „Überblick“ (siehe Registrierungsformular, S. 16) werden wie nachstehend beschrieben aktualisiert.

- Auf S. 16 ist der erste Absatz unmittelbar unterhalb der Überschrift „Überblick“ zu ersetzen durch:

Die Deutsche Bank, die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, ist mit einer Bilanzsumme von 1.926 Mrd € (Stand: 30. Juni 2010) nach eigener Ansicht die größte Bank Deutschlands und gehört nach ihrer Einschätzung zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum 30. Juni 2010 beschäftigte die Deutsche Bank 81.929 Mitarbeiter (gerechnet auf der Basis von Vollzeitkräften) und unterhielt in 72 Ländern 1.995 Niederlassungen (49 % davon in Deutschland).

Konzernbereiche

Die Angaben im Abschnitt „Konzernbereiche“ (siehe Registrierungsformular, S. 22 ff.) werden wie nachstehend beschrieben aktualisiert und ergänzt.

- Auf S. 25 ist der drittletzte Absatz (beginnend mit „Im Oktober 2009 gab ...“) zu ersetzen durch:

Im Oktober 2009 gab die Deutsche Bank die Unterzeichnung eines Rahmenvertrages mit den Eigentümern der Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A. bekannt, demzufolge die Deutsche Bank 100 % an der Sal. Oppenheim Gruppe und 94,9 % an der BHF Asset Servicing GmbH erwerben konnte. Gleichzeitig haben die bisherigen Gesellschafter die Option, sich langfristig mit bis zu 20 % an der in Köln ansässigen deutschen Privatbanktochter Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA zu beteiligen. Der Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe wurde Mitte März 2010 zu einem in bar entrichteten Kaufpreis von insgesamt rund 1,3 Mrd € abgeschlossen. Von dieser Summe entfielen rund 0,3 Mrd € auf die weiterveräußerte BHF Asset Servicing GmbH.

Grundbesitz, Sachanlagen

Die Angaben im Abschnitt „Grundbesitz, Sachanlagen“ (siehe Registrierungsformular, S. 31) werden wie nachstehend beschrieben aktualisiert.

- Im ersten Absatz unter der Überschrift „Grundbesitz, Sachanlagen“ ist der erste Satz wie folgt zu aktualisieren und zu ersetzen:

Die Deutsche Bank war per 30. Juni 2010 in 72 Ländern tätig und unterhielt weltweit 1.995 Niederlassungen, 49 % davon in Deutschland.

- Auf S. 31 sind im letzten Absatz des Abschnitts „Grundbesitz, Sachanlagen“ der erste und der zweite Satz wie folgt zu aktualisieren und zu ersetzen:

Zum 30. Juni 2010 hatte die Deutsche Bank Sachanlagen mit einem Bilanzwert von insgesamt 3,4 Mrd €. Dazu zählten eigengenutzte Immobilien mit einem Bilanzwert von 1,1 Mrd €.

Investitionen

Die Angaben im Abschnitt „Investitionen“ (siehe Registrierungsformular, S. 32 f.) werden wie nachstehend beschrieben aktualisiert.

- Auf S. 32 ist im vorletzten Absatz auf der Seite der letzte Satz (beginnend mit „Des weiteren investierte die Deutsche Bank im Jahr 2008 ...“) zu ersetzen durch:

Außerdem investierte die Deutsche Bank im Jahr 2008 im Zuge einer Kapitalerhöhung 3,9 Mrd RMB (ca. 0,4 Mrd €) in die chinesische Hua Xia Bank und erhöhte dadurch ihren Anteil von zuvor 9,9 % auf 13,7 %.

- Auf S. 32 ist der letzte Absatz auf der Seite und auf S. 33 sind die ersten beiden Absätze auf dieser Seite (unmittelbar oberhalb der Überschrift „Rechtsstreitigkeiten“) zu ersetzen durch:

Im bisherigen Verlauf des Jahres 2010 entfiel ein wesentlicher Teil der Investitionen auf den am 15. März 2010 abgeschlossenen Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe zu einem in bar entrichteten Kaufpreis von insgesamt rund 1,3 Mrd €. Von dieser Summe entfielen rund 0,3 Mrd € auf die weiterveräußerte BHF Asset Servicing GmbH. Am 1. April 2010 hat die Deutsche Bank AG den Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO zu einem Kaufpreis von 0,7 Mrd € abgeschlossen. Die wichtigsten laufenden Investitionen der Deutschen Bank betreffen die Investitionen in die derzeitige Modernisierung der Konzernzentrale der Deutschen Bank in Frankfurt am Main sowie die Aufstockung der Beteiligung an der Hua Xia Bank in China. Am 6. Mai 2010 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie eine verbindliche Vereinbarung über die Zeichnung neu emittierter Aktien der Hua Xia Bank zu einem Gesamtpreis von bis zu 5,7 Mrd RMB (entsprechend 684 Mio € zum 30. Juni 2010) unterzeichnet hat. Vorbehaltlich aufsichtsrechtlicher Genehmigungen wird sich die gegenwärtige Beteiligung der Deutschen Bank an der Hua Xia Bank durch die Transaktion auf 19,99 % des ausgegebenen Kapitals erhöhen. Die wichtigsten laufenden Investitionen betreffen damit sowohl das Ausland als auch das Inland. Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgt aus dem frei verfügbaren Mittelzufluss der Deutschen Bank.

Weitere Informationen zu den Investitionen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe und Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO sowie mit der Aufstockung der Beteiligung an der Hua Xia Bank sind im Abschnitt „Wesentliche Transaktionen“ der Anhangangaben zum Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 zu finden, der im „Finanzteil“ dieser Wertpapierbeschreibung abgedruckt ist.

Am 12. September 2010 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft beschlossen, ein freiwilliges öffentliches Bar-Übernahmeangebot an die Aktionäre der Postbank abzugeben. Ziel des Übernahmeangebots ist es, möglichst frühzeitig die Mehrheit der Stimmrechte an der Postbank zu erwerben und die Postbank-Gruppe zu konsolidieren, wenn möglich noch im Jahr 2010; siehe dazu „Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissionserlöses—Geplantes Übernahmeangebot an die Aktionäre der Deutsche Postbank AG“. Der Angebotspreis je Postbank-Aktie soll 25,00 € betragen. Die Gesellschaft erwartet, dass ihr aufgrund des Übernahmeangebots maximal 66.841.568 Postbank-Aktien angedient werden. Bei Zugrundelegung eines Angebotspreises von 25,00 € je Postbank-Aktie wird die zu zahlende Gegenleistung demnach im Höchstfall 1.671.039.200 € betragen. Die Gesellschaft beabsichtigt, die bei Vollzug des Übernahmeangebots zu erbringende Gegenleistung aus Guthaben der Gesellschaft bei der Deutschen Bundesbank zu begleichen.

Rechtsstreitigkeiten

Die Angaben im Abschnitt „Rechtsstreitigkeiten“ (siehe Registrierungsformular, S. 33 ff.) werden wie folgt aktualisiert:

- *Steuerbezogene Finanzprodukte (S. 33):* Zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung wurden weitere Verfahren beigelegt. Auf S. 33 sind daher die letzten vier Sätze im Unterabschnitt „Steuerbezogene Finanzprodukte“ durch die folgenden Sätze zu ersetzen:

Etwa 99 Verfahren wurden endgültig beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Etwa drei weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (Pre-trial Stages) einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (Discovery). Gegenüber der Deutschen Bank werden außergerichtlich eine Anzahl weiterer Ansprüche geltend gemacht; einige dieser Ansprüche wurden bereits beigelegt. Von diesen außergerichtlich geltend gemachten Ansprüchen sind noch vier ungeregelt.

- *Asset Backed Securities (S. 34 f.):* Im ersten Absatz auf S. 35 ist im dritten Satz der letzte Halbsatz (beginnend mit „und (6) eine von der Federal Home Loan Bank of San Francisco ...“) zu ersetzen durch:

und (6) eine von der Federal Home Loan Bank of San Francisco („FHLB SF“) beim United States District Court for the Northern District of California anhängige Klage bezüglich der Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch Tochtergesellschaften der Deutschen Bank, als Emittenten und Platzeure verschiedener von der FHLB SF erworbener Mortgage Pass-through Certificates.

- *Auction Rate Securities (S. 35): Zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung sind auf S. 35 der vierte und fünfte Satz im Unterabschnitt „Auction Rate Securities“ durch die folgenden Sätze zu ersetzen:*

Die Deutsche Bank AG, DBSI und/oder Deutsche Bank Alex. Brown, ein Geschäftsbereich der DBSI, sind auch Beklagte in 17 Einzelklagen, in denen im Zusammenhang mit dem Verkauf von ARS verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Einzelstaaten behauptet werden. Das als Sammelklage bezeichnete Verfahren und 13 der Einzelklagen sind noch rechtshängig, während sich vier der Einzelklagen durch rechtskräftige Abweisung erledigt haben.

- *Sebastian Holdings (S. 37 f.): Dieser Unterabschnitt ist wie folgt zu aktualisieren:*
 - *Auf S. 37 ist im letzten Absatz der dritte Satz (beginnend mit „Die Deutsche Bank AG hat ..“) zu ersetzen durch:*

Die Deutsche Bank AG hat in Großbritannien Klage gegen SHI erhoben, um die von SHI geschuldeten ca. 246 Mio US-\$ einzufordern, nachdem die Deutsche Bank AG zwei bestehende Rahmenverträge mit der SHI gekündigt hatte.

- *Auf S. 38 im ersten Absatz ist der fünfte Satz (beginnend mit „SHI hat Rechtsmittel ...“) zu ersetzen durch:*

Die von SHI eingelegten Rechtsmittel wurden vom Berufungsgericht (Court of Appeal) im August 2010 abgewiesen.

- *Auf S. 38 sind im ersten Absatz unmittelbar nach dem sechsten Satz (beginnend mit „In dem Verfahren in Großbritannien ...“) folgende Sätze einzufügen:*

Gegen diese Entscheidung hat die Deutsche Bank AG Rechtsmittel eingelegt. Ein mündlicher Termin ist für Ende November 2010 angesetzt.

- *Ocala (S. 38): Der vierte, fünfte und sechste Satz des Unterabschnitts „Ocala“ sind zu ersetzen durch:*

Die Deutsche Bank AG hat gegen die Bank of America zivilrechtliche Klagen vor dem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten für den Südlichen Bezirk von New York (United States District Court for the Southern District of New York) und dem Bezirksgericht der Vereinigten Staaten für den Südlichen Bezirk von Florida (United States District Court for the Southern District of Florida) wegen Vertragsverletzung, Treuepflichtverletzung, vertraglichen Schadensersatzansprüchen und Wandlung erhoben. Zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung ist im New Yorker Verfahren ein Klageabweisungsantrag anhängig.

- *Zivilrechtsstreit und Strafverfahren im Zusammenhang mit der Stadt Mailand (S. 38 f.): Zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung ist auf S. 39 der letzte Satz im zweiten Absatz von oben („Der Verfahrensbeginn ist für Mai 2010 angesetzt“) zu ersetzen durch:*

Das Verfahren hat begonnen und befindet sich in einem frühen Stadium.

Jüngste Entwicklung und Ausblick

Jüngste Entwicklung

Die Angaben im Abschnitt „Jüngste Entwicklung“ (siehe Registrierungsformular, S. 39 f.) werden zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung wie nachstehend beschrieben aktualisiert.

- *Auf S. 39 ist der gesamte Text unter der Überschrift „Jüngste Entwicklung“ und auf S. 40 ist der erste Absatz auf der Seite zu ersetzen durch:*

Die Deutsche Bank ist profitabel in das Geschäftsjahr 2010 gestartet. Zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung hat sich die Finanz- und Liquiditätslage der Deutschen Bank im Vergleich zum 30. Juni 2010 nicht wesentlich verändert.

Im Juli und August 2010 verzeichnete der Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) der Deutschen Bank den erwarteten saisonalen Rückgang der Erträge aus Sales & Trading-Produkten, der jedoch im Vergleich zum dritten Quartal 2009 wegen der anhaltenden Unsicherheit an den Kapitalmärkten deutlicher ausgeprägt war. Viele Investoren blieben vor dem Hintergrund einer unklaren Richtung der Märkte weiter verunsichert und zurückhaltend. Damit setzte sich der mit der Sorge um die Staatsfinanzen einiger Eurozonländer verknüpfte Trend seit Mitte des zweiten Quartals 2010 fort. Im Beratungs- und Emissionsgeschäft waren die Erträge im Geschäft mit Aktien und Schuldverschreibungen im Juli und August 2010 wie schon im zweiten Quartal 2010 deutlich rückläufig. Im September 2010 erholten sich die Erträge bis zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung und konnten die Ertragsrückgänge der Monate Juli und August teilweise kompensieren. Die zinsunabhängigen Aufwendungen in CB&S lagen über dem Niveau des dritten Quartals 2009, worin sich höhere Aufwendungen für Reorganisationsmaßnahmen, IT-Investitionen und andere strategische Initiativen widerspiegeln. Das Ergebnis vor Steuern von CB&S könnte daher im dritten Quartal 2010 deutlich hinter dem Wert des Vorjahresquartals zurückbleiben. Der Unternehmensbereich Asset and Wealth Management

verzeichnete im Juli und August 2010, vornehmlich wegen Belastungen im Zusammenhang mit der Reorganisation und dem Abbau von Risiken bei der Sal. Oppenheim Gruppe, ein niedrigeres Ergebnis als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. In den Unternehmensbereichen Global Transaction Banking und Private & Business Clients war der Gewinn vor Steuern im Juli und August 2010, trotz des erwarteten saisonalen Rückgangs in den Sommermonaten, höher als im entsprechenden Zeitraum in 2009. Diese Verbesserungen konnten die Rückgänge in den vorgenannten Unternehmensbereichen jedoch nicht ausgleichen.

Am 12. September 2010 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft beschlossen, ein freiwilliges öffentliches Bar-Übernahmeangebot an die Aktionäre der Postbank abzugeben. Ziel des Übernahmeangebots ist es, möglichst frühzeitig die Mehrheit der Stimmrechte an der Postbank zu erwerben und die Postbank zu konsolidieren, wenn möglich noch im Jahr 2010. Nähere Informationen dazu sind in dieser Wertpapierbeschreibung unter „Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissionserlöses—Geplantes Übernahmeangebot an die Aktionäre der Deutsche Postbank AG“ enthalten. Infolge der durch die Veröffentlichung des Übernahmeangebots dokumentierten Absicht der Konsolidierung der Postbank-Gruppe wird die Deutsche Bank verpflichtet sein, den Nutzungswert der bestehenden Beteiligung an der Postbank sowie der Pflichtumtauschleihe bereits vor dem Zeitpunkt der Erstkonsolidierung auf Basis ihres beizulegenden Zeitwertes (Fair Value) neu zu bestimmen. Sofern die Kapitalerhöhung der Deutschen Bank plangemäß durchgeführt wird und das Übernahmeangebot wie von der Gesellschaft erwartet Anfang Oktober 2010 abgegeben wird, wird die Deutsche Bank daher bereits im dritten Quartal 2010 insofern eine Wertminderung in wesentlicher Höhe verbuchen müssen. Basierend auf Buchwerten zum 30. Juni 2010 und eines unterstellten Fair Value der Postbank-Aktien zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung von 25 € je Aktie würde sich im dritten Quartal 2010 daraus eine Belastung für den Konzerngewinn nach Steuern (und somit für die Gewinnrücklagen und das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital) der Deutschen Bank in Höhe von voraussichtlich ca. 2,3 Mrd € ergeben.

Entsprechend ihren früheren Erwartungen und den beschriebenen schlechteren Marktbedingungen während der Sommermonate erwartet die Deutsche Bank für das dritte Quartal 2010 vor Berücksichtigung des vorgenannten Effektes aus der Neubewertung einen deutlich niedrigeren Gewinn nach Steuern als im Vergleichsquarter 2009. Unter Einbezug dieses Effektes erwartet die Deutsche Bank für das dritte Quartal 2010 einen Verlust nach Steuern.

Die Deutsche Bank schloss am 15. März 2010 den Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe und am 1. April 2010 den Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO ab. Am 6. Mai 2010 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie eine verbindliche Vereinbarung über die Zeichnung neu emittierter Aktien der Hua Xia Bank unterzeichnet hat, wodurch sich vorbehaltlich aufsichtsrechtlicher Genehmigungen die Beteiligung der Deutschen Bank an der Hua Xia Bank auf 19,99 % des ausgegebenen Kapitals erhöhen wird. Weitere Informationen zum Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe und von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO sowie zur Aufstockung der Beteiligung an der Hua Xia Bank sind im Abschnitt „Wesentliche Transaktionen“ der Anhangangaben zum Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 zu finden, der im „Finanzteil“ dieser Wertpapierbeschreibung abgedruckt ist.

Wirtschaftliches Umfeld

Die Finanzmärkte erlebten im zweiten Quartal 2010 eine Phase höherer Volatilität infolge sich verstärkender Sorgen um die Staatsfinanzen einiger Staaten des Euroraums. Diese Entwicklung führte zur Ankündigung eines umfangreichen Unterstützungspakets der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds. Obwohl diese Maßnahmen halfen, die Rahmenbedingungen in den wichtigsten Märkten zu stabilisieren, ließ die Unsicherheit noch nicht vollständig nach. Eine sich verstärkende Risikoaversion führte zu einer Abkehr von Aktienprodukten und zu einer Ausweitung der Kreditrisikoaufschläge („Credit Spreads“), während die Preise für Gold und Benchmarkstaatsanleihen aufgrund der Nachfrage nach sicheren Anlageformen stark anstiegen. Die Aktivität an den Finanzmärkten nahm in einigen Bereichen deutlich ab, am stärksten bei der weltweiten Emission von Schuldtiteln. In Europa führten Bedenken hinsichtlich des Engagements der Banken bei staatlichen Kreditnehmern zu einem deutlichen Anstieg der Interbanksätze auf das höchste Niveau seit Herbst letzten Jahres (jedoch weiterhin erheblich unterhalb der Spitzenwerte seit Beginn der weltweiten Finanzkrise). Die Europäische Zentralbank reagierte auf steigende Spannungen an den Finanzmärkten mit Interventionen in ausgewählten Märkten für Staatsanleihen des Euroraums.

Die Reform der Bankenregulierung stellt nach Auffassung der Deutschen Bank einen weiteren Unsicherheitsfaktor dar. Hier besteht die Sorge, dass die Reformen sich auf den Kapitalbedarf, die Profitabilität und letztlich die Kreditvergabe Kapazität des Finanzsektors signifikant auswirken könnten.

Trotz der sich abzeichnenden Entwicklung an den Finanzmärkten und einiger Anzeichen nachlassender Wachstumsdynamik setzte sich die weltwirtschaftliche Erholung im zweiten Quartal 2010 weiter fort. Dabei fiel die Erholung in den Vereinigten Staaten und den Schwellenländern weiterhin stärker aus als im Euroraum, dessen Wirtschaftswachstum durch die Staatsschuldenkrise belastet wurde. Die deutsche Wirtschaft hingegen profitierte von einer starken zyklischen Erholung des Exportwachstums, die von einem Aufschwung in

schnell wachsenden Regionen der Welt, wie zum Beispiel Asien, unterstützt wurde. Die Wirtschaftsindikatoren weisen auf ein beschleunigtes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts („BIP“) in Deutschland im zweiten Quartal 2010 hin, wobei sich der Arbeitsmarkt mit einer Arbeitslosenquote nahe des niedrigen Werts vor Ausbruch der Finanzkrise als robust erwies.

EU-Stresstest 2010

Die Deutsche Bank unterlag dem EU-weiten Stresstest 2010, der vom Europäischen Ausschuss der Bankenaufsichtsbehörden (Committee of European Banking Supervisors – CEBS) in Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank (EZB), den nationalen Aufsichtsbehörden und der Europäischen Kommission koordiniert wurde. Ziel des EU-weiten Stresstests 2010 war es, die Widerstandsfähigkeit des europäischen Bankensektors zu untersuchen und festzustellen, ob die Banken in der Lage wären, das Eintreten weiterer Kredit- und Marktrisiken – einschließlich der Auswirkungen eines Risikoprämienanstiegs bei europäischen Staatsanleihen – zu bewältigen.

Dieser Stresstest wurde bei 91 Kreditinstituten aus 20 EU-Mitgliedstaaten auf Einzelinstitutsebene durchgeführt, die gemessen an der Bilanzsumme mindestens 50 % des Bankensektors in jedem der 27 Mitgliedstaaten repräsentieren. Den Stresstests lagen gemeinsam festgelegte makro-ökonomische Szenarien (Benchmark-Szenario und Stress-Szenario) für die Jahre 2010 und 2011 zu Grunde, die von CEBS in Zusammenarbeit mit der EZB und der Europäischen Kommission entwickelt wurden.

In den EU-Stress-Szenarien wurde unter anderem für die Jahre 2010 und 2011 eine Abkühlung der Konjunktur für die Eurozone um insgesamt 3,0 Prozentpunkte und für Deutschland um 3,3 Prozentpunkte unterstellt (gemessen als Abweichung zum Benchmark-Szenario). Die Stress-Szenarien unterstellten dabei für die Eurozone insgesamt in beiden Jahren und für Deutschland im Jahr 2011 negative Wachstumsraten. Im ersten Stress-Szenario wurde darüber hinaus ein merklicher Anstieg der Zinsstrukturkurve bei gleichzeitiger Verflachung über die Laufzeiten angenommen. Für Verbriefungen wurde eine deutliche Verschlechterung von vier Kreditqualitätsstufen, kumuliert über zwei Jahre, simuliert. In einem ergänzenden Stress-Szenario wurde zusätzlich ein Anstieg der Risikoprämien für europäische Staatsanleihen unterstellt. Der Test galt als bestanden, wenn die Kernkapitalquote eines Instituts auch im strengsten Stress-Szenario nicht unter 6 % fiel. Die festgelegte regulatorische Mindestkapitalanforderung liegt demgegenüber bei 4 %.

Ausweislich des von der Bank am 23. Juli 2010 veröffentlichten Resultats des EU-Stresstests würde sich als Ergebnis des im ersten Stress-Szenario angenommenen Schocks die geschätzte konsolidierte Kernkapitalquote der Deutschen Bank auf 10,3 % zum 31. Dezember 2011 verändern – gegenüber 12,6 % zum 31. Dezember 2009. Ein im ergänzenden Stress-Szenario zusätzlich simulierter Risikoprämienanstieg bei Staatsanleihen würde sich um weitere 0,6 Prozentpunkte auf die geschätzte Kernkapitalquote der Deutschen Bank auswirken, die sich damit zum 31. Dezember 2011 auf 9,7 % belaufen würde.

Die nachstehende Tabelle gibt die dem ergänzenden Stress-Szenario zugrunde gelegten Engagements der Deutschen Bank bei europäischen Staatsanleihen (Engagements gegenüber Zentral- und Regionalregierungen, Gebietskörperschaften, öffentlichen Unternehmen sowie bestimmten internationalen Organisationen und multilateralen Entwicklungsbanken) zum 31. März 2010 wieder.

31.3.2010

in Mio €	Brutto-Engagements			Netto-Engagements (ungeprüft)
	Insgesamt	davon im Bankbuch (ungeprüft)	davon im Handelsbuch	
Österreich	1.123	51	1.072	437
Belgien	783	47	737	2
Bulgarien	25	0	25	21
Zypern	0	0	0	0
Tschechische Republik	444	47	398	293
Dänemark	241	0	241	86
Estland	0	0	0	-8
Finnland	1.080	0	1.080	720
Frankreich	3.562	926	2.636	1.353
Deutschland	20.320	14.066	6.254	15.732
Griechenland	1.682	150	1.531	1.092
Ungarn	448	7	441	73
Island	0	0	0	-35
Irland	309	75	235	-69
Italien	10.399	618	9.782	8.142
Lettland	117	0	117	76
Liechtenstein	0	0	0	0
Litauen	16	0	16	7
Luxemburg	2.440	137	2.304	1.114
Malta	0	0	0	0
Niederlande	2.370	74	2.296	85
Norwegen	2	0	2	2
Polen	1.155	439	716	990
Portugal	463	64	399	-81
Rumänien	107	17	90	-108
Slowakei	65	21	44	56
Slowenien	9	0	9	-47
Spanien	1.949	928	1.021	1.009
Schweden	62	26	36	-56
Vereinigtes Königreich	4.851	1.425	3.427	1.990

Quelle: Deutsche Bank

Die Ergebnisse des EU-Stresstests sollten nicht als repräsentativ für die derzeitige Situation oder als Indikator eines möglichen derzeitigen oder zukünftigen Kapitalbedarfs der Deutschen Bank angesehen werden. Stress-tests liefern keine Prognose für erwartete Ergebnisse, da die adversen Szenarien lediglich bestimmte Annahmen beinhalten. Andere Stress-Annahmen können, in Abhängigkeit von den Verhältnissen eines Finanzinstituts, zu anderen Ergebnissen führen.

Dodd-Frank-Finanzmarktreform in den Vereinigten Staaten

Am 21. Juli 2010 trat in den Vereinigten Staaten der *Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act* („*Dodd-Frank Act*“) in Kraft, der umfassende Rahmenvorschriften für bedeutende regulatorische Reformen in nahezu allen Bereichen des US-amerikanischen Finanzmarktrechts setzt.

So wird unter anderem das *Federal Reserve Board* fünf Jahre nach Inkrafttreten des *Dodd-Frank Act* Mindestkapitalanforderungen an US-amerikanische Bankzwischenholdinggesellschaften stellen, die Tochtergesellschaft einer nicht US-amerikanischen Bank sind (dies betrifft zum Beispiel die Taunus Corporation). Die genauen Anforderungen, die sich für die Taunus Corporation ergeben werden, sind derzeit noch nicht absehbar; es ist allerdings zu erwarten, dass das *Federal Reserve Board* eine risikobasierte Tier-1-Kapitalquote von mindestens 4% und eine risikobasierte Eigenmittelquote von mindestens 8% (berechnet nach den durch die Vereinigten Staaten umgesetzten Basel-I-Standards) verlangen wird. Sofern die Bank ihre durch die Taunus Corporation vermittelten Beteiligungen nicht umstrukturiert, bevor die Mindestkapitalanforderungen auf die Taunus Corporation Anwendung finden, müsste die Taunus Corporation ihr Kapital in erheblichem Umfang erhöhen. Zudem ermächtigt der *Dodd-Frank Act* Aufsichtsbehörden, insbesondere solche Finanzinstitute, die ein erhebliches systemisches Risiko darstellen, strengeren Kapitalanforderungen, Verschuldungsgrenzen,

Liquiditätsanforderungen und verschärften aufsichtsrechtliche Standards zu unterwerfen. Bei Einführung solcher verschärften aufsichtsrechtlichen Standards für nicht US-amerikanische Banken (wie die Deutsche Bank) ist das *Federal Reserve Board* verpflichtet, den Grundsatz der Ausländergleichbehandlung und die Chancengleichheit im Wettbewerb sowie den Umfang der Beaufsichtigung einer Bank durch die Aufsichtsbehörde ihres Heimatlandes zu berücksichtigen.

Der *Dodd-Frank Act* beschränkt zudem die Möglichkeit von Banken, als Sponsor für Private-Equity- oder Hedge-Fonds zu handeln oder in solche Fonds zu investieren (etwa durch Einführung einer Investitionsgesamtobergrenze in Höhe von 3 % des Tier-1-Kapitals) sowie bestimmte Formen des Eigenhandels zu betreiben, die nicht im Zusammenhang mit Dienstleistungen für Kunden stehen. Ausgenommen sind Aktivitäten ausschließlich außerhalb der Vereinigten Staaten. Darüber hinaus führt der *Dodd-Frank Act* zu geänderten Rahmenbedingungen für die Bemessung der Beiträge, die FDIC-gesicherte Institute an den Einlagensicherungsfonds der FDIC leisten müssen, vor allem da die Höhe dieser Beiträge künftig nicht mehr an die Summe der US-inländischen Einlagen, sondern an die Bilanzsumme des gesicherten Instituts abzüglich seines um immaterielle Vermögenswerte bereinigten Eigenkapitals anknüpft. Aufgrund dessen ist zu erwarten, dass große Banken (wie die Deutsche Bank Trust Company Americas, eine US-amerikanische Tochtergesellschaft der Bank) künftig einen höheren Anteil der Gesamtbeiträge zur Einlagensicherung tragen müssen. Weiterhin setzt der *Dodd-Frank Act* einen umfassenden Rahmen für die Regulierung von nicht börsengehandelten (OTC) Derivaten und sieht eine schärfere Regulierung von Hedge-Fonds, Private-Equity-Fonds und Ratingagenturen vor. Der *Dodd-Frank Act* wird durch konkretisierende Rechtsvorschriften umgesetzt, die in den nächsten Jahren durch verschiedene Aufsichtsbehörden erlassen werden sollen und zu Kostensteigerungen führen oder die Geschäftstätigkeit der Deutschen Bank in ihrer gegenwärtigen Form beschränken können, auch wenn derzeit die Einzelheiten, Auswirkungen und zeitlichen Aspekte noch ungewiss sind.

Überarbeitung der EU-Richtlinien über Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssysteme

Am 12. Juli 2010 hat die Europäische Kommission einen Gesetzgebungsvorschlag für eine Überarbeitung der Richtlinien über Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssysteme verabschiedet. Ziel der Überarbeitung ist unter anderem eine Verbesserung der Finanzierung dieser Systeme, eine Ausweitung der geschützten Einlagen und eine schnellere Auszahlung im Sicherungsfall. Nach diesem Vorschlag sollen Einlagensicherungssysteme 1,5% der von ihnen geschützten Einlagensumme und Anlegerentschädigungssysteme 0,5 % des Werts der von Wertpapierfirmen und Investmentfonds gehaltenen, verwahrten oder verwalteten Gelder und Finanzinstrumente, die von dem System gedeckt werden, nach einer Übergangszeit von zehn Jahren abrufbereit vorhalten. Die Europäische Kommission strebt an, dass die meisten der Maßnahmen bis 2012 oder 2013 wirksam werden. Die Maßnahmen würden die Kosten für die Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungssysteme in erheblichem Umfang erhöhen.

Regierungsentwurf eines Restrukturierungsgesetzes für Banken

Am 25. August 2010 hat die Bundesregierung den Entwurf eines Restrukturierungsgesetzes für Banken beschlossen, das zum 31. Dezember 2010 in Kraft treten soll. Der Entwurf sieht unter anderem ein besonderes Sanierungs- und Reorganisationsverfahren für Banken sowie erweiterte aufsichtsrechtliche Instrumente zur Stabilisierung von Banken vor. Hierzu zählt unter anderem die Übertragung von Vermögen einer systemrelevanten Bank auf eine private Bank oder eine staatliche „Brückenbank“.

Zur Finanzierung von Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen bei systemrelevanten Banken sieht der Entwurf die Einrichtung eines staatlichen Restrukturierungsfonds vor. Dieser Restrukturierungsfonds soll durch jährliche, steuerlich nicht abzugsfähige Beiträge der Banken finanziert werden, die voraussichtlich erstmals im Jahr 2011 erhoben werden. Die Höhe dieser Beiträge soll nach Systemrelevanz der beitragspflichtigen Banken gestaffelt werden und an die Bilanzsumme (abzüglich des haftenden Eigenkapitals und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden) sowie an das Nominalvolumen der außerbilanziellen Derivate (als Maßstab der Vernetzung im Finanzmarkt) einer Bank anknüpfen.

Zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung ist noch ungewiss, ob, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt das Restrukturierungsgesetz in Kraft treten wird. Derzeit planen auch andere Staaten, insbesondere das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten und Frankreich die Einführung von Bankabgaben. Dabei ist noch offen, ob und in welchem Umfang Zweigniederlassungen im Ausland einer doppelten Abgabenbelastung unterliegen. Sollten die vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt werden, wird dies zu negativen Auswirkungen auf die Ertragslage der Deutschen Bank führen und/oder könnte dies nachteiligen Einfluss auf das zukünftige operative Geschäftsmodell der Deutschen Bank haben.

Ausblick

Die Angaben im Abschnitt „Ausblick“ (siehe Registrierungsformular, S. 40 ff.) werden zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung wie folgt aktualisiert und ergänzt:

Der folgende Abschnitt sollte in Verbindung mit den Abschnitten „*Geschäftstätigkeit—Jüngste Entwicklung und Ausblick—Ausblick*“ und „*Risikomanagement*“ im Registrierungsformular gelesen werden.

Die Erholung der Weltwirtschaft hat sich seit Jahresbeginn 2010 fortgesetzt. Das globale BIP dürfte nach Einschätzung der Deutschen Bank im Jahr 2010 um 4,5 % wachsen. Insbesondere die Schwellenländer in Asien und Lateinamerika profitieren vom Wiedererstarken des Welthandels und von einer robusten Inlandsnachfrage. In Asien dürfte nach Einschätzung der Deutschen Bank das Wachstum im Jahr 2010 rund 8,5 % betragen, wobei China voraussichtlich um fast 10 % zulegen könnte. Für die USA ist trotz zuletzt etwas enttäuschender Arbeitsmarktzahlen ein Zuwachs des BIP von rund 3,5 % zu erwarten. In der Eurozone dürften fiskalische Konsolidierungsanstrengungen das Wachstum auf 1 % im laufenden Jahr 2010 begrenzen, wobei Deutschland mit etwa 3,5 % das stärkste Wachstum verzeichnen sollte. Konjunkturelle Risiken gehen nach Ansicht der Deutschen Bank weiterhin besonders von den USA aus, die unter einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit leiden. Allerdings dürften die Sorgen über ein erneutes Abgleiten der Industrieländer in eine Rezession zurückgehen. Auch in China könnten schwächere Umfragen unter Einkaufsmanagern auf eine weniger dynamische Entwicklung der Konjunktur hindeuten. In Europa können Rückschläge, die das Vertrauen in die Staatsfinanzen untergraben, nicht ausgeschlossen werden, obwohl das Stabilisierungsprogramm umgesetzt wurde, fiskalische Sparanstrengungen erste Ergebnisse zeigen und die jüngsten Emissionen von Staatspapieren erfolgreich verliefen.

Der Ausblick für die Bankenbranche wird von einer Reihe von Faktoren maßgeblich beeinflusst, insbesondere von anhaltenden Sorgen um die Staatsfinanzen einer Reihe von Industrieländern sowie von einer möglichen Abschwächung des Wachstums in wichtigen Volkswirtschaften Europas und Amerikas. Die Reform der Bankenregulierung stellt eine weitere Unsicherheitsquelle dar. Hier gibt es Befürchtungen, dass die Reformen erhebliche Auswirkungen auf den Kapitalbedarf, die Profitabilität und letztlich die Kreditvergabekapazität des Finanzsektors haben könnten. Im regulatorischen Rahmenwerk von Basel III werden derzeit die spezifischen Vorschläge im Detail ausgearbeitet. Die endgültige Ausgestaltung wird dabei stark von den Ergebnissen künftiger Auswirkungsstudien abhängen. Über eventuelle weitere Belastungen der Finanzindustrie durch Bankenabgaben dürfte ebenfalls bis Jahresende entschieden werden.

Einen positiven Effekt, unter anderem auf die zuletzt angespanntere Refinanzierungssituation der Banken, könnten dagegen die vom Markt positiv aufgenommenen Stresstestergebnisse für eine große Zahl europäischer Institute haben. Günstig für die Branche dürfte sich auch die anhaltende Verbesserung der Kreditqualität in vielen Ländern und Marktsegmenten auswirken, die die operative Profitabilität stützen sollte. Dementsprechend sind nach Einschätzung der Deutschen Bank zunächst weitere Verbesserungen vor allem im Privat-, aber auch im Firmenkundengeschäft zu erwarten, während die Kapitalmarktaktivitäten der Banken größeren Schwankungen als in den letzten zwölf Monaten ausgesetzt sein dürften.

Der Ausblick für den Deutsche Bank-Konzern wird weiterhin von den Trends und Einflussfaktoren geprägt, die im Abschnitt „*Geschäftstätigkeit—Jüngste Entwicklung und Ausblick—Ausblick*“ im Registrierungsformular beschrieben sind, insbesondere von den Unsicherheiten in Bezug auf Veränderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen. Die Deutsche Bank hat bereits proaktiv Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkungen der kürzlich verabschiedeten Dodd-Frank-Finanzmarktreform in den USA abzumildern, darunter auch die Begrenzung des Eigenhandels. Allerdings könnten Vorschriften wie beispielsweise zu außerbörslich gehandelten Derivaten, zum Clearing über einen zentralen Kontrahenten und zu außerbörslichen Swaps im Handel mit Kreditausfallversicherungen die Erträge und Kapitalanforderungen der Deutschen Bank negativ beeinflussen. Die Deutsche Bank wird die zusätzlichen Kapitalanforderungen, die aus potenziellen Bankenabgaben, der Dodd-Frank-Finanzmarktreform, den möglichen Auswirkungen von Basel III sowie aus anderen regulatorischen Initiativen entstehen könnten, weiterhin aufmerksam verfolgen. Sie beabsichtigt, sich an den Diskussionen mit den Aufsichtsbehörden konstruktiv zu beteiligen und sich insbesondere für international abgestimmte Regeln zur Bankenaufsicht einzusetzen.

In Phase 4 ihrer Managementagenda hat die Deutsche Bank ein Ergebnispotenzial vor Steuern aus ihren Kerngeschäftsfeldern (ohne Berücksichtigung von Corporate Investments und Consolidations & Adjustments) von 10 Mrd € identifiziert. Während einige der Faktoren in Bezug auf das Wettbewerbsumfeld mit den Annahmen der Deutschen Bank übereinstimmen oder diese übertroffen haben, haben andere das erwartete Niveau nicht erreicht, insbesondere hinsichtlich der Normalisierung des Zinsniveaus. Die beabsichtigte Übernahme der Postbank stellt aus derzeitiger Sicht der Gesellschaft das genannte Ergebnispotenzial nicht in Frage. Das Programm der Deutschen Bank zur Komplexitätsreduktion ist nach eigener Einschätzung auf gutem Weg, ab dem Jahresende 2011 die angestrebte jährliche Effizienzsteigerung von 1 Mrd € zu erreichen. Effizienzsteigerungen von rund 700 Mio € sind bereits identifiziert.

Die beabsichtigte Konsolidierung der Postbank-Gruppe infolge des geplanten Übernahmeangebots bietet der Deutschen Bank darüber hinaus nach eigener Ansicht erhebliche Synergiepotenziale und Wachstumschancen; siehe „*Gründe für das Angebot und Verwendung des Emissionserlöses*“.

Die Deutsche Bank ist nach eigener Ansicht auf die vielfältigen Herausforderungen – und Chancen – gut vorbereitet. Sie beabsichtigt, konsequent an der Umsetzung ihrer kundenfokussierten Strategie festzuhalten,

die durch Risikodisziplin, Kapitaleffizienz und Ertragsdiversifikation gekennzeichnet und auf nachhaltige Wertschöpfung für ihre Aktionäre ausgerichtet ist.

Ausgewählte Unternehmens- und Finanzdaten

Die Angaben im Abschnitt „Ausgewählte Unternehmens- und Finanzdaten“ (siehe Registrierungsformular, S. 44 – 48) werden zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung wie folgt aktualisiert und ersetzt:

Die nachfolgenden Tabellen fassen ausgewählte Unternehmens- und Finanzdaten des Deutsche Bank-Konzerns für die zum 30. Juni 2010 bzw. 30. Juni 2009 endenden Halbjahre sowie die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 zusammen.

Die Daten der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung und der Konzern-Kapitalflussrechnung für das zum 30. Juni 2010 endende Halbjahr (und die Vergleichszahlen für die Vorjahresperiode) sowie die Daten der Konzernbilanz zum 30. Juni 2010 wurden dem nach IFRS erstellten, verkürzten Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank für das zum 30. Juni endende Halbjahr (mit Vergleichszahlen für das erste Halbjahr 2009) entnommen. Die Daten der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung und der Konzern-Kapitalflussrechnung für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 sowie die Daten der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2009 und 2008 wurden den nach IFRS erstellten Konzernabschlüssen der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 (mit Vergleichszahlen für die Vorjahre) entnommen. Die Daten der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2007 wurden dem nach IFRS erstellten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 (mit Vergleichszahlen für das Vorjahr) entnommen. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss für das erste Halbjahr 2010 wurde von KPMG einer prüferischen Durchsicht unterzogen und mit einer Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht versehen. Die Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 wurden von KPMG geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Angaben zu den Eigenmitteln und den Kapitalquoten beruhen für das zum 30. Juni 2010 endende Halbjahr auf den Anhangangaben zum vorgenannten verkürzten Konzernzwischenabschluss sowie für die Jahre 2009, 2008 und 2007 auf den Erläuterungen (Notes) zu den vorgenannten geprüften Konzernabschlüssen, soweit nicht anders angegeben.

Die nachfolgenden Tabellen sollten in Verbindung mit dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der Gesellschaft für das erste Halbjahr 2010 sowie den Konzernabschlüssen für die Geschäftsjahre 2009, 2008 und 2007 gelesen werden. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss für das erste Halbjahr 2010 ist im „Finanzteil“ dieser Wertpapierbeschreibung abgedruckt. Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2009 ist im „Finanzteil“ des Registrierungsformulars abgedruckt. Die Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2008 und 2007 sind in Form eines Verweises in das Registrierungsformular einbezogen, siehe den Abschnitt „Einbeziehung von Angaben in Form eines Verweises“ im Registrierungsformular.

Daten der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio € (außer Angaben je Aktie)	1. Halbjahr zum 30. Juni		Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2010	2009	2009	2008	2007
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(geprüft)</i>		
Zinsen und ähnliche Erträge	14.698	16.030	26.953	54.549	64.675
Zinsaufwendungen	7.052	9.423	14.494	42.096	55.826
Zinsüberschuss	7.646	6.607	12.459	12.453	8.849
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	506	1.526	2.630	1.076	612
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft . .	7.140	5.081	9.829	11.377	8.237
Provisionsüberschuss	5.048	4.424	8.911	9.741	12.282
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	2.690	4.875	7.109	-9.992	7.175
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	19	-495	-403	666	793
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	265	18	59	46	353
Sonstige Erträge	486	-248	-183	699	1.377
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	8.508	8.574	15.493	1.160	21.980
Personalaufwand	6.612	6.115	11.310	9.606	13.122
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	4.550	4.188	8.402	8.339	8.038
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	140	64	542	-252	193
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	29	157	-134	585	128
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-13
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	11.331	10.524	20.120	18.278	21.468
Ergebnis vor Steuern	4.317	3.131	5.202	-5.741	8.749
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	1.374	876	244	-1.845	2.239
Periodenüberschuss/-fehlbetrag (-)	2.943	2.255	4.958	-3.896	6.510
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis ⁽¹⁾	21	-22	-15	-61	36
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	2.922	2.277	4.973	-3.835	6.474
Ergebnis je Aktie (basic) (in €) ⁽²⁾	4,58	3,66	7,92	-7,61	13,65
Ergebnis je Aktie (verwässert) (in €) ⁽²⁾	4,35	3,53	7,59	-7,61	13,05

- 1 Diese Position wurde bis 31. Dezember 2009 als „Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis“ ausgewiesen.
- 2 Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtszeitraum ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeteilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen. Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Daten der Konzernbilanz

in Mio €	30. Juni	31. Dezember		
	2010	2009	2008	2007
	(prüferisch durchgesehen)		(geprüft)	
Aktiva:				
Barreserve	13.437	9.346	9.826	8.632
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	66.410	47.233	64.739	21.615
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	12.781	6.820	9.267	13.597
Forderungen aus Wertpapierleihen.	46.008	43.509	35.022	55.961
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.241.413	965.320	1.623.811	1.378.011
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	27.558	18.819	24.835	42.294
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	8.192	7.788	2.242	3.366
Forderungen aus dem Kreditgeschäft.	288.141	258.105	269.281	198.892
Sachanlagen.	3.356	2.777	3.712	2.409
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	12.531	10.169	9.877	9.383
Sonstige Aktiva	195.410	121.538	137.829	183.638
Ertragsteuerforderungen	10.418	9.240	11.982	7.205
Summe der Aktiva	1.925.655	1.500.664	2.202.423	1.925.003
Passiva:				
Einlagen	411.985	344.220	395.553	457.946
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	35.336	45.495	87.117	178.741
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen.	5.879	5.564	3.216	9.565
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	991.163	722.274	1.333.765	870.085
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	55.654	42.897	39.115	53.410
Sonstige Passiva	217.854	154.281	160.598	171.444
Rückstellungen.	1.648	1.307	1.418	1.295
Ertragsteuerverbindlichkeiten.	4.778	4.298	6.138	6.601
Langfristige Verbindlichkeiten	147.184	131.782	133.856	126.703
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	11.603	10.577	9.729	6.345
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	4	3.553
Summe der Verbindlichkeiten	1.883.084	1.462.695	2.170.509	1.885.688
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €.	1.589	1.589	1.461	1.358
Kapitalrücklage	14.917	14.830	14.961	15.808
Gewinnrücklagen	26.373	24.056	20.074	26.051
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	–136	–48	–939	–2.819
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	–3	–3.552
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern.	–1.205	–3.780	–4.851	1.047
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	41.538	36.647	30.703	37.893
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ⁽¹⁾	1.033	1.322	1.211	1.422
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	42.571	37.969	31.914	39.315
Summe der Passiva	1.925.655	1.500.664	2.202.423	1.925.003

1 Diese Position wurde bis 31. Dezember 2009 als „Minderheitsanteile“ ausgewiesen.

Daten der Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	1. Halbjahr zum 30. Juni		Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2010	2009	2009	2008	2007
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(geprüft)</i>		
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	2.943	2.255	4.958	-3.896	6.510
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	4.323	4.894	8.229	-3.083	5.657
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	18.646	-23.254	-13.786	37.117	16.790
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	109	-730	401	-769	-4.388
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.202	-1.614	-1.020	3.220	-3.369
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.695	1.411	690	-402	-289
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	70.797	41.077	51.549	65.264	26.098

Eigenmittel und Kapitalquoten des Konzerns

	1. Halbjahr zum 30. Juni		Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2010	2009	2009	2008	2007
	<i>(ungeprüft)</i>		<i>(ungeprüft)</i>		
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	14,9%	13,7%	14,6%	-11,1%	17,9%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	22,0%	19,0%	15,3%	-16,5%	24,1%
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁽¹⁾	22,1%	18,6%	15,1%	-17,7%	29,0%
Aufwand-Ertrag-Relation ⁽²⁾	70,1%	69,3%	72,0%	134,3%	69,6%

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010, Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

- 1 Aus Gründen der Vergleichbarkeit berechnet die Deutsche Bank eine bereinigte Kennziffer für ihre Eigenkapitalrendite. Diese bereinigte Kennziffer bezeichnet die Deutsche Bank als „Eigenkapitalrendite vor Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity“. Es handelt sich dabei nicht um eine IFRS-basierte Kennziffer. Bei einem Vergleich sollten daher die Unterschiede bei der Berechnung dieser Quoten berücksichtigt werden. Die Positionen, um die die Deutsche Bank das durchschnittliche Eigenkapital (1. Halbjahr 2010: 39.121 Mio €; 2009: 34.016 Mio €; 2008: 34.442 Mio €; 2007: 36.134 Mio €) bereinigt, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren und die durchschnittliche Fair Value-Anpassung von Cash Flow Hedges, beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern (1. Halbjahr 2010: 151 Mio €; 2009: 884 Mio €; 2008: minus 619 Mio €; 2007: minus 3.841 Mio €) sowie die durchschnittliche jährliche Dividendenabgrenzung, die unterjährig abgegrenzt und im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung gezahlt wird (1. Halbjahr 2010: minus 449 Mio €; 2009: minus 287 Mio €; 2008: minus 1.743 Mio €; 2007: minus 2.200 Mio €).
- 2 Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

	30. Juni	31. Dezember		
	2010	2009	2008	2007
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>	<i>(geprüft)</i>		
Bilanzsumme (in Mrd €)	1.926	1.501	2.202	1.925
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital (in Mrd €)	41,5	36,6	30,7	37,9
Tier-1 Kapitalquote ⁽¹⁾	11,3%	12,6%	10,1%	8,6%

- 1 Die für 2010, 2009 und 2008 gezeigten Tier-1-Kapitalquoten basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss in 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel II), der im deutschen Kreditwesengesetz (KWVG) und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Sie enthalten keine Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWVG. Die Quote für 2007 basiert auf dem Basel I-Standard.

Informationen zur Aktie der Gesellschaft

in € je Aktie	1. Halbjahr zum 30. Juni		Geschäftsjahr zum 31. Dezember		
	2010	2009	2009	2008	2007
Börsenkurs (XETRA):					
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	46,70	43,20	49,42	27,83	89,40
Aktienkurs höchst	60,55	49,62	58,29	89,80	118,51
Aktienkurs tiefst	42,31	15,38	15,38	18,59	81,33

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010, Deutsche Bank Annual Report 2009 on Form 20-F.

Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Angaben in der Einleitung zum Abschnitt „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“ auf S. 49 des Registrierungsformulars werden nach dem dritten Absatz von oben wie folgt aktualisiert und ergänzt:

Die Darstellung ist auch im Zusammenhang mit dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank für das zum 30. Juni 2010 endende Halbjahr der Deutschen Bank und den dazugehörigen Erläuterungen zu lesen. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss für das zum 30. Juni 2010 endende Halbjahr wurde in Übereinstimmung mit IFRS erstellt, von KPMG einer prüferischen Durchsicht unterzogen und mit einer Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht versehen. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2010 ist im Abschnitt „Finanzteil“ dieser Wertpapierbeschreibung abgedruckt.

Ertragslage

Die Angaben im Abschnitt „Ertragslage“ (siehe Registrierungsformular, S. 49 ff.) werden wie nachstehend aktualisiert und ergänzt.

- Auf S. 49 ist unmittelbar unter der Überschrift „Ertragslage“ die nachfolgende Diskussion der Ertragslage der Deutschen Bank im ersten Halbjahr 2010 einzufügen:

Vergleich der jeweils zum 30. Juni endenden Halbjahre und zweiten Quartale 2010 und 2009

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem verkürzten Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 zu sehen, der im Abschnitt „Finanzteil“ dieser Wertpapierbeschreibung abgedruckt ist.

Überblick

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Deutsche Bank-Konzerns für die Dreimonatszeiträume vom 1. April bis 30. Juni 2010 und 2009 sowie die Sechsmonatszeiträume vom 1. Januar bis 30. Juni 2010 und 2009, jeweils auf Basis des Konzernzwischenabschlusses der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010.

in Mio € (soweit nicht anders angegeben)	2. Quartal (1.4. - 30.6.)		Veränderung 2. Quartal 2010 gegenüber 2. Quartal 2009		1. Halbjahr (1.1. - 30.6.)		Veränderung 1. Halbjahr 2010 gegenüber 1. Halbjahr 2009	
	2010	2009	in Mio €	in %	2010	2009	in Mio €	in %
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>		<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Zinsüberschuss	3.975	2.764	1.211	43,8	7.646	6.607	1.039	15,7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	243	1.000	-757	-75,7	506	1.526	-1.020	-66,8
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3.732	1.764	1.968	111,6	7.140	5.081	2.059	40,5
Provisionsüberschuss	2.587	2.242	345	15,4	5.048	4.424	624	14,1
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtun- gen	110	2.611	-2.501	-95,8	2.690	4.875	-2.185	-44,8
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-9	9	-18	N/A	19	-495	514	N/A
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	93	206	-113	-54,9	265	18	247	N/A
Sonstige Erträge	399	108	291	N/A	486	-248	734	N/A
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	3.180	5.176	-1.996	-38,6	8.508	8.574	-66	-0,8
Personalaufwand	3.037	3.140	-103	-3,3	6.612	6.115	497	8,1
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	2.349	2.201	148	6,7	4.550	4.188	362	8,6
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	2	126	-124	-98,4	140	64	76	118,6
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	157	-157	N/A	29	157	-128	-81,5
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	N/A	-	-	-	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.388	5.624	-236	-4,2	11.331	10.524	807	7,7
Ergebnis vor Steuern	1.524	1.316	208	15,8	4.317	3.131	1.186	37,9
Ertragsteueraufwand	358	242	116	47,9	1.374	876	498	56,9
Gewinn nach Steuern	1.166	1.074	92	8,6	2.943	2.255	688	30,5
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis ⁽¹⁾	6	-18	24	N/A	21	-22	43	N/A
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.160	1.092	68	6,2	2.922	2.277	645	28,3

N/A – nicht aussagefähig

1 Diese Position wurde bis zum 31. Dezember 2009 als „Den Minderheitsanteilen zurechenbares Konzernergebnis“ ausgewiesen.

Ertragslage des Konzerns

Ein Vergleich zwischen den Berichtsperioden in 2010 und den entsprechenden Perioden in 2009 ist wegen mehrerer Faktoren nur eingeschränkt möglich. Zum einen waren in 2009 negative Marktwertanpassungen und Abschreibungen auf bestimmte Vermögenswerte materieller als in 2010. Zum anderen enthielt das erste Halbjahr 2010 spezifische Komponenten, die es im Vorjahr nicht gab. Dazu zählen Effekte aus der erstmaligen Konsolidierung der Sal. Oppenheim Gruppe und bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO, die im Zeitvergleich zu einem Anstieg der Erträge und Aufwendungen sowie der Bilanzsumme und der Invested Assets führten. Darüber hinaus sind die Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungen, inklusive der zuzurechnenden Bonussteuer für Banken in Großbritannien, in 2010 deutlich höher als in den Vergleichsperioden. Zusätzlich führten Wechselkursveränderungen in 2010, insbesondere zwischen dem US-Dollar und dem Euro, zu einem deutlichen Anstieg der in Euro berichteten Erträge und Aufwendungen,

die sich in geringerem Umfang auf den Gewinn nach Steuern auswirkten. Sie führten ebenfalls zu einem Anstieg der Bilanzsumme und der Invested Assets.

Vergleich zweites Quartal 2010 (1. April bis 30. Juni) gegen zweites Quartal 2009

Die **Erträge** beliefen sich im zweiten Quartal 2010 auf 7,2 Mrd € gegenüber 7,9 Mrd € im zweiten Quartal des Vorjahres. Sie enthielten Belastungen von rund 270 Mio € im Zusammenhang mit der Commercial-Paper-Zweckgesellschaft Ocala Funding LLC, eine Abschreibung von 124 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ sowie negative Marktwertanpassungen von 57 Mio €. Diese negativen Effekte wurden durch die ertragswirksame Erfassung eines im Rahmen der Kaufpreisallokation vorläufig ermittelten negativen Goodwill von 208 Mio € aus dem von ABN AMRO in den Niederlanden übernommenen Firmenkundengeschäft teilweise ausgeglichen. Zudem entstanden im zweiten Quartal 2010 Fair-Value-Gewinne von 101 Mio € aus Änderungen der Credit Spreads für bestimmte Verbindlichkeiten der Bank, für die die Fair Value Option angewendet wurde. Im zweiten Quartal 2009 wurde aus solchen Positionen ein Fair-Value-Verlust von 176 Mio € ausgewiesen.

Der Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) verzeichnete im zweiten Quartal 2010 Erträge von 3,6 Mrd € gegenüber 4,6 Mrd € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Die Erträge aus Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) beliefen sich im zweiten Quartal 2010 auf 2,1 Mrd € im Vergleich zu 2,3 Mrd € im zweiten Quartal 2009. Sie enthielten die vorgenannten Aufwendungen von 270 Mio € im Zusammenhang mit Ocala Funding LLC. Zudem waren im zweiten Quartal 2010 negative Marktwertanpassungen von 64 Mio € hauptsächlich in Verbindung mit verbrieften Wohnungsbaukrediten enthalten. Im zweiten Quartal 2009 betrugen vergleichbare Belastungen 108 Mio €. Die Erträge aus dem Geschäft mit Kreditprodukten und dem Geschäft mit Anleihen aus Schwellenländern waren im zweiten Quartal 2010 durch die Schuldenkrise bestimmter europäischer Staaten und durch eine geringere Risikoneigung der Investoren beeinträchtigt. Diesen Faktoren standen im Devisengeschäft Rekorderträge für ein zweites Quartal sowie ein guter Geschäftsverlauf im Geldmarkt-, Zins- und Rohstoffgeschäft entgegen. Gemäß einer Kundenumfrage von Greenwich Associates, die im August 2010 veröffentlicht wurde, war die Deutsche Bank 2010 zum ersten Mal Nummer eins in der Rangliste im US Fixed Income-Geschäft. Die Erträge aus Sales & Trading (Equity) beliefen sich im zweiten Quartal 2010 auf 642 Mio € gegenüber 927 Mio € im zweiten Quartal 2009. Der Rückgang war im Wesentlichen auf deutlich geringere Emissionsaktivitäten und auf ein insgesamt schwieriges Marktumfeld zurückzuführen. Im Aktienhandel wurden aufgrund eines hohen Provisionseinkommens solide Erträge erzielt. Gemäß einer im Juni 2010 veröffentlichten Umfrage von Global Custodian wurde die Deutsche Bank zum dritten Mal in Folge zum weltweit besten Global Prime Broker gewählt. Im Beratungsgeschäft bei Fusionen und Übernahmen wurden im zweiten Quartal 2010 dank Marktanteilsgewinnen Erträge von 124 Mio € erzielt, was einem Anstieg gegenüber dem Vergleichsquarter des Vorjahres um 72 % entspricht. Im Emissionsgeschäft beliefen sich die Erträge im zweiten Quartal 2010 auf 418 Mio € gegenüber 652 Mio € im zweiten Quartal 2009. Der Rückgang war hauptsächlich auf geringere Marktwertgewinne im Leveraged-Finance-Geschäft und eine deutlich niedrigere Kundenaktivität aufgrund eines schwierigen Marktumfelds zurückzuführen.

Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) erzielte im zweiten Quartal 2010 Erträge von 1,1 Mrd €, verglichen mit 654 Mio € im zweiten Quartal 2009. Der Anstieg war in erster Linie auf die von ABN AMRO übernommenen Geschäftsaktivitäten in den Niederlanden zurückzuführen, die im zweiten Quartal 2010 erstmalig in die Konzernzahlen einbezogen wurden. Hieraus resultierten im zweiten Quartal 2010 Erträge von 338 Mio €, von denen 208 Mio € im Zusammenhang mit dem vorgenannten negativen Goodwill standen. Darüber hinaus konnten in den Bereichen Trade Finance und Trust & Securities Services Ergebnisverbesserungen erzielt werden.

Im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) lagen die Erträge im zweiten Quartal 2010 mit 969 Mio € um 57 % über dem Wert des zweiten Quartals 2009. Darin enthalten sind Erträge von 148 Mio € in PWM aus der Sal. Oppenheim Gruppe (einschließlich der BHF-Bank AG), die im ersten Quartal 2010 erstmalig konsolidiert wurde. Die Ertragsverbesserung gegenüber dem Vorjahr spiegelt zudem höhere Provisionseinnahmen aufgrund höherer Marktwerte in Asset Management sowie höhere volumensabhängige Provisionen und eine gestiegene Kundennachfrage im Private Wealth Management wider. Das zweite Quartal 2009 beinhaltete Abschreibungen auf RREEF-Investments von 110 Mio €.

Der Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) konnte im zweiten Quartal 2010 seine Erträge gegenüber dem zweiten Quartal 2009 leicht auf 1,4 Mrd € verbessern. Im zweiten Quartal 2010 führte eine positive Margenentwicklung zu Rekorderträgen im Einlagengeschäft. Mit Ausnahme der Sonstigen Produkte, bei denen die erwartete Normalisierung der Ergebnisse aus der Aktiv- und Passivsteuerung zu rückläufigen Erträgen führte, trugen auch alle weiteren Produktkategorien zu dieser Ertragssteigerung bei.

Der Konzernbereich Corporate Investments (CI) verzeichnete im zweiten Quartal 2010 Erträge von 44 Mio € gegenüber 660 Mio € im zweiten Quartal 2009. Das zweite Quartal 2010 beinhaltete Erträge von 116 Mio € im Zusammenhang mit der Deutschen Postbank AG sowie von 39 Mio € aus dem Verkauf von Beteiligungen. Diese wurden teilweise durch eine Abschreibung von 124 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort

and Casino“ kompensiert. Im zweiten Quartal 2009 waren Erträge von 519 Mio € im Zusammenhang mit der Deutschen Postbank AG entstanden. Darüber hinaus enthielt das zweite Quartal 2009 Gewinne von 132 Mio € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen sowie Gewinne aus der Option der Deutschen Bank bezüglich der Hua Xia Bank Co. Ltd.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** belief sich im zweiten Quartal 2010 auf 243 Mio € gegenüber 1,0 Mrd € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Davon entfielen 77 Mio € auf CIB im Vergleich zu 779 Mio € im zweiten Quartal 2009. Dieser deutliche Rückgang in CIB resultierte aus Risikovorsorge auf gemäß IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte im zweiten Quartal 2009, die sich so im zweiten Quartal 2010 nicht wiederholten. Zu diesen gehörten insbesondere Vorsorgen von 508 Mio € im zweiten Quartal 2009, die im Wesentlichen zwei einzelne Kontrahenten betrafen. In PCAM lag die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im zweiten Quartal 2010 mit 175 Mio € um 21 % unter dem Wert des zweiten Quartals 2009. Diese Entwicklung spiegelt verschiedene auf Portfolio- und Länderebene getroffenen Maßnahmen wider, die zu einer erheblich niedrigeren Risikovorsorge im Kreditgeschäft in allen wesentlichen Kreditportfolien führten.

Die **Zinsunabhängigen Aufwendungen** betragen im zweiten Quartal 2010 5,4 Mrd € gegenüber 5,6 Mrd € im zweiten Quartal 2009. Der Personalaufwand belief sich auf 3,0 Mrd €, was einem Rückgang um 3 % gegenüber dem zweiten Quartal 2009 entsprach. Niedrigeren Abfindungszahlungen standen höhere Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungen sowie ein höherer Personalaufwand infolge von Akquisitionen (121 Mio € aus der Sal. Oppenheim Gruppe, 33 Mio € aus dem von ABN AMRO übernommenen Firmenkundengeschäft) gegenüber. Zudem fielen im zweiten Quartal 2010 Aufwendungen von 56 Mio € im Zusammenhang mit der Bonussteuer für Banken in Großbritannien an. Der Sach- und sonstige Aufwand belief sich im zweiten Quartal 2010 auf 2,3 Mrd € gegenüber 2,2 Mrd € im zweiten Quartal 2009. Der Anstieg gegenüber dem zweiten Quartal 2009 spiegelte in erster Linie die vorgenannten Akquisitionen, übernahmebedingte Integrationskosten sowie Wechselkursänderungen wider. Zudem war im zweiten Quartal 2009 ein Aufwand in Höhe von 316 Mio € im Zusammenhang mit einem Vergleichsverfahren mit Huntsman Corp. verbucht. Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft beliefen sich im zweiten Quartal 2010 auf 2 Mio € gegenüber 126 Mio € im zweiten Quartal 2009.

Der **Gewinn vor Steuern** stieg von 1,3 Mrd € im zweiten Quartal 2009 um 16 % auf 1,5 Mrd € im zweiten Quartal 2010. Die Aufwand-Ertrag-Relation betrug im zweiten Quartal 2010 75 % gegenüber 71 % im zweiten Quartal 2009.

Im zweiten Quartal 2010 erwirtschaftete die Deutsche Bank einen **Gewinn nach Steuern** von 1,2 Mrd € gegenüber 1,1 Mrd € im zweiten Quartal 2009. Der Steueraufwand in Höhe von 358 Mio € im zweiten Quartal 2010, nach einem Steueraufwand von 242 Mio € im zweiten Quartal 2009, wurde durch den steuerfreien negativen Goodwill im Zusammenhang mit den von ABN AMRO übernommenen Geschäftsaktivitäten sowie durch eine vorteilhafte geografische Verteilung des Konzernergebnisses vermindert. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) betrug im zweiten Quartal 2010 1,75 € gegenüber 1,64 € im zweiten Quartal 2009.

Vergleich erstes Halbjahr 2010 (1. Januar bis 30. Juni) gegen erstes Halbjahr 2009

Im ersten Halbjahr 2010 wurden **Erträge** von 16,2 Mrd € gegenüber 15,2 Mrd € im ersten Halbjahr des Vorjahres erreicht. Dies entspricht einem Anstieg um 6 %. Die Erträge der ersten Jahreshälfte 2010 enthielten negative Marktwertanpassungen von 298 Mio € sowie die vorgenannten Belastungen im Zusammenhang mit Ocala Funding LLC von rund 270 Mio €. Im Vorjahreszeitraum betrugen vergleichbare Belastungen 1,5 Mrd €.

Im Unternehmensbereich CB&S sanken die Erträge aus Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) in den ersten sechs Monaten 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 258 Mio € oder 4 % auf 5,9 Mrd €. Diese Entwicklung ist auf niedrigere Erträge im Devisen-, Geldmarkt- und Zinsgeschäft infolge einer niedrigeren Volatilität und rückläufiger Geld-Brief-Spannen im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 2009 zurückzuführen. Teilweise kompensiert wurde dieser Rückgang durch höhere Erträge im Handel mit Kreditprodukten, den Wegfall von Verlusten aus Altbeständen und geringere negative Marktwertanpassungen im ersten Halbjahr 2010. Sales & Trading (Equity) erwirtschaftete im ersten Halbjahr 2010 Erträge von 1,6 Mrd €, was einem Anstieg von 444 Mio € oder 39 % gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres entspricht. Dieser Anstieg spiegelt das Ausbleiben von Verlusten im Aktienderivategeschäft wider, die im ersten Quartal 2009 verzeichnet worden waren. Prime Finance und Cash Equities konnten sich in einem zunehmend wettbewerbsintensiven Umfeld gut behaupten. Die Erträge aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft beliefen sich im ersten Halbjahr 2010 auf 1,1 Mrd € und waren damit um 32 Mio € höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Im Beratungsgeschäft wurden im ersten Halbjahr 2010 Erträge von 256 Mio € erzielt, was einer Verbesserung von 54 Mio € gegenüber der ersten Jahreshälfte 2009 entspricht. Sie resultierte aus gesteigerter Marktaktivität und Zugewinnen von Marktanteilen. Im Emissionsgeschäft (Debt) stiegen die Erträge dank Marktanteilsgewinnen und einer verbesserten Ranglistenposition um 25 Mio € oder 4 %. Die Erträge im Emissionsgeschäft (Equity) sanken im ersten Halbjahr 2010 aufgrund einer im Vergleich zum Vorjahreszeitraum geringeren Marktaktivität um 47 Mio € oder 16 %. Die Erträge aus dem Kreditgeschäft betrugen im ersten Halbjahr 2010 863 Mio € und waren damit um 267 Mio € beziehungsweise 24 % niedriger als im Vorjahreszeitraum. Dies war insbesondere auf Marktwertverluste im Zusammenhang mit zum Fair Value bewerteten

Kredit zurückzuführen. Die Erträge aus Sonstigen Produkten lagen im ersten Halbjahr 2010 mit positiven 135 Mio € um 770 Mio € über denen der ersten sechs Monate 2009. Im Vorjahr waren hier Abschreibungen von 500 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ und Verluste aus bestimmten Private-Equity-Beteiligungen enthalten, die im ersten Quartal 2009 angefallen waren. Am 1. April 2009 wurde die Managementverantwortlichkeit für die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ von CB&S auf den Unternehmensbereich CI übertragen.

Die Erträge von GTB lagen im ersten Halbjahr 2010 mit 1,7 Mrd € um 386 Mio € oder 29 % über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Das Ergebnis des Unternehmensbereichs wurde im ersten Halbjahr 2010 durch die erstmalige Konsolidierung des Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO positiv beeinflusst. Dies führte im ersten Halbjahr 2010 zu zusätzlichen Erträgen von 338 Mio €, von denen 208 Mio € im Zusammenhang mit dem vorgenannten negativen Goodwill standen. Darüber hinaus resultierte der Anstieg aus dem anhaltenden Wachstum im Bereich Trade Finance und einem höheren Provisionsaufkommen bei Trust & Securities Services.

Im ersten Halbjahr 2010 lagen die Erträge in AWM mit 1,9 Mrd € um 738 Mio € beziehungsweise 65 % deutlich über dem Wert des ersten Halbjahres 2009. Die Erträge im ersten Halbjahr 2010 beinhalteten 291 Mio € aus der Sal. Oppenheim Gruppe, die im ersten Quartal 2010 erstmalig konsolidiert wurde. Die Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management in AM stiegen infolge besserer Marktbedingungen und höherer volumensabhängiger Provisionen um 90 Mio €. Im Beratungs-/Brokeragegeschäft verbesserten sich die Erträge gegenüber dem ersten Halbjahr 2009 um 92 Mio €. Grund hierfür war ein erhöhtes Transaktionsvolumen. Die Erträge aus Sonstigen Produkten stiegen im ersten Halbjahr 2010 um 409 Mio €. Grund war die Einbeziehung von Erträgen im Zusammenhang mit der Sal. Oppenheim Gruppe sowie der Wegfall von im Vorjahr vorgenommenen Abschreibungen von 230 Mio € auf RREEF-Investments.

In PBC lagen die Erträge im ersten Halbjahr 2010 mit 2,9 Mrd € um 61 Mio € oder 2 % über dem Wert des ersten Halbjahres 2009. Die Erträge stiegen sowohl im Portfolio/Fund Management als auch bei den Kreditprodukten sowie im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr. Diese Entwicklung wurde teilweise durch einen Rückgang der Erträge aus Sonstigen Produkten kompensiert, der auf niedrigere Erträge aus der Aktiv- und Passivsteuerung und auf einen Gewinn im ersten Halbjahr 2009 aus der Veräußerung eines finanziellen Vermögenswerts zurückzuführen war.

Die Erträge in CI beliefen sich in den ersten sechs Monaten 2010 auf 196 Mio € und beinhalteten Erträge von 263 Mio € im Zusammenhang mit der Deutschen Postbank AG sowie von 39 Mio € aus dem Verkauf von Beteiligungen. Diese wurden teilweise durch Abschreibungen von 124 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ kompensiert. In den ersten sechs Monaten 2009 lagen die Erträge bei 813 Mio €. Darin enthalten waren 821 Mio € im Zusammenhang mit der Deutschen Postbank AG, 192 Mio € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen sowie Gewinne aus der Option der Deutschen Bank bezüglich der Hua Xia Bank Co. Ltd. Diesen Gewinnen standen Abschreibungen von 302 Mio € auf die Industriebeteiligungen der Deutschen Bank gegenüber.

Im ersten Halbjahr 2010 belief sich die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** auf 506 Mio € nach 1,5 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beinhaltete im ersten Halbjahr 2010 154 Mio € für Vermögenswerte, die gemäß IAS 39 umklassifiziert worden waren, im Vergleich zu 726 Mio € im Vorjahreszeitraum. In CIB belief sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im ersten Halbjahr 2010 auf 167 Mio € gegenüber 1,1 Mrd € im ersten Halbjahr 2009. Grund für diesen Rückgang waren vornehmlich die vorgenannte niedrigere Vorsorge für umklassifizierte Vermögenswerte sowie ein leicht verbessertes Kreditumfeld. In PCAM belief sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im ersten Halbjahr 2010 auf 349 Mio € nach 391 Mio € im ersten Halbjahr des Vorjahres. Sie spiegelt vor allem eine gesunkene Risikovorsorge in PBC wider.

Die **Zinsunabhängigen Aufwendungen** stiegen in der ersten Jahreshälfte 2010 um 8 % auf 11,3 Mrd € gegenüber 10,5 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Personalaufwand betrug 6,6 Mrd € und stieg um 8 %. Diese Entwicklung resultierte in erster Linie aus höheren Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungen inklusive der Effekte aus der beschleunigten Erfassung von Ansprüchen für Mitarbeiter, deren Ansprüche zum Zeitpunkt der Begebung aufgrund der für sie geltenden Planbedingungen unverfallbar waren. Darüber hinaus enthielt der Personalaufwand im ersten Halbjahr 2010 einen Aufwand von 176 Mio € für die Bonussteuer für Banken in Großbritannien. Der Personalaufwand erhöhte sich im ersten Halbjahr 2010 zudem durch die Konsolidierung der Sal. Oppenheim Gruppe und des Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO um 209 Mio € beziehungsweise um 34 Mio €. Das Verhältnis zwischen Personalaufwand und Erträgen belief sich im ersten Halbjahr 2010 auf 41 % gegenüber 40 % im ersten Halbjahr 2009. Der Sach- und sonstige Aufwand lag im ersten Halbjahr 2010 mit 4,6 Mrd € um 9 % über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dieser Anstieg spiegelte höhere Aufwendungen für IT, Beratungsleistungen und Wechselkursänderungen wider und beinhaltet darüber hinaus Effekte aus den vorgenannten Akquisitionen sowie entsprechende Integrationskosten. In den sonstigen Sachaufwendungen waren im ersten Halbjahr 2010 eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte von 29 Mio € sowie Aufwendungen im Versicherungsgeschäft von 140 Mio € enthalten.

Das **Ergebnis vor Steuern** betrug in der ersten Jahreshälfte 2010 4,3 Mrd € nach 3,1 Mrd € im ersten Halbjahr 2009. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) lag im ersten

Halbjahr 2010 bei 22 % im Vergleich zu 19 % im Vorjahreszeitraum. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern gemäß Zielgrößendefinition der Bank (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) erreichte in den ersten sechs Monaten 2010 21 % gegenüber 20 % im Vorjahreszeitraum.

Der **Gewinn nach Steuern** belief sich in der ersten Jahreshälfte 2010 auf 2,9 Mrd € nach 2,3 Mrd € im ersten Halbjahr 2009. Im ersten Halbjahr 2010 wurde ein Steueraufwand von 1,4 Mrd € erfasst gegenüber 876 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ein positiver Steuereffekt aufgrund des steuerfreien negativen Goodwill im Zusammenhang mit den von ABN AMRO übernommenen Geschäftsaktivitäten, der zum Teil durch den steuerlich nicht abzugsfähigen Aufwand für die Bonussteuer in Großbritannien ausgeglichen wurde, hat den Steueraufwand im ersten Halbjahr 2010 vermindert. Das Ergebnis je Aktie (verwässert) betrug im ersten Halbjahr 2010 4,35 € nach 3,53 € im Vorjahreszeitraum.

Segmentüberblick

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Konzernbereiche der Deutschen Bank dargestellt. Die Segmentberichterstattung der Deutschen Bank folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Weitere Informationen zur Segmentberichterstattung und zur Bemessung von Segmentgewinnen oder –verlusten sind in den Anhangangaben zum Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 unter „Segmentberichterstattung“ enthalten, die im „Finanzteil“ dieser Wertpapierbeschreibung abgedruckt sind.

Im ersten Halbjahr 2010 gab es keine wesentlichen organisatorischen Änderungen, die sich auf die Zusammensetzung der Geschäftssegmente auswirkten. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden auch für geringfügige organisatorische Änderungen angepasst, wenn diese in den internen Berichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Im ersten Halbjahr 2010 wurde die Zuordnung von Erträgen zu Produktkategorien überprüft. Diese Überprüfung führte in CIB zu einer Umgliederung von bestimmten Produkterträgen, die in den Anhangangaben zum Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 unter „Grundlage der Erstellung“ näher erläutert wird. In PCAM wurde die Zuordnung von Erträgen zu Produktkategorien überprüft und angepasst. Diese Änderung wird ebenfalls in den Anhangangaben zum Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 unter „Segmentberichterstattung“ näher erläutert.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernzwischenabschluss nach IFRS für das zweite Quartal 2010 und 2009.

2. Quartal 2010 (prüferisch durchgesehen)	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	3.633	1.070⁽¹⁾	4.703	969	1.444	2.414	44	-6	7.155
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	46	32	77	4	171	175	-8	0	243
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.801	560	3.362	921	1.040	1.961	117	-52	5.388
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	1	-	1	0	-	0	-	-0	2
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	7	-	7	-0	0	-0	-1	-6	-
Ergebnis vor Steuern	779	478	1.257	45	233	278	-64	53	1.524
Aufwand-Ertrag-Relation	77%	52%	71%	95%	72%	81%	N/A	N/A	75%
Aktiva ⁽²⁾	1.686.353	69.541	1.735.668	75.106	131.477	206.550	26.959	11.524	1.925.655
Durchschnittliches Active Equity ⁽³⁾	17.035	1.539	18.574	7.458	3.533	10.991	5.519	4.885	39.969
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁽⁴⁾	18%	124%	27%	2%	26%	10%	-5%	N/A	15%

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet einen Gewinn aus der Vereinnahmung eines negativen Goodwill im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. in Höhe von 208 Mio €, der für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleibt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- 4 Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im Abschnitt „Finanzteil“ des Registrierungsformulars abgedruckt ist. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 15 %.

2. Quartal 2009 (prüferisch durchgesehen)	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	4.646	654	5.299	617	1.414	2.031	660	-50	7.940⁽¹⁾
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	771	8	779	4	217	221	-0	-0	1.000
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.066	459	3.525	700	1.141	1.841	284	-25	5.624
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	126	-	126	-0	-	-0	-	0	126
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-	5	-	-	-	151	-	157
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-14	-	-14	-1	0	-1	-1	17	-
Ergebnis vor Steuern	823	187	1.010	-85	55	-30	377	-41	1.316
Aufwand-Ertrag-Relation	66%	70%	67%	113%	81%	91%	43%	N/A	71%
Aktiva (zum 31.12.2009) ⁽²⁾	1.308.222	47.414	1.343.824	43.761	131.014	174.739	28.456	9.556	1.500.664
Durchschnittliches Active Equity ⁽³⁾	19.238	1.169	20.407	4.754	3.717	8.471	4.593	1.410	34.882
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁽⁴⁾	17%	64%	20%	-7%	6%	-1%	33%	N/A	15%

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio €, der für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleibt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- 4 Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im Abschnitt „Finanzteil“ des Registrierungsformulars abgedruckt ist. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 16 %.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernzwischenabschluss nach IFRS für das erste Halbjahr 2010 und 2009.

1. Halbjahr 2010 (prüferisch durchgesehen)	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
	in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge	9.625	1.706 ⁽¹⁾	11.331	1.869	2.857	4.726	196	-99	16.154
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	139	28	167	8	340	349	-10	-0	506
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.097	1.081	7.178	1.803	2.093	3.896	223	35	11.331
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	141	-	141	0	-	0	-	-0	140
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	29	-	-	-	-	-	29
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	21	-	21	1	0	1	-1	-21	-
Ergebnis vor Steuern	3.368	597	3.965	57	423	480	-16	-112	4.317
Aufwand-Ertrag-Relation	63%	63%	63%	96%	73%	82%	114%	N/A	70%
Aktiva ⁽²⁾	1.686.353	69.541	1.735.668	75.106	131.477	206.550	26.959	11.524	1.925.655
Durchschnittliches Active Equity ⁽³⁾	16.108	1.420	17.528	6.471	3.490	9.961	5.310	6.024	38.823
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁽⁴⁾	42%	84%	45%	2%	24%	10%	-1%	N/A	22%

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet einen Gewinn aus der Vereinnahmung eines negativen Goodwill im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. in Höhe von 208 Mio €, der für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleibt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- 4 Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im Abschnitt „Finanzteil“ des Registrierungsformulars abgedruckt ist. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 22 %.

1. Halbjahr 2009 (prüferisch durchgesehen)	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
	in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge	8.904	1.320	10.224	1.131	2.795	3.927	813	217	15.181 ⁽¹⁾
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.127	9	1.136	9	382	391	-0	-0	1.526
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.650	897	6.547	1.386	2.152	3.538	373	66	10.524
Davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	62	-	62	0	-	0	-	2	64
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-	5	-	-	-	151	-	157
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-13	-	-13	-5	0	-5	-1	20	-
Ergebnis vor Steuern	2.141	414	2.555	-258	262	3	441	132	3.131
Aufwand-Ertrag-Relation	63%	68%	64%	123%	77%	90%	46%	N/A	69%
Aktiva (zum 31.12.2009) ⁽²⁾	1.308.222	47.414	1.343.824	43.761	131.014	174.739	28.456	9.556	1.500.664
Durchschnittliches Active Equity ⁽³⁾	19.686	1.169	20.856	4.606	3.718	8.325	3.767	1.017	33.965
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁽⁴⁾	22%	71%	24%	-11%	14%	0%	23%	N/A	19%

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet eine Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen und einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio €, die für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleiben.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- 4 Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 4 des Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009, der im Abschnitt „Finanzteil“ des Registrierungsformulars abgedruckt ist. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 19 %.

Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB)

in Mio €	2. Quartal (1.4. – 30.6.)		Veränderung in %	1. Halbjahr (1.1. – 30.6.)		Veränderung in %
	2010	2009		2010	2009	
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>
Erträge insgesamt	4.703	5.299	-11	11.331	10.224	11
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	77	779	-90	167	1.136	-85
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.362	3.525	-5	7.178	6.547	10
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	7	-14	N/A	21	-13	N/A
Ergebnis vor Steuern	1.257	1.010	24	3.965	2.555	55

N/A – nicht aussagefähig

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S)

in Mio €	2. Quartal (1.4. – 30.6.)		Veränderung in %	1. Halbjahr (1.1. – 30.6.)		Veränderung in %
	2010	2009		2010	2009	
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>
Erträge insgesamt	3.633	4.646	-22	9.625	8.904	8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	46	771	-94	139	1.127	-88
Zinsunabhängige Aufwendungen	2.801	3.066	-9	6.097	5.650	8
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	7	-14	N/A	21	-13	N/A
Ergebnis vor Steuern	779	823	-5	3.368	2.141	57

N/A – nicht aussagefähig

Vergleich zweites Quartal 2010 (1. April bis 30. Juni) gegen zweites Quartal 2009

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) lagen im zweiten Quartal 2010 mit 2,1 Mrd € um 190 Mio € (8 %) unter dem Wert des zweiten Quartals 2009. Die negativen Marktwertanpassungen beliefen sich im zweiten Quartal 2010 auf 64 Mio € (hauptsächlich im Zusammenhang mit verbrieften Wohnungsbaukrediten) gegenüber 108 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Zudem waren in den Erträgen im zweiten Quartal 2010 zusätzliche Belastungen von rund 270 Mio € im Zusammenhang mit Ocala Funding LLC, einer Commercial-Paper-Zweckgesellschaft, enthalten. Im Devisengeschäft wurde trotz schwieriger Marktbedingungen ein Rekordwert für Erträge in einem zweiten Quartal erzielt. Im Geldmarkt-, Zins- und Rohstoffgeschäft wurden gute Ergebnisse erzielt. Dagegen sanken die Erträge im Geschäft mit Kreditprodukten und in Schwellenländern, da die Risikoneigung der Investoren infolge der Schuldenkrise in Europa abnahm. Euromoney zeichnete die Deutsche Bank im Juli mit einer Vielzahl prestigeträchtiger Preise aus, darunter Best Investment Bank, Best Credit Derivatives House, Best at Risk Management in Europe und Best Debt House

in Germany. Zum allerersten Mal wurde die Deutsche Bank in einer von Greenwich Associates durchgeführten branchenweiten Kundenumfrage, die im August 2010 veröffentlicht wurde, zur Nummer eins bei US Fixed Income gewählt. In diesem Bereich erreichte der Marktanteil der Deutschen Bank 12,8 % nach 10,7 % in 2009.

Sales & Trading (Equity) erwirtschaftete im zweiten Quartal 2010 Erträge von 642 Mio €, was einem Rückgang von 285 Mio € (31 %) gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres entspricht. Der Rückgang resultierte aus dem schwierigeren Marktumfeld und deutlich gesunkenen Aktivitäten am Primärmarkt. Im Aktienhandel wurden aufgrund hoher Provisionseinnahmen aus Aktivitäten am Sekundärmarkt robuste Erträge erzielt. Aufgrund der erfolgreichen Rekalibrierung des Aktienderivategeschäfts wurden dort trotz hoher Volatilitäten und Korrelationen keine Verluste verzeichnet. Obwohl Prime Finance im Berichtsquartal von einem Margen- und anhaltenden Preisdruck beeinträchtigt wurde, blieben die Erträge aus Kundenfinanzierungen aufgrund eines gestiegenen Geschäftsvolumens stabil. Gemäß einer im Juni 2010 veröffentlichten Umfrage wurde die Deutsche Bank von Global Custodian zum dritten Mal in Folge zum weltweit besten Prime Broker gewählt. Die Erträge im Aktieneigenhandel blieben im zweiten Quartal 2010 insgesamt unverändert, was die historisch niedrige Risikoneigung der Investoren widerspiegelt.

Die Erträge aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft beliefen sich im zweiten Quartal 2010 auf 543 Mio €, was einem Rückgang um 182 Mio € gegenüber dem zweiten Quartal 2009 entspricht. Die Erträge im Emissionsgeschäft (Debt) gingen um 161 Mio € (36 %) zurück. Ursächlich hierfür war das Ausbleiben von in 2009 verbuchten Marktwertgewinnen im Leveraged-Finance-Geschäft. Im Investment-Grade-Bereich konnte die Deutsche Bank Marktanteile hinzugewinnen und trotz des reduzierten Provisionsaufkommens einen Platz unter den besten fünf halten. Die Erträge im Emissionsgeschäft (Equity) sanken um 73 Mio € (35 %). Dieser Rückgang war Folge des niedrigsten Provisionsaufkommens für ein zweites Quartal seit 2005. Dennoch konnte die Deutsche Bank ihren Marktanteil steigern und ihre Position in den Ranglisten auf Platz fünf weltweit und Platz eins in der Region EMEA verbessern. Im Beratungsgeschäft lagen die Erträge im zweiten Quartal 2010 mit 124 Mio € um 52 Mio € über der Vergleichszahl des Vorjahresquartals. Im M&A-Geschäft konnte die Deutsche Bank ihren Marktanteil steigern und ihre Ranglistenposition weltweit auf Platz sechs verbessern (Quelle für alle Positionen: Dealogic, Thomson Reuters).

Die Erträge aus dem Kreditgeschäft betragen im zweiten Quartal 2010 350 Mio € und waren damit um 190 Mio € (35 %) niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Diese Entwicklung war insbesondere auf Nettomarktwertverluste im Zusammenhang mit zum Fair Value bewerteten Krediten zurückzuführen.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten betragen im zweiten Quartal 2010 negative 35 Mio € und waren damit um 164 Mio € niedriger als im Vorjahreszeitraum. Der Rückgang resultierte aus Marktwertverlusten bei Investments, die Leistungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life decken. Dieser Effekt wurde durch gegenläufige Beträge in den Zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen.

In der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wies der Unternehmensbereich CB&S im zweiten Quartal 2010 eine Nettozuführung von 46 Mio € gegenüber einer Nettozuführung von 771 Mio € im Vergleichsquartal des Vorjahres aus. Der deutliche Rückgang resultierte aus mehreren Ereignissen im Vorjahresquartal, die sich im zweiten Quartal 2010 nicht wiederholten. Zu diesen gehörten insbesondere Neubildungen in Höhe von 508 Mio € im Zusammenhang mit Aktiva, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden und hauptsächlich auf zwei Kontrahenten entfielen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betragen im zweiten Quartal 2010 2,8 Mrd € und lagen damit um 265 Mio € (9 %) unter dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Diese Entwicklung resultierte in erster Linie aus niedrigeren Aufwendungen für leistungsabhängige Vergütungen und den vorgenannten Effekten im Zusammenhang mit Abbey Life.

Der Gewinn vor Steuern belief sich im zweiten Quartal 2010 auf 779 Mio € im Vergleich zu 823 Mio € im Vorjahresquartal.

Vergleich erstes Halbjahr 2010 (1. Januar bis 30. Juni) gegen erstes Halbjahr 2009

Im ersten Halbjahr 2010 beliefen sich die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) auf 5,9 Mrd € und lagen damit um 258 Mio € (4 %) unter denen des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Dieses solide Ergebnis spiegelt die gute Diversifizierung der Geschäftsaktivitäten wider. Der Rückgang der Erträge gegenüber der ersten Jahreshälfte 2009 war auf das Devisen-, Geldmarkt- und Zinsgeschäft zurückzuführen und war Folge einer niedrigeren Volatilität und engerer Geld-Brief-Spannen. Teilweise ausgeglichen wurde diese Entwicklung durch hohe Erträge im Handel mit Kreditprodukten, ein solides Ergebnis im Geschäft mit Schwellenländern und Rohstoffen, den Wegfall von Verlusten aus Altbeständen und geringere negative Marktwertanpassungen im Berichtszeitraum.

Sales & Trading (Equity) erwirtschaftete in den ersten sechs Monaten 2010 Erträge von 1,6 Mrd €. Dies entsprach einem Anstieg von 444 Mio € (39 %) gegenüber dem Vergleichszeitraum 2009. Der vorgenannte Anstieg der Erträge im Vergleich zum ersten Halbjahr 2009 spiegelt das Ausbleiben von Verlusten im

Aktienderivategeschäft wider, die im ersten Quartal 2009 verzeichnet worden waren. Prime Finance und Cash Equities erwirtschafteten gute Ergebnisse in einem zunehmend wettbewerbsintensiven Umfeld.

Die Erträge aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft beliefen sich im ersten Halbjahr 2010 auf 1,1 Mrd €, was einer Steigerung um 32 Mio € gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entsprach. Im Beratungsgeschäft wurden Erträge von 256 Mio € und damit eine Steigerung von 54 Mio € gegenüber der ersten Jahreshälfte 2009 erzielt. Diese Entwicklung spiegelt einen höheren Marktanteil und eine Verbesserung der Ranglistenposition der Deutsche Bank auf Platz vier weltweit wider. In Nord- und Südamerika wurde der Marktanteil verdreifacht und in der Rangliste Platz fünf erreicht, was einer Verbesserung um sieben Positionen gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Die Erträge aus dem Emissionsgeschäft (Debt) stiegen um 25 Mio € (4 %). Der Bereich Investment Grade Debt erzielte in der Kategorie All International Bonds, gemessen am Transaktionsvolumen, Platz drei. Bei High Yield/Leveraged Loans wurde ein Rekordwert für Neuemissionen hochverzinslicher Unternehmensanleihen erreicht und die Deutsche Bank erlangte in diesem Bereich Platz eins in der Region EMEA. Die Erträge im Emissionsgeschäft (Equity) sanken aufgrund eines im Vergleich zum Vorjahreszeitraum rückläufigen Marktumfelds um 47 Mio € (16 %). Dennoch belegte die Deutsche Bank in der Region EMEA Platz eins sowie weltweit und in den USA jeweils Platz fünf (Quelle für alle Positionen: Dealogic, Thomson Reuters).

Die Erträge aus dem Kreditgeschäft betragen im ersten Halbjahr 2010 863 Mio € und waren damit um 267 Mio € (24 %) niedriger als im Vorjahreszeitraum. Dies ist insbesondere auf Nettomarktwertverluste im Zusammenhang mit zum Fair Value bewerteten Krediten zurückzuführen.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten waren im ersten Halbjahr 2010 mit 135 Mio € um 770 Mio € höher als in den ersten sechs Monaten 2009. Der Vorjahreszeitraum war durch eine Abschreibung von 500 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ und Verluste aus Private-Equity-Beteiligungen im ersten Quartal 2009 belastet.

In der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wies der Unternehmensbereich CB&S im ersten Halbjahr 2010 eine Nettozuführung von 139 Mio € gegenüber einer Nettozuführung von 1,1 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres aus. Der deutliche Rückgang resultierte vorwiegend aus mehreren Ereignissen im ersten Halbjahr 2009, die sich im ersten Halbjahr 2010 nicht wiederholten. Zu diesen gehörten insbesondere Neubildungen in Höhe von 726 Mio € im Zusammenhang mit Aktiva, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden und hauptsächlich auf zwei Kontrahenten entfielen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im ersten Halbjahr 2010 mit 6,1 Mrd € um 447 Mio € (8 %) über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Diese Entwicklung resultierte in erster Linie aus höheren Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungskomponenten im ersten Quartal 2010, unter anderem aus der vorzeitigen Erfassung von Aufwendungen für Mitarbeiter, deren Ansprüche zum Zeitpunkt der Begebung aufgrund der für sie geltenden Planbedingungen unverfallbar waren, sowie aus dem Aufwand für die Bonussteuer in Großbritannien.

Der Gewinn vor Steuern belief sich im ersten Halbjahr 2010 auf 3,4 Mrd € im Vergleich zu 2,1 Mrd € im Vorjahreszeitraum.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum Fair Value bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgegliedert.

Die nachfolgenden Tabellen stellen den von der Bank ermittelten Nettoeffekt der Reklassifizierungen für den Unternehmensbereich CB&S dar. Im ersten Halbjahr 2010 führten die Umgliederungen zu einem entgangenen Gewinn von 488 Mio € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und zu einem entgangenen positiven Effekt von 195 Mio € in der Eigenkapitalposition „Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste“. Im ersten Halbjahr 2009 führten die Umgliederungen zu einem Gewinn von 876 Mio € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und zu einem Gewinn von 48 Mio € in der Eigenkapitalposition „Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste“. Die hieraus resultierenden Auswirkungen auf das Kreditmarktrisiko sind im unmittelbar anschließenden Abschnitt „Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten“ dargestellt.

	30.6.2010		2. Quartal (1.4. – 30.6.) 2010		1. Halbjahr (1.1. – 30.6.) 2010	
	Buchwert	Fair Value	Auswirkungen auf den Gewinn vor Steuern	Auswirkungen auf die Nicht in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste in Mio €	Auswirkungen auf den Gewinn vor Steuern	Auswirkungen auf die Nicht in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste in Mio €
	in Mrd €	in Mrd €	in Mio €	in Mio €	in Mio €	in Mio €
	<i>(ungeprüft)</i>		<i>(ungeprüft)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Sales & Trading – Debt						
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	18,4	16,3	-60	-	-398	-
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	9,7	8,7	8	-70	12	-195
Emissions- und Beratungsgeschäft						
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	5,8	5,5	-30	-	-102	-
Kreditgeschäft						
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	33,9	30,5	-82⁽¹⁾	-70	-488⁽¹⁾	-195
davon entfällt auf Reklassifizierungen in 2008 . . .	31,3	28,0	-134	-70	-491	-195
davon entfällt auf Reklassifizierungen in 2009 . . .	2,6	2,5	52	-	3	-

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

1 Zusätzlich zur Auswirkung auf CB&S verringerte sich das Ergebnis vor Steuern um 1 Mio € in PBC für das zweite Quartal und das erste Halbjahr 2010.

	30.6.2009		2. Quartal (1.4. – 30.6.) 2009		1. Halbjahr (1.1. – 30.6.) 2009	
	Buchwert	Fair Value	Auswirkungen auf den Gewinn vor Steuern	Auswirkungen auf die Nicht in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste in Mio €	Auswirkungen auf den Gewinn vor Steuern	Auswirkungen auf die Nicht in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste in Mio €
	in Mrd €	in Mrd €	in Mio €	in Mio €	in Mio €	in Mio €
	<i>(ungeprüft)</i>		<i>(ungeprüft)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	
Sales & Trading – Debt						
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	18,8	16,1	-132	-	760	-
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10,2	8,2	-19	-357	27	162
Emissions- und Beratungsgeschäft						
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	6,7	5,5	-55	-	66	-
Kreditgeschäft						
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	0,1	0,1	-83	-	23	-114 ⁽¹⁾
Insgesamt	35,8	29,9	-289⁽²⁾	-357	876⁽²⁾	48
davon entfällt auf Reklassifizierungen in 2008 . . .	32,8	27,2	-429	-357	573	48
davon entfällt auf Reklassifizierungen in 2009 . . .	3,0	2,7	140	-	303	-

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

1 Der negative Betrag in der Position Auswirkungen auf die Nicht in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste resultiert aus der Abschreibung eines finanziellen Vermögenswerts im ersten Quartal 2009. Wäre der Vermögenswert nicht umklassifiziert worden, hätte die Wertminderung zu einer Umgliederung der Veränderung des Fair Value aus der Position Nicht in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste in die Gewinn- und-Verlust-Rechnung geführt.

Die Veränderung in der Gewinn- und Verlust-Rechnung resultiert aus der Anwendung unterschiedlicher Abschreibungsmodelle für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

- 2 Zusätzlich zur Auswirkung auf CB&S erhöhte sich in PBC das Ergebnis vor Steuern um 2 Mio € für das zweite Quartal 2009 und um 1 Mio € für das erste Halbjahr 2009.

Im ersten Halbjahr 2010 wurden umgegliederte Vermögenswerte mit einem Buchwert von 1,3 Mrd € durch den Konzern verkauft. Die Verkäufe hatten keinen Einfluss auf das Ergebnis und wurden aufgrund von Ereignissen durchgeführt, die zum Zeitpunkt der Umgliederung nicht vorhersehbar waren.

Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten

Der nachfolgende Abschnitt gibt einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung bestimmter Risikopositionen an den Kreditmärkten in jenen CB&S-Geschäftsbereichen (einschließlich erworbener Monolineabsicherungen), für die die Deutsche Bank bereits in Vorperioden zusätzliche Risikoangaben bereitgestellt hat; siehe die entsprechenden Angaben im Registrierungsformular, S. 56 ff. und S. 75 ff.

Risikopositionen aus Wohnungsbaukrediten im CDO-Handels- und -Emissionsgeschäft, im US-amerikanischen und europäischen Hypothekenmarkt^{(1),(2),(3),(4)}

in Mio €	30.6.2010			31.3.2010		
	Brutto-Risikoposition	Hedges und sonstige Absicherungsgeschäfte (ungeprüft)	Netto-Risikoposition	Brutto-Risikoposition	Hedges und sonstige Absicherungsgeschäfte (ungeprüft)	Netto-Risikoposition
Subprime- und Alt-A-Risikopositionen im CDO-Handels- und -Emissionsgeschäft:						
CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand)	555	448	108	668	382	286
CDO-Subprime-Risikopositionen (zur Veräußerung verfügbar bilanziert)	45	–	45	32	–	32
CDO-Alt-A-Risikopositionen (Handelsbestand)	98	60	38	80	57	24
Hypothekenmarkt (Handelspositionen):						
Sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt ⁽⁵⁾	3.835	3.616	219 ^{(6),(7)}	3.911	3.454	457 ^{(6),(7)}
Risikopositionen im europäischen Hypothekenmarkt ⁽⁸⁾	185	–	185	172	–	172

Quelle: Deutsche Bank

- Die Darstellung bezieht sich auf wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten, die erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden.
- Zur Bestimmung von Subprime-Risikopositionen wendet die Deutsche Bank bankspezifische Standards, wie FICO-Bonitätsnoten und LTV-Kennzahlen (Beleihungswert), an. In begrenztem Umfang klassifiziert die Deutsche Bank auch als Subprime, wenn 50 % oder mehr der jeweils zugrunde liegenden Sicherheiten Subprime Wohnungsbaukredite darstellen.
- Alt-A Kredite sind Kredite, die an Kreditnehmer vergeben werden, die grundsätzlich eine gute Kreditwürdigkeit haben. Auf diese Kredite bezogene Kennzahlen oder andere Charakteristika entsprechen jedoch nicht dem Standard für erstklassige Hypothekenkredite. Diese beinhalten niedrigere FICO-Bewertungen, höhere Beleihungswerte sowie einen prozentual höheren Anteil an Krediten mit geringer oder gar keiner Dokumentation.
- Die Netto-Risikopositionen stellen den möglichen Verlust für den Fall dar, in dem die Wertpapiere komplett ausfallen, und unter der Annahme, dass keine Verwertungsgewinne erzielt werden können. Handelsaktiva oder zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte, die aufgrund der Änderungen von IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, sind nicht enthalten. Der Buchwert dieser Risikopositionen belief sich zum 30. Juni 2010 auf 2,0 Mrd € (davon entfielen 1,1 Mrd € auf den europäischen Hypothekenmarkt, 399 Mio € auf sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt und 480 Mio € auf CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand)). Der Vergleichswert zum 31. März 2010 betrug 1,9 Mrd € (davon entfielen 1,1 Mrd € auf den europäischen Hypothekenmarkt, 374 Mio € auf sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt und 449 Mio € auf CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand)).
- Die Auswertung enthält weder verbrieft Forderungen öffentlich-rechtlicher Emittenten noch Kredite, die sich grundsätzlich zum Ankauf durch solche Institutionen qualifizieren, da die Deutsche Bank diese als nicht kreditrisikosensitive Engagements erachtet. Auch tilgungsfreie und inverse tilgungsfreie Positionen, die negativ mit der Verschlechterung der Marktsituation korrelieren, sind aufgrund des Effekts eines reduzierten Anteils vorzeitiger Tilgungen auf die Position nicht enthalten. Durch eine niedrigere Rückzahlungsrate verlängert sich die durchschnittliche Laufzeit dieser tilgungsfreien Positionen, was wiederum zu einem höheren Wert infolge des längeren Zinszahlungszeitraums führt.
- Davon zum 30. Juni 2010 bezogen auf Alt-A minus 148 Mio €, Subprime minus 36 Mio €, Sonstige 14 Mio € und Handelspositionen (netto) 388 Mio €. Zum 31. März 2010 entfielen auf Alt-A minus 6 Mio €, Subprime minus 46 Mio €, Sonstige 201 Mio € und Handelspositionen (netto) 308 Mio €.
- Die in den Sonstigen Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt enthaltenen Wertanpassungen wurden adjustiert und berücksichtigen eine aktualisierte Berechnung des Kreditrisikos, die den Fair Value besser abbildet. Die Risikopositionen zum 31. März 2010 wurden um 375 Mio € auf 457 Mio € reduziert. Zum 30. Juni 2010 wurden die Risikopositionen ebenfalls auf dieser Basis ermittelt und reduzierten sich um 452 Mio € auf 219 Mio €.
- Davon zum 30. Juni 2010 Großbritannien 150 Mio €, Italien 27 Mio € und Deutschland 8 Mio €. Davon zum 31. März 2010 Großbritannien 138 Mio €, Italien 26 Mio € und Deutschland 8 Mio €.

Commercial-Real-Estate-Kredite⁽¹⁾

in Mio €	30.6.2010	31.3.2010
	(ungeprüft)	
Zum Fair Value bewertete Kredite, nach Risikoabbaumaßnahmen ⁽²⁾	1.750	1.581
Im Zusammenhang mit den Änderungen von IAS 39 umklassifizierte Kredite ⁽³⁾	5.320	5.184
Kredite im Zusammenhang mit dem Verkauf von Vermögenspositionen ⁽⁴⁾	2.423	2.205

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

- 1 Nicht enthalten sind das Handelsportfolio der Deutschen Bank aus Sekundärmarktpositionen in CMBS-Papieren, die aktiv gehandelt und bewertet werden, sowie Kredite, die seit Begebung unter den Forderungen aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen wurden.
- 2 Risikoabbaumaßnahmen umfassen Derivate und sonstige Transaktionen, die zum Zweck der Risikoreduzierung bei gewerblichen Krediten eingegangen wurden. Der darauf bezogene Fair Value belief sich zum 30. Juni 2010 auf 1,0 Mrd € (31. März 2010: 1,0 Mrd €).
- 3 Buchwert zum jeweiligen Stichtag.
- 4 Buchwert der Finanzierungen zum jeweiligen Stichtag, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Krediten seit dem 1. Januar 2008 bestehen. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Zweckgesellschaften“ enthalten.

Leveraged Finance⁽¹⁾

in Mio €	30.6.2010	31.3.2010
	(ungeprüft)	
Zum Fair Value bewertete Kredite	1.969	909
davon: seit 1. Januar 2008 begebene Kredite	1.942	876
Im Zusammenhang mit den Änderungen von IAS 39 umklassifizierte Kredite ⁽²⁾	5.776	5.808
Kredite im Zusammenhang mit dem Verkauf von Vermögenspositionen ⁽³⁾	6.624	6.072

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010.

- 1 Beinhaltet Kreditzusagen; nicht enthalten sind Kredite, die vor dem 1. Januar 2007 begeben und vor den Marktverwerfungen vereinbart wurden, sowie Kredite, die seit Entstehung unter den Forderungen aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen wurden.
- 2 Buchwert zum jeweiligen Stichtag.
- 3 Buchwert der Finanzierungen zum jeweiligen Stichtag, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Krediten seit dem 1. Januar 2008 bestehen. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Zweckgesellschaften“ enthalten.

Risikoposition gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite^{(1),(2)}

in Mio €	30.6.2010				31.3.2010			
	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen ⁽³⁾	Bewertungsanpassungen ⁽³⁾	Fair Value nach Bewertungsanpassungen ⁽³⁾	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen ⁽³⁾	Bewertungsanpassungen ⁽³⁾	Fair Value nach Bewertungsanpassungen ⁽³⁾
	(ungeprüft)				(ungeprüft)			
AA Monolines ⁽⁴⁾ :								
Sonstige Subprime	151	68	-6	62	143	61	-6	55
Alt-A	4.661	2.158	-432	1.726	4.433	1.840	-368	1.472
AA Monolines insgesamt	4.812	2.226	-438	1.788	4.576	1.901	-374	1.527

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

- 1 Ein Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“ von 73 Mio € zum 30. Juni 2010 (31. März 2010: 93 Mio €) ist nicht enthalten. Dieser Wert stellt eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Monolineversicherer dar.
- 2 Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch Credit Default Swaps mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.
- 3 Die Bewertungsanpassungen werden anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern für jeden Kontrahenten ermittelt, einschließlich potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz.
- 4 Die Zuordnung zu den Ratingklassen wurde auf Basis des jeweils niedrigeren verfügbaren Ratings von Standard & Poor's, Moody's oder der internen Ratings der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 beziehungsweise zum 31. März 2010 vorgenommen.

**Sonstige Risikoposition
gegenüber Monolineversicherern^{(1),(2)}**

in Mio €	30.6.2010				31.3.2010			
	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen ⁽³⁾	Bewertungsanpassungen ⁽³⁾ <i>(ungeprüft)</i>	Fair Value nach Bewertungsanpassungen ⁽³⁾	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungsanpassungen ⁽³⁾	Bewertungsanpassungen ⁽³⁾ <i>(ungeprüft)</i>	Fair Value nach Bewertungsanpassungen ⁽³⁾
AA Monolines⁽⁴⁾:								
TPS-CLO	3.304	921	-84	837	2.724	838	-77	761
CMBS	1.176	51	-5	46	1.064	57	-5	52
Corporate Single Name/ Corporate CDO	698	1	-	1	1.944	1	-	1
Studentenkredite	320	34	-3	31	290	33	-3	30
Sonstige	1.102	280	-26	254	942	261	-24	237
AA Monolines insgesamt	6.600	1.287	-118	1.169	6.963	1.189	-109	1.080
Nicht Investment Grade Monolines⁽⁴⁾:								
TPS-CLO	1.000	264	-97	167	919	251	-91	160
CMBS	6.395	714	-327	387	5.522	790	-346	444
Corporate Single Name/ Corporate CDO	2.512	15	-7	8	2.306	21	-10	11
Studentenkredite	1.430	760	-425	334	1.294	649	-370	279
Sonstige	1.960	323	-133	190	1.800	271	-96	175
Nicht Investment Grade Monolines insgesamt	13.297	2.076	-990	1.086	11.841	1.982	-913	1.069
Insgesamt	19.896	3.363	-1.108	2.255	18.803	3.171	-1.022	2.149

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

- Ein Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“ von 55 Mio € zum 30. Juni 2010 (31. März 2010: 54 Mio €) ist nicht enthalten. Dieser Wert stellt eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Monolineversicherer dar.
- Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch Credit Default Swaps mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.
- Die Bewertungsanpassungen werden anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern für jeden Kontrahenten ermittelt, einschließlich potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz.
- Die Zuordnung zu den Ratingklassen wurde auf Basis des jeweils niedrigeren verfügbaren Ratings von Standard & Poor's, Moody's oder der internen Ratings der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 beziehungsweise zum 31. März 2010 vorgenommen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Veränderung der Bewertungsanpassungen auf Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern vom 31. März 2010 bis zum 30. Juni 2010.

Bewertungsanpassungen in Mio €	2. Quartal 2010 <i>(ungeprüft)</i>
Bestand am Periodenanfang	1.396
Erhöhung	149 ⁽¹⁾
Bestand am Periodenende	1.545

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

- Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus Wechselkursveränderungen.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB)

in Mio €	2. Quartal (1.4. – 30.6.)		Veränderung in % <i>(ungeprüft)</i>	1. Halbjahr (1.1. – 30.6.)		Veränderung in % <i>(ungeprüft)</i>
	2010	2009		2010	2009	
Erträge insgesamt	1.070	654	64	1.706	1.320	29
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	32	8	N/A	28	9	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	560	459	22	1.081	897	20
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-	-	N/A	-	-	N/A
Ergebnis vor Steuern	478	187	155	597	414	44

N/A – nicht aussagefähig

Vergleich zweites Quartal 2010 (1. April bis 30. Juni) gegen zweites Quartal 2009

Das Ergebnis von GTB wurde im zweiten Quartal 2010 durch die erstmalige Konsolidierung des übernommenen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO in den Niederlanden positiv beeinflusst. Diese führte im Vergleich zum zweiten Quartal 2009 zu zusätzlichen Erträgen von 338 Mio €, von denen 208 Mio € auf einen vorläufigen negativen Goodwill entfielen, zusätzlicher Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 19 Mio € und zusätzlichen Zinsunabhängigen Aufwendungen von 104 Mio € (inklusive Integrationskosten).

Die Erträge lagen im zweiten Quartal 2010 mit 1,1 Mrd € um 416 Mio € (64 %) über dem Wert des Vorjahresquartals. Ohne Berücksichtigung des Effekts aus der vorgenannten Akquisition resultierte dieser Anstieg insbesondere aus dem anhaltenden Wachstum im Bereich Trade Finance, das auf die gestiegene Nachfrage nach Finanzierungsprodukten in Deutschland und der Region Asien/Pazifik zurückzuführen war. Trust & Securities Services erzielte stark gestiegene Provisionseinnahmen, hauptsächlich im Wertpapierverwahrungsgeschäft, die Belastungen durch das anhaltend niedrige Zinsniveau ausglich. Letzteres beeinflusste auch das Ergebnis im Cash Management negativ.

Bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wies GTB im zweiten Quartal 2010 eine Nettozuführung von 32 Mio € aus. Der Anstieg von 24 Mio € gegenüber dem zweiten Quartal 2009 beinhaltete 19 Mio € im Zusammenhang mit dem von ABN AMRO in den Niederlanden übernommenen Firmenkundengeschäft.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen von 560 Mio € im zweiten Quartal 2010 lagen um 102 Mio € (22 %) über dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Diese Entwicklung ist vor allem auf Integrationskosten und die erstmalige Konsolidierung der von ABN AMRO übernommenen Geschäftsaktivitäten in den Niederlanden zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung dieses Effekts blieben die Zinsunabhängigen Aufwendungen nahezu unverändert.

Der Gewinn vor Steuern betrug im zweiten Quartal 2010 478 Mio € und lag damit um 291 Mio € (155 %) über dem Wert des Vorjahresquartals.

Vergleich erstes Halbjahr 2010 (1. Januar bis 30. Juni) gegen erstes Halbjahr 2009

Das Ergebnis von GTB wurde im ersten Halbjahr 2010 durch die vorgenannte erstmalige Konsolidierung des übernommenen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO positiv beeinflusst.

Die Erträge lagen im ersten Halbjahr 2010 mit 1,7 Mrd € um 386 Mio € (29 %) über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Ohne Berücksichtigung des Effekts aus der vorgenannten Akquisition resultierte dieser Anstieg insbesondere aus dem anhaltenden Wachstum im Bereich Trade Finance, das auf die gestiegene Nachfrage nach komplexeren Finanzierungsprodukten in Deutschland, der Region Asien/Pazifik sowie in Nord- und Südamerika zurückzuführen war. Trust & Securities Services erzielte höhere Provisionseinnahmen, hauptsächlich im Wertpapierverwahrungsgeschäft, die Belastungen durch das anhaltend niedrige Zinsniveau ausglich. Letzteres beeinflusste auch das Ergebnis im Cash Management negativ.

Bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurde in GTB im ersten Halbjahr 2010 eine Nettozuführung von 28 Mio € ausgewiesen. Der Anstieg von 19 Mio € gegenüber den ersten sechs Monaten 2009 stand vorwiegend im Zusammenhang mit den von ABN AMRO übernommenen Geschäftsaktivitäten in den Niederlanden.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im ersten Halbjahr 2010 mit 1,1 Mrd € um 184 Mio € (20 %) über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Dieser Anstieg war überwiegend auf Integrationskosten und die erstmalige Konsolidierung der vorgenannten Akquisition sowie auf eine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte im Zusammenhang mit dem Kundenportfolio eines erworbenen inländischen Wertpapierverwahrungsgeschäfts zurückzuführen. Darüber hinaus trugen höhere Aufwendungen für leistungsabhängige Vergütungen und höhere regulatorische Kosten zu dem Anstieg bei.

Der Gewinn vor Steuern betrug im ersten Halbjahr 2010 597 Mio € und lag damit um 183 Mio € (44 %) über dem Wert der ersten sechs Monate 2009.

Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM)

in Mio €	2. Quartal		Veränderung in % (ungeprüft)	1. Halbjahr		Veränderung in % (ungeprüft)
	(1.4. – 30.6.)			(1.1. – 30.6.)		
	2010	2009		2010	2009	
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>			<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		
Erträge insgesamt	2.414	2.031	19	4.726	3.927	20
Risikovorsorge im Kreditgeschäft . . .	175	221	-21	349	391	-11
Zinsunabhängige Aufwendungen . . .	1.961	1.841	7	3.896	3.538	10
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-0	-1	-96	1	-5	N/A
Ergebnis vor Steuern	278	-30	N/A	480	3	N/A

N/A – nicht aussagefähig

Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM)

in Mio €	2. Quartal		Veränderung in % (ungeprüft)	1. Halbjahr		Veränderung in % (ungeprüft)
	(1.4. – 30.6.)			(1.1. – 30.6.)		
	2010	2009		2010	2009	
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>			<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		
Erträge insgesamt	969	617	57	1.869	1.131	65
Risikovorsorge im Kreditgeschäft . . .	4	4	-2	8	9	-7
Zinsunabhängige Aufwendungen . . .	921	700	32	1.803	1.386	30
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-0	-1	-91	1	-5	N/A
Ergebnis vor Steuern	45	-85	N/A	57	-258	N/A

N/A – nicht aussagefähig

Vergleich zweites Quartal 2010 (1. April bis 30. Juni) gegen zweites Quartal 2009

Im zweiten Quartal 2010 beliefen sich die Erträge im Unternehmensbereich AWM auf 969 Mio €. Dies entspricht einem Anstieg von 352 Mio € (57 %) gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres. Im zweiten Quartal 2010 waren 148 Mio € Erträge der Sal. Oppenheim Gruppe (inklusive BHF Bank AG) enthalten, die im ersten Quartal 2010 erstmals konsolidiert wurde. Die Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/ Fund Management stiegen im Geschäftsbereich Asset Management (AM) um 39 Mio € (10 %) und im Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) um 62 Mio € (92 %) gegenüber dem zweiten Quartal 2009. Diese Entwicklung resultierte hauptsächlich aus einem günstigeren Marktumfeld, verbesserten volumensabhängigen Provisionseinnahmen infolge gestiegener Marktwerte sowie der Abschwächung des Euros. Die Erträge im Beratungs-/Brokeragegeschäft verbesserten sich im zweiten Quartal 2010 gegenüber dem zweiten Quartal 2009 um 57 Mio € (34 %) auf 226 Mio € und spiegelten hauptsächlich eine gestiegene Kundenaktivität wider. Die Erträge im Kreditgeschäft erhöhten sich im zweiten Quartal 2010 um 39 Mio € (66 %) auf 99 Mio €, was in erster Linie auf gestiegene Kreditvolumina, verbesserte Margen und die Abschwächung des Euros zurückzuführen war. Im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr gingen die Erträge gegenüber dem zweiten Quartal 2009 infolge deutlich gesunkener Einlagenmargen um 23 Mio € (44 %) auf 30 Mio € zurück. Die Erträge aus Sonstigen Produkten betrugen im zweiten Quartal 2010 62 Mio € gegenüber negativen 116 Mio € im Vorjahresquartal. Das zweite Quartal 2010 wurde durch Erträge der Sal. Oppenheim Gruppe begünstigt. Das Vergleichsquartal des Vorjahres enthielt dagegen Abschreibungen in Höhe von 110 Mio € auf RREEF-Investments in AM.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen im zweiten Quartal 2010 in Höhe von 921 Mio € lagen um 221 Mio € (32 %) über dem Wert des Vorjahresquartals. Der Anstieg enthielt 235 Mio € im Zusammenhang mit der Sal. Oppenheim Gruppe, der durch niedrigere Aufwendungen infolge von Personalabbau in AM teilweise ausgeglichen wurde.

AWM verzeichnete im zweiten Quartal 2010 einen Gewinn vor Steuern in Höhe von 45 Mio € nach einem Verlust vor Steuern in Höhe von 85 Mio € im Vergleichsquartal des Vorjahres.

Die Invested Assets in AWM stiegen im zweiten Quartal 2010 gegenüber dem zweiten Quartal 2009 um 17 Mrd € auf 870 Mrd €. Von diesem Anstieg entfielen 38 Mrd € auf die Abschwächung des Euros, der negative Marktwertentwicklungen von 9 Mrd € gegenüberstanden. AM verzeichnete Nettomittelabflüsse von 12 Mrd €,

im Wesentlichen bei Geldmarktprodukten in den USA im Rahmen allgemeiner Branchentrends. In PWM beliefen sich die Nettomittelabflüsse auf 3 Mrd €.

Vergleich erstes Halbjahr 2010 (1. Januar bis 30. Juni) gegen erstes Halbjahr 2009

Im ersten Halbjahr 2010 lagen die Erträge in AWM mit 1,9 Mrd € um 738 Mio € (65 %) deutlich über dem Wert des ersten Halbjahres 2009. Das erste Halbjahr 2010 beinhaltete 291 Mio € Erträge der Sal. Oppenheim Gruppe, die im ersten Quartal 2010 erstmals konsolidiert wurde. Die Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management stiegen in der ersten Jahreshälfte 2010 in AM um 90 Mio € (12 %) und in PWM um 113 Mio € (87 %) gegenüber dem ersten Halbjahr 2009. Diese Entwicklungen spiegelten die verbesserten Marktbedingungen und höhere volumensabhängige Provisionseinnahmen wider. Die Erträge im Beratungs-/Brokeragegeschäft verbesserten sich im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem ersten Halbjahr 2009 um 92 Mio € (27 %) auf 431 Mio €, was hauptsächlich auf gestiegene Transaktionsvolumina zurückzuführen war. Die Erträge im Kreditgeschäft erhöhten sich gegenüber dem ersten Halbjahr 2009 um 61 Mio € (53 %), was hauptsächlich aus gestiegenen Volumina und Margen resultierte und von der Aufwertung des US-Dollars begünstigt wurde. Im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr sanken die Erträge im ersten Halbjahr 2010 um 26 Mio € (29 %) auf 63 Mio €, hauptsächlich aufgrund sinkender Margen infolge des niedrigen Zinsniveaus. Die Erträge aus Sonstigen Produkten beliefen sich im ersten Halbjahr 2010 auf 142 Mio € gegenüber negativen Erträgen von 267 Mio € im Vorjahreszeitraum. Das erste Halbjahr 2010 wurde durch Erträge der Sal. Oppenheim Gruppe begünstigt. Der Vergleichszeitraum des Vorjahres enthielt dagegen Abschreibungen in Höhe von 230 Mio € auf RREEF-Investments in AM.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im ersten Halbjahr 2010 mit 1,8 Mrd € um 417 Mio € (30 %) über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Diese Entwicklung enthielt 420 Mio € im Zusammenhang mit der Konsolidierung der Sal. Oppenheim Gruppe. Der Personalaufwand in AM ging im Vergleich zum ersten Halbjahr 2009 um 13 Mio € (4 %) zurück, hauptsächlich infolge niedrigerer Abfindungszahlungen im Vergleich zum Vergleichszeitraum 2009.

AWM verzeichnete im ersten Halbjahr 2010 einen Gewinn vor Steuern in Höhe von 57 Mio € nach einem Verlust vor Steuern in Höhe von 258 Mio € im ersten Halbjahr des Vorjahres. Die ersten sechs Monate 2010 enthielten einen Verlust vor Steuern von 135 Mio € im Zusammenhang mit der Konsolidierung der Sal. Oppenheim Gruppe.

Die Invested Assets in AWM beliefen sich zum 30. Juni 2010 auf 870 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg von 185 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2009. In PWM stiegen die Invested Assets um 130 Mrd € auf 319 Mrd €. Diese Entwicklung beinhaltete 112 Mrd € höhere Invested Assets im Zusammenhang mit der Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe und Nettomittelzuflüsse von 2 Mrd €. AM verzeichnete mit 551 Mrd € um 55 Mrd € höhere Invested Assets. Davon entfielen 41 Mrd € auf die Abschwächung des Euros und weitere 14 Mrd € auf die Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe.

Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC)

in Mio €	2. Quartal		Veränderung in %	1. Halbjahr		Veränderung in %
	(1.4. – 30.6.)			(1.1. – 30.6.)		
	2010	2009		2010	2009	
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		<i>(ungeprüft)</i>
Erträge insgesamt	1.444	1.414	2	2.857	2.795	2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft . . .	171	217	-21	340	382	-11
Zinsunabhängige Aufwendungen . . .	1.040	1.141	-9	2.093	2.152	-3
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	175	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	233	55	N/A	423	262	61

N/A – nicht aussagefähig

Vergleich zweites Quartal 2010 (1. April bis 30. Juni) gegen zweites Quartal 2009

Die Erträge in PBC lagen im zweiten Quartal 2010 mit 1,4 Mrd € um 30 Mio € (2 %) über dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Im Kreditgeschäft stiegen die Erträge im zweiten Quartal 2010 um 24 Mio € (4 %) gegenüber dem zweiten Quartal 2009. Dieser Anstieg resultierte aus verbesserten Erträgen aufgrund höherer Hypothekenkreditvolumina und wurde durch geringere Erträge aus dem Vertrieb kreditbezogener Versicherungsprodukte teilweise kompensiert. Im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr wurde eine Rekordmarke erreicht. Die Erträge wuchsen im zweiten Quartal 2010 infolge höherer Einlagenmargen um 27 Mio € (6 %) gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Erträge im Beratungs-/Brokeragegeschäft stiegen um 6 Mio € (3 %) in erster Linie aufgrund gestiegener Erträge aus der Vermittlung von Versicherungsprodukten für die Altersvorsorge. Die Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management erhöhten

sich um 12 Mio € (17 %) infolge stabilerer Ertragsströme. Die Erträge aus Sonstigen Produkten gingen im zweiten Quartal 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 39 Mio € (33 %) zurück. Diese Entwicklung war vor allem auf die erwartete Normalisierung der Ergebnisse aus der Aktiv- und Passivsteuerung in PBC zurückzuführen. Dieser Rückgang wurde durch eine Dividendenzahlung aus dem Investment in Hua Xia Bank Co. Ltd. teilweise ausgeglichen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft fiel im zweiten Quartal 2010 gegenüber dem Vorjahresquartal um 47 Mio € (21 %) auf 171 Mio €. Die auf Portfolio- und Länderebene getroffenen Maßnahmen führten in allen wesentlichen Kreditportfolien zu einer erheblich niedrigeren Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Dieser Rückgang wurde durch einen Anstieg im Konsumentenkreditgeschäft in Polen teilweise ausgeglichen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betragen im zweiten Quartal 2010 1,0 Mrd € und lagen damit um 101 Mio € (9 %) unter dem Wert des Vorjahresquartals. Dieser Rückgang resultierte im Wesentlichen aus niedrigeren Abfindungszahlungen, die sich im zweiten Quartal 2009 auf 150 Mio € beliefen und im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Effizienzverbesserung der Geschäftsplattform standen. Dieser Rückgang wurde durch Aufwendungen für strategische Projekte im zweiten Quartal 2010 teilweise ausgeglichen.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich im zweiten Quartal 2010 auf 233 Mio € und lag damit um 178 Mio € über dem Wert des Vorjahresquartals.

Die Invested Assets beliefen sich zum 30. Juni 2010 auf 192 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang um 5 Mrd € gegenüber dem 31. März 2010, wovon 3 Mrd € auf negative Marktwertentwicklungen und 2 Mrd € auf Nettomittelabflüsse entfielen.

Die Kundenzahl von PBC belief sich auf insgesamt 14,5 Millionen. Im Verlauf des zweiten Quartals 2010 wuchs die Kundenzahl von PBC um rund 18.000 (netto).

Vergleich erstes Halbjahr 2010 (1. Januar bis 30. Juni) gegen erstes Halbjahr 2009

Im ersten Halbjahr 2010 lagen die Erträge in PBC mit 2,9 Mrd € um 61 Mio € (2 %) über dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Im Kreditgeschäft stiegen die Erträge um 33 Mio € (3 %) gegenüber dem ersten Halbjahr 2009. Dieser Anstieg resultierte aus höheren Erträgen aus Hypothekenkrediten und wurde durch geringere Erträge aus dem Vertrieb kreditbezogener Versicherungsprodukte teilweise kompensiert. Im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr wuchsen die Erträge infolge höherer Einlagenmargen um 67 Mio € (8 %). Die Erträge im Beratungs-/Brokeragegeschäft verringerten sich geringfügig um 5 Mio € (1 %), in erster Linie aufgrund niedrigerer Erlöse aus dem Verkauf geschlossener Fonds. Dieser Rückgang wurde durch den Anstieg der Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management um 63 Mio € (57 %) infolge stabilerer Ertragsströme mehr als ausgeglichen. Die Erträge aus Sonstigen Produkten gingen im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 98 Mio € (38 %) zurück. Diese Entwicklung war vor allem auf die erwartete Normalisierung der Ergebnisse aus der Aktiv- und Passivsteuerung in PBC zurückzuführen. Das erste Halbjahr 2009 enthielt einen Verkaufsgewinn aus einem zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft fiel im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 41 Mio € (11 %) auf 340 Mio €. Die auf Portfolio- und Länderebene getroffenen Maßnahmen führten zu einer erheblich niedrigeren Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Spanien und Indien, was durch einen Anstieg im Konsumentenkreditgeschäft in Polen teilweise kompensiert wurde. Die Überarbeitung von Parametern und Modellannahmen im Geschäftsjahr 2009 führte im ersten Quartal 2009 zu einem Einmaleffekt von 60 Mio € aus der Auflösung von Wertberichtigungen sowie zu einer niedrigeren Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von 28 Mio € im ersten Quartal 2010.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im ersten Halbjahr 2010 mit 2,1 Mrd € um 58 Mio € (3 %) unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Das erste Halbjahr 2009 enthielt Abfindungszahlungen infolge von Maßnahmen zur Effizienzverbesserung der Geschäftsplattform. Im ersten Halbjahr 2010 enthielten die Zinsunabhängigen Aufwendungen 18 Mio € im Zusammenhang mit strategischen Projekten.

Der Gewinn vor Steuern belief sich im ersten Halbjahr 2010 auf 423 Mio € und lag damit um 161 Mio € (61 %) über dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Die Invested Assets beliefen sich zum 30. Juni 2010 auf 192 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang von 2 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2009. Die Mittelabflüsse von 2 Mrd € waren vor allem auf Fälligkeiten von Termineinlagen zurückzuführen. Darüber hinaus waren negative Marktwertentwicklungen von rund 1 Mrd € zu verzeichnen.

Im Verlauf des ersten Halbjahres 2010 ging die Kundenzahl von PBC um rund 65.000 (netto) zurück, was insbesondere mit den vorgenannten Fälligkeiten von Termineinlagen im Zusammenhang stand.

Konzernbereich Corporate Investments (CI)

in Mio €	2. Quartal		Veränderung in % (ungeprüft)	1. Halbjahr		Veränderung in % (ungeprüft)
	(1.4. – 30.6.)			(1.1. – 30.6.)		
	2010	2009		2010	2009	
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>			<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		
Erträge insgesamt	44	660	-93	196	813	-76
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-8	-0	N/A	-10	-0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	117	284	-59	223	373	-40
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-1	-1	-28	-1	-1	30
Ergebnis vor Steuern	-64	377	N/A	-16	441	N/A

N/A – nicht aussagefähig

Vergleich zweites Quartal 2010 (1. April bis 30. Juni) gegen zweites Quartal 2009

Die Erträge in CI beliefen sich im zweiten Quartal 2010 auf 44 Mio € und beinhalteten 116 Mio € im Zusammenhang mit der Deutschen Postbank AG sowie 39 Mio € aus dem Verkauf von Beteiligungen. Dem stand eine Abschreibung von 124 Mio € auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ gegenüber. Im zweiten Quartal 2009 beliefen sich die Erträge auf 660 Mio €. Diese enthielten unter anderem 519 Mio € im Zusammenhang mit der Deutschen Postbank AG, 132 Mio € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen sowie Gewinne aus der Option der Deutschen Bank zur Erhöhung ihrer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betragen im zweiten Quartal 2010 117 Mio € und lagen damit um 167 Mio € unter dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Das zweite Quartal 2009 beinhaltete eine Goodwillabschreibung in Höhe von 151 Mio € auf die Beteiligung an Maher Terminals LLC.

Der Verlust vor Steuern belief sich im zweiten Quartal 2010 auf 64 Mio € im Vergleich zu einem Gewinn vor Steuern von 377 Mio € im Vorjahresquartal.

Vergleich erstes Halbjahr 2010 (1. Januar bis 30. Juni) gegen erstes Halbjahr 2009

Im ersten Halbjahr 2010 beliefen sich die Erträge in CI auf 196 Mio € und beinhalteten 263 Mio € im Zusammenhang mit der Deutschen Postbank AG sowie 39 Mio € aus dem Verkauf von Beteiligungen. Dem stand die vorgenannte Abschreibung auf die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ gegenüber. In den ersten sechs Monaten 2009 lagen die Erträge bei 813 Mio €. Darin enthalten waren 821 Mio € im Zusammenhang mit der Deutschen Postbank AG, 192 Mio € aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen sowie Marktwertgewinne aus der Option der Deutschen Bank zur Erhöhung ihrer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. Diesen Gewinnen im Vorjahreszeitraum standen Abschreibungen von 302 Mio € auf die Industriebeteiligungen der Deutschen Bank gegenüber.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betragen im zweiten Quartal 2010 223 Mio € und lagen damit um 150 Mio € unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dieser Rückgang war in erster Linie auf die vorgenannte Goodwillabschreibung im ersten Halbjahr 2009 zurückzuführen.

Der Verlust vor Steuern belief sich in der ersten Jahreshälfte 2010 auf 16 Mio € im Vergleich zu einem Gewinn vor Steuern von 441 Mio € im Vorjahreszeitraum.

Consolidation & Adjustments (C&A)

in Mio €	2. Quartal		Veränderung in % (ungeprüft)	1. Halbjahr		Veränderung in % (ungeprüft)
	(1.4. – 30.6.)			(1.1. – 30.6.)		
	2010	2009		2010	2009	
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>			<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		
Erträge insgesamt	-6	-50	-88	-99	217	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft.	0	-0	N/A	-0	-0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	-52	-25	106	35	66	-47
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-6	17	N/A	-21	20	N/A
Ergebnis vor Steuern	53	-41	N/A	-112	132	N/A

N/A – nicht aussagefähig

Vergleich zweites Quartal 2010 (1. April bis 30. Juni) gegen zweites Quartal 2009

Im zweiten Quartal 2010 verzeichnete C&A einen Gewinn vor Steuern von 53 Mio € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 41 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Diese Ergebnisverbesserung war unter anderem auf eine deutliche Reduzierung von negativen Effekten zurückzuführen, die sich aus unterschiedlichen Bilanzierungsmethoden zwischen der Managementberichterstattung und IFRS für ökonomisch abgesicherte Positionen ergaben. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf im Jahresvergleich geringere Volatilitäten bei kurzfristigen Zinssätzen im Euro- und US-Dollar-Raum zurückzuführen. Darüber hinaus wurden im zweiten Quartal 2010 Marktwertgewinne auf bestimmte eigene Verbindlichkeiten erfasst, die auf Änderungen der Credit Spreads der Deutschen Bank zurückzuführen waren. Im zweiten Quartal 2009 war hier ein Verlust angefallen. Zudem wurden im zweiten Quartal 2009 Gewinne aus Derivaten ausgewiesen, mit denen Auswirkungen aus aktienbasierten Vergütungsplänen auf das Eigenkapital abgesichert wurden.

Vergleich erstes Halbjahr 2010 (1. Januar bis 30. Juni) gegen erstes Halbjahr 2009

Im ersten Halbjahr 2010 verzeichnete C&A einen Verlust vor Steuern von 112 Mio € gegenüber einem Gewinn vor Steuern von 132 Mio € im ersten Halbjahr 2009. Diese Entwicklung war in erster Linie auf die vorgenannten Gewinne aus Derivaten im ersten Halbjahr 2009 zurückzuführen.

- *Die Angaben im Abschnitt „Ertragslage—Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2008 und 2007 (siehe Registrierungsformular S. 84 ff.) werden im Unterabschnitt „Konzernergebnisse—Zinsunabhängige Aufwendungen“ wie nachstehend berichtigt. Auf S. 88 wird im zweiten Absatz von oben der erste Satz nach der Zwischenüberschrift „Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.“ wie folgt neu gefasst:*

Der Ertrag von 252 Mio € im Jahr 2008 nach Aufwendungen von 193 Mio € in 2007 resultierte im Wesentlichen aus der bereits genannten Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited.

Zweckgesellschaften

Die Angaben im Abschnitt „Zweckgesellschaften“ (siehe Registrierungsformular, S. 99 ff.) werden wie nachstehend beschrieben aktualisiert und ergänzt:

- *Auf S. 100 wird der erste Absatz wie folgt aktualisiert und neu gefasst:*

Die nachfolgenden Abschnitte zeigen Details zu den Vermögenswerten (nach Konsolidierungsbuchungen) der von der Deutschen Bank konsolidierten SPEs sowie die maximal verbleibenden zu finanzierenden Risikopositionen gegenüber bestimmten nicht konsolidierten SPEs. Diese sollten zusammen mit dem in der Wertpapierbeschreibung abgedruckten Abschnitt „—Ertragslage—Vergleich der jeweils zum 30. Juni endenden Halbjahre und zweiten Quartale 2010 und 2009—Segmentüberblick—Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB)—Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S)—Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten“ sowie den im Registrierungsformular abgedruckten Abschnitten „—Ertragslage—Vergleich der jeweils zum 31. März endenden ersten Quartale 2010 und 2009—Segmentüberblick—Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB)—Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten“ sowie „—Ertragslage—Vergleich der Geschäftsjahre jeweils endend zum 31. Dezember 2009 und 2008—Segmentergebnisse—Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB)—Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten“ gelesen werden.

- Auf S. 100 ist unmittelbar unter der Überschrift „Vermögenswerte von konsolidierten SPEs“ die folgende Tabelle einzufügen:

30.6.2010 (ungeprüft)	Art des Vermögenswerts					
	Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ⁽¹⁾	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
in Mio €						
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	–	309	15.640	–	32	15.981
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen	3.577	–	1.123	4	56	4.760
Von Dritten gesponserte Verbriefungen	212	–	552	3	79	846
Repackaging und Investmentprodukte	6.080	2.030	35	1.801	600	10.546
Investmentfonds	5.799	56	–	651	635	7.141
Strukturierte Transaktionen	2.730	113	5.217	67	354	8.481
Operative Einheiten	1.949	3.654	2.133	528	3.248	11.512
Sonstige	308	207	633	60	444	1.652
Insgesamt	20.655	6.369	25.333	3.114	5.448	60.919

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

1 Der Fair Value der Derivatepositionen betrug 240 Mio €.

- Auf S. 103 ist unmittelbar unter der Überschrift „Risikopositionen mit nicht konsolidierten SPEs“ die folgende Tabelle einzufügen:

Maximal verbleibende zu finanzierende Risikoposition

in Mrd €	30.6.2010	31.3.2010
	(ungeprüft)	
Kategorie:		
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	2,7	2,9
ABCP-Conduits Dritter	2,7	2,5
Von Dritten gesponserte Verbriefungen		
US-amerikanische ⁽¹⁾	4,5	3,5
Nicht US-amerikanische	0,9	1,0
Garantierte Investmentfonds	12,0	11,6
Immobilienleasingfonds	0,8	0,8

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

1 Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus im zweiten Quartal 2010 neu gewährten Kreditlinien sowie aus Wechselkursveränderungen.

Vermögenslage

Die Angaben im Abschnitt „Vermögenslage“ (siehe Registrierungsformular, S. 106 ff.) werden wie nachstehend beschrieben aktualisiert und ergänzt.

- Auf S. 106 ist unmittelbar unter der Überschrift „Vermögenslage“ der folgende Vergleich der Vermögenslage der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 und 31. Dezember 2009 einzufügen:

Vergleich zum 30. Juni 2010 und 31. Dezember 2009

Die folgende Tabelle zeigt Informationen zur Entwicklung der Vermögenslage der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 und 31. Dezember 2009 auf Basis des Konzernzwischenabschlusses der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 (mit Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2009).

in Mio €	30. Juni 2010	31. Dezember 2009
	<i>(prüferisch durchgesehen, sofern nicht anders angegeben)</i>	
Barreserve	13.437	9.346
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	66.410	47.233
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	58.789	50.329
Handelsaktiva	272.874	234.910
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	802.709	596.410
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte ⁽¹⁾	165.830	134.000
Forderungen aus dem Kreditgeschäft.	288.141	258.105
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	156.965	93.452
Übrige Aktiva	100.500 ⁽²⁾	76.879 ⁽²⁾
Summe der Aktiva	1.925.655	1.500.664
Einlagen.	411.985	344.220
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	41.215	51.059
Handelspassiva.	72.016	64.501
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	787.011	576.973
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen ⁽³⁾	124.529	73.522
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	55.654	42.897
Langfristige Verbindlichkeiten	147.184	131.782
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	164.957	110.797
Übrige Passiva	78.533 ⁽²⁾	66.944 ⁽²⁾
Summe der Verbindlichkeiten	1.883.084	1.462.695
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	42.571	37.969

1 Beinhaltet zum Fair Value klassifizierte Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) in Höhe von 115.118 Mio € zum 30. Juni 2010 (31. Dezember 2009: 89.977 Mio €) und zum Fair Value klassifizierte Forderungen aus Wertpapierleihen in Höhe von 25.067 Mio € zum 30. Juni 2010 (31. Dezember 2009: 19.987 Mio €).

2 Ungeprüft. Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010.

3 Beinhaltet zum Fair Value klassifizierte Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) in Höhe von 101.503 Mio € zum 30. Juni 2010 (31. Dezember 2009: 52.795 Mio €).

Aktiva und Verbindlichkeiten

Die Summe der Aktiva des Deutsche Bank-Konzerns zum 30. Juni 2010 betrug 1.926 Mrd €. Der Anstieg um 425 Mrd € (28 %) gegenüber dem 31. Dezember 2009 war im Wesentlichen zurückzuführen auf positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, Effekte aus Wechselkursveränderungen, Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung sowie auf die Konsolidierung der Sal. Oppenheim Gruppe und bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO. Die Summe der Verbindlichkeiten stieg im gleichen Zeitraum um 420 Mrd € auf 1.883 Mrd €.

Die Veränderung der Wechselkurse, insbesondere zwischen dem US-Dollar und dem Euro, trug mehr als ein Drittel zu dem gesamten Anstieg der Bilanzsumme der Deutschen Bank im ersten Halbjahr 2010 bei.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten stiegen gegenüber dem 31. Dezember 2009 um 206 Mrd € beziehungsweise 210 Mrd €, insbesondere durch absinkende langfristige Zinssätze. Die Forderungen und Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung erhöhten sich im Vergleich zum 31. Dezember 2009 um 64 Mrd € beziehungsweise 54 Mrd € durch einen Volumenanstieg gegenüber typischerweise niedrigeren Niveaus zum Jahresende.

Die Handelsaktiva und -passiva nahmen im ersten Halbjahr 2010 um 38 Mrd € sowie 8 Mrd € zu. Die zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerte erhöhten sich um 32 Mrd €, während die zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verbindlichkeiten um 51 Mrd € anstiegen. Beide Entwicklungen waren insbesondere auf Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) zurückzuführen.

Die verzinslichen Einlagen bei Kreditinstituten stiegen gegenüber dem 31. Dezember 2009 um 19 Mrd €. Die Forderungen aus dem Kreditgeschäft erhöhten sich um 30 Mrd € auf 288 Mrd €, teilweise aufgrund von Effekten aus Währungskursveränderungen sowie aufgrund der zuvor genannten Konsolidierungen. Die

Einlagen stiegen um 68 Mrd € sowohl infolge dieser Konsolidierungen als auch durch eine Erhöhung der Einlagen von Banken in CB&S. Die Langfristigen Verbindlichkeiten beliefen sich zum 30. Juni 2010 auf 147 Mrd € und erhöhten sich damit um 15 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2009.

Bilanzmanagement

Die Deutsche Bank steuert ihre Bilanz auf konsolidierter und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen auf lokaler Basis. Bei der Allokation von Finanzressourcen steht die Unterstützung profitabler Geschäftsbereiche, die den größtmöglichen positiven Effekt auf die Rentabilität und den Shareholder Value der Deutschen Bank aufweisen, im Vordergrund. Die Bilanzmanagement-Funktion der Deutschen Bank im Bereich Finance hat das Mandat zur Überwachung und Analyse von Bilanzentwicklungen sowie zur Verfolgung bestimmter vom Markt wahrgenommener Bilanzkennzahlen. Auf dieser Basis initiiert die Bank Diskussionen und Managemententscheidungen des Capital and Risk Committee. Die Bank beobachtet die Entwicklungen der Bilanz nach IFRS, fokussiert ihr Bilanzmanagement jedoch in erster Linie auf pro-forma ermittelte Werte, auf deren Basis auch die Relation der Bilanzsumme der Deutschen Bank zum Eigenkapital (Leverage Ratio) gemäß Zielgrößendefinition bestimmt wird. Zum 30. Juni 2010 hat die Deutsche Bank ihre Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition gegenüber dem 31. Dezember 2009 unverändert bei 23 und damit weiterhin deutlich unter der Zielgröße von 25 gehalten. Dabei wurde der beobachtete Anstieg der pro-forma bilanzierten Aktiva durch ein höheres bereinigtes Eigenkapital kompensiert. Die Leverage Ratio gemäß der Zielgrößendefinition der Deutschen Bank wird auf Basis von adjustierten gesamten Aktiva und dem Eigenkapital der Deutschen Bank berechnet. Die Leverage Ratio der Deutschen Bank berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 45 zum 30. Juni 2010 gegenüber 40 zum 31. Dezember 2009, was auf den Anstieg der Aktiva nach IFRS zurückzuführen war. Eine tabellarische Darstellung der Entwicklung der Leverage Ratio und der vorgenommenen Adjustierungen auf Basis von ermittelten pro-forma Werten ist in dieser Wertpapierbeschreibung unter „Leverage Ratio (Zielgrößendefinition)“ im Abschnitt „Allgemeine Angaben—Hinweise zu nicht nach IFRS ermittelten Zielgrößen“ enthalten.

Fair-Value-Hierarchie – Bewertungsverfahren mittels nicht beobachtbarer Parameter

Die Buchwerte der zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente der Deutschen Bank sind gemäß der IFRS-Fair-Value-Hierarchie wie folgt aufgeteilt: notierte Preise in einem aktiven Markt („Level 1“), Bewertungsverfahren mittels beobachtbarer Parameter („Level 2“) oder Bewertungsverfahren mittels eines oder mehrerer signifikanter nicht beobachtbarer Parameter („Level 3“). Die Level-3-Vermögenswerte umfassen komplexe OTC-Derivate, illiquide Kredite und bestimmte strukturierte Anleihen.

Der Bilanzwert der Level-3-Vermögenswerte der Deutschen Bank belief sich zum 30. Juni 2010 auf 58 Mrd €, was 5 % der Gesamtsumme der zum Fair Value ausgewiesenen Vermögenswerte entsprach (31. März 2010: 56 Mrd € beziehungsweise 5 %). Die Level-3-Vermögenswerte nahmen im zweiten Quartal 2010 um 2 Mrd € zu. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf Marktwertveränderungen aus derivativen Finanzinstrumenten zurückzuführen, die aus höheren Kreditrisikoaufschlägen und Wechselkursveränderungen aus der Umrechnung bestimmter in US-Dollar denominierter Vermögenswerte in Euro zum Bilanzstichtag resultierten.

Der Bilanzwert der Level-3-Verpflichtungen betrug zum 30. Juni 2010 20 Mrd €, was 2 % der Gesamtsumme der zum Fair Value ausgewiesenen Verpflichtungen entsprach (31. März 2010: 19 Mrd € beziehungsweise 2 %).

Eigenkapital

Das Eigenkapital des Deutsche Bank-Konzerns stieg zum 30. Juni 2010 auf 42,6 Mrd € und lag damit um 4,6 Mrd € (12 %) über dem Wert zum 31. Dezember 2009 von 38,0 Mrd €. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis von 2,9 Mrd € und aus nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfassten Gewinnen von 2,6 Mrd €. Diese positive Entwicklung wurde durch Dividendenzahlungen in Höhe von 465 Mio € und eine Abnahme der Anteile ohne beherrschenden Einfluss um 289 Mio € teilweise ausgeglichen. Die vorgenannten, nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfassten Gewinne waren vorwiegend auf positive Effekte aus Wechselkursänderungen in Höhe von 2,3 Mrd € (vor allem US-Dollar) und auch auf unrealisierte Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten von 251 Mio € zurückzuführen.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die Tier-1-Kapitalquote belief sich zum 30. Juni 2010 auf 11,3 % und lag damit über dem Wert von 11,2 % zum Ende des ersten Quartals 2010 und weiterhin deutlich über der veröffentlichten Zielgröße der Deutschen Bank von 10 %. Die Konsolidierung bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO führte mit einem Anstieg der Risikoaktiva um 8 Mrd € im Quartalsvergleich und einer Reduzierung des Tier-1-Kapitals um 0,2 Mrd € zu einer Verringerung der Tier-1-Kapitalquote der Deutschen Bank um 35 Basispunkte. Die Tier-1-Kapitalquote ohne Berücksichtigung hybrider Kapitalbestandteile betrug zum 30. Juni 2010 7,5 % und war damit unverändert zum Ende des ersten Quartals 2010. Das Tier-1-Kapital betrug 34,3 Mrd € zum

30. Juni 2010. Es lag damit um 1,5 Mrd € über dem Wert zum 31. März 2010 und reflektierte Effekte aus Währungskursveränderungen in Höhe von 1,6 Mrd € sowie eine Kapitalzuführung durch den Gewinn nach Steuern in Höhe von 1,2 Mrd €. Diese Entwicklung wurde teilweise durch um 1,1 Mrd € höhere Kapitalabzugsposten kompensiert, hauptsächlich aufgrund einer Neubewertung von Verbriefungspositionen im Handelsbuch. Die Risikoaktiva betragen zum Quartalsende 303 Mrd €, rund 11 Mrd € mehr als zum Ende des ersten Quartals 2010. Diese Erhöhung reflektierte im Wesentlichen Effekte aus Währungskursveränderungen, während höhere Risikoaktiva infolge der zuvor erwähnten Akquisition durch Reduzierungen des Kredit- und Marktrisikos kompensiert wurden.

Kapitalflussrechnung

Die Angaben im Abschnitt „Kapitalflussrechnung“ (siehe Registrierungsformular, S. 111 ff.) werden wie nachstehend beschrieben aktualisiert und ergänzt.

- Auf S. 111 ist unmittelbar über der Überschrift „Erstes Quartal zum 31. März 2010 und 2009“ der folgende Vergleich der Kapitalflussrechnung der Deutschen Bank für das erste Halbjahr 2010 und 2009 einzufügen:

Vergleich erstes Halbjahr zum 30. Juni 2010 und 2009

Die folgende Tabelle zeigt ausgewählte Angaben aus der Konzern-Kapitalflussrechnung der Deutschen Bank für die Halbjahre zum 30. Juni 2010 und 2009 gemäß dem Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010.

in Mio €	1. Halbjahr (1.1.– 30.6.)	
	2010	2009
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>	
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	18.646	–23.254
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	109	–730
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	–1.202	–1.614
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente.	1.695	1.411
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	51.549	65.264
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	70.797	41.077

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente erhöhten sich im ersten Halbjahr 2010 von 51,5 Mrd € Ende 2009 auf 70,8 Mrd € zum 30. Juni 2010. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf eine Erhöhung der Sichteinlagen bei Banken zurückzuführen.

Bei einem Gewinn nach Steuern von 2,9 Mrd € für die ersten sechs Monate 2010 ergab sich aus operativer Geschäftstätigkeit ein positiver Nettocashflow von 18,6 Mrd € gegenüber einem negativen Nettocashflow von 23,3 Mrd € im Vorjahreszeitraum. Im Rahmen der operativen Geschäftstätigkeit im ersten Halbjahr 2010 erhöhten sich die Verbindlichkeiten stärker als die Aktiva. Dies führte zu einem positiven Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit. Gleichzeitig wurden die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in vergleichbarer Höhe aufgebaut.

Der Nettocashflow aus Investitionstätigkeit in den ersten sechs Monaten 2010 von positiv 0,1 Mrd € (erstes Halbjahr 2009 negativ 0,7 Mrd €) wurde vor allem durch die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte und durch Unternehmensakquisitionen bestimmt. Der positive Nettocashflow in den ersten sechs Monaten 2010 ergab sich zu großen Teilen aus der Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe und bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO N.V. („ABN AMRO“). Die im Rahmen der Akquisition zugeflossenen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente überstiegen die in bar entrichteten Kaufpreise von insgesamt rund 1,3 Mrd € für die Sal. Oppenheim Gruppe und 0,7 Mrd € für ABN AMRO und führten zu einem positiven Nettocashflow. In Verbindung mit dem positiven Nettocashflow aus Verkauf und Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten überstieg der positive Nettocashflow den negativen Nettocashflow aus dem Erwerb von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten um 109 € Mio

Der Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit setzte sich aus der Emission und der Rückzahlung sowie dem Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten und hybrider Kapitalinstrumente („Trust Preferred Securities“) zusammen. Weitere Komponenten waren der Kauf und Verkauf Eigener Aktien, die gezahlte Bardividende und die Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss. Der Nettocashflow von negativ 1,2 Mrd € für das erste Halbjahr 2010 (erstes Halbjahr 2009 negativ 1,6 Mrd €) wurde zum großen Teil durch die Differenz zwischen dem Cashflow aus Käufen und dem Cashflow aus Verkäufen Eigener Aktien in Höhe von 0,9 Mrd € bestimmt. Der negative Cashflow aus Käufen überstieg den positiven Cashflow aus Verkäufen im

Wesentlichen aufgrund der im Rahmen aktienbasierter Vergütungspläne erworbenen und Mitarbeitern gelieferten Aktien.

Weitere Informationen zum geprüften Jahresabschluss der Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2009 nach HGB

Die Angaben im Abschnitt „Weitere Informationen zum geprüften Jahresabschluss der Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2009 nach HGB“ (siehe Registrierungsformular, S. 114) werden wie nachstehend beschrieben ergänzt und aktualisiert.

- Auf S. 114 ist der zweite Satz im ersten Absatz unter der Überschrift „Weitere Informationen zum geprüften Jahresabschluss der Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2009 nach HGB“ zu ersetzen durch:

Im Geschäftsjahr 2008 hatte sich demgegenüber ein Jahresfehlbetrag von 2.185 Mio € ergeben.

- Auf S. 114 sind im zweiten Absatz unter der Überschrift „Weitere Informationen zum geprüften Jahresabschluss der Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2009 nach HGB“ der zweite und dritte Satz zu ersetzen durch:

Nach Beschlussfassung der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 27. Mai 2010 hat die Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2009 eine Dividende von insgesamt 465 Mio € ausgeschüttet.

Risikomanagement

Die Angaben im Abschnitt „Risikomanagement“ (siehe Registrierungsformular, S. 115 ff.) werden wie nachstehend ergänzt und aktualisiert.

- Auf S. 124 ist unmittelbar nach der Überschrift „Firmenkreditengagement“ der erste Absatz zu ersetzen durch:

Die folgende Tabelle zeigt per 30. Juni 2010 und 31. Dezember 2009 mehrere der wesentlichen Firmenkreditengagement-Kategorien der Deutschen Bank nach den Bonitätsklassen ihrer Geschäftspartner.

Firmenkreditengagement Kreditrisikoprofil nach Bonitätsklasse (ungeprüft) in Mio €	Kredite ⁽¹⁾		Unwiderrufliche Kreditzusagen ⁽²⁾		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ⁽³⁾		Insgesamt	
	30.6.2010	31.12.2009	30.6.2010	31.12.2009	30.6.2010	31.12.2009	30.6.2010	31.12.2009	30.6.2010	31.12.2009
	AAA-AA	29.876	28.134	24.142	22.211	8.270	6.573	26.810	23.966	89.098
A	35.487	29.634	30.128	22.758	17.722	13.231	18.607	13.793	101.944	79.416
BBB	57.152	46.889	33.779	28.814	18.987	15.753	10.863	7.600	120.781	99.056
BB	51.617	43.401	19.749	23.031	14.713	9.860	14.421	12.785	100.500	89.077
B	10.727	9.090	7.338	5.935	5.731	4.290	3.041	1.952	26.837	21.267
CCC und schlechter	15.059	14.633	1.453	1.376	1.972	2.476	3.757	4.444	22.241	22.929
Insgesamt	199.918	171.781	116.589	104.125	67.395	52.183	77.499	64.540	461.401	392.629

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

- 1 Beinhaltet vor allem in der Kategorie „CCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 5,0 Mrd € zum 30. Juni 2010 und 4,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009.
- 2 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 4,3 Mrd € zum 30. Juni 2010 und 2,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.
- 3 Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Die Übersicht zeigt einen Anstieg des Firmenkreditbuchs der Deutschen Bank, der vornehmlich Erhöhungen über 36 Mrd € infolge von Effekten aus Wechselkursveränderungen sowie über 27 Mrd € infolge der Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe und bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO reflektiert.

Die folgende Tabelle zeigt per 31. Dezember 2009 und 31. Dezember 2008 mehrere der wesentlichen Firmenkreditengagement-Kategorien der Deutschen Bank nach den Bonitätsklassen ihrer Geschäftspartner.

- Auf S. 125 ist unmittelbar nach der Überschrift „Konsumentenkreditengagement“ der erste Absatz zu ersetzen durch:

Die folgenden Tabellen zeigen per 30. Juni 2010, 31. Dezember 2009 und 31. Dezember 2008 das Konsumentenkreditengagement der Deutschen Bank, die sich mindestens 90 Tage in Zahlungsverzug befindlichen Konsumentenkredite sowie die Nettokreditkosten. Letztere stellen die im Abrechnungszeitraum gebuchten Nettowertberichtigungen nach Eingängen auf abgeschriebene Kredite dar. Die Angaben zu Krediten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und zu den Nettokreditkosten sind in Prozent des Gesamtengagements ausgedrückt.

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements	
	30.6.2010	31.12.2009	30.6.2010	31.12.2009	30.6.2010	31.12.2009
	(ungeprüft)		(ungeprüft)		(ungeprüft)	
Konsumentenkreditengagement Deutschland	60.412	59.804	1,77	1,73	0,59	0,55
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	13.231	13.556	2,87	2,72	1,85	1,69
Immobilienfinanzierungen	47.181	46.248	1,47	1,44	0,23	0,22
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	31.352	29.864	3,65	3,37	1,06	1,27
Konsumentenkreditengagement insgesamt⁽¹⁾	91.764	89.668	2,42	2,28	0,75	0,79

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

1 Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 2,5 Mrd € zum 30. Juni 2010 und 2,3 Mrd € zum 31. Dezember 2009.

Das Volumen des Konsumentenkreditengagements der Deutschen Bank erhöhte sich zum 30. Juni 2010 um € 2,1 Milliarden, oder 2,3 %, gegenüber dem Jahresende 2009. Dieser Anstieg resultierte sowohl aus einer Ausweitung des Portfolios der Deutschen Bank in Deutschland (608 Mio €) und außerhalb Deutschlands (1,5 Mrd €) mit starken Zuwächsen in Polen (525 Mio €), Italien (490 Mio €) und Spanien (202 Mio €). Auf Portfolio- und Länderebene getroffene Maßnahmen führten zu einer deutlichen Reduzierung der Nettokreditkosten in Spanien und Indien, die durch einen Anstieg im Konsumentenkreditgeschäft in Polen teilweise kompensiert wurde. Überarbeitete Parameter und Modellannahmen in 2009 führten zu einer einmaligen Sonderauflösung von Wertberichtigungen im ersten Quartal 2009 in Höhe von 60 Mio € und zu einer um 28 Mio € niedrigeren Risikovorsorge im Kreditgeschäft im ersten Quartal 2010.

- Auf S. 131 ist der zweite Absatz von oben zu ersetzen durch:

Im Rahmen der Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe und bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO hat die Deutsche Bank auch bestimmte Kredite erworben, für die zuvor eine einzeln ermittelte Wertberichtigung von Sal. Oppenheim oder ABN AMRO gebildet worden war. Diese Kredite hat die Deutsche Bank zum Fair Value in ihre Bilanz übernommen, der über die erwarteten Zahlungsströme bestimmt wurde und das Kreditrisiko zum Zeitpunkt ihrer Konsolidierung reflektierte. Solange sich die Erwartung der Deutschen Bank für die Zahlungsströme dieser Kredite seit ihrer Akquisition nicht verschlechtert hat, beurteilt sie diese nicht als Problemkredite.

- Auf S. 131 sind der letzte Absatz auf der Seite sowie die unmittelbar darüber stehende Tabelle (unterhalb des Satzes „Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Problemkredite der Deutschen Bank zum angegebenen Stichtag“) zu ersetzen durch:

30.6.2010

(ungeprüft, sofern nicht anders angegeben)

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Nichtwertgeminderte Kredite			Problemkredite
	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Insgesamt
Einzeln ermittelt	835	4.119	4.954	279	1.391	1.670	6.624⁽¹⁾
Kredite ohne Zinsabgrenzung	767	3.962	4.729	168	704	872	5.601 ⁽¹⁾
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	38	34	72	72 ⁽¹⁾
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	68	157	225	73	653	726	951 ⁽¹⁾
Kollektiv ermittelt	919	1.537	2.456	279	40	319	2.775⁽¹⁾
Kredite ohne Zinsabgrenzung	917	1.417	2.334	–	–	–	2.334 ⁽¹⁾
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	265	9	274	274 ⁽¹⁾
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	2	120	122	14	31	45	167 ⁽¹⁾
Problemkredite insgesamt	1.754	5.656	7.410	558	1.431	1.989	9.399⁽¹⁾
davon: IAS 39 reklassifizierte Problemkredite	30	2.789	2.819	–	486	486	3.305

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

1 Prüferisch durchgesehen.

Der Anstieg der Problemkredite im ersten Halbjahr 2010 um insgesamt 485 Mio € (5 %) war auf einen Bruttoanstieg von Problemkrediten in Höhe von 508 Mio € und einen wechselkursbedingten Anstieg von 439 Mio € zurückzuführen, der teilweise durch Abschreibungen von 462 Mio € kompensiert wurde. Dieser Anstieg in den Problemkrediten der Deutschen Bank ist vorwiegend auf ihre einzeln ermittelten Kredite zurückzuführen, bei denen ein wechselkursbedingter Anstieg von 422 Mio € und ein Bruttoanstieg von 169 Mio € verzeichnet wurde, der teilweise durch Abschreibungen in Höhe von 212 Mio € reduziert wurde. Bei kollektiv ermittelten Problemkrediten wurde ein Bruttoanstieg von 338 Mio € und ein wechselkursbedingter

Anstieg von 17 Mio € durch Abschreibungen von 250 Mio € teilweise kompensiert. In den kollektiv ermittelten Problemkrediten in Höhe von 2,8 Mrd € waren zum 30. Juni 2010 Kredite von 2,3 Mrd € enthalten, die 90 Tage oder mehr überfällig waren, sowie Kredite von 437 Mio €, die weniger als 90 Tage oder nicht überfällig waren.

Die Problemkredite der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 beinhalteten 3,3 Mrd € an Problemkrediten unter den gemäß IAS 39 in das Anlagebuch umklassifizierten Krediten. Für diese Kredite verzeichnete die Deutsche Bank einen wechsellkursbedingten Anstieg von 200 Mio € und einen Bruttoanstieg von 170 Mio €.

- Auf S. 135 ist unmittelbar oberhalb der Überschrift „Wertberichtigung für Kreditausfälle“ folgendes einzufügen:

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft der Deutschen Bank setzt sich aus den Wertberichtigungen für Kreditausfälle und den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle für die angegebenen Zeiträume.

Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Mio €	1. Halbjahr 2010			1. Halbjahr 2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>			<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		
Bestand am Jahresanfang	2.029	1.314	3.343	977	961	1.938
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	247	279	526	1.034	484	1.518
Nettoabschreibungen	-191	-198	-389	-146	-145	-291
Abschreibungen	-212	-250	-462	-163	-211	-374
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	21	52	73	17	66	83
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/ Sonstige	49	13	62	-19	-19	-38
Bestand am Periodenende	2.134	1.408	3.542	1.846	1.281	3.127

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns, die Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogene Zusagen für die angegebenen Zeiträume.

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft in Mio €	1. Halbjahr 2010			1. Halbjahr 2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
	<i>(prüferisch durchgesehen)</i>			<i>(prüferisch durchgesehen)</i>		
Bestand am Jahresanfang	83	124	207	98	112	210
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	-15	-5	-20	17	-9	8
Zweckbestimmter Verbrauch	-	-	-	-42	-	-42
Veränderung des Konsolidierungskreises	9	-	9	-	-	-
Wechselkursveränderungen	-	13	13	5	2	7
Bestand am Periodenende	77	132	209	78	105	183

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im ersten Halbjahr 2010 auf 506 Mio € gegenüber 1,5 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im ersten Halbjahr 2010 enthielt 154 Mio € für Aktiva, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden. CIB wies im ersten Halbjahr 2010 eine Nettozuführung von 167 Mio € gegenüber einer Nettozuführung von 1,1 Mrd € im Vergleichszeitraum aus. Der Grund für diesen Rückgang war eine niedrigere Risikovorsorge für die zuvor genannten Umklassifizierungen, insbesondere im Vergleich zu hohen einzeln ermittelten Wertberichtigungen im zweiten Quartal 2009, und reflektiert die leicht verbesserten Bedingungen im Kreditgeschäft. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in PCAM belief sich im ersten Halbjahr 2010 auf 349 Mio € gegenüber 391 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres und reflektierte im Wesentlichen niedrigere Wertberichtigungen in PBC. Diese Entwicklung beinhaltete auch eine niedrigere Nettozuführung zur Wertberichtigung in Höhe von 28 Mio € im ersten Quartal 2010 und eine einmalige Sonderauflösung von Wertberichtigungen im ersten Quartal 2009 in Höhe von 60 Mio €, jeweils im Zusammenhang mit einer Überarbeitung von Parametern und Modellannahmen im Vorjahr.

Die nachfolgenden Abschnitte enthalten zusätzliche Informationen über die Wertberichtigungen für Kreditausfälle sowie die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft, jeweils für das erste Quartal 2010 und 2009 sowie für die Geschäftsjahre 2009 und 2008.

- Auf S. 143 ist die Tabelle am Ende der Seite zu ersetzen durch:

Value-at-Risk der Handelsbereiche^{(1),(2)}
(ungeprüft)

in Mio €	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreisrisiko	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Durchschnitt ⁽³⁾	109,2	126,8	-40,1	-61,6	93,2	117,6	21,5	26,9	22,9	28,7	11,8	15,1
Maximum ⁽³⁾	126,4	180,1	-63,5	-112,3	113,0	169,2	33,6	47,3	41,5	64,4	19,3	34,7
Minimum ⁽³⁾	86,0	91,9	-26,4	-35,9	77,9	83,2	13,6	14,5	13,3	11,9	7,5	8,5
Periodenende ⁽⁴⁾	96,7	121,0	-41,7	-65,7	89,0	111,0	16,5	37,0	21,0	23,9	11,9	14,8

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

1 Alle Angaben für 1 Tag Haltedauer und 99 % Konfidenzniveau.

2 Value-at-Risk ist nicht additiv aufgrund von Korrelationseffekten.

3 Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb derer sich die Werte im Sechsmonatszeitraum 2010 beziehungsweise im gesamten Geschäftsjahr 2009 bewegten.

4 Angaben für 2010 zum 30. Juni 2010 und Angaben für 2009 zum 31. Dezember 2009.

Der im ersten Halbjahr 2010 verzeichnete Rückgang des durchschnittlichen Value-at-Risk war in erster Linie auf reduzierte Risikopositionen über die Anlagearten sowie die niedrigeren Volatilitätsniveaus der im Value-at-Risk verwendeten einjährigen Marktdatenhistorie zurückzuführen. In der ersten Jahreshälfte 2010 erzielten die Handelsbereiche der Deutschen Bank an 91 % der Handelstage (unverändert gegenüber 2009) einen positiven Ertrag.

- Auf S. 147 ist der erste Satz (beginnend mit „Der Ökonomische Kapitalbedarf für...“) unmittelbar unterhalb der Tabelle zu ersetzen durch:

Der Ökonomische Kapitalbedarf für diese nicht handelsbezogenen Markttrisikoportfolien belief sich zum Jahresende 2009 auf insgesamt 7,9 Mrd € und fiel somit um 4,6 Mrd € (142 %) höher aus als der Vergleichswert zum Jahresende 2008.

- Auf S. 152 ist unmittelbar unterhalb der Überschrift „Zusammensetzung externer Finanzierungsquellen“ einzufügen:

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der externen Finanzierungsquellen der Deutschen Bank, die zur Liquiditätsrisikoposition zum 30. Juni 2010 und zum 31. Dezember 2009 beitrugen. Sie sind jeweils in Mrd € sowie als prozentualer Anteil an den externen Finanzierungsquellen insgesamt dargestellt.

Zusammensetzung externer Finanzierungsquellen

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2010		31.12.2009	
	(ungeprüft)	(ungeprüft)	(ungeprüft)	(ungeprüft)
Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital	178	20%	164	21%
Privatkunden	167	18%	153	20%
Transaction Banking	111	12%	100	13%
Sonstige Kunden ⁽¹⁾	116	13%	118	15%
Diskretionäre Wholesalerefinanzierung	101	11%	51	7%
Besicherte Refinanzierung und Shortpositionen	207	23%	165	21%
Finanzierungsvehikel ⁽²⁾	31	3%	26	3%
Externe Finanzierungsquellen insgesamt	911	100%	777	100%

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

1 Sonstige Kunden enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime Brokerage-Geschäft (netto).

2 Enthält ABCP-Conduits.

Der Anstieg der besicherten Refinanzierungsaktivitäten der Deutschen Bank, begleitet von einem Wachstum der diskretionären Wholesalerefinanzierungen während des ersten Halbjahres 2010, reflektiert im Wesentlichen das Wachstum der Deutschen Bank in Barreserven und liquiden Handelsbeständen in ihrem Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities. Der Anstieg in den gesamten Finanzierungsquellen reflektiert auch signifikante Währungseffekte während der Berichtsperiode. Das Volumen der stabilen Finanzierungsquellen der Deutschen Bank, wie zum Beispiel Kapitalmarktmissionen und Privatkunden, hat sich durch die Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe und bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO sowie durch die Kapitalmarktmissionen der Deutschen Bank weiter erhöht. Regelmäßige Stresstestanalysen stellen sicher, dass die Deutsche Bank zu jeder Zeit ausreichende Barreserven und liquide Aktiva zur Verfügung hat, um potenzielle Finanzierungslücken schließen zu können, die in einem kombinierten idiosynkratischen und marktbezogenen Stressszenario auftreten können.

Die folgende Übersicht vergleicht die Zusammensetzung der externen Finanzierungsquellen der Deutschen Bank zum 31. Dezember 2009 und 2008.

- Auf S. 157 ist unmittelbar oberhalb der Überschrift „Bilanzmanagement“ einzufügen:

Die ordentliche Hauptversammlung 2009 erteilte dem Vorstand der Deutsche Bank AG die Ermächtigung, bis zu 62,1 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2010 zurückzukaufen. Während des ersten Halbjahres 2010 wurden 11 Millionen Aktien (2 % der emittierten Aktien) zu Aktienvergütungszwecken zurückgekauft. Diese Käufe erfolgten im Januar und Februar 2010. Die ordentliche Hauptversammlung 2010 erteilte dem Vorstand der Deutsche Bank AG die Ermächtigung, bis zu 62,1 Millionen Aktien bis Ende November 2014 zurückzukaufen. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2010 bis zum 30. Juni 2010 hat die Deutsche Bank keine Aktien zurückgekauft.

Das insgesamt ausstehende hybride Tier-1-Kapital (ausschließlich nicht kumulative Vorzugsanteile, „Non-Cumulative Trust Preferred Securities“) belief sich am 30. Juni 2010 auf 11,6 Mrd €, verglichen mit 10,6 Mrd € zum 31. Dezember 2009. Dieser Anstieg war im Wesentlichen auf Währungskurseffekte auf das in US-Dollar begebene hybride Tier-1-Kapital der Deutschen Bank infolge des signifikanten Anstiegs des US-Dollars zurückzuführen. Im ersten Halbjahr 2010 hat die Deutsche Bank durch die Aufstockung einer ausstehenden Emission hybrides Tier-1-Kapital in Höhe von 0,1 Mrd € begeben.

Im Juni 2010 hat die Deutsche Bank nachrangiges Tier-2-Kapital in Höhe von 1,0 Mrd € begeben. Die anrechenbaren nachrangigen Verbindlichkeiten beliefen sich am 30. Juni 2010 auf 8,5 Mrd €, verglichen mit 7,1 Mrd € zum 31. Dezember 2009.

- Auf S. 157 ist am Ende des Absatzes, der unmittelbar nach der Überschrift „Bilanzmanagement“ folgt, anzufügen:

Zum 30. Juni 2010 hat die Deutsche Bank ihre Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition gegenüber dem 31. Dezember 2009 unverändert bei 23 und damit weiterhin deutlich unter der Zielgröße von 25 gehalten. Die Leverage Ratio der Deutschen Bank berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 45 zum 30. Juni 2010 gegenüber 40 zum 31. Dezember 2009. Siehe dazu den Abschnitt „Darstellung und Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage—Vermögenslage—Vergleich zum 30. Juni 2010 und 31. Dezember 2009—Bilanzmanagement“.

- Auf S. 158 ist unmittelbar vor dem ersten Absatz auf dieser Seite einzufügen:

Die folgende Tabelle zeigt die Gesamtrisikoposition der Deutschen Bank, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf, der für das Kredit-, Markt-, operationelle und Geschäftsrisiko berechnet wird, für die angegebenen Stichtage.

Ökonomischer Kapitalbedarf nach Risikoklasse

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
	<i>(ungeprüft)</i>	<i>(ungeprüft)</i>
Kreditrisiko	9.025	7.453
Marktrisiko	13.679	12.515
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.474	4.613
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	9.205	7.902
Operationelles Risiko	3.707	3.493
Diversifikationseffekte zwischen Kredit-, Markt- und operationellem Risiko	-3.408	-3.166
Ökonomischer Kapitalbedarf für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken	23.003	20.295
Geschäftsrisiko	817	501
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	23.820	20.796

Quelle: Deutsche Bank Zwischenbericht zum 30. Juni 2010

Zum 30. Juni 2010 betrug der gesamte Ökonomische Kapitalbedarf der Deutschen Bank 23,8 Mrd €, was einem Anstieg um 3 Mrd € (15 %) gegenüber dem Ökonomischen Kapitalbedarf von 20,8 Mrd € zum 31. Dezember 2009 entspricht. Die Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs insgesamt ist zurückzuführen auf Erhöhungen beim Kreditrisiko und dem Marktrisiko aus Nichthandelspositionen. Der Anstieg im Ökonomischen Kapitalbedarf für das Kreditrisiko um 1,6 Mrd € reflektiert vorwiegend die Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe und bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO sowie Erhöhungen in Bezug auf Derivate. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelspositionen erhöhte sich im ersten Halbjahr 2010 um 1,3 Mrd € und reflektierte die Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe, ein höheres Immobilienengagement sowie eine Änderung in dem Managementansatz der Deutschen Bank für das strukturelle Währungsrisiko.

Eine von der Deutschen Bank verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung ihrer Risikotragfähigkeit ist das Verhältnis des Active Book Equity zum Ökonomischen Kapital zuzüglich Goodwill und immaterieller Vermögensgegenstände. Eine Quote von mehr als 100 % bestätigt, dass das Active Book Equity die zuvor genannten Risikopositionen angemessen übersteigt. Diese Quote betrug 114 % zum 30. Juni 2010 im Vergleich mit 118 % zum 31. Dezember 2009, da Effekte aus der Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe und bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO die Erhöhungen des Active Book Equity durch Gewinnrücklagen und Effekte aus Währungskursänderungen mehr als kompensierten.

Organe der Gesellschaft und Mitarbeiter

Vorstand

Die Angaben zum Vorstand (siehe Registrierungsformular, S. 161 ff.) werden zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung wie nachstehend beschrieben ergänzt und aktualisiert.

- Auf S. 161 ist im ersten Absatz unmittelbar unter der Überschrift „Derzeitige personelle Besetzung des Vorstands“ zu ergänzen:

Herr Cohrs scheidet zum 30. September 2010 aus dem Vorstand aus. Anshuman Jain hat am 1. Juli 2010 die Zuständigkeit für den Bereich Global Banking von Herrn Cohrs übernommen und ist seitdem alleiniger Leiter des Konzernbereichs Corporate and Investment Bank. Herr Cohrs wird bis zu seinem Ausscheiden aus dem Vorstand zum 30. September 2010 den Übergang begleiten.

- Auf S. 162 ist im ersten Absatz zu Michael Cohrs der letzte Satz („Im Vorstand der Bank verantwortet er den Bereich Global Banking“) zu ersetzen durch:

Herr Cohrs scheidet zum 30. September 2010 aus dem Vorstand aus.

- Auf S. 162 ist der letzte Satz im ersten Absatz zu Anshuman Jain („Im Vorstand ist er für den Bereich Global Markets zuständig“) zu ersetzen durch:

Im Vorstand ist er für den Konzernbereich Corporate and Investment Bank zuständig.

- Auf S. 168 sind der erste Absatz unmittelbar unter der Überschrift „Aktienbesitz“ sowie die sich unmittelbar anschließende Tabelle und der darunter stehende Absatz zu aktualisieren und zu ersetzen durch:

Am 31. August 2010 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder die folgende Anzahl an Aktien und Aktienanwartschaften:

Vorstandsmitglied	Anzahl der Aktien	Anzahl Aktienanwartschaften⁽¹⁾
Dr. Josef Ackermann	373.726	162.511
Dr. Hugo Bänziger	49.036	63.497
Michael Cohrs	210.625	144.521
Jürgen Fitschen	112.672	57.179
Anshuman Jain	420.006	267.464
Stefan Krause	0	36.049
Hermann-Josef Lamberti	105.291	62.612
Rainer Neske	52.509	54.697
Insgesamt	1.323.865	848.530

1 Einschließlich der Aktienanwartschaften von Herrn Dr. Bänziger, Herrn Cohrs, Herrn Fitschen, Herrn Jain und Herrn Neske, die diese jeweils im Zusammenhang mit dem vor der Bestellung zum Vorstandsmitglied bestehenden Anstellungsverhältnis erhalten haben. Die in der Tabelle erfassten Aktienanwartschaften haben unterschiedliche Unverfallbarkeits- und Zuteilungsdaten. Die letzten Aktienanwartschaften werden im November 2013 fällig und zugeteilt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten zum 31. August 2010 insgesamt 1.323.865 Aktien, was rund 0,2 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien der Gesellschaft entsprach.

Aufsichtsrat

Die Angaben zum Aufsichtsrat (siehe Registrierungsformular, S. 168 ff.) werden zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung wie nachstehend beschrieben ergänzt und aktualisiert:

- Auf S. 169 ist im ersten Absatz unmittelbar unter der Überschrift „Derzeitige personelle Besetzung des Aufsichtsrats“ der zweite Satz („Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgte am 8. Mai 2008“) zu ersetzen durch:

Die Wahlen der Arbeitnehmervertreter erfolgten am 8. Mai 2008; die Aufsichtsratsmitglieder Peter Kazmierczak und Stefan Viertel rückten als Ersatzmitglieder zum 1. Juli bzw. 1. August 2010 aufgrund des Ausscheidens zweier Arbeitnehmervertreter aus dem Aufsichtsrat nach.

- Die tabellarische Übersicht zu den Aufsichtsratsmitgliedern auf S. 169 – 173 ist wie folgt anzupassen:
 - Die Angaben zu Wolfgang Böhr (S. 169) und Dr. Karl-Gerhard Eick (S. 170, zweite Reihe der Tabelle) sind wie folgt zu aktualisieren:

Aufsichtsratsmitglied/ Ausbildung, Erfahrung	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Wolfgang Böhr* Alter: 46 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013 Bankkaufmann, langjährige Betriebszugehörigkeit bei der Deutschen Bank	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Düsseldorf der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank (seit Juni 2010)	
Dr. Karl-Gerhard Eick Alter: 55 Gerichtlich bestellt: 2004 Gewählt bis: 2013 Studium der Betriebswirtschaftslehre, Dipl.-Oec., Dr. rer. pol., langjährige Erfahrung als Mitglied in Aufsichtsräten, Finanzexperte gem. § 100 Abs. 5 AktG	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Telekom AG, Bonn (bis 28. Februar 2009); Vorsitzender des Vorstands der Arcandor AG, Essen (vom 1. März 2009 bis 1. September 2009); Selbständiger Unternehmensberater KGE Management Consulting, London	DeTe Immobilien Deutsche Telekom Immobilien und Service GmbH (bis September 2008); T-Mobile International AG (bis Februar 2009); T-Systems Enterprise Services GmbH (bis Februar 2009); T-Systems Business Services GmbH (bis Februar 2009); FC Bayern München AG (bis Dezember 2009); CORPUS SIREO Holding GmbH & Co KG (Vorsitzender); STRABAG Property and Facility Services GmbH (bis Dezember 2009); Hellenic Telecommunications Organization S.A. (OTE S.A.) (bis März 2009); Thomas Cook Group Plc (bis September 2009); T-Online International AG (bis Juni 2006); Sireo Real Estate Asset Management GmbH (bis Dezember 2007); GMG Generalmietgesellschaft mbH (bis März 2006); T-Systems International GmbH (bis Dezember 2005)

- Aufgrund des zwischenzeitlich erfolgten Ausscheidens von Heidrun Förster aus dem Aufsichtsrat der Bank sind auf S. 170 die Angaben zu Heidrun Förster (dritte Reihe der Tabelle) zu streichen.
- Die Angaben zu Alfred Herling (S. 170, letzte Reihe der Tabelle), Sir Peter Job (S. 171, zweite Reihe der Tabelle), Martina Klee (S. 171, vierte Reihe der Tabelle), Gabriele Platscher (S. 172, dritte Reihe der Tabelle), Karin Ruck (S. 172, vierte Reihe der Tabelle), Dr. Theo Siegert (S. 172, letzte Reihe der Tabelle) und Dr. Johannes Teyssen (S. 173, erste Reihe der Tabelle) sind wie folgt zu aktualisieren:

Aufsichtsratsmitglied/ Ausbildung, Erfahrung	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Alfred Herling* Alter: 57 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013 Kaufmann im Groß- und Außenhandel, langjährige Betriebszugehörigkeit bei der Deutschen Bank	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Wuppertal/Sauerland der Deutschen Bank; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats (bis März 2010); Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank (seit Juni 2010)	
Sir Peter Job Alter: 68 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis 2011		Schroders Plc (bis Juli 2010); Tibco Software Inc.; Royal Dutch Shell Plc (bis Mai 2010); Mathon Systems (Advisory Board);

Aufsichtsratsmitglied/ Ausbildung, Erfahrung	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Exeter College, Oxford; Bachelor of Arts, ehemaliger CEO, Reuters Group, langjährige Erfahrung als Mitglied in Aufsichtsräten im In- und Ausland		Bertelsmann AG (bis Mai 2005); Instinet Inc. (bis Dezember 2005); Shell Transport and Trading Plc (bis Juli 2005)
Martina Klee* Alter: 47 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013 Studium Politikwissenschaft/ Romanistik; Ausbildung Industriekauffrau/ AnwendungsprogrammiererIn, langjährige Betriebszugehörigkeit bei der Deutschen Bank	Vorsitzende des Betriebsrats GTO Frankfurt/Eschborn der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutsche Bank AG; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank (seit Juni 2010)	Sterbekasse für die Angestellten der Deutsche Bank VV a.G.
Gabriele Platscher* Alter: 52 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013 Bankkauffrau, Bankfachwirtin, langjährige Betriebszugehörigkeit bei der Deutschen Bank	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/Hildesheim der Deutschen Bank; Mitglied des Konzern- und des Gesamtbetriebsrats (bis Mai/Juni 2010)	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG (bis Mai 2008); BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. (stellv. Vorsitzende); BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. (stellv. Vorsitzende); BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG (stellv. Vorsitzende)
Karin Ruck* Alter: 44 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013 Bankkauffrau, Bankfachwirtin, Lerntrainerin, langjährige Betriebszugehörigkeit bei der Deutschen Bank	Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG; Senior Vertriebscoach in der Region Frankfurt/Hessen-Ost; Mitglied des Gemeinschaftsbetriebsrats Filiale Frankfurt der Deutschen Bank	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG; BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.; BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.; BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG
Dr. Theo Siegert Alter: 62 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2012 Studium der Betriebswirtschaftslehre, Diplom-Kaufmann, Dr. rer. pol., ehemaliger Vorsitzender des Vorstands, Franz Haniel & Cie. GmbH, langjährige Erfahrung als Mitglied in Aufsichtsräten	Geschäftsführender Gesellschafter de Haen-Carstanjen & Söhne, Düsseldorf	E.ON AG; ERGO AG (bis Mai 2010); Henkel AG & Co. KGaA (seit April 2009); Merck KGaA; E. Merck OHG (Mitglied des Gesellschafterrats); DKSH Holding Ltd. (Mitglied des Verwaltungsrats), Celesio AG (bis April 2006); Metro AG (bis Februar 2006); Takkt AG (bis Mai 2006)
Dr. Johannes Teysen Alter: 50 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013 Studium der Volkswirtschaftslehre und Rechtswissenschaften, Dr. jur., langjährige Erfahrung als Mitglied in Aufsichtsräten	Vorsitzender des Vorstands der E.ON AG, Düsseldorf	E.ON Energie AG; E.ON Ruhrgas AG; E.ON Energy Trading SE (Vorsitzender) (bis Juni 2010); Salzgitter AG (seit November 2005); E.ON Nordic AB (bis Juni 2010); E.ON Sverige AB; E.ON Italia S.p.A (vormals E.ON Italia Holding s.r.l.), E.ON US Investments Corp. (Vorsitzender) (seit Mai 2010)

- Aufgrund des zwischenzeitlich erfolgten Ausscheidens von Leo Wunderlich aus dem Aufsichtsrat der Bank sind auf S. 173 sind die Angaben zu Leo Wunderlich (letzte Reihe der Tabelle) zu streichen.
- Die folgenden Angaben sind im Hinblick auf die neuen Aufsichtsratsmitglieder Peter Kazmierczak und Stefan Viertel zu ergänzen:

Aufsichtsratsmitglied/ Ausbildung, Erfahrung	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Peter Kazmierczak* Alter: 53 Als Ersatzmitglied nachgerückt:	Betriebsratsmitglied Deutsche Bank Ruhrgebiet West, Essen	

Aufsichtsratsmitglied/ Ausbildung, Erfahrung	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
2010 Gewählt bis: 2013 Bankkaufmann, langjährige Betriebszugehörigkeit bei der Deutschen Bank		
Stefan Viertel* Alter: 46 Als Ersatzmitglied nachgerückt: 2010 Gewählt bis: 2013 Zahntechniker, langjährige Betriebszugehörigkeit bei der Deutschen Bank	Client Sales Manager/Global Transaction Banking Deutsche Bank AG, Frankfurt	

- Auf S. 174 ist der zweite Absatz von oben auf der Seite zu ersetzen durch:

Die derzeitigen Mitglieder des Präsidialausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Alfred Herling, Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

- Auf S. 176 sind in der Tabelle die Angaben zu Leo Wunderlich zu ersetzen durch:

Aufsichtsratsmitglied	In €			Insgesamt
	Fest	Variabel⁽¹⁾	Sitzungsgeld	
Leo Wunderlich	60.000	3.433	7.000	70.433

- Auf S. 177 ist der Text und die Tabelle unter der Überschrift „Aktienbesitz“ zu aktualisieren und zu ersetzen durch:

Am 31. August 2010 setzte sich der individuelle Aktienbesitz der Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt zusammen:

Aufsichtsratsmitglied	Anzahl der Aktien
Wolfgang Böhr	30
Dr. Clemens Börsig ⁽¹⁾	131.946
Dr. Karl-Gerhard Eick	–
Alfred Herling	787
Gerd Herzberg	–
Sir Peter Job.	4.000
Prof. Dr. Henning Kagermann	–
Peter Kazmierczak	71
Martina Klee	399
Suzanne Labarge.	–
Maurice Lévy	–
Henriette Mark	409
Gabriele Platscher	759
Karin Ruck	110
Dr. Theo Siegert	–
Dr. Johannes Teysen	–
Marlehn Thieme	119
Tilman Todenhöfer.	300
Stefan Viertel	30
Werner Wenning.	–
Insgesamt	138.960

1 Darin nicht enthalten sind 150 Deutsche Bank-Aktien, die einer in Familienbesitz befindlichen Gesellschaft bürgerlichen Rechts zuzurechnen sind, an der Dr. Börsig mit 25 % beteiligt ist, und 14.612 Deutsche Bank-Aktien, die einer gemeinnützigen und rechtsfähigen Stiftung, der Gerhild- und Clemens Börsig Jugend- und Sozialstiftung, zuzurechnen sind.

Am 31. August 2010 hielten die Mitglieder des Aufsichtsrats insgesamt 138.960 Aktien, was weniger als 0,02 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entspricht.

Corporate Governance Kodex

Die Angaben im Abschnitt „Corporate Governance Kodex“ (siehe Registrierungsformular, S. 178 f.) werden wie folgt aktualisiert und ergänzt.

- Auf S. 178 ist im ersten Absatz unmittelbar unter der Überschrift „Corporate Governance Kodex“ der erste Satz aufgrund der am 26. Mai 2010 beschlossenen Änderungen wie folgt zu ersetzen:

Die von der Bundesministerin für Justiz im September 2001 eingesetzte „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ hat am 26. Februar 2002 den Deutschen Corporate Governance Kodex („Kodex“) verabschiedet und zuletzt am 26. Mai 2010 verschiedene Änderungen des Kodex beschlossen.

Mitarbeiter

Die Angaben über Mitarbeiter (siehe Registrierungsformular, S. 180) werden wie nachstehend beschrieben aktualisiert und ergänzt.

- Auf S. 180 ist der erste Absatz unmittelbar unter der Überschrift „Mitarbeiter“ zu ersetzen durch:

Zum 30. Juni 2010 beschäftigte der Deutsche Bank-Konzern insgesamt 81.929 Mitarbeiter, verglichen mit 80.849 Mitarbeitern zum 31. März 2010. Die Bank und ihre Tochtergesellschaften berechnen die Anzahl der Mitarbeiter auf der Basis von Vollzeitkräften, das heißt, Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit anteilig enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Vollzeitkräfte des Deutsche Bank-Konzerns entsprechend ihrer geographischen Verteilung zum 30. Juni 2010.

Mitarbeiter⁽¹⁾	30. Juni 2010
Deutschland	30.479
Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika	23.191
Asien/Pazifik	17.085
Nordamerika ⁽²⁾	10.784
Südamerika	390
Mitarbeiter insgesamt	81.929

1 Vollzeitkräfte.

2 Vorwiegend USA.

Der leichte Anstieg der Anzahl der Mitarbeiter der Deutschen Bank um 1.080 oder 1,3 % gegenüber dem Stand vom 31. März 2010 war im Wesentlichen auf die Akquisition von Teilen der ABN AMRO in den Niederlanden zurückzuführen.

Vom 30. Juni 2010 bis zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung haben sich keine wesentlichen Änderungen bei dem Personalbestand des Deutsche Bank-Konzerns ergeben.

- Auf S. 181 ist unter dem zweiten Absatz auf dieser Seite („Informationen zu den aktienbasierten Vergütungsplänen der Deutschen Bank sind in Note 31 des im „Finanzteil“ dieses Registrierungsformulars abgedruckten Konzernanhangs zum Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 zu finden.“) der folgende neue Absatz einzufügen:

Auf die von Teilnehmern an den aktienbasierten Vergütungsplänen der Deutschen Bank gehaltenen Rechte entfallen keine Bezugsrechte im Hinblick auf die angebotenen Neuen Aktien. Diese Rechte werden daher durch die Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, verwässert werden. Infolge des Angebots der Neuen Aktien könnte die Gesellschaft zukünftig entscheiden, ihre aktienbasierten Vergütungspläne insoweit anzupassen, dass deren Teilnehmer im Hinblick auf die Verwässerung ihrer Anwartschaften kompensiert werden. Die Folgen einer solchen Anpassung auf das Nettovermögen und die Gewinn- und Verlust-Rechnung der Deutschen Bank würden unter anderem vom Wert der Bezugsrechte, der verbleibenden Laufzeit der aktienbasierten Vergütungspläne sowie der Entwicklung des Aktienkurses der Deutsche Bank-Aktien abhängen.

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Angaben über Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen (siehe Registrierungsformular, S. 182) werden wie nachstehend beschrieben aktualisiert und ergänzt.

- Auf S. 182 ist vor dem letzten Absatz des Abschnitts „Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen“ (beginnend mit „Weitere quantitative Angaben zu ...“) einzufügen:

Weitere quantitative Angaben zu Geschäften und Rechtsbeziehungen des Deutsche Bank-Konzerns mit nahestehenden Unternehmen und Personen per 30. Juni 2010 sind in den Anhangangaben zum Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank zum 30. Juni 2010 enthalten, die im Abschnitt „Finanzteil“ dieser Wertpapierbeschreibung abgedruckt sind. Darüber hinaus bestehen zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung keine sonstigen wesentlichen Geschäfts- und Rechtsbeziehungen der Deutschen Bank zu nahestehenden Dritten.

Hauptaktionäre

Die Angaben im Abschnitt „Hauptaktionäre“ (siehe Registrierungsformular, S. 191) werden wie nachstehend beschrieben aktualisiert.

- Auf S. 191 sind der zweite Absatz des Abschnitts „Hauptaktionäre“ (beginnend mit „Auf der Grundlage der . . .“) sowie die nachfolgende Tabelle zu ersetzen durch:

Auf der Grundlage der bei der Bank eingegangenen Stimmrechtsmitteilungen (Stand: 20. September 2010) sind folgende Aktionäre wesentlich (mit mindestens 3 %) am stimmberechtigten Grundkapital der Deutsche Bank AG beteiligt: BlackRock, Inc., New York (5,09 %) und Credit Suisse Group, Zürich (über Finanzinstrumente) (3,55 %).

<u>Aktionär</u>	<u>Anzahl der Aktien⁽¹⁾</u>	<u>Stimmrechtsanteil⁽²⁾</u>
BlackRock, Inc., New York, USA	31.575.294	5,09%
Credit Suisse Group, Zürich, Schweiz ⁽³⁾	22.031.896	3,55%

- 1 Anzahl der Aktien gemäß der bei der Bank eingegangenen Stimmrechtsmitteilungen (Stand: 20. September 2010).
- 2 Berechnet auf Basis des zum Datum dieser Wertpapierbeschreibung im Handelsregister eingetragenen Grundkapitals der Bank (620.859.015 Aktien).
- 3 Unmittelbar und mittelbar über Finanzinstrumente, die das Recht einräumen, Aktien an der Deutsche Bank AG zu erwerben.

Angaben über das Kapital der Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Genehmigtes Kapital

Die Angaben im Abschnitt „Genehmigtes Kapital“ (siehe Registrierungsformular, S. 193 f.) werden wie folgt aktualisiert:

- Auf S. 194 wird nach dem zweiten Absatz folgender neue Absatz eingefügt:

Nach Durchführung der Kapitalerhöhung, die Gegenstand dieser Wertpapierbeschreibung ist, wird aufgrund der vollständigen Ausnutzung der vorgenannten Ermächtigungen kein genehmigtes Kapital mehr zur Verfügung stehen.

Bedingtes Kapital

Die Angaben im Abschnitt „Bedingtes Kapital“ (siehe Registrierungsformular, S. 194 f.) werden aufgrund des Umstands, dass die im Registrierungsformular als geplant beschriebenen Beschlüsse über ein neues bedingtes Kapital auf der ordentlichen Hauptversammlung am 27. Mai 2010 gefasst wurden und am 13. September 2010 im Handelsregister eingetragen wurden, wie folgt aktualisiert:

- Auf S. 194 ist der erste Absatz unmittelbar unter der Überschrift „Bedingtes Kapital“ zu ersetzen durch:

Zum 21. September 2010 verfügt die Bank über ein bedingtes aber nicht ausgegebenes Grundkapital von insgesamt 636.400.000,00 €, das sich wie folgt zusammensetzt:

- Auf S. 194 ist der letzte Absatz auf dieser Seite (beginnend mit „Ausweislich der am 7. April 2010 im elektronischen Bundesanzeiger . . .“) und auf S. 195 sind die ersten beiden Absätze auf dieser Seite zu ersetzen durch:
- Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 27. Mai 2010 ist das Grundkapital der Bank durch die Ausgabe von bis zu 90.000.000 neuen auf den Namen lautenden Stückaktien um bis zu 230.400.000 € bedingt erhöht. Nach dem Beschluss wird die bedingte Kapitalerhöhung nur insoweit durchgeführt werden, wie (a) die Inhaber von Wandlungsrechten oder Optionsrechten, die mit den von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen bis zum 30. April 2015 auszugebenden Genussscheinen beziehungsweise Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verbunden sind, von ihren Wandlungs- beziehungsweise Optionsrechten Gebrauch machen oder (b) die zur Wandlung verpflichteten Inhaber der von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen bis zum 30. April 2015 auszugebenden Wandelgenussscheine beziehungsweise Wandelschuldverschreibungen ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 ermächtigt, bis zum 30. April 2015 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen

Inhaberoptionsscheine beigelegt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben.

Eigene Aktien

Die Angaben im Abschnitt „Eigene Aktien“ (siehe Registrierungsformular, S. 195) werden wie folgt aktualisiert:

Zum 31. August 2010 hielt die Deutsche Bank AG 2.126.539 eigene Aktien. Handelspositionen sind dabei berücksichtigt.

Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien

Die Angaben im Abschnitt „Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien“ (siehe Registrierungsformular, S. 195 ff.) werden aufgrund des Umstands, dass die im Registrierungsformular als geplant beschriebenen Ermächtigungsbeschlüsse zum Erwerb eigener Aktien auf der ordentlichen Hauptversammlung am 27. Mai 2010 gefasst wurden, wie folgt aktualisiert:

- Auf S. 195 sind sämtliche Absätze unter der Überschrift „Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien“ einschließlich der Unterabschnitte „Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien für Handelszwecke (§ 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG)“ und „Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG“ durch den folgenden Satz zu ersetzen:

Die Hauptversammlung der Bank hat am 27. Mai 2010 beschlossen, den Vorstand gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 und Nr. 8 AktG zum Erwerb eigener Aktien zu ermächtigen.

- Auf S. 196 sind die ersten drei Absätze sowie die Überschrift „Geplante Beschlüsse der Hauptversammlung vom 27. Mai 2010“ zu streichen.
- Auf S. 196 ist im Abschnitt unter der Überschrift „Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien für Handelszwecke gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG“ der erste Halbsatz zu ersetzen durch: „Der Vorstand ist gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt,“ und der letzte Satz ist zu streichen.
- Auf S. 196 ist im Abschnitt unter der Überschrift „Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien für Handelszwecke gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG und zu deren Verwendung mit möglichem Ausschluss des Bezugsrechts“:
 - im ersten Absatz der erste Halbsatz zu ersetzen durch: „Der Vorstand ist gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt,“
 - im zweiten Absatz der erste Halbsatz zu ersetzen durch: „Der Vorstand ist außerdem ermächtigt,“ und
 - im zweiten Satz des zweiten Absatzes der erste Halbsatz zu ersetzen durch: „Darüber hinaus ist der Vorstand ermächtigt,“.
- Auf S. 197 ist in dem ersten auf dieser Seite beginnenden Satz der erste Halbsatz zu ersetzen durch: „Der Vorstand ist weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt,“.
- Auf S. 197 ist im zweiten Absatz der erste Halbsatz zu ersetzen durch: „Ferner ist der Vorstand unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt,“.
- Auf S. 197 ist im dritten Absatz der erste Halbsatz zu ersetzen durch: „Der Vorstand ist weiter ermächtigt,“.
- Auf S. 197 entfällt der vierte Absatz (beginnend mit „Die derzeit bestehende ...“) ersatzlos.
- Auf S. 197 ist im Abschnitt unter der Überschrift „Ermächtigung zum Einsatz von Derivaten im Rahmen des Erwerbs eigener Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG“:
 - der erste Absatz zu ersetzen durch: „In Ergänzung zu der vorstehend beschriebenen Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien auch unter Einsatz von Derivaten zu erwerben.“
 - im zweiten Absatz der erste Satz zu ersetzen durch: „Unter der von der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 beschlossenen Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien darf der Aktienerwerb außer auf den dort beschriebenen Wegen auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen oder Terminkaufverträgen durchgeführt werden.“
 - im dritten Absatz der letzte Satz zu ersetzen durch: „Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben werden, gelten die zu der Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG festgelegten Regeln.“

Glossar

Die Angaben im „Glossar“ des Registrierungsformulars (siehe Registrierungsformular, S. G-1 ff.) werden wie folgt aktualisiert und ergänzt:

- Auf S. G-2 ist unmittelbar vor der Erläuterung des Begriffs „Credit Default Swap“ folgende Erläuterung einzufügen:

Correlation Trading

Zur Bemessung der Kapitalanforderungen für Verbriefungspositionen sollen zukünftig ausschließlich vorgegebene Standardverfahren des Anlagebuches genutzt werden dürfen. Eine regulatorische Zulassung zur institutsinternen Modellierung derartiger Risikopositionen entfällt. Eine Ausnahme hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht jedoch eingeräumt, nach der Institute mit Zustimmung ihrer nationalen Aufsichtsbehörden Verbriefungspositionen, die unter das so genannte „Correlation Trading“ fallen, von einer Behandlung nach den Anlagebuchvorschriften ausnehmen dürfen.

- Auf S. G-5 ist unmittelbar vor der Erläuterung des Begriffs „IFRS (International Financial Reporting Standards)/vormals IAS (International Accounting Standards)“ folgende Erläuterung einzufügen:

Incremental Risk Charge

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat sein Konsultationspapier zur Eigenmittelunterlegung für Ausfallrisiken im Handelsbuch überarbeitet und im Juli 2008 und Juli 2009 erneut zur Konsultation mit der Kreditwirtschaft veröffentlicht. In dem Papier „Guidelines for computing capital for incremental risk in the trading book“ wurde der Anwendungsbereich der erhöhten Eigenmittelanforderungen auf sämtliche besonderen Marktrisiken des Handelsbuches ausgedehnt, so dass Banken unter dem Begriff der „Incremental Risk Charge“ nun Eigenmittel für Ausfall-, Migrations-, Kreditspread- und Aktienkursrisiken vorhalten sollten.

Finanzteil

Die Angaben im „Finanzteil“ des Registrierungsformulars (siehe Registrierungsformular, S. F-1 ff.) werden durch den Abdruck des verkürzten Konzernzwischenabschlusses (IFRS) der Deutsche Bank AG zum 30. Juni 2010 in dem nachfolgenden „Finanzteil“ dieser Wertpapierbeschreibung aktualisiert und ergänzt.

FINANZTEIL

Verkürzter Konzernzwischenabschluss (IFRS) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2010 (prüferisch durchgesehen)

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung	F-3
Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen	F-4
Konzernbilanz	F-5
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	F-6
Konzern-Kapitalflussrechnung	F-8
Anhangangaben	F-9
Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht	F-34

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung (nicht testiert)**Gewinn-und-Verlust-Rechnung**

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Zinsen und ähnliche Erträge	8.157	7.231	14.698	16.030
Zinsaufwendungen	4.182	4.467	7.052	9.423
Zinsüberschuss	3.975	2.764	7.646	6.607
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	243	1.000	506	1.526
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3.732	1.764	7.140	5.081
Provisionsüberschuss	2.587	2.242	5.048	4.424
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	110	2.611	2.690	4.875
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-9	9	19	-495
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	93	206	265	18
Sonstige Erträge	399	108	486	-248
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	3.180	5.176	8.508	8.574
Personalaufwand	3.037	3.140	6.612	6.115
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	2.349	2.201	4.550	4.188
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	2	126	140	64
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	157	29	157
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.388	5.624	11.331	10.524
Ergebnis vor Steuern	1.524	1.316	4.317	3.131
Ertragsteueraufwand	358	242	1.374	876
Gewinn nach Steuern	1.166	1.074	2.943	2.255
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	6	-18	21	-22
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.160	1.092	2.922	2.277

Ergebnis je Aktie

	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Ergebnis je Aktie:				
Basic	1,82 €	1,70 €	4,58 €	3,66 €
Verwässert	1,75 €	1,64 €	4,35 €	3,53 €
Anzahl der Aktien in Millionen:				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic)	638,6	641,8	637,4	622,4
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert)	664,5	665,5	672,0	645,0

Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen (nicht testiert)

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigter Gewinn, nach Steuern	1.166	1.074	2.943	2.255
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-72	-405	-140	-289
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ¹ :				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	-104	494	221	-81
In die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	60	26	62	565
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern ¹ :				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	-77	75	-106	134
In die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	1	2	2	4
Anpassungen aus der Währungsumrechnung ¹ :				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	1.462	-146	2.050	353
In die Gewinn-und-Verlust-Rechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	-3	-	-	-
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	75	-1	104	-7
Steuern auf nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-)	219	-256	304	-115
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	1.633²	194³	2.637⁴	853⁵
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen	2.727	863	5.440	2.819
Zurechenbar:				
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	41	-39	83	-7
Den Deutsche Bank-Aktionären	2.686	902	5.357	2.826

1 Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

2 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. März 2010 (minus 2.803 Mio €) und dem 30. Juni 2010 (minus 1.205 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von nicht beherrschenden Anteilen in Höhe von 35 Mio €.

3 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. März 2009 (minus 4.228 Mio €) und dem 30. Juni 2009 (minus 4.013 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von nicht beherrschenden Anteilen in Höhe von minus 21 Mio €.

4 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2009 (minus 3.780 Mio €) und dem 30. Juni 2010 (minus 1.205 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von nicht beherrschenden Anteilen in Höhe von 62 Mio €.

5 Stellt die Veränderung der in der Bilanz ausgewiesenen Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinne/Verluste (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2008 (minus 4.851 Mio €) und dem 30. Juni 2009 (minus 4.013 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von nicht beherrschenden Anteilen in Höhe von 15 Mio €.

Konzernbilanz (nicht testiert)

Aktiva

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Barreserve	13.437	9.346
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	66.410	47.233
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	12.781	6.820
Forderungen aus Wertpapierleihen	46.008	43.509
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva	272.874	234.910
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	802.709	596.410
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	165.830	134.000
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.241.413	965.320
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	27.558	18.819
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	8.192	7.788
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	288.141	258.105
Sachanlagen	3.356	2.777
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	12.531	10.169
Sonstige Aktiva	195.410	121.538
Ertragsteuerforderungen	10.418	9.240
Summe der Aktiva	1.925.655	1.500.664

Passiva

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Einlagen	411.985	344.220
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	35.336	45.495
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	5.879	5.564
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen		
Handelspassiva	72.016	64.501
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	787.011	576.973
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	124.529	73.522
Investmentverträge	7.607	7.278
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	991.163	722.274
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	55.654	42.897
Sonstige Passiva	217.854	154.281
Rückstellungen	1.648	1.307
Ertragsteuerverbindlichkeiten	4.778	4.298
Langfristige Verbindlichkeiten	147.184	131.782
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	11.603	10.577
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–
Summe der Verbindlichkeiten	1.883.084	1.462.695
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	1.589	1.589
Kapitalrücklage	14.917	14.830
Gewinnrücklagen	26.373	24.056
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	–136	–48
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–
Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (–), nach Steuern	–1.205	–3.780
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	41.538	36.647
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1.033	1.322
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	42.571	37.969
Summe der Passiva	1.925.655	1.500.664

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung (nicht testiert)

	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungs- kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien
in Mio €					
Bestand zum 31. Dezember 2008	1.461	14.961	20.074	-939	-3
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen ¹	-	-	2.277	-	-
Begebene Stammaktien	128	830	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	-309	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	-289	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	-170	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	509	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	16	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-5
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	-112	-2	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	-14.607	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	14.776	-
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	-198	-	-	-
Sonstige	-	-58	-	-	-
Bestand zum 30. Juni 2009	1.589	15.269	21.751	-261	-8
Bestand zum 31. Dezember 2009	1.589	14.830	24.056	-48	-
Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen ¹	-	-	2.922	-	-
Begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Gezahlte Bardividende	-	-	-465	-	-
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	-	-	-140	-	-
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	-	-115	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	-	-	-	761	-
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	34	-	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	-	-	-	-	-
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	-54
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	-	-	-	-	54
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	-	-115	-	-	-
Kauf Eigener Aktien	-	-	-	-6.887	-
Verkauf Eigener Aktien	-	-	-	6.038	-
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	-	-12	-	-	-
Sonstige	-	295	-	-	-
Bestand zum 30. Juni 2010	1.589	14.917	26.373	-136	-

1 Ohne versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

2 Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern und sonstigen Anpassungen ²	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cash-flows absichern, nach Steuern ²	Anpassungen aus der Währungs-umrechnung, nach Steuern ²	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Nicht in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigte Gewinne/Verluste (-), nach Steuern	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss
-855	-346	-3.628	-22	-4.851	30.703	1.211	31.914
301	224	322	-9	838	3.115	-7	3.108
-	-	-	-	-	958	-	958
-	-	-	-	-	-309	-	-309
-	-	-	-	-	-289	-	-289
-	-	-	-	-	-170	-	-170
-	-	-	-	-	509	-	509
-	-	-	-	-	16	-	16
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-5	-	-5
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-114	-	-114
-	-	-	-	-	-14.607	-	-14.607
-	-	-	-	-	14.776	-	14.776
-	-	-	-	-	-198	-	-198
-	-	-	-	-	-58	-91	-149
-554	-122	-3.306	-31	-4.013	34.327	1.113	35.440
-186	-134	-3.521	61	-3.780	36.647	1.322	37.969
251	-62	2.278	108	2.575	5.497	83	5.580
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-465	-	-465
-	-	-	-	-	-140	-	-140
-	-	-	-	-	-115	-	-115
-	-	-	-	-	761	-	761
-	-	-	-	-	34	-	34
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-54	-	-54
-	-	-	-	-	54	-	54
-	-	-	-	-	-115	-	-115
-	-	-	-	-	-6.887	-	-6.887
-	-	-	-	-	6.038	-	6.038
-	-	-	-	-	-12	-	-12
-	-	-	-	-	295	-372	-77
65	-196	-1.243	169	-1.205	41.538	1.033	42.571

Konzern-Kapitalflussrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Jan. – Jun.	
	2010	2009
Gewinn nach Steuern	2.943	2.255
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	506	1.526
Restrukturierungsaufwand	-	-
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	-113	-448
Latente Ertragsteuern, netto	245	153
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	971	1.496
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-229	-88
Gewinn nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	4.323	4.894
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	-1.442	-5.941
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	-4.643	-4.705
Handelsaktiva und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-201.450	582.690
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-26.375	18.620
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	-12.427	12.691
Sonstige Aktiva	-59.614	-24.033
Einlagen	35.472	-35.877
Handelspassiva und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	181.714	-563.884
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge ¹	47.532	1.029
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	-14.803	-36.728
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	10.996	3.641
Sonstige Passiva	54.284	29.969
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten ²	12.140	-3.533
Sonstige, per saldo	-7.061	-2.087
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	18.646	-23.254
Cashflow aus Investitionstätigkeit:		
Erlöse aus:		
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	3.689	5.307
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.778	5.235
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	282	316
Verkauf von Sachanlagen	12	28
Erwerb von:		
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-6.287	-6.444
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-71	-3.416
Sachanlagen	-371	-245
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen	1.525	-
Sonstige, per saldo	-448	-1.511
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	109	-730
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:		
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	1.038	321
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	-655	-1.235
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities)	98	-
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	-10	-
Kauf Eigener Aktien	-6.887	-14.607
Verkauf Eigener Aktien	6.030	14.326
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-7	-5
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-344	-105
Gezahlte Bardividende	-465	-309
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.202	-1.614
Nettoeffekt aus Wechselkursveränderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.695	1.411
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	19.248	-24.187
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	51.549	65.264
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	70.797	41.077
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet		
Gezahlte/erhaltene (-) Ertragsteuern, netto	310	-1.244
Gezahlte Zinsen	7.410	10.762
Erhaltene Zinsen und Dividenden	15.133	17.554
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten		
Barreserve	13.437	11.073
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 9.050 Mio € per 30.6.2010 und von 15.558 Mio € per 30.6.2009)	57.360	30.004
Insgesamt	70.797	41.077

1 Einschließlich Emission von vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 5.772 Mio € und Rückzahlung/Rücklauf in Höhe von 6.706 Mio € bis zum 30. Juni 2010 (bis 30. Juni 2009: 7.844 Mio € und 8.454 Mio €).

2 Einschließlich Emission in Höhe von 20.077 Mio € und Rückzahlung/Rücklauf in Höhe von 16.843 Mio € bis zum 30. Juni 2010 (bis 30. Juni 2009: 24.913 Mio € und 23.968 Mio €).

Der Erwerb von Aktien der Deutschen Postbank AG im Geschäftsjahr 2009, einschließlich des nicht zahlungswirksamen Teils, ist im Finanzbericht 2009 in Note [16] beschrieben.

Anhangangaben

Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften und wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung, zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung, zur Bilanz und zu sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2009 gelesen werden, der nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt wurde, mit Ausnahme der Erstanwendung der überarbeiteten Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“, der geänderten Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“, und der Änderungen der IFRS 2009 („Improvements to IFRS 2009“), deren Auswirkung auf den Konzernabschluss im Abschnitt „Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften“ dargelegt wird.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, die Wertminderung („Impairment“) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, von Goodwill und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern, Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen, ungewisse gesetzliche und regulatorische Verpflichtungen, Rückstellungen für Versicherungs- und Kapitalanlageverträge sowie die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2010 gewertet werden.

Im zweiten Quartal 2009 wurde die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung rückwirkend angepasst, um Prämien für Finanzgarantien als Aufwand darzustellen, anstatt sie gegen die Erträge zu verrechnen, da sie in keinem direkten Bezug zu ertragsgenerierenden Aktivitäten stehen. Diese Anpassungen hatten keine Auswirkungen auf das Ergebnis nach Steuern, aber einen Anstieg der Sonstigen Erträge und des Sachaufwands und sonstigen Aufwands in Höhe von jeweils 36 Mio € zur Folge.

Im ersten Halbjahr 2010 wurde die Darstellung der Vorperiodenerträge des Konzernbereichs CIB infolge einer Überprüfung der Zuordnung von bestimmten Ertragskomponenten zu den Produktkategorien angepasst. Die Überprüfung führte für das erste Halbjahr 2009 zu einem Transfer von 171 Mio € negativen Erträgen vom Kreditgeschäft zu Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte), für das zweite Quartal 2009 wurden 225 Mio € negative Erträge entsprechend transferiert. Die Erträge aus Sales & Trading (Equity) wurden für das erste Halbjahr 2009 um 38 Mio € reduziert und für das zweite Quartal 2009 um 24 Mio € erhöht, mit entsprechenden Gegeneffekten in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte). Diese Anpassungen hatten keine Auswirkungen auf die Gesamterträge des Konzernbereichs CIB.

Im zweiten Quartal 2010 änderte der Konzern die Darstellung der Gebühren und der Nettoausgleiche im Zusammenhang mit Langlebigekeitsversicherungs- und Langlebigekeitsrückversicherungsverträgen. Dies führte zu einem Transfer von Aufwendungen in Höhe von 54 Mio € im ersten Halbjahr 2010 aus dem Provisionsüberschuss in die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.

Im zweiten Quartal 2010 änderte der Konzern die Abschreibungsdauern für aktivierte Aufwendungen für bestimmte erworbene oder selbst erstellte Software von drei Jahren auf fünf oder zehn Jahre. Die Änderung hatte im zweiten Quartal 2010 keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Der Konzern wendet Schätzungen bei der Ermittlung der Wertberichtigung für homogene Kreditportfolios an, die auf historischen Erfahrungswerten basierende statistische Modelle verwenden. In regelmäßigen Abständen führt der Konzern Maßnahmen durch, um die verwendeten Eingangsparameter und Modellannahmen an historisch nachgewiesene Verlusthöhen anzugleichen. Entsprechende Anpassungen im Geschäftsjahr 2009 führten im ersten Quartal 2009 zu einer einmaligen Auflösung der Wertberichtigung in Höhe von 60 Mio € sowie im ersten Quartal 2010 zu einer niedrigeren Nettozuführung zur Wertberichtigung in Höhe von 28 Mio €.

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses im ersten Halbjahr 2010 zur Anwendung kamen.

IFRS 3 und IAS 27

Im Januar 2008 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“ („IFRS 3 R“), und eine geänderte Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“ („IAS 27 R“). Während in IFRS 3 R die Anwendung der Erwerbsmethode auf Unternehmenszusammenschlüsse weiterentwickelt wird, enthält IAS 27 R geänderte Vorschriften zur bilanziellen Darstellung von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss sowie zur Bilanzierung im Fall eines Verlusts des beherrschenden Einflusses auf eine Tochtergesellschaft. IFRS 3 R sieht für das erwerbende Unternehmen ein im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses auszuübendes Wahlrecht vor, die Anteile ohne beherrschenden Einfluss entweder zum Fair Value zum Erwerbszeitpunkt oder zum Fair Value der anteiligen identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu bewerten. Im Fall eines sukzessiven Unternehmenserwerbs werden die identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu dem Zeitpunkt zum Fair Value bewertet, zu dem der Erwerber einen beherrschenden Einfluss erlangt. Ein Gewinn oder Verlust wird in Höhe der Differenz zwischen dem Fair Value der bisher gehaltenen Anteile am erworbenen Unternehmen und dessen Buchwert ergebniswirksam erfasst. Ferner verlangt IAS 27 R die erfolgsneutrale Erfassung der Effekte aller Transaktionen mit den Eigentümern von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss im Eigenkapital, wenn sich das Beherrschungsverhältnis nicht ändert. Führen Transaktionen hingegen zu einem Verlust der Beherrschungsmöglichkeit, ist der daraus resultierende Gewinn oder Verlust ergebniswirksam zu erfassen. Der Gewinn oder Verlust beinhaltet auch Effekte aufgrund einer Neubewertung der zurückbehaltenen Anteile zum Fair Value. Darüber hinaus legt IFRS 3 R fest, dass alle im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses übertragenen Gegenleistungen, einschließlich bedingter Gegenleistungen, zum Erwerbszeitpunkt zum Fair Value bewertet und ausgewiesen werden. Transaktionskosten, die dem erwerbenden Unternehmen im Zusammenhang mit dem Unternehmenszusammenschluss entstehen, werden nicht als Bestandteil der Anschaffungskosten der Transaktion, sondern als Aufwand erfasst. Dies gilt nicht, wenn sie im Zusammenhang mit der Emission von Schuldtiteln oder Aktien stehen. In diesem Fall werden sie gemäß IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, bilanziert. IFRS 3 R und IAS 27 R treten für Unternehmenszusammenschlüsse in Geschäftsjahren in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig, sofern beide Standards gleichzeitig angewendet werden. IFRS 3 R wurde auf den Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe und von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO angewendet. Im Gegensatz zu früheren Akquisitionen wurden alle Transaktionskosten als Aufwand erfasst. Für eine detaillierte Darstellung verweisen wir auf „Sonstige Finanzinformationen“ in diesem Bericht. IFRS 3 R und IAS 27 R können im Vergleich zu den früheren Versionen der Standards wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, wenn Akquisitionen und Veräußerungen getätigt werden.

Änderungen der IFRS 2009 („Improvements to IFRS 2009“)

Im April 2009 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften sind für den Konzern von Bedeutung, waren zum 30. Juni 2010 aber noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung.

Änderungen der IFRS 2010 („Improvements to IFRS 2010“)

Im Mai 2010 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Änderungen auf den Konzernabschluss.

IAS 24

Im November 2009 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IAS 24, „Related Party Disclosures“ („IAS 24 R“). IAS 24 R gewährt eine teilweise Ausnahme von den Offenlegungspflichten für Unternehmen, die unter der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder dem maßgeblichen Einfluss der öffentlichen Hand stehen (sogenannte „Government-related Entities“), und enthält eine Klarstellung der Definition eines nahestehenden Dritten. Die überarbeitete Fassung von IAS 24 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Änderungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 9

Im November 2009 veröffentlichte der IASB IFRS 9, „Financial Instruments“, der einen ersten Schritt seines Projekts zur Ablösung von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, repräsentiert. Mit IFRS 9 werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, die im Anwendungsbereich von IAS 39 liegen, eingeführt. Danach werden alle finanziellen Vermögenswerte auf Basis des Geschäftsmodells des Unternehmens zur Steuerung seiner finanziellen Vermögenswerte sowie der Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts klassifiziert. Ein finanzieller Vermögenswert wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, wenn die folgenden zwei Kriterien erfüllt sind: (a) Die Zielsetzung des Geschäftsmodells des Unternehmens liegt darin, die finanziellen Vermögenswerte zu halten, um damit die vertraglich festgelegten Zahlungsströme zu erzielen; und (b) die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts führen zu Zahlungsströmen, die ausschließlich Tilgungen und Zinszahlungen darstellen. Ein finanzieller Vermögenswert, der die Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, kann nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden, wenn hierdurch Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz erheblich verringert oder beseitigt werden. Ein finanzieller Vermögenswert, der nicht beide Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, wird in der Folge zum Fair Value bewertet. Ferner ist unter IFRS 9 für finanzielle Basisverträge eine Trennung eingebetteter Derivate nicht mehr erforderlich. Ein hybrider Vertrag, der einen finanziellen Basisvertrag beinhaltet, ist in seiner Gesamtheit entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum Fair Value zu klassifizieren. Nach IFRS 9 ist eine Umklassifizierung zwingend vorzunehmen, wenn sich das Geschäftsmodell des Unternehmens ändert. Solche Änderungen sind selten zu erwarten. In diesem Fall hat eine Umgliederung der betreffenden finanziellen Vermögenswerte prospektiv zu erfolgen. Für vertraglich verknüpfte Instrumente, bei denen Konzentrationen des Kreditrisikos vorliegen, wie es häufig bei Tranchen von Investments in Verbriefungen der Fall ist, gibt es spezifische Regelungen. Zusätzlich zu der Beurteilung der Klassifizierungskriterien von IFRS 9 für das einzelne Finanzinstrument ist eine Durchschau auf die Zahlungsstromereigenschaften des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten erforderlich. Um zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet zu werden, muss das Kreditrisiko der Tranche gleich oder geringer sein als das durchschnittliche Kreditrisiko des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten und diese Finanzinstrumente müssen bestimmte Kriterien erfüllen. Ist eine Durchschau praktisch nicht möglich, muss die Tranche als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden. Nach IFRS 9 sind alle Eigenkapitaltitel grundsätzlich zum Fair Value zu bewerten. Allerdings besteht für Eigenkapitaltitel, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, ein Wahlrecht, unrealisierte und realisierte Fair-Value-Gewinne und -Verluste erfolgsneutral unter den Nicht in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten auszuweisen. Dieses Wahlrecht ist nur zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes fallweise ausübbar und nicht revidierbar. Fair-Value-Gewinne und -Verluste werden in den Folgeperioden nicht erfolgswirksam, Dividenden aus solchen Investments hingegen weiterhin erfolgswirksam in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung erfasst. IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. IFRS 9 ist retrospektiv anzuwenden, jedoch ist bei einer Anwendung vor dem 1. Januar 2012 keine Anpassung der Vergleichsperioden notwendig. IFRS 9 ist seitens des IASB verabschiedet worden, bedarf aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung von IFRS 9 auf den Konzernabschluss.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, die Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance herangezogen werden.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden.

Im ersten Halbjahr 2010 gab es keine wesentlichen organisatorischen Änderungen, die sich auf die Zusammensetzung der Geschäftssegmente auswirkten. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden auch für geringfügige organisatorische Änderungen angepasst, wenn diese in den internen Berichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Im Folgenden werden einige Transaktionen beschrieben, die sich auf die Segmentberichterstattung des Konzerns auswirkten:

- Zum 15. März 2010 erwarb der Konzern die Sal. Oppenheim Gruppe, die mit Ausnahme des Geschäfts der BHF-Bank dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management zugeordnet wurde. Das Geschäft der BHF-Bank wurde dem Konzernbereich Corporate Investments zugeordnet. Im zweiten Quartal 2010 wurde das Geschäft der BHF-Bank auf den Geschäftsbereich Private Wealth Management im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management übertragen. Diese Änderung wurde für die Darstellung des ersten Halbjahrs 2010 berücksichtigt.
- Am 1. April 2010 hat der Konzern den Erwerb von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) abgeschlossen. Dieses Geschäft wurde dem Unternehmensbereich Global Transaction Banking zugeordnet.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Die Finanzkrise führte zu erheblichen Veränderungen in den Konditionen, zu denen sich bestimmte Geschäftstätigkeiten refinanzieren können. Die Bank veranlasste daraufhin eine Überprüfung ihrer internen Refinanzierungssysteme und beschloss im zweiten Quartal 2009 eine Verfeinerung ihrer internen Refinanzierungssätze, die eine angemessenere Vergütung für Liquidität aus unbesicherten Finanzierungsquellen vorsieht und die Risiken bestimmter Vermögenswerte stärker berücksichtigt.

Nachfolgend sind die finanziellen Auswirkungen auf die Geschäftsbereiche in den ersten sechs Monaten 2010 beschrieben:

- GTB (59 Mio €) und AWM (10 Mio €) erhielten zusätzliche Gutschriften.
- CB&S (49 Mio €), PBC (1 Mio €) und CI (18 Mio €) erhielten zusätzliche Belastungen.

In den ersten sechs Monaten 2009 waren die finanziellen Auswirkungen auf die Geschäftsbereiche wie folgt:

- GTB (55 Mio €), AWM (13 Mio €) und PBC (4 Mio €) erhielten zusätzliche Gutschriften.
- CB&S (66 Mio €) und CI (6 Mio €) erhielten zusätzliche Belastungen.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das zweite Quartal sowie das erste Halbjahr 2010 und 2009.

2. Quartal 2010 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
Erträge	3.633	1.070¹	4.703	969	1.444	2.414	44	-6	7.155
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	46	32	77	4	171	175	-8	0	243
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.801	560	3.362	921	1.040	1.961	117	-52	5.388
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	1	-	1	0	-	0	-	-0	2
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	7	-	7	-0	0	-0	-1	-6	-
Ergebnis vor Steuern	779	478	1.257	45	233	278	-64	53	1.524
Aufwand-Ertrag-Relation	77%	52%	71%	95%	72%	81%	N/A	N/A	75%
Aktiva ²	1.686.353	69.541	1.735.668	75.106	131.477	206.550	26.959	11.524	1.925.655
Durchschnittliches Active Equity ³	17.035	1.539	18.574	7.458	3.533	10.991	5.519	4.885	39.969
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	18%	124%	27%	2%	26%	10%	-5%	N/A	15%

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet einen Gewinn aus der Vereinnahmung eines negativen Goodwill im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. in Höhe von 208 Mio €, der für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleibt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- 4 Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [4] im Finanzbericht 2009. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 15 %.

2. Quartal 2009 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
Erträge	4.646	654	5.299	617	1.414	2.031	660	-50	7.940¹
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	771	8	779	4	217	221	-0	-0	1.000
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.066	459	3.525	700	1.141	1.841	284	-25	5.624
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	126	-	126	-0	-	-0	-	0	126
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-	5	-	-	-	151	-	157
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-14	-	-14	-1	0	-1	-1	17	-
Ergebnis vor Steuern	823	187	1.010	-85	55	-30	377	-41	1.316
Aufwand-Ertrag-Relation	66%	70%	67%	113%	81%	91%	43%	N/A	71%
Aktiva (zum 31.12.2009) ²	1.308.222	47.414	1.343.824	43.761	131.014	174.739	28.456	9.556	1.500.664
Durchschnittliches Active Equity ³	19.238	1.169	20.407	4.754	3.717	8.471	4.593	1.410	34.882
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	17%	64%	20%	-7%	6%	-1%	33%	N/A	15%

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio €, der für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleibt.

- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- 4 Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [4] im Finanzbericht 2009. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 16 %.

Jan. – Jun. 2010	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	9.625	1.706¹	11.331	1.869	2.857	4.726	196	-99	16.154
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	139	28	167	8	340	349	-10	-0	506
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.097	1.081	7.178	1.803	2.093	3.896	223	35	11.331
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	141	-	141	0	-	0	-	-0	140
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	29	-	-	-	-	-	29
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	21	-	21	1	0	1	-1	-21	-
Ergebnis vor Steuern	3.368	597	3.965	57	423	480	-16	-112	4.317
Aufwand-Ertrag-Relation	63%	63%	63%	96%	73%	82%	114%	N/A	70%
Aktiva ²	1.686.353	69.541	1.735.668	75.106	131.477	206.550	26.959	11.524	1.925.655
Durchschnittliches Active Equity ³	16.108	1.420	17.528	6.471	3.490	9.961	5.310	6.024	38.823
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	42%	84%	45%	2%	24%	10%	-1%	N/A	22%

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet einen Gewinn aus der Vereinnahmung eines negativen Goodwill im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. in Höhe von 208 Mio €, der für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleibt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- 4 Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [4] im Finanzbericht 2009. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 22 %.

Jan. Jun. – 2009	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	8.904	1.320	10.224	1.131	2.795	3.927	813	217	15.181¹
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.127	9	1.136	9	382	391	-0	-0	1.526
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.650	897	6.547	1.386	2.152	3.538	373	66	10.524
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	62	-	62	0	-	0	-	2	64
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-	5	-	-	-	151	-	157
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-13	-	-13	-5	0	-5	-1	20	-
Ergebnis vor Steuern	2.141	414	2.555	-258	262	3	441	132	3.131
Aufwand-Ertrag-Relation	63%	68%	64%	123%	77%	90%	46%	N/A	69%
Aktiva (zum 31.12.2009) ²	1.308.222	47.414	1.343.824	43.761	131.014	174.739	28.456	9.556	1.500.664
Durchschnittliches Active Equity ³	19.686	1.169	20.856	4.606	3.718	8.325	3.767	1.017	33.965
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	22%	71%	24%	-11%	14%	0%	23%	N/A	19%

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet eine Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen und einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio €, die für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleiben.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.
- 4 Für die Erläuterung der Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note [4] im Finanzbericht 2009. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 19 %.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

Consolidation & Adjustments (C&A) verzeichnete im zweiten Quartal 2010 einen Gewinn vor Steuern von 53 Mio € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 41 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Diese Ergebnisverbesserung war unter anderem auf eine deutliche Reduzierung von negativen Effekten zurückzuführen, die sich aus unterschiedlichen Bilanzierungsmethoden zwischen der Managementberichterstattung und IFRS für ökonomisch abgesicherte Positionen ergaben. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf im Jahresvergleich geringere Volatilitäten bei kurzfristigen Zinssätzen im Euro- und US-Dollar-Raum zurückzuführen. Darüber hinaus wurden im zweiten Quartal 2010 Marktwertgewinne auf bestimmte eigene Verbindlichkeiten erfasst, die auf Änderungen unserer Credit Spreads zurückzuführen waren. Im Vorjahresquarter war hier ein Verlust angefallen. Zudem wurden im Vorjahresquarter Gewinne aus Derivaten ausgewiesen, mit denen Auswirkungen aus aktienbasierten Vergütungsplänen auf das Eigenkapital abgesichert wurden.

Im ersten Halbjahr 2010 verzeichnete C&A einen Verlust vor Steuern von 112 Mio € gegenüber einem Gewinn vor Steuern von 132 Mio € im ersten Halbjahr 2009. Diese Entwicklung war in erster Linie auf die vorgenannten Gewinne aus Derivaten im Vorjahr zurückzuführen.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für das zweite Quartal sowie das erste Halbjahr 2010 und 2009.

in Mio €	Corporate and Investment Bank			
	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Sales & Trading (Equity)	642	927	1.586	1.142
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.134	2.324	5.936	6.193
Sales & Trading insgesamt	2.776	3.251	7.522	7.335
Emissionsgeschäft (Equity)	135	208	251	298
Emissionsgeschäft (Debt)	283	444	599	574
Emissionsgeschäft insgesamt	418	652	850	872
Beratung	124	72	256	202
Kreditgeschäft	350	540	863	1.131
Transaction Services	862	654	1.498	1.320
Sonstige Produkte	173	129	342	-636
Insgesamt¹	4.703	5.299	11.331	10.224

1 Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

Im ersten Halbjahr 2010 wurde die Zuordnung von Erträgen zu Produktkategorien überprüft. Diese Überprüfung führte in CIB zu einer Umgliederung von bestimmten Produkterträgen, die im Abschnitt „Grundlage der Erstellung“ auf Seite 51 näher erläutert wird.

in Mio €	Private Clients and Asset Management			
	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	634	520	1.229	964
Beratungs-/Brokeragegeschäft	443	380	871	785
Kreditgeschäft	694	630	1.353	1.259
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	501	497	973	933
Sonstige Produkte	142	4	298	-13
Insgesamt¹	2.414	2.031	4.726	3.927

1 Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

Die Darstellung der Erträge in PCAM wurde im ersten Quartal 2010 aufgrund einer Überprüfung und Verfeinerung der Produktklassifizierungen angepasst. Die Änderungen betrafen vor allem die Erträge des Einlagengeschäfts, die bisher zusammen mit Erträgen aus dem Kreditgeschäft berichtet wurden. Für das erste Halbjahr 2009 wurden Erträge des Einlagengeschäfts in Höhe von 717 Mio € mit Erträgen aus Zahlungsverkehr zusammengefasst. Für das zweite Quartal 2009 belief sich dieser Betrag auf 387 Mio €. Erträge aus Kreditprodukten werden jetzt separat berichtet. Erträge aus der Vermittlung von Versicherungen in Höhe von 64 Mio € im ersten Halbjahr 2009 sowie von 33 Mio € im zweiten Quartal 2009, die zuvor unter Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen ausgewiesen wurden, werden jetzt unter Beratungs-/Brokeragegeschäft berichtet. Diese Änderungen erhöhen die Transparenz und bilden das Management der Produkte besser ab. Die Vorperioden wurden entsprechend angepasst. Die Erträge von PCAM blieben insgesamt unverändert.

Angaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung (nicht testiert)

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Zinsüberschuss	3.975	2.764	7.646	6.607
Handelsergebnis ¹	-968	2.534	2.158	4.459
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ²	1.078	77	532	416
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	110	2.611	2.690	4.875
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	4.085	5.375	10.336	11.482
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:				
Sales & Trading (Equity)	545	765	1.342	766
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	1.923	2.120	5.278	6.112
Sales & Trading insgesamt	2.468	2.885	6.620	6.877
Kreditgeschäft ³	126	98	426	469
Transaction Services	400	366	668	639
Übrige Produkte ⁴	106	131	262	141
Corporate and Investment Bank insgesamt	3.100	3.480	7.976	8.127
Private Clients and Asset Management	1.076	1.087	2.140	2.073
Corporate Investments	-39	372	-60	742
Consolidation & Adjustments	-52	436	280	539
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	4.085	5.375	10.336	11.482

1 Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten sowie aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.

2 Beinhaltet Verluste von 97 Mio € für das zweite Quartal 2010 (zweites Quartal 2009: minus 30 Mio €) und von 127 Mio € für das erste Halbjahr 2010 (erstes Halbjahr 2009: minus 169 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Fair-Value-Änderungen korrespondierender Instrumente in Höhe von minus 64 Mio € für das zweite Quartal 2010 (zweites Quartal 2009: 92 Mio €) und minus 11 Mio € für das erste Halbjahr 2010 (erstes Halbjahr 2009: minus 274 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

3 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

4 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

Provisionsüberschuss

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	932	682	1.743	1.409
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	891	919	1.802	1.752
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	764	641	1.503	1.263
Provisionsüberschuss insgesamt	2.587	2.242	5.048	4.424

Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Aufwendungen für Pensionspläne:				
Laufender Dienstzeitaufwand	61	44	119	95
Zinsaufwand	132	116	260	232
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	-123	-101	-243	-203
Sofort erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	6	2	13	11
Pensionspläne insgesamt	76	61	149	135
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:				
Laufender Dienstzeitaufwand	1	-	2	1
Zinsaufwand	2	2	4	4
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	3	2	6	5
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	79	63	155	140
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne	52	48	123	112
Pensionsaufwendungen insgesamt	131	111	278	252
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	43	40	85	79

Die gesamten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2010 voraussichtlich 275 Mio € betragen. Die endgültige Festlegung wird im vierten Quartal 2010 erfolgen.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:				
EDV-Aufwendungen	534	422	1.037	847
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	392	384	752	735
Aufwendungen für Beratungsleistungen	377	233	676	486
Kommunikation und Datenadministration	195	170	372	346
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	142	98	261	190
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	105	104	203	211
Marketingaufwendungen	76	65	140	129
Übrige Aufwendungen	528	725	1.109	1.244
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	2.349	2.201	4.550	4.188

Angaben zur Bilanz (nicht testiert)**Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen**

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	241.966	206.710
Sonstige Handelsaktiva ¹	30.908	28.200
Handelsaktiva insgesamt	272.874	234.910
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	802.709	596.410
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	115.118	89.977
Forderungen aus Wertpapierleihen	25.067	19.987
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	13.581	12.964
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	12.064	11.072
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	165.830	134.000
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.241.413	965.320

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 24.312 Mio € zum 30. Juni 2010 (31. Dezember 2009: 21.847 Mio €).

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Handelspassiva:		
Wertpapiere	68.865	62.402
Sonstige Handelspassiva	3.151	2.099
Handelspassiva insgesamt	72.016	64.501
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	787.011	576.973
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	101.503	52.795
Kreditzusagen	833	447
Langfristige Verbindlichkeiten	15.904	15.395
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	6.289	4.885
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	124.529	73.522
Investmentverträge¹	7.607	7.278
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	991.163	722.274

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entsprechen bei diesen Investmentverträgen die Rückkaufswerte den Fair Values.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Festverzinsliche Wertpapiere	21.082	13.851
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.956	3.268
Sonstiger Anteilsbesitz	1.063	699
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.457	1.001
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	27.558	18.819

Der Anstieg der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte ist im Wesentlichen auf die Erstkonsolidierung der Sal. Oppenheim Gruppe zurückzuführen.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

Im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 wurden bestimmte Handelsaktiva und finanzielle Vermögenswerte aus der Bilanzkategorie „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgegliedert. Im ersten Halbjahr 2010 wurden keine weiteren Umgliederungen vorgenommen.

Voraussetzung für eine Umgliederung ist, dass das Management die Zweckbestimmung des Vermögenswerts von einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht in die Absicht des Haltens auf absehbare Zeit geändert hat und die Bank die Fähigkeit besitzt, den Vermögenswert für absehbare Zeit im Bestand zu halten. Die Umgliederung erfolgt dann zum Fair Value des Vermögenswerts zum jeweiligen Umgliederungsstichtag. Die nachfolgende Darstellung zeigt im Detail die Auswirkungen der Umklassifizierungen auf den Konzernabschluss.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values aller in 2008 und 2009 umklassifizierten Vermögenswerte.

in Mio €	Kumulierte Reklassifizierungen bis 30.6.2010			Kumulierte Reklassifizierungen bis 30.6.2009		
	Buchwert am Umbuchungs- stichtag	30.6.2010		Buchwert am Umbuchungs- stichtag	30.6.2009	
		Buchwert	Fair Value		Buchwert	Fair Value
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	26.594	24.223	21.738	26.594	25.502	21.638
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.354	9.683	8.726	11.354	10.335	8.245
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden	37.948	33.906¹	30.464	37.948	35.837	29.883

1 Der Rückgang der Buchwerte seit Reklassifizierung ist im Wesentlichen auf Rückzahlungen, Wertberichtigungen und Verkäufe zurückzuführen.

Die Bandbreiten für die Effektivzinssätze auf Basis gewichteter Durchschnitte einzelner Geschäftsbereiche und die erwarteten erzielbaren Cashflows waren am Umbuchungsstichtag wie folgt.

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Kumulierte Reklassifizierungen bis 30.6.2010		Kumulierte Reklassifizierungen bis 30.6.2009	
	Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
	Effektivzinssätze am Umbuchungsstichtag			
obere Grenze	13,1%	9,9%	13,1%	9,9%
untere Grenze	2,8%	3,9%	2,8%	3,9%
Erwartete erzielbare Cashflows am Umbuchungsstichtag	39,6	17,6	39,6	17,6

Wären die finanziellen Vermögenswerte nicht reklassifiziert worden, hätten sich die folgenden Effekte in den unrealisierten Fair-Value-Gewinnen/-Verlusten und in den Nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten des Konzerns ergeben.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Unrealisierte Fair-Value-Gewinne/-Verluste (-) aus umklassifizierten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-26	-377	196	-1.421
Wertminderungsverluste (-) aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertaufholung erfolgte	11	83	3	-23
Unrealisierte Fair-Value-Gewinne/-Verluste (-) in den Nicht in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung berücksichtigten Gewinnen/Verlusten aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	44	357	169	-48

Nach der Umgliederung haben die umklassifizierten finanziellen Vermögenswerte wie folgt zum Ergebnis vor Steuern beigetragen.

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2010	2009	2010	2009
Zinserträge	313	310	633	698
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-51	-423	-154	-578
Sonstige Erträge ¹	9	-	2	-
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten Handelsaktiva	271	-113	481	120
Zinserträge	38	57	75	124
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	-85	-	-148
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	38	-28	75	-24

1 Die im ersten Halbjahr abgewickelten Verkäufe von Krediten hatten keinen Einfluss auf das Ergebnis. In den Sonstigen Erträgen ausgewiesene Gewinne beliefen sich auf 2 Mio €. Verluste in Höhe von 2 Mio € wurden in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft berücksichtigt.

Aus im ersten Halbjahr 2009 umklassifizierten Handelsaktiva waren unrealisierte Fair-Value-Verluste von 48 Mio € in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das erste Halbjahr 2009 enthalten.

Problemkredite und IFRS-wertgeminderte Kredite

Im Rahmen der Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe und bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO hat der Konzern auch Kredite erworben, für die zuvor eine einzeln ermittelte Wertberichtigung von Sal. Oppenheim oder ABN AMRO gebildet worden war. Diese Kredite hat der Konzern zum Fair Value in die Bilanz übernommen, der über die erwarteten Zahlungsströme bestimmt wurde und das Kreditrisiko zum Zeitpunkt ihrer Konsolidierung reflektierte. Solange sich die Erwartung des Konzerns für die Zahlungsströme dieser Kredite seit ihrer Akquisition nicht verschlechtert hat, beurteilt er diese nicht als Problemkredite.

in Mio €	30.6.2010			31.12.2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Kredite ohne Zinsabgrenzung	5.601	2.334	7.935	5.937	2.186	8.123
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	72	274	346	55	266	321
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	951	167	1.118	252	217	469
Problemkredite insgesamt	6.624	2.775	9.399	6.244	2.669	8.913
davon: IFRS-wertgeminderte Kredite	4.954	2.456	7.410	4.903	2.298	7.201

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Jan. – Jun. 2010			Jan. – Jun. 2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
in Mio €						
Bestand am Jahresanfang	2.029	1.314	3.343	977	961	1.938
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	247	279	526	1.034	484	1.518
Nettoabschreibungen	-191	-198	-389	-146	-145	-291
Abschreibungen	-212	-250	-462	-163	-211	-374
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	21	52	73	17	66	83
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-
Wechselkursveränderungen/ Sonstige	49	13	62	-19	-19	-38
Bestand am Periodenende	2.134	1.408	3.542	1.846	1.281	3.127

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	Jan. – Jun. 2010			Jan. – Jun. 2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
in Mio €						
Bestand am Jahresanfang	83	124	207	98	112	210
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	-15	-5	-20	17	-9	8
Zweckbestimmter Verbrauch	-	-	-	-42	-	-42
Veränderungen des Konsolidierungskreises	9	-	9	-	-	-
Wechselkursveränderungen	-	13	13	5	2	7
Bestand am Periodenende	77	132	209	78	105	183

Sonstige Aktiva und Passiva

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	53.498	43.890
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	7.837	6.837
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	6.136	9.229
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	89.494	33.496
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	156.965	93.452
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	3.183	3.426
Sonstige	35.262	24.660
Sonstige Aktiva insgesamt	195.410	121.538

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	43.243	40.448
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	29.854	31.427
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	6.002	5.708
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	85.858	33.214
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	164.957	110.797
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	3.437	3.713
Sonstige	49.460	39.771
Sonstige Passiva insgesamt	217.854	154.281

Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit fester Verzinsung	89.260	76.536
mit variabler Verzinsung	49.276	47.646
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit fester Verzinsung	4.727	3.548
mit variabler Verzinsung	3.921	4.052
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	147.184	131.782

Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

in Mio	30.6.2010	31.12.2009
Ausgegebene Stammaktien	620,9	620,9
Eigene Aktien im Bestand	1,6	0,7
– davon Aktienrückkaufprogramm	1,0	0,6
– davon sonstige Bestände	0,6	0,1
Ausstehende Stammaktien	619,3	620,2

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die folgenden beiden Tabellen geben einen Überblick über die Risikoaktiva, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital sowie die Kapitaladäquanzquoten des für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Konzerns. Zahlenangaben basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss präsentierten Eigenkapitalstandard („Basel II“), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2010	31.12.2009
Kreditrisiko	244.613	217.003
Marktrisiko ¹	24.670	24.880
Operationelles Risiko	34.177	31.593
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	303.460	273.476
Tier-1-Kapital ²	34.316	34.406
davon: Kern-Tier-1-Kapital ²	22.752	23.790
Tier-2-Kapital	1.858	3.523
Tier-3-Kapital	–	–
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt²	36.174	37.929
Tier-1-Kapitalquote ²	11,3%	12,6%
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente ²	7,5%	8,7%
Gesamtkapitalquote ²	11,9%	13,9%

1 Ein Vielfaches des Value-at-Risk des Konzerns, berechnet mit einem Konfidenzniveau von 99 % und 10 Tagen Haltedauer.

2 Ohne Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Komponenten des Tier-1- und Tier-2-Kapitals des Konzerns.

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Tier-1-Kapital:		
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente:		
Stammaktien	1.589	1.589
Kapitalrücklage	14.917	14.830
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Anteile ohne beherrschenden Einfluss	26.067	21.807
Vollständig vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten (unter anderem Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte)	-12.316	-10.238
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten:		
Abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften	-2.277	-2.120
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten ¹	-4.165	-1.033
Überschuss von erwarteten Verlusten über Risikovorsorge	-1.063	-1.045
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten ^{1,2}	-7.505	-4.198
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	22.752	23.790
Zusätzliches Tier-1-Kapital:		
Nicht kumulative Vorzugsanteile	11.564	10.616
Zusätzliches Tier-1-Kapital	11.564	10.616
Tier-1-Kapital insgesamt	34.316	34.406
Tier-2-Kapital:		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet)	519	331
Kumulative Vorzugsanteile	300	294
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	8.544	7.096
Teilweise vom Tier-2-Kapital in Abzug gebrachte Posten ^{1,2}	-7.505	-4.198
Tier-2-Kapital insgesamt	1.858	3.523

1 Gemäß § 10 Absatz 6 und § 10 Absatz 6a in Verbindung mit § 10a KWG.

2 Ohne Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

Basel II verlangt den Abzug des Goodwill vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Goodwillkomponenten teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Goodwillkomponenten sind zwar nicht im oben gezeigten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den Kapitaladäquanzquoten enthalten, der Konzern nutzt jedoch diese Übergangsregelung für die Meldung seiner Kapitaladäquanzquoten an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Zum 30. Juni 2010 betrug der Übergangsposten 445 Mio €. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Risikoaktiva um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich zum Ende des Berichtsquartals die gemeldete Tier-1-Kapitalquote und die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 11,4 % beziehungsweise 12,0 %.

Zusagen und Eventualverbindlichkeiten

Die nachstehende Tabelle zeigt den Nominalwert der unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten. Eventualverbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und Haftungsübernahmeerklärungen. Der Nominalwert dieser Verpflichtungen entspricht dem maximalen Ausfallrisiko des Konzerns für den Fall, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Wahrscheinliche Verluste im Rahmen dieser Verträge werden als Rückstellungen erfasst.

in Mio €	30.6.2010	31.12.2009
Unwiderrufliche Kreditzusagen	116.589	104.125
Eventualverbindlichkeiten	67.395	52.183
Insgesamt	183.984	156.308

Die hier gezeigten Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten bilden nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme aus diesen Verträgen ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme fällig werden. Eventuell verlangt der Konzern die Stellung von Sicherheiten, um das Kreditrisiko dieser Verpflichtungen zu mindern.

Sonstige Eventualverbindlichkeiten

In Bezug auf einige der unten angeführten Rechtsstreitigkeiten wurden keine Rückstellungen gebildet. Bei Offenlegung von Einzelheiten hierzu ist zu befürchten, dass dies die Lage der Gruppe ernsthaft beeinträchtigen könnte.

Infolge der Charakteristik seiner Geschäftsaktivitäten ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist. Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern Einschätzungen in großem Umfang, die endgültige Verbindlichkeit des Konzerns kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Konzernergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der Überzeugung, dass seine Finanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jedes der nachstehend dargestellten Verfahren, die jeweils mehrere Streitgegenstände umfassen, sind nach Einschätzung des Konzerns die voraussichtlich möglichen Verluste in Bezug auf jede Streitigkeit, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns näher beschrieben.

Steuerbezogene Finanzprodukte. Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und/oder frühere Mitarbeiter (gemeinsam als „Deutsche Bank“ bezeichnet) sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzprodukte und -dienstleistungen bereitgestellt. Die Kunden haben aufgrund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten in diesen Verfahren, die Deutsche Bank und die professionellen Berater hätten sie unzulässigerweise dahin gehend irreführt, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten sowie vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich auf die Verletzung sowohl von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um als Sammelklagen bezeichnete Verfahren. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägergruppe (Litigation Class) zugelassen worden. Etwa 95 Verfahren wurden endgültig beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Etwa sieben weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (Pre-trial Stages), einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (Discovery). Gegenüber der Deutschen Bank wird außergerichtlich eine Anzahl weiterer Ansprüche geltend gemacht; einige dieser Ansprüche wurden bereits beigelegt. Von diesen außergerichtlich geltend gemachten Ansprüchen sind noch vier ungeregelt.

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und Anfang 2002 durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen, einschließlich der Deutschen Bank, bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (Deferred Prosecution Agreement), wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Bereitstellung und Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt. In einem Strafverfahren gegen vier Personen, die das DOJ im Jahr 2005 angeklagt hatte, wurden im Dezember 2008 drei Personen verurteilt. Im Mai 2009 wurden vier weitere Personen strafrechtlich verurteilt, die das DOJ wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, angeklagt hatte. Im Juni 2009 hat das DOJ fünf weitere Personen wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, und zwei ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Bank wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Deutschen Bank angeklagt. Die Ermittlungen des DOJ dauern an. Die Deutsche Bank führt mit dem DOJ Gespräche über die Einstellung des Verfahrens.

Kirch. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof (BGH) dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Zwischenzeitlich hat Herr Dr. Kirch die Grundlage seiner Schadensberechnung geändert und fordert nun circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. In diesem Verfahren muss Dr. Kirch im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Nach Meinung der Deutschen Bank AG ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens jedoch nicht ausreichend dargelegt worden.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € samt Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche mangels einer entsprechenden Vertragsbeziehung zu irgendeiner dieser Gesellschaften keine Grundlage. Im Übrigen sind weder die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens noch die wirksame Abtretung der behaupteten Ansprüche an die KGL Pool GmbH ausreichend dargelegt worden.

Asset-backed Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften (zusammen die „Deutsche Bank“) haben Vorladungen und Informationsanfragen von Aufsichtsbehörden und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei der Gewährung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und dem Handel mit Asset-backed Securities (verzinslichen strukturierten

Wertpapieren, die mit Forderungsrechten besichert sind), Asset-backed Commercial Paper und Kreditderivaten, einschließlich, unter anderem, Residential Mortgage-backed Securities (verzinslicher strukturierter Wertpapiere, die mit Grundpfandrechten auf Wohnimmobilien besichert sind), Collateralized Debt Obligations und Credit Default Swaps, beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Vorladungen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Ferner ist die Deutsche Bank hinsichtlich des Geschäfts mit Residential Mortgage-backed Securities Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren (darunter als Sammelklagen bezeichnete Verfahren) sowohl nach Bundesrecht als auch dem Recht einzelner Bundesstaaten sowie allgemeiner Rechtsgrundsätze (Common Law) in Einzelstaaten. Zu diesen Verfahren gehören (1) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Countrywide Financial Corporation („Countrywide“) oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen begebener Wertpapiere bezieht, sowie ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Central District of California, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter Mortgage Pass-through Certificates von der Countrywide bezieht; (2) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Novastar Mortgage Funding Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (3) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der IndyMac MBS, Inc. begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (4) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Northern District of California, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Wells Fargo Asset Securities Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; und (5) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch der DBSI, als Platzeure verschiedener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, welche von verbundenen Unternehmen der Residential Accredited Loans, Inc. begeben wurden und von dem DBSI am 31. März 2010 noch nicht rechtskräftig ausgenommen wurde; und (6) eine von der Federal Home Loan Bank of San Francisco („FHLB SF“) beim San Francisco Superior Court eingereichte Klage bezüglich der Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch Tochtergesellschaften der Deutschen Bank, als Emittenten und Platzeure verschiedener von der FHLB SF erworbener Mortgage Pass-through Certificates. Ferner sind einige Konzerngesellschaften der Deutschen Bank, einschließlich der DBSI, Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem United States District Court for the Eastern District of New York, das sich auf ihre Rollen als Emittenten und Platzeure für bestimmte Mortgage Pass-through Securities bezieht. Am 5. April 2010 hat das Gericht dem Abweisungsantrag der Deutschen Bank teilweise stattgegeben und teilweise abgelehnt. Ansonsten befinden sich diese zivilrechtlichen Verfahren in einem frühen Stadium.

Auction Rate Securities. Die Deutsche Bank AG und DBSI sind an einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von Deutscher Bank AG und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) gekauft haben und noch halten. Am 24. März 2010 hat das Gericht die Sammelklage abgewiesen, jedoch den Klägern die Möglichkeit eingeräumt, eine erweiterte Klage einzureichen. Die Deutsche Bank AG, DBSI und/oder Deutsche Bank Alex. Brown, ein Geschäftsbereich der DBSI, sind auch Beklagte in 16 Einzelklagen, in denen im Zusammenhang mit dem Verkauf von ARS verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Einzelstaaten behauptet werden. Das als Sammelklage bezeichnete Verfahren und zwölf der Einzelklagen sind noch rechtshängig, während sich vier der Einzelklagen durch rechtskräftige Abweisung erledigt haben. Die Deutsche Bank AG war auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten Beklagte in zwei als Sammelklagen bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen wurde behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken. Diese zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen wurden jedoch am den 26. Januar 2010 vom Gericht abgewiesen. Die Kläger haben hiergegen Rechtsmittel eingelegt.

Die Deutsche Bank AG und DBSI waren auch Parteien in Verfahren vor einzel- und bundesstaatlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, bei denen es um das Angebot und den Vertrieb von ARS ging. Im August 2008 schlossen die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften Grundsatzvereinbarungen mit dem New York Attorney General's Office („NYAG“) und der North American Securities Administration Association ab, die ein Konsortium anderer Einzelstaaten und US-Besitzungen vertraten, in denen sich die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften dazu verpflichteten, von ihren Privatkunden, kleineren und mittleren institutionellen sowie Kunden, die wohlthätige Organisationen sind, ARS zu kaufen, die diese Kunden vor dem 13. Februar 2008 erworben hatten, sowie zügig Lösungen für die Liquidität ihrer größeren institutionellen Kunden, welche ARS

von der Deutschen Bank AG und ihren Tochtergesellschaften erworben hatten, zu erarbeiten, eine Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ an die einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden zu zahlen und weitere einzelstaatliche Anordnungen zur zukünftigen Einhaltung von anwendbaren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu befolgen. Am 3. Juni 2009 hat die DBSI die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung vom August 2008 gegenüber dem NYAG und dem New Jersey Bureau of Securities erfüllt und einen Vergleich mit der Securities and Exchange Commission („SEC“) abgeschlossen, der die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung mit den Einzelstaaten berücksichtigt und bestimmte zusätzliche Absprachen enthält, nach denen die SEC berechtigt ist, eine zusätzliche Geldbuße von der DBSI zu verlangen, wenn die DBSI nach Auffassung der SEC ihre Verpflichtungen aus dem Vergleich nicht einhält. Seitdem hat die DBSI von einigen einzelstaatlichen und innerstaatlichen Behörden Zahlungsaufforderungen erhalten, in denen diese Behörden ihren Anteil an der Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ geltend machen. Die DBSI erwartet, dass sie Zahlungsaufforderungen in den nächsten Monaten abwickeln kann und die geltend gemachten Anteile an der Gesamtstrafe an die jeweiligen Einzelstaaten zahlt.

Trust Preferred Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften und leitenden Angestellten sind in einem zusammengefassten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das beim United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen im Auftrag von Personen geltend gemacht werden, die bestimmte zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 von der Deutschen Bank und ihren Tochtergesellschaften begebene Trust Preferred Securities erworben haben. Die Ansprüche werden nach Section 11, 12(a)(2) und 15 des U.S. Securities Act von 1933 erhoben. Am 25. Januar 2010 ist eine erweiterte zusammengefasste Klage eingereicht worden. Ein Klageabweisungsantrag ist derzeit anhängig.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen, einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten, wie für vergleichbare Geschäfte mit fremden Dritten.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten des Deutsche Bank-Konzerns direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands in seiner aktuellen Aufstellung und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Zum 30. Juni 2010 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 9 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 19 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2009 betragen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 9 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 21 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäft mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten Unternehmen und Joint Ventures gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten und werden nachfolgend offengelegt.

Kredite

An nahestehende Unternehmen begebene Kredite und gewährte Garantien entwickelten sich im Berichtszeitraum beziehungsweise im Geschäftsjahr 2009 wie folgt.

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.6.2010	31.12.2009
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	965	834
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	17	366
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	100	209
Veränderung des Konsolidierungskreises ¹	– 179	–83
Wechselkursveränderungen/Sonstige	–13	57
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand²	690	965
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	31	4
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	29	31
Garantien und sonstige Verpflichtungen ³	409	135

1 In 2010 wurden einige Unternehmen vollkonsolidiert. Kredite, die diesen Unternehmen bereitgestellt wurden, werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Jahr 2009 ist ein Unternehmen mit an nahestehende Unternehmen begebenen Krediten, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, verkauft worden.

2 Davon waren zum 30. Juni 2010 keine Forderungen und zum 31. Dezember 2009 15 Mio € überfällig. Von den Forderungen aus dem Kreditgeschäft entfielen zum 30. Juni 2010 4 Mio € (31. Dezember 2009: 4 Mio €) auf Joint Ventures.

3 Beinhaltet Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe, Haftungsübernahmeerklärungen und unwiderrufliche ausleihebezogene Zusagen.

Einlagen

Von nahestehenden Unternehmen erhaltene Einlagen entwickelten sich im Berichtszeitraum beziehungsweise im Geschäftsjahr 2009 wie folgt.

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.6.2010	31.12.2009
Einlagen, Anfangsbestand	367	246
Einlagenzuflüsse	61	287
Einlagenabflüsse	99	161
Veränderung des Konsolidierungskreises ¹	–147	–6
Wechselkursveränderungen/Sonstige	3	1
Einlagen, Endbestand²	185	367

1 In 2010 wurden einige Unternehmen vollkonsolidiert. Von diesen Unternehmen erhaltene Einlagen werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Jahr 2009 ist ein Unternehmen mit von nahestehenden Unternehmen erhaltenen Einlagen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, verkauft worden.

2 Die oben genannten Einlagen wurden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs getätigt. Zum 30. Juni 2010 waren im Bestand Einlagen von Joint Ventures in Höhe von 0,5 Mio € (31. Dezember 2009: 0,4 Mio €) enthalten.

Zum 30. Juni 2010 bestanden positive und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen jeweils in Höhe von 5,3 Mrd € beziehungsweise 4,6 Mrd €. Positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten mit assoziierten Unternehmen betragen zum 31. Dezember 2009 3,7 Mrd € beziehungsweise 3,0 Mrd €.

Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Postbank AG

Im Geschäftsjahr 2009 hat die Deutsche Bank AG zusätzlich zum Erwerb der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG einen Vertrag über eine Kooperation mit der Postbank abgeschlossen. Die Kooperation umfasst die Bereiche Investmentprodukte, Finanzierungsprodukte, Firmenkundengeschäft und gewerbliche Finanzierung sowie kundennahe Serviceleistungen. Darüber hinaus beinhaltet sie die Bereiche Einkauf und IT-Infrastruktur.

Geschäfte im Rahmen von Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung von Arbeitsverhältnissen, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank AG halten oder mit diesen handeln. Zum 30. Juni 2010 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

Wesentliche Transaktionen

Sal. Oppenheim. Am 15. März 2010 schloss die Deutsche Bank AG („Deutsche Bank“) den vollständigen Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe zu einem in bar entrichteten Kaufpreis von insgesamt rund 1,3 Mrd € ab. Von dieser Summe entfielen rund 0,3 Mrd € auf die BHF Asset Servicing GmbH („BAS“), die weiterverkauft und von der übrigen Sal. Oppenheim Gruppe getrennt bilanziert wird. Der Erwerb von 100 % der stimmberechtigten Eigenkapitalanteile an der in Luxemburg ansässigen Holding Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A. („Sal. Oppenheim S.C.A.“) basiert auf der Rahmenvereinbarung, die im vierten Quartal 2009 mit den früheren Gesellschaftern der Sal. Oppenheim S.C.A. getroffen wurde und diesen die Option gewährt, sich mit bis zu 20 % langfristig an der deutschen Privatbanktochter Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA zu beteiligen. Zum Bilanzstichtag hatte die Option einen Fair Value von null. Der Erwerb stärkt die Asset and Wealth Management-Aktivitäten des Konzerns im Bereich des gehobenen Privatkundengeschäfts, der Familienvermögen und Stiftungen in Europa, insbesondere in Deutschland. Die Vermögensverwaltungsaktivitäten der Sal. Oppenheim Gruppe werden eigenständig unter der etablierten Marke der traditionsreichen Privatbank ausgebaut. Dabei soll der einzigartige Charakter der Privatbank erhalten bleiben. Das integrierte Vermögensverwaltungs-konzept für private und institutionelle Kunden bleibt bestehen.

Mit dem Erwerb erlangte der Konzern einen beherrschenden Einfluss über die Sal. Oppenheim S.C.A., welche anschließend eine hundertprozentige Tochter der Deutschen Bank wurde. Sämtliche Geschäftsaktivitäten der Sal. Oppenheim Gruppe, darunter das gesamte Asset Management, die Investmentbank, die BHF-Bank Gruppe („BHF-Bank“), die BAS und das in einer eigenständigen Holding geführte Private-Equity-Dachfondsgeschäft der Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A., gingen auf die Deutsche Bank über. Im Zuge der Akquisition wurden alle Geschäftseinheiten der Sal. Oppenheim Gruppe in den Unternehmensbereich Asset and Wealth Management integriert, mit Ausnahme der BHF-Bank und der BAS, welche zunächst in den Konzernbereich Corporate Investments aufgenommen wurden. Im zweiten Quartal 2010 wurden auch diese Einheiten in den Unternehmensbereich Asset and Wealth Management übertragen. Da bis zum 29. Januar 2010 alle wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Genehmigungen vorlagen, wurde der Erwerbszeitpunkt auf diesen Tag festgesetzt. Entsprechend wurde die Sal. Oppenheim Gruppe seit dem ersten Quartal 2010 in den Konzernabschluss einbezogen.

Im Jahresverlauf 2010 stellt die Sal. Oppenheim Gruppe ihr Investment-Banking-Geschäft ein. Die Bereiche Equity Trading & Derivatives sowie Capital Markets Sales wurden im zweiten Quartal 2010 von der australischen Macquarie Gruppe übernommen. Die BHF-Bank wird als separate Einheit weitergeführt, während die Deutsche Bank verschiedene strategische Optionen mit der BHF-Bank prüft. Der vereinbarte Verkauf der BAS an die Bank of New York Mellon wird voraussichtlich im dritten Quartal 2010 abgeschlossen werden. Zum 30. Juni 2010 wird die BAS als zum Verkauf bestimmt bilanziert. Ferner erwarb der Konzern im Rahmen der Übernahme der Sal. Oppenheim Gruppe die Services Généraux de Gestion S.A. und ihre Tochtergesellschaften, die im ersten Quartal 2010 weiterverkauft wurden.

Der gegenwärtig erwartete Fair Value des für die Sal. Oppenheim Gruppe und für die BAS entrichteten Gesamtkaufpreises beträgt zum Erwerbszeitpunkt rund 1,3 Mrd €. Als Teil der mit den früheren Gesellschaftern von Sal. Oppenheim S.C.A. geschlossenen Rahmenvereinbarung könnte sich jedoch der Kaufpreis in Abhängigkeit von der Entwicklung bestimmter Risikopositionen (insbesondere Rechts- und Kreditrisiken) bis zum Jahr 2015 um bis zu rund 0,5 Mrd € erhöhen. Zum Bilanzstichtag hatte diese bedingte Kaufpreiskomponente einen geschätzten Fair Value von null. Auf Basis vorläufig bestimmter Fair Values für erworbene identifizierbare Vermögenswerte und übernommene Schulden werden durch die Akquisition ein Goodwill von rund 0,8 Mrd € beziehungsweise sonstige immaterielle Vermögenswerte von rund 0,2 Mrd € ausgewiesen. Aufgrund der Komplexität der Transaktion sind die Allokation des Kaufpreises sowie die Bestimmung des Netto-Fair-Value der zum Zeitpunkt der Akquisition identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten der Sal. Oppenheim Gruppe noch vorläufig, sodass die Eröffnungsbilanz nicht abgeschlossen ist.

Der aus der Akquisition hervorgehende Goodwill setzt sich hauptsächlich aus Synergien zusammen, die durch die Zusammenlegung bestimmter Geschäftsaktivitäten in den Bereichen der Vermögensverwaltung sowie aufgrund einer größeren Marktpräsenz in diesen Geschäftsbereichen in Deutschland, Luxemburg, der Schweiz und Österreich zu erwarten sind. Der Goodwill wird voraussichtlich nicht steuerlich abzugsfähig sein. Zu den ausgewiesenen sonstigen immateriellen Vermögenswerten zählen hauptsächlich Software, Kundenbeziehungen und Markennamen. Bei der Allokation des Kaufpreises setzte die Deutsche Bank eine Eventualverbindlichkeit von rund 0,4 Mrd € für Risiken an, die im Zusammenhang mit bestimmten erworbenen Geschäftseinheiten der Sal. Oppenheim Gruppe stehen. Derzeit ist davon auszugehen, dass die Verbindlichkeit in den kommenden fünf Jahren beglichen sein wird. Die Deutsche Bank analysiert weiterhin die Risiken und den möglichen Zeitrahmen der Mittelabflüsse.

Im Anschluss an die Akquisition, aber noch am Abschlusstag des Erwerbs, führte die Deutsche Bank bei ihrer neuen Tochtergesellschaft Sal. Oppenheim S.C.A. eine Kapitalerhöhung über 195 Mio € durch. Dieser Betrag ist nicht Bestandteil der Kaufpreiszahlung und dementsprechend nicht in der zuvor genannten Ermittlung des Goodwill enthalten.

Die im ersten Halbjahr 2010 erfassten akquisitionsbezogenen Kosten beliefen sich auf 14 Mio € und sind in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns unter Sach- und sonstigem Aufwand ausgewiesen.

Seit der Übernahme hat die Sal. Oppenheim Gruppe (exklusive BAS) Erträge von 224 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 120 Mio € zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns beigetragen. Wäre die Akquisition zum 1. Januar 2010 wirksam gewesen, hätte der Konzern für das erste Halbjahr 2010 dadurch Erträge in Höhe von 253 Mio € und einen Verlust nach Steuern in Höhe von 148 Mio € ausgewiesen.

Da die erstmalige Bilanzierung dieses Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen ist, konnten nicht alle erforderlichen Angaben gemacht werden. Dies beinhaltet Informationen über erworbene Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Angaben zu der Eröffnungsbilanz.

ABN AMRO. Am 1. April 2010 hat die Deutsche Bank AG („Deutsche Bank“) den Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) zu einem Kaufpreis von 0,7 Mrd € in bar abgeschlossen. Der Abschluss erfolgte nach der Genehmigung durch die Europäische Kommission und andere Aufsichtsbehörden. Mit Wirkung zum Abschlussdatum erlangte die Deutsche Bank Kontrolle über die erworbenen Geschäftseinheiten und hat diese entsprechend im zweiten Quartal 2010 erstmalig konsolidiert. Die Übernahme ist ein wichtiges Element in der Strategie der Deutschen Bank, ihr klassisches Bankgeschäft weiter auszubauen. Mit der Übernahme ist die Deutsche Bank zum viertgrößten Anbieter von Bankdienstleistungen für Firmenkunden in den Niederlanden geworden.

Die Übernahme beinhaltet den Erwerb von 100 % der stimmberechtigten Eigenkapitalanteile und umfasst die folgenden Geschäftseinheiten:

- zwei Firmenkundeneinheiten in Amsterdam und Eindhoven, die Großkunden betreuen,
- 13 Filialen, die kleine und mittelständische Unternehmen betreuen,
- die Hollandsche Bank Unie N.V. („HBU“) mit Sitz in Rotterdam,
- die IFN Finance B.V., der niederländische Teil des zu ABN AMRO gehörenden Factoringdienstleisters IFN Group.

Die beiden Firmenkundeneinheiten, die 13 Filialen und die HBU firmierten unmittelbar nach der Übernahme in Deutsche Bank Nederland N.V. um. Sowohl die Deutsche Bank Nederland N.V. als auch die IFN Finance B.V. sind jetzt direkte Tochtergesellschaften der Deutschen Bank. Die übernommenen Geschäftseinheiten, die mehr als 34.000 Kunden betreuen und 1.300 Mitarbeiter beschäftigen, verwenden den Markennamen Deutsche Bank und sind innerhalb des Konzerns in den Unternehmensbereich Global Transaction Banking integriert.

Da die Übernahme erst vor Kurzem abgeschlossen wurde, sind die Allokation des Kaufpreises und die Bestimmung der Fair Values für erworbene identifizierbare Vermögenswerte und übernommene Schulden noch vorläufig. Weil die Eröffnungsbilanz noch nicht abschließend erstellt ist, konnten noch keine umfassenden Angaben über die zum Erwerbszeitpunkt anzusetzenden Fair Values der identifizierbaren erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten gemacht werden. Im Rahmen der vorläufigen Allokation des Kaufpreises wurden Kundenbeziehungen im Umfang von rund 0,2 Mrd € als sonstige immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen. Aufgrund des Unterschieds zwischen dem Fair Value identifizierbarer erworbener Nettovermögenswerte und dem Fair Value der übertragenen Gegenleistung wurde ein negativer Goodwill von rund 0,2 Mrd € erfasst, der in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns für das zweite Quartal 2010 als Gewinn in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen wurde. Der Hauptgrund für die Erfassung des negativen Goodwill war der Verkauf von Teilen des niederländischen Firmenkunden- und Factoringgeschäfts von ABN AMRO gemäß den Auflagen der Europäischen Kommission, nachdem die ABN AMRO Holding N.V. im Oktober 2007 von einem Konsortium, bestehend aus The Royal Bank of Scotland, Fortis Bank und Banco Santander, übernommen worden war. Der erfasste Gewinn ist steuerfrei.

Im Rahmen der Akquisition wird ABN AMRO eine anfängliche Absicherung für Kreditrisiken über 75 % aller Verluste aus dem übernommenen Forderungsportfolio (exklusive IFN Finance B.V.) bereitstellen. Die maximale Absicherung ist auf 10 % des Portfoliovolumens begrenzt. Zum Zeitpunkt des Erwerbs belief sich die gesamte Absicherungssumme auf rund 0,6 Mrd €. Diese ist als Ausgleichsforderung erfasst und wird über die erwartete durchschnittliche Laufzeit des zugrunde liegenden Portfolios aufgelöst.

Die im ersten Halbjahr 2010 erfassten akquisitionsbezogenen Kosten beliefen sich auf 10 Mio € und sind in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns unter Sach- und sonstigem Aufwand ausgewiesen.

Seit der Übernahme und ohne Berücksichtigung des oben erwähnten Gewinns aus dem negativen Goodwill haben die übernommenen Geschäftsaktivitäten mit Erträgen von 130 Mio € und einem Ergebnisbeitrag nach Steuern von 19 Mio € zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung des Konzerns beigetragen. Wäre die Akquisition zum 1. Januar 2010 wirksam gewesen, hätte der Konzern daraus für das erste Halbjahr 2010 (ohne die Berücksichtigung des oben erwähnten Gewinns aus dem negativen Goodwill) Erträge in Höhe von 193 Mio € und ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 28 Mio € ausgewiesen.

Aufgrund der Komplexität der Transaktion ist die erstmalige Bilanzierung dieses Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen. Entsprechend konnten bestimmte Angaben noch nicht gemacht werden. Dies beinhaltet Informationen über erworbene Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Angaben zur Eröffnungsbilanz.

Hua Xia Bank. Am 6. Mai 2010 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie eine verbindliche Vereinbarung über die Zeichnung neu emittierter Aktien der Hua Xia Bank Co. Ltd. („Hua Xia Bank“) zu einem Gesamtpreis von bis zu 5,7 Mrd RMB (entsprechend 684 Mio € zum 30. Juni 2010) unterzeichnet hat. Die Zeichnung ist Teil einer Privatplatzierung von Aktien, die an die drei größten Aktionäre der Hua Xia Bank gerichtet ist. Die Emission hat einen Gesamtwert von bis zu 20,8 Mrd RMB (entsprechend 2,5 Mrd € zum 30. Juni 2010). Vorbehaltlich aufsichtsrechtlicher Genehmigungen wird sich die gegenwärtige Beteiligung der Deutschen Bank an der Hua Xia Bank, die als zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswert bilanziert ist, durch die Transaktion von 17,12 % auf 19,99 % des ausgegebenen Kapitals erhöhen. Diese Transaktion wird Einfluss auf die Ergebnisse zukünftiger Perioden haben.

Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte

Zum 30. Juni 2010 hat der Konzern seine Tochtergesellschaft BHF Asset Servicing GmbH, die dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) zugeordnet war, zum Verkauf bestimmt. Der Kauf dieser Tochtergesellschaft wurde als separate Transaktion neben dem Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe im ersten Quartal 2010 behandelt. Der Vertrag für den Weiterverkauf wurde bereits unterzeichnet. Der Abschluss der Transaktion wird für das dritte Quartal 2010 erwartet.

Im zweiten Quartal 2010 hat der Konzern mehrere Private Equity Investments, die AWM zugeordnet waren, zum Verkauf bestimmt. Diese Private Equity Investments wurden zuvor im Rahmen der Übernahme der Sal. Oppenheim Gruppe erworben. Der Verkauf wird innerhalb eines Jahres erwartet.

Zum 30. Juni 2010 hat der Konzern mehrere Veräußerungsgruppen, drei assoziierte Unternehmen, einen Kredit sowie Immobilienvermögen im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) als zum Verkauf bestimmt bilanziert. Diese Aktiva und Passiva waren bereits zum 31. Dezember 2009 zum Verkauf bestimmt. Der Verkauf wird für das zweite Halbjahr 2010 erwartet.

Der Konzern hat die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen unter den Sonstigen Aktiva und den Sonstigen Passiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, ausgewiesen. Dies führte zu einer Wertminderung von 5 Mio € im zweiten Quartal 2010, die unter den Sonstigen Erträgen in CB&S ausgewiesen wurde. Die Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des IAS 39 bewertet.

Zum 30. Juni 2010 betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 2,6 Mrd €. Die zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten betragen 2,0 Mrd €.

Der Konzern hat ebenfalls entschieden, die von der Sal. Oppenheim Gruppe eingebrachten Bereiche Equity Trading & Derivatives sowie Capital Markets Sales zu verkaufen. Diese wurden AWM zugeordnet. Die Transaktion wurde im April 2010 abgeschlossen.

Im Rahmen der Übernahme der Sal. Oppenheim Gruppe erwarb der Konzern die Services Généraux de Gestion S.A. und ihre Tochtergesellschaften, die AWM zugeordnet wurden. Diese Veräußerungsgruppen waren ebenfalls beim Erwerb zum Verkauf bestimmt. Die Transaktion wurde im März 2010 abgeschlossen.

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Wir haben den beigefügten verkürzten Konzernzwischenabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der im Konzern erfassten Erträge und Aufwendungen, Eigenkapitalveränderungsrechnung und Kapitalflussrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben – und den Konzernzwischenlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2010, die Bestandteile des Halbjahresfinanzberichts nach § 37w Abs. 3 WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) verlautbart worden sind, sowie des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom IASB verlautbart worden sind, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie vom IASB verlautbart worden sind, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden ist.

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Frankfurt am Main, den 26. Juli 2010

Dielehner
Wirtschaftsprüfer

Bose
Wirtschaftsprüfer

UNTERSCHRIFTEN

Frankfurt am Main, im September 2010

Deutsche Bank AG

gez. Rainer Rauleder

gez. Thomas Michel

UBS Limited

Banco Santander S.A.

gez. Mark Pohlmann

gez. Holger Hirschberg

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

COMMERZBANK Aktiengesellschaft

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

ING Bank N.V.

Merrill Lynch International

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

Morgan Stanley Bank AG

SOCIETE GENERALE

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

Banca IMI S.p.A.

Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, S.A.

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

Barclays Bank PLC

Citigroup Global Markets Limited

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

CREDIT AGRICOLE CORPORATE & INVESTMENT BANK

DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

Landesbank Baden-Württemberg

Lloyds TSB Bank plc

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

gez. Wolfgang Fuchs

gez. Eyke Grüning

Mediobanca - Banca di Credito Finanziario S.p.A.

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

Standard Chartered Bank

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

**The Royal Bank of
Scotland N.V. (London Branch)**

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

Bayerische Landesbank

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

**Coöperatieve Centrale
Raiffeisen-Boerenleenbank B.A**

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

Daiwa Capital Markets Europe Limited

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

DANSKE BANK A/S

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

KBC SECURITIES NV

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

Mizuho International plc

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

MPS Capital Services S.p.A

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

National Bank of Greece S.A.

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

Natixis

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

Nordea Bank AB (publ)

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

Raiffeisen Centrobank AG

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

UniCredit Bank AG

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

VTB Capital Plc

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

**Wells Fargo
Securities International Limited**

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

WestLB AG

gez. Wolfgang Fuchs gez. Eyke Grüning

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

[Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei.]

